

Kollektive Gewalt in der Stadt
Europa 1890–1939



Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben von Andreas Wirsching

Kolloquien
89

Oldenbourg Verlag München 2013

Kollektive Gewalt in der Stadt
Europa 1890–1939

Herausgegeben von
Friedrich Lenger
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

Oldenbourg Verlag München 2013

Schriften des Historischen Kollegs
herausgegeben von
Andreas Wirsching
in Verbindung mit
Georg Brun, Peter Funke, Karl-Heinz Hoffmann,
Martin Jehne, Susanne Lepsius, Helmut Neuhaus,
Frank Rexroth, Martin Schulze Wessel, Willibald Steinmetz und Gerrit Walther

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und zwei Förderstipendien sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Friedrich Lenger (Gießen) war – zusammen mit Prof. Dr. Hubert Wolf (Münster), Dr. Rüdiger Graf (Bochum) und Dr. Carsten Kretschmann (Stuttgart) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 2011/2012. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Friedrich Lenger aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Kollektive Gewalt in europäischen Großstädten während des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts“ vom 20. bis 22. Oktober 2011 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Das Historische Kolleg wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 – im Sinne einer „public private partnership“ – in seiner Grundausstattung vom Freistaat Bayern finanziert, die Mittel für die Stipendien stellen gegenwärtig die Fritz Thyssen Stiftung, der Stiftungsfonds Deutsche Bank, die Gerda Henkel Stiftung und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Verfügung. Träger des Historischen Kollegs, das vom Stiftungsfonds Deutsche Bank und vom Stifterverband errichtet und zunächst allein finanziert wurde, ist die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“.

historischeskolleg.de
Kaulbachstraße 15, D-80539 München
Tel.: +49 (0) 89 28 66 38 60 Fax: +49 (0) 89 28 66 38 63
Email: elisabeth.mueller-luckner@historischeskolleg.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 143, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Satz: Schmucker-digital, Feldkirchen b. München
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum, Memmingen
ISBN 978-3-486-71858-4

Umschlagbild: Guardie Rosse bei einer Fabrikbesetzung in Turin, September 1920 (Foto aus dem Archiv der Fondazione Istituto Piemontese Antonio Gramsci, Turin).

Dem Andenken an Klaus Tenfelde (29. 3. 1944–1. 7. 2011) gewidmet

Inhalt

| | |
|--|------|
| <i>Friedrich Lenger</i> Zur Einführung | IX |
| Verzeichnis der Tagungsteilnehmer | XVII |
| <i>Wolfgang Hardtwig</i> Gewalt in der Stadt 1917–1933. Erfahrung – Emotion – Deutung | 1 |
| <i>Malte Rolf</i> Metropolen im Ausnahmezustand? Gewaltakteure und Gewalträume in den Städten des späten Zarenreichs | 25 |
| <i>Pierre Purseigle</i> Between Participation and Victimization. World War I Urban Mobilization in Comparative Perspective | 51 |
| <i>Klaus Weinbauer</i> Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg zwischen Versamm- lungsdemokratie und staatlicher Sicherheit ca. 1890–1933 | 69 |
| <i>Robert Gerwarth</i> Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg: Berlin, Wien und Budapest im Schatten von Kriegsniederlage und Revolution | 103 |
| <i>Martin Baumeister</i> Arenen des Bürgerkriegs? Kollektive Gewalt in Turin und Barcelona 1890 bis 1923 | 123 |
| <i>Christoph Mick</i> Kollektive Gewalt in Lemberg 1918–1939 | 149 |
| <i>Heinz-Gerhard Haupt</i> Gewalt in Teuerungsunruhen in europäischen Großstädten zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Ein Überblick | 167 |

Wolfgang Knöbl

| | |
|---|-----|
| Überlegungen zum Phänomen kollektiver Gewalt in europäischen Großstädten während des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts | 187 |
| Kurzbiografien der Autoren | 203 |

Friedrich Lenger

Zur Einführung

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist nicht zuletzt eine Geschichte der Gewalt. Dafür sind vor allem Kriege und Genozide verantwortlich, die insbesondere, aber keineswegs ausschließlich, die erste Hälfte des Jahrhunderts prägten¹. Vor diesem Hintergrund erscheint der Blick auf kollektive Gewaltaktionen in den Großstädten Europas zunächst vielleicht nachrangig, doch macht die von so prominenten Historikern wie dem jüngst verstorbenen Eric J. Hobsbawm vertretene These der Einheit der Weltkriegsepoche als einem „31 years war“ deutlich, dass auch die Zwischenkriegszeit als eminent gewaltsam anzusehen und diese Gewalt sehr eng mit dem Geschehen des Ersten und des Zweiten Weltkriegs verbunden ist². Aus diesem Blickwinkel heraus haben vor allem die gewaltsamen Auseinandersetzungen der politischen Linken und Rechten in den Straßen europäischer Großstädte große Aufmerksamkeit gefunden³. Damit wird indessen nur ein Teil der urbanen Gewalt überhaupt erfasst und deren Verständnis verkürzt. Entsprechende Defizite sind vor allem aus zwei Perspektiven zu konstatieren.

Erstens hat die neuere Gewaltforschung das Gewaltgeschehen selbst ins Zentrum der Betrachtung gerückt. So insistiert insbesondere die Gewaltsoziologie seit mehr als anderthalb Jahrzehnten, nicht länger die Erforschung möglicher Gewaltursachen an die Stelle der Analyse konkreter Gewalttaten und ihrer Dynamik treten zu lassen⁴. Damit wird auch die gängige Ableitung von Gewalt aus den Intentionen politischer Parteien und Akteure zunehmend in Frage gestellt. So haben etwa Martin Conway und Robert Gerwarth knapp resümiert, „that much which

¹ Vgl. nur den Überblick von *Norman M. Naimark*, *Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-Century Europe* (Cambridge, MA 2001).

² *Eric J. Hobsbawm*, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991* (London 1994).

³ Zu den wichtigsten deutschsprachigen Studien der letzten zwei Jahrzehnte zählen *Andreas Wirsching*, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich* (München 1999); *Dirk Schumann*, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg* (Essen 2001) sowie *Sven Reichardt*, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA* (Köln 2002).

⁴ Einflussreich war *Trutz von Trotha* (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt* (Opladen 1997); vgl. zur Entwicklung der jüngeren Gewaltsoziologie den Beitrag von *Wolfgang Knöbl*, bes. 194 ff. in diesem Band.

might appear political in fact had other causes“⁵. An einem konkreten Beispiel hatte Richard Bessel schon vor bald dreißig Jahren ganz ähnlich argumentiert: „The SA was machismo in uniform, the channeling into politics of behavior which most western societies expect of their young men but which they usually get in unfocussed gang violence or countless individual incidents.“⁶ Nimmt man diesen Perspektivenwandel ernst, wird man die politische Gewalt der Zwischenkriegszeit nicht von der Straßenpolitik der Vorkriegszeit isoliert betrachten, stellte diese doch ein Handlungsrepertoire bereit, auf das zurückgegriffen werden konnte und auf das zurückgegriffen wurde⁷.

Zweitens ist in der historischen Stadtforschung herausgearbeitet worden, dass die dominante stadtsoziologische Tradition die Gewalt allzu sehr an den Rand drängt, indem sie davon ausgeht, es sei Städten wesenseigen, die aus Differenz erwachsenden Konflikte friedlich zu verhandeln⁸. „Indifferenz für Differenzen“ als Essenz des Urbanen, dies ist aber eine Perspektive, aus der urbane Gewalt leicht auf vermeintlich genuin städtische Anomien wie Gewaltkriminalität und Jugenddelinquenz reduziert wird⁹. Während also verbreitete stadtsoziologische Ansätze wegen ihrer künstlichen Abkoppelung des städtischen Geschehens von anderen Handlungsebenen nicht zu überzeugen vermögen, blenden manche historischen und politikwissenschaftlichen Ansätze die Stadt weitgehend aus und konzentrieren sich auf „Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand“¹⁰. Nun ist unbestreitbar, dass Revolutionen, Kriege und Bürgerkriege Gewaltpraxen zu entgrenzen vermögen¹¹. Und doch stehen diese Gewaltpraxen zugleich in Kontinuitäten, nicht zuletzt in solchen stadträumlicher Natur, für die der *spatial turn* das Bewusstsein geschärft haben sollte¹². Deshalb verlangt die Analyse innerstädtischer Gewalträume ebenso wie die viel diskutierte These einer Brutalisierung der Bevölkerung

⁵ *Martin Conway, Robert Gerwarth*, Revolution and counter-revolution, in: *Donald Bloxham, Robert Gerwarth* (Hrsg.), *Political Violence in Twentieth-Century Europe* (Cambridge 2011) 140–175, hier 140.

⁶ *Richard Bessel*, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934* (New Haven 1984) 153.

⁷ Vgl. exemplarisch *Thomas Lindenberger*, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914* (Bonn 1995) und als gesamt-europäischen Überblick *Heinz-Gerhard Haupt*, *Gewalt und Politik im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts* (Das Politische als Kommunikation 2, Göttingen 2012).

⁸ Vgl. *Friedrich Lenger*, Die europäische Stadt der Moderne – eine Herausforderung für Sozialgeschichte, Stadtgeschichte und Stadtsoziologie, in: *ders.*, *Stadt-Geschichten. Deutschland, Europa und die USA seit 1800* (Frankfurt a. M. 2009) 306–324.

⁹ *Karl Otto Hondrich*, Integration als Kampf der Kulturen, in: *Merkur LX/6* (2006) 481–498, hier 493; den Versuch, eine solche Engführung zu überwinden, unternehmen die entsprechenden Kapitel und Teilkapitel in: *Friedrich Lenger*, *Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850* (München 2013).

¹⁰ *Jörg Baberowski, Gabriele Metzler* (Hrsg.), *Gewalt Räume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand* (Frankfurt a. M. 2012).

¹¹ Wichtig: *Stathis N. Kalyvas*, *The Logic of Violence in Civil War* (Cambridge 2006).

¹² Vgl. die eindrucksvolle Studie von *Michaela Christ*, *Die Dynamik des Tötens. Die Ermordung der Juden von Berditschew. Ukraine 1941–1944* (Frankfurt a. M. 2011).

durch den Krieg eine Überprüfung gängiger Schwerpunktsetzungen zeitlicher wie räumlicher Natur. Ohne die Einbeziehung von zum Teil räumlich verfestigten Gewalttraditionen der Vorkriegsjahre wird sich der Beitrag des Ersten Weltkrieges zur Gewalthaftigkeit der Zwischenkriegszeit schwerlich bestimmen lassen. Und auch der Vergleich mit Gesellschaften, die wie die spanische im Krieg neutral blieben, verändert, wie der Beitrag von Martin Baumeister in diesem Band zeigt, das Bild merklich.

Vor dem Hintergrund der damit angedeuteten Forschungslage ist die Konzeption des vorliegenden Bandes entwickelt worden, der zeitlich wie räumlich die gewohnten Grenzen überschreitet. Dadurch wird zunächst einmal die Vielfalt gewaltförmiger Protestformen in den Großstädten Europas im späten neunzehnten und im frühen zwanzigsten Jahrhundert deutlich. Streiks stehen neben Teuerungsprotesten und Mieterunruhen, antimilitaristische Demonstrationen neben Bombenattentaten, Pogromen und (Konter-)Revolutionen. Ihre Träger – Frauen, Arbeiter, (Ex-)Soldaten, Paramilitärs oder militante Nationalisten – spiegeln diese Vielfalt ebenso wie ihre Ursachen, die sich vom Legitimitätsverlust postimperialen politischer Ordnungen (wie in Spanien) über unmittelbare Kriegsfolgen (wie in der Regel im Falle der Teuerungsunruhen) bis zum imperialen Zerfall nicht nur des Zarenreiches erstrecken. Diese Komplexität kollektiver Gewalt in den Großstädten Europas gerät indessen nur dann in den Blick, wenn man den Osten und Süden des Kontinents systematisch miteinbezieht. Das hätte noch ausführlicher geschehen sollen, doch konnte Sven Reichardt (Konstanz) einen zugesagten Beitrag zu Berlin und Bologna nicht liefern, Ulrike von Hirschhausen (Rostock) ihren Vortrag zu Prag, Odessa und Belfast, den sie auf der diesem Band vorausgegangenem Tagung gehalten hat, nicht für den Druck ausarbeiten¹³. Aber auch so ergibt sich ein hinreichend differenziertes Gesamtbild, das Ernst Noltes bekannte These eines europäischen Bürgerkrieges zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus/Faschismus als unzulässige Verkürzung erweist¹⁴.

Die diversen Formen kollektiver Gewalt in der Stadt hatten eine je eigene Topographie, wie dies vor allem die Beiträge von Martin Baumeister und Klaus Weinhauer deutlich machen. Zugleich knüpften sie, wie etwa Heinz-Gerhard Haupts Analyse der Teuerungsunruhen demonstriert, an spezifische Kommunikationsformen an und folgten ritualisierten Mustern. Malte Rolf spricht vom „Sinn der Gewalt“ und einer spezifischen „Grammatik städtischer Gewalt“. Eine

¹³ Die neuere Literatur zu Berlin erschließt der Beitrag von *Sharon Bäcker-Wilke, Florian Graf, Friedrich Lenger*, Gewaltgemeinschaften im städtischen Raum. Barcelona, Berlin und Wien in der Zwischenkriegszeit, in: *Winfried Speitkamp* (Hrsg.), *Gewaltgemeinschaften. Von der Spätantike bis ins 20. Jahrhundert* (Göttingen 2013) 317–341.

¹⁴ Vgl. *Ernst Nolte*, *Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus* (Frankfurt a. M. 1987); vgl. aus der Fülle kritischer Kommentare vor allem *Sven Reichardt*, *Totalitäre Gewaltpolitik? Überlegungen zum Verhältnis von nationalsozialistischer und kommunistischer Gewalt in der Weimarer Republik*, in: *Wolfgang Hardtwig* (Hrsg.), *Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933* (München 2007) 377–402 sowie *Lenger*, *Metropolen*, Kap. IX/5.

solche Regelmäßigkeit der vermeintlich regellosen Gewalt und insbesondere der kollektiven Gewalt hat schon die Zeitgenossen fasziniert. Das gilt für Schriftsteller wie Sozialwissenschaftler gleichermaßen. Wolfgang Hardtwigs Beitrag führt etwa die Erinnerungen Oskar Maria Grafts ins Feld, denen man viele andere zur Seite stellen könnte. Von ihnen ist der Bericht Elias Canettis vom Wiener Justizpalastbrand Mitte Juli 1927 vielleicht das interessanteste Zeugnis, weil es zugleich den Übergang von der literarisch geformten Erinnerung zur wissenschaftlichen Reflexion markiert: „Es könnte sein,“ so der spätere Nobelpreisträger selbst, „daß die Substanz des 15. Juli in ‚Masse und Macht‘ ganz eingegangen ist.“ Der Zeitzeuge Canetti war gefesselt von der Bindekraft des Massenerlebnisses und vom Aufgehen des Einzelnen im Kollektiv: „Ich hatte nicht das Gefühl, daß ich mit eigenen Beinen ging.“¹⁵ Was er an Beobachtungen und Überlegungen etwa zum Unterschied zwischen Massenflucht und Panik anbot, war instruktiv und berührte sich eng mit soziologischen Analysen, die Theodor Geiger schon im Jahr vor dem Justizpalastbrand publiziert hatte¹⁶.

Wenn die heutige historische Gewaltforschung gleichwohl kaum an Canetti anknüpfen können, dann liegt das nicht an „der schwarzen Anthropologie“, in der seine Überlegungen verankert sind¹⁷. Ihr verdanken sich vielmehr wichtige Einsichten und Merkpösten, wie die an den Europäer des 20. Jahrhunderts gerichtete Warnung davor, „sich über Barbarei erhaben zu dünken“¹⁸. Problematisch ist vielmehr sein Bild kollektiven Gewalthandelns, das von der Suggestionskraft seiner Schlüsselmetapher lebt: „Faßt man diese einzelnen Züge des Feuers zusammen, so ergibt sich ein überraschendes Bild: Es ist überall gleich; es greift rapid um sich; es ist ansteckend und unersättlich; es kann überall entstehen, sehr plötzlich; es ist vielfach; es ist zerstörend; es hat einen Feind; es erlischt: es wirkt, als ob es lebte und wird so behandelt. Alle diese Eigenschaften sind die der Masse, eine genauere Zusammenfassung ihrer Attribute ließe sich schwer geben.“¹⁹ Nun ist eine solche Metaphorik verführerisch, weil sie den im kollektiven Gewalthandeln unbestreitbar wirksam werdenden Emotionen gerecht zu werden scheint, die analytischer angelegte Zugänge wegzurationalisieren neigen²⁰. Für die Emotionshistorie, die im Rahmen der Münchener Tagung mit einem Kommentar Ute Freverts

¹⁵ *Elias Canetti*, Die Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921–1931 (Frankfurt a.M. 232005, zuerst 1980) 232 f.

¹⁶ *Theodor Geiger*, Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen, (Stuttgart 1926) bes. 23.

¹⁷ *Daniel Morat*, Zur Tiernatur des Menschen. Elias Canetti: ‚Masse und Macht‘ (1960), in: *Uffa Jensen* u. a. (Hrsg.), Gewalt und Gesellschaft. Klassiker modernen Denkens neu gelesen, (Göttingen 2011) 257–265, hier 263.

¹⁸ *Elias Canetti*, Masse und Macht (Frankfurt a.M. 1991, zuerst 1960) 459.

¹⁹ Ebd. 83.

²⁰ Letzteres gilt tendenziell auch für die ältere Protestforschung, welche die Gewaltaktionen der „primitive rebels“ gegen den Vorwurf der Irrationalität in Schutz zu nehmen sucht, dabei aber oft recht präzise Beschreibungen des Protestgeschehens liefert; vgl. nur *E. J. Hobsbawm*, Primitive Rebels. Studies in Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries (New York 1959).

(Berlin) vertreten war, birgt das indessen die Gefahr, solche metaphorischen Beschreibungen lediglich zu reproduzieren. Vor allem aber verstellen Metaphern, wie die von Canetti benutzten, den Weg zu einem Verständnis von Gewalthandeln als einem zwar hochgradig emotionalen, aber eben zugleich auch durch und durch situativen Interaktionsgeschehen. Dass etwa Gewalt immer nur von einem Teil der beteiligten Gruppenmitglieder aktiv ausgeübt wird, ist eine Einsicht der von Wolfgang Knöbl vorgestellten neueren Gewaltsoziologie, welche die historische Gewaltforschung bislang kaum aufgenommen hat²¹.

Nun folgen die Beiträge zu diesem Band ganz unterschiedlichen methodischen Ansätzen und sollen auch nicht nachträglich auf einen einheitlichen theoretischen Rahmen der historischen Gewaltforschung verpflichtet werden. Sie im Einzelnen vorzustellen, ist überflüssig. Stattdessen sei abschließend noch kurz auf das doppelte Spannungsverhältnis der Stadt als Gewaltort gegenüber dem Staat und gegenüber dem Land eingegangen. Zunächst war Gewalt ja keineswegs ein Privileg der Stadt, wie etwa der Beitrag von Robert Gerwarth deutlich macht. Auch ohne eine Zuspitzung der Konflikte zwischen Stadt und Land, war der ländliche Raum keineswegs der friedliche Gegenpol der gewalttätigen Metropole. Vielmehr trug gerade die von Bedrohungsphantasien geprägte Gegenrevolution eine bis dahin nicht gekannte Brutalität in Städte wie Budapest oder München. Diese politische Zuspitzung des Stadt-Land-Konflikts verband sich mit Spannungen, die von der desolaten Versorgungslage herrührten. Ob indessen generell von einem ländlichen Gewaltexport (qua Migration) in die Städte des späten neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts ausgegangen werden muss, ist weniger klar. Die Beiträge zu Süd- und Osteuropa legen das gelegentlich nahe, doch lässt sich angesichts des Fehlens vergleichender Untersuchungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausschließen, dass sich hier eher Unterschiede der Forschungstraditionen als Differenzen hinsichtlich des Ausmaßes und des Charakters der Zuwanderung in die Großstädte Europas spiegeln. Denn auch wenn Zuwanderergruppen am Rand der Städte konzentriert blieben und dann gelegentlich ihren Protest in deren Zentren trugen, bliebe nach dem Wandel der (Gewalt-)Kulturen im Prozess der Migration und durch die Anverwandlung urbaner Lebensformen erst noch zu fragen.

Muss die Frage nach dem Stellenwert der Einwanderung ländlicher Gewalt in den städtischen Raum also offen bleiben, zeichnet sich eine andere Differenz zwischen den untersuchten süd- und osteuropäischen Städten und denen Mittel- und Westeuropas deutlicher ab: Die Peripherie Warschaus oder Barcelonas war in höherem Maße ein staatsferner Raum als der Siedlungsrand von Berlin oder Wien. Das konnte sich während des Krieges und insbesondere in den Revolutionen der Nachkriegszeit ändern, wie exemplarisch Klaus Weinhausers präzise Rekonstruktion der Gleichzeitigkeit polizeilicher Schwäche und allgegenwärtiger Waffenlager zeigt, die nicht nur in Hamburg der Gewalteskalation Vorschub leistete. Nun

²¹ Zentral ist hier: *Randall Collins, Violence. A Micro-sociological Theory* (Princeton 2008).

war die Verschränkung der städtischen und der staatlichen Ebene, wie Pierre Purseigles Beitrag demonstriert, keineswegs auf den Bereich des staatlichen Gewaltmonopols begrenzt. Aber für die Gewaltintensität in den Städten Europas kam den städtischen und staatlichen Ordnungskräften eine Schlüsselstellung zu²². Wo sie, wie etwa in Barcelona, schwach waren, gehörte Gewalt zum Handlungsrepertoire von Arbeitern und Unternehmern, ohne dass es hierfür kriegerischer Verwicklungen bedurft hätte. Wo sie, wie nicht nur in Hamburg, in der unmittelbaren Nachkriegszeit stark an Einfluss verloren, eskalierten Proteste leicht und das vor allem, weil Freikorps und andere paramilitärische Verbände die Brutalisierung beförderten. Nicht allein, weil sie von außen in die Städte kamen, konnten diese Gewaltgemeinschaften nie die Legitimität neutraler Ordnungskräfte beanspruchen. Und das musste, wie der Beitrag von Christoph Mick demonstriert, auch für reguläre Truppen gelten, wenn sie in einer multiethnischen Stadt wie Lemberg, die in wenigen Jahren mehrfach die staatliche Zugehörigkeit wechselte, unweigerlich als Parteigänger der einen oder anderen Seite im Nationalitätenkampf erscheinen mussten. Zivilgesellschaftliche Strukturen erodierten rasch, von urbaner Indifferenz gegenüber Differenz war hier schon bald keine Rede mehr.

Von der in diesem Band vorgenommenen zeitlichen wie räumlichen Weitung des Blicks auf kollektive Gewalt in der Stadt profitieren die (historische) Gewaltforschung, die Stadtgeschichte und die Stadtsoziologie in gleicher Weise. Selbstverständlich hätte sich der zeitliche Bogen noch weiter spannen lassen, doch hätte das dem Bemühen im Wege gestanden, das Thema wirklich europäisch auszu-leuchten. Das aber schien unverzichtbar, da die nach wie vor gängige Verengung Europas auf England, Frankreich und Deutschland und die dadurch erleichterte Reifizierung eines Typus der vermeintlich europäischen Stadt als Gegenmodell der amerikanischen Stadt einem angemessenen Verständnis der Rolle der Stadt in der Moderne entgegensteht²³.

Mit der Rolle der Stadt und des Stadt-Land-Konfliktes sowie daran anknüpfenden gewaltförmigen Konflikten hat sich der allzu früh verstorbene Klaus Tenfelde immer wieder beschäftigt²⁴. Der Herausgeber und die Autoren dieses Bandes, von denen viele dem Verstorbenen durch langjährige Zusammenarbeit verbunden waren, haben sich deshalb nur zu gern die Anregung Wolfgang Hardtwigs zu eigen gemacht, ihr Buch dem Andenken Klaus Tenfeldes zu widmen. Dass es so rasch und in der vorliegenden Form erscheinen konnte, ist ganz maßgeblich das Verdienst von Dr. Elisabeth Müller-Luckner, die auch für das Gelingen des dem Sammelband zugrundeliegenden Kolloquiums, das vom 20. bis 22. Oktober 2011 in den Räumen des Historischen Kollegs stattgefunden hat, in hohem Maße mitver-

²² Vgl. nur *Alf Lüdtke, Herbert Reinke, Michael Sturm* (Hrsg.), *Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert* (Wiesbaden 2011).

²³ Vgl. dazu knapp: *Friedrich Lenger, Cities and the Making of Modern Europe*, in: *Journal of Urban History* XXXVI/1 (2010) 99–104, sowie ausführlich *ders.*, *Metropolen*.

²⁴ Einige seiner wichtigsten Arbeiten werden in den Anmerkungen zum Beitrag von Wolfgang Hardtwig genannt.

antwortlich war. Ihr und dem Kuratorium des Historischen Kollegs bin ich ebenso zu großem Dank verpflichtet wie allen Teilnehmern und meinen Co-Fellows Rüdiger Graf (Bochum) und Carsten Kretschmann (Stuttgart) sowie Martin Geyer (München), die dankenswerter Weise die drei Sektionen der Tagung moderiert haben.

Gießen, Februar 2013

Friedrich Lenger

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Martin Baumeister, Rom, baumeister@dhi-roma.it
Prof. Dr. Ute Frevert, Berlin, sekfrevort@mpib-berlin.mpg.de
Prof. Dr. Martin Geyer, München, mhgeyer@lrz.uni-muenchen.de
Dr. Rüdiger Graf, Bochum, Stipendiat des Historischen Kollegs 2011/2012,
ruediger.graf@rub.de
Prof. Dr. Wolfgang Hardtwig, Berlin/München,
hardtwigW@geschichte.hu-berlin.de
Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt, Florenz, HeinzGerhard.Haupt@EUI.eu
Prof. Dr. Ulrike von Hirschhausen, Rostock, ulrike.hirschhausen@uni-rostock.de
Prof. Dr. Wolfgang Knöbl, Göttingen, wknoebl@gwdg.de
Dr. Carsten Kretschmann, Stuttgart, Stipendiat des Historischen Kollegs
2011/2012, carsten.kretschmann@po.hi.uni-stuttgart.de
Prof. Dr. Friedrich Lenger, Gießen, Stipendiat des Historischen Kollegs
2011/2012, friedrich.lenger@geschichte.uni-giessen.de
Prof. Dr. Christoph Mick, Warwick, C.Mick@warwick.ac.uk
Prof. Dr. Malte Rolf, Bamberg, malterolf@web.de
Prof. Dr. Klaus Weinhauer, Bielefeld, klaus.weinhauer@uni-bielefeld.de

Wolfgang Hardtwig

Gewalt in der Stadt 1917–1933 Erfahrung – Emotion – Deutung*

I.

Das 20. Jahrhundert gilt als das Jahrhundert der „Extreme“, und das heißt auch, der Gewalt. Fundamentaldemokratisierung, Industrialisierung und Urbanisierung führten dazu, dass sich in Europa im ersten Drittel des Jahrhunderts die Gewalt – wenn man den Krieg ausklammert – auf die Städte, besonders die Großstädte konzentrierte. Die sozialen und politischen Prozesse im Übergang von der feudal strukturierten Agrar- zur monetär strukturierten bürgerlichen- und Industriegesellschaft etablierten die städtischen Straßen und Plätze zunehmend als öffentlichen Raum, in dem latent oder offen politische Aktionen an Zahl, Breite, Intensität und Sichtbarkeit gewannen. Aus den verschiedensten Anlässen entstanden auf diesen Bühnen kollektiver Aufmerksamkeit Menschenansammlungen, vor allem aus jungen Männern, die sich kollektiv mit den Normen der Erwachsenenwelt auseinandersetzten. Der soziale Raum der Straße bot vor allem der Unterschicht Kommunikationsmöglichkeiten und Konfliktfelder, auf denen körperbetont agiert wurde. Dazu gehörte mit Verfolgungsjagden und Lynchaktionen gegen Eigentümer das kollektive Vorgehen gegen „Störenfriede“ oder „Eindringlinge“, die nach Meinung des Kollektivs eine vorgegebene Ordnung gestört hatten. Dazu gehörten aber auch Aktionen gegen die Polizei als Wahrer der öffentlichen Ordnung und Instanz der Disziplinierung von oben herab, an der sich vor allem die Unterschichten permanent rieben¹.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und den mit ihr verbundenen Urbanisierungsprozessen wird die Straße dann auch zunehmend zum Ort der Auseinandersetzung um Streiks und Straßendemonstrationen, also von latent gewaltträchtigen Aktionen mit direkt politischer Zielsetzung. Sie trafen in Deutschland

* Dieser Aufsatz ist dem Andenken Klaus Tenfeldes gewidmet. Seiner freundschaftlichen Energie habe ich zahlreiche Anregungen zu stadt- wie zu sonstigen sozialgeschichtlichen Fragen zu verdanken.

¹ Vgl. *Thomas Lindenberger*, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914 (Bonn 1995); *Wolfgang Hardtwig*, Performanz und Öffentlichkeit in der krisenhaften Moderne. Visualisierung des Politischen in Deutschland 1871–1936, in: *ders.*, Politische Kultur der Moderne. Ausgewählte Aufsätze (Göttingen 2011) 135–156.

auf eine Ordnungsmacht, die seit 1848/49 geradezu fixiert war auf die Vorstellung von drohendem Aufruhr und daraus folgendem Chaos².

Seit der Aufhebung der Sozialistengesetze 1890 sahen Behörden, Polizei und Militärbefehlshaber Arbeitskämpfe zusätzlich im Lichte einer jetzt anscheinend wieder offen drohenden Umsturzgefahr. Die folgende Anordnung aus der sächsischen Kleinstadt Crimmitschau 1903 spiegelt die Konflikterwartung und die Militanz der Behörden im Streikfall (hier der Textilarbeiter) durchaus repräsentativ: „Unter Hinweis auf den § 146 der Straßenpolizeiordnung der Stadt Crimmitschau wird hiermit bekanntgegeben, daß unsere Sicherheitsorgane angewiesen (wurden), jede Versammlung auf öffentlichen Wegen und Plätzen, wodurch der Verkehr gestört oder belästigt werden könnte, keinesfalls zu dulden und gegen Zuwiderhandlungen unnachsichtig einzuschreiten.“³ Es gibt zahlreiche Schilderungen von polizeilichen Räumungsaktionen bei Aufläufen und den dazu gehörenden Krawallen und Gewaltvorfällen. Eine sehr eindringliche bietet das „Hamburger Echo“ vom 6. 2. 1906 über den Streik der Hafendarbeiter von Hamburg-Altona. Sie schließt den Bericht über den polizeilichen Säbeleinsatz ab mit der Schätzung, es habe etwa 150 Verletzte gegeben⁴. In Berlin kam es seit 1903 vermehrt zu dem, was man damals „Streikexzesse“ nannte. Seit 1906 verlegte die SPD hier und in anderen Städten den Kampf um die Demokratisierung des Wahlrechts auf die Straße. Obwohl die Polizei allerorten sich auf das Schlimmste vorbereitete, blieben diese Aktionen 1906 indessen weitgehend gewaltfrei. Beim „Wahlrechtssturm“ von Anfang 1910 in der preußischen Provinz Sachsen allerdings spitzte sich die Konfrontation so zu, dass die Polizisten schließlich mit scharfer Klinge gegen Demonstranten und auch Unbeteiligte vorgingen. Am Ende des 13. Februar 1910, des sogenannten „Blutsonntags“ von Halle, wurden drei schwerverletzte und 37 verletzte Demonstranten sowie fünf leichtverletzte Polizeibeamte gezählt⁵.

Mit dem Ersten Weltkrieg begann in den deutschen Städten eine neue Phase der Gewaltgeschichte. Die Massenstreiks seit 1917 verliefen in der Regel unblutig. Aber mit dem Ausbruch der Revolution im November 1918 begann eine Welle der Gewalt. Der Berliner Spartakus-Aufstand im Januar 1919 kostete rund 200 Tote, die Berliner „Blutwoche“ im März 1919 1200 Tote, die Niederschlagung der Räterepubliken in Bremen und Bayern im Frühjahr 1919 600 Tote. Dem Kapp-Putsch und dem anschließenden kommunistischen Aufstand im Ruhrgebiet im

² *Hardtwig*, Performanz und Öffentlichkeit 147.

³ Zit. nach *Udo Achten*, Das ist das Licht der neuen Zeit. Erinnerungen an den 22wöchigen Streik der Crimmitschauer Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter im Jahre 1903/4 für den Zehnstundentag (Frankfurt a. M., Essen 2004) 16.

⁴ *Udo Achten*, *Bernt Kamin-Seggewies*, Kraftproben. Die Kämpfe der Beschäftigten gegen die Liberalisierung der Hafendarbeit (Hamburg 2008) 91. Bilanzierend zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Staat vor 1914: *Gerhard A. Ritter*, *Klaus Tenfelde*, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914 (Bonn 1992) 679–690.

⁵ *Dirk Schumann*, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Essen 2001) 34f. Allerdings weist Schumann ausdrücklich darauf hin, dass die „Brutalität des Polizeieinsatzes am 13. Februar nicht die Regel, sondern die Ausnahme war“; ebd. 35, Anm. 11.

März/April 1920 fielen weit über tausend Tote zum Opfer, wobei die Arbeiter mehrheitlich nach der Gefangennahme zu Tode kamen. Die militärischen Reichsexekutionen von 1920 und 1923 in Thüringen und Sachsen endeten mit 100 Toten allein in Gotha 1920. Die kommunistischen Aufstände in Mitteldeutschland wurden mit rund 150 Toten bezahlt. Auch die Grenzkonflikte im Osten, die bewaffneten Separatistenbewegungen im Rheinland, der Ruhrkampf gegen Frankreich 1923, der Hamburger Aufstandsversuch der Kommunisten im Oktober und der Hitlerputsch in München im November 1923 forderten zahlreiche Todesopfer. Selbst die Phase der scheinbaren Normalität 1924 bis 1929 erweist sich bei genauem Hinsehen als Gewaltperiode: Allein in Preußen mit dem Schwerpunkt Berlin kamen 13 Reichsbanner-Mitglieder, 26 Stahlhelmer, 30 Nationalsozialisten und 92 Kommunisten ums Leben. In der Endphase der Republik kamen 300 bis 400 Menschen in Straßenkämpfen zu Tode. Die eigentlich politischen Morde zwischen 1918 und 1921 – 354 der Rechten und 22 der Kommunisten – sind hier gar nicht mitgerechnet⁶.

Allerdings beschränkte sich die politische Gewalt keineswegs auf die großen Städte. Mancherorts, wie im Ruhrgebiet oder im saarländischen Industrieviertel, lassen sich Industriestadt und Industriedorf im Blick auf die Gewaltaktivitäten kaum unterscheiden. Ähnliches gilt für das umfangreiche mitteldeutsche Industrieviertel, wo die größeren Städte wie Magdeburg, Halle und Erfurt umgeben waren von industrialisierten Kleinstädten oder Dörfern wie Greiz und Sömmerda, so dass die Trennung zwischen Stadt und sogenanntem flachen Land hier wenig Sinn macht. In den bürgerkriegsähnlichen Zuständen der späten Weimarer Republik hielten an manchen Tagen entlegene Kreisstädte den Gewaltrekord, so etwa am 10. Juli 1932 die schlesische Kreisstadt Ohlau mit vier Toten und 34 Verletzten (bei 17 Toten und 181 Schwerverletzten im ganzen Reichsgebiet). Im holsteinischen Eckernförde starben zwei junge Landarbeiter durch Messerstiche, in Bremen ein Polizeibeamter durch eine Explosion. Am 1. August 1932 gab es durch nationalsozialistische Attentate in Königsberg zwei tote Kommunisten und mehrere Verletzte sowie Bomben- und Revolverattentate in anderen Städten Ostpreußens, in Schlesien und im Holsteinischen usw. Am 3. August gab es Todesopfer im ober-schlesischen Kreuzburg, im masurischen Lötzen, in Görlitz und in Bad Sachsa im Harz⁷.

Schon seit den ersten Subsistenzprotesten gegen Ende des Krieges trieb allerdings der latente Gegensatz von Stadt und Land selbst Gewaltaktionen hervor. Je karger die Ernährungssituation in der Stadt, desto mehr wuchs bei verarmten Stadtbewohnern die Neigung, am arbeitsfreien Sonntag häufig in größeren geschlossenen Gruppen zum Kartoffelklauf oder zur sonstigen Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte aufs Land zu ziehen. Vor allem in der Inflationskrise

⁶ *Gunther Mai*, Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen (Stuttgart, Berlin, Köln 2001) 170.

⁷ *Heinrich August Winkler*, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie (München 1993) 490, 507.

1923 wuchs sich die Spannung zwischen Konsumenten in der Stadt und Erzeugern auf dem Land zu einer auch politisch und rhetorisch dramatisierten Frontlinie aus. Bauern und Großagrariere im Umkreis von München oder Berlin begannen ihre Felder durch Bewaffnete zu schützen, immer wieder kam es zu Krawallen und auch Schießereien⁸.

Stadt war freilich nicht gleich Stadt und Viertel nicht gleich Viertel. In den Urbanisierungsschüben seit Beginn der Industrialisierung waren ganz neue Städtelandschaften oder die völlige Überformung älterer Städtelandschaften durch ein neues Siedlungsbild entstanden, so etwa im Ruhrgebiet um die alten Stadtzentren Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund. Am Rande kleiner alter Städte und Kirchdörfer hatte der enorme Flächenbedarf der großindustriellen Kapitalgesellschaften die Topographie völlig umgeformt, wobei die Betriebe vielfach die neuen Ansiedlungskerne bildeten, alte Städte und Dörfer agglomerationsartig erweiterten und die Bevölkerung in engen Wohnquartieren verdichteten. So waren Städte wie Bottrop, Gelsenkirchen, Herne und Herten, Recklinghausen und Lünen, Marl oder Ahlen entstanden, wo es nur Bergbau und später gelegentlich auftretende chemische Industrie gab – bevölkerungsreich, rapide wachsend, vielfach monoindustriell ausgerichtet und alles andere als urban⁹. Eine solche defiziente Urbanität in schwerindustriellen Regionen hatte schwerwiegende Rückwirkungen auch auf die soziale Bevölkerungsstruktur und ihre Verfestigung im Sied-

⁸ *Klaus Tenfelde*, Stadt und Land in Krisenzeiten. München und das Münchener Umland zwischen Revolution und Inflation 1918 bis 1923, in: *Wolfgang Hardtwig, Klaus Tenfelde* (Hrsg.), *Soziale Räume in der Urbanisierung. Studien zur Geschichte Münchens im Vergleich 1850–1933* (München 1990) 37–58; *Klaus Tenfelde*, Die Welt als Stadt? Zur Entwicklung des Stadt-Land-Gegensatzes im 20. Jahrhundert, in: *Friedrich Lenger, Klaus Tenfelde* (Hrsg.), *Die europäische Stadt im 20. Jahrhundert. Wahrnehmung – Entwicklung – Erosion* (Köln 2006) 1–21; *Friedrich Lenger*, Der Stadt-Land-Gegensatz in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts – ein Abriss, in: *Friedrich Lenger*, *StadtGeschichten. Deutschland, Europa und die USA seit 1800* (Frankfurt a. M. 2009) 15–29; *Karin Hartewig*, Das unberechenbare Jahrzehnt. Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914–1924 (München 1993) 223, 230; *Klaus-Michael Mallmann, Horst Steffens*, Lohn der Mühen. Geschichte der Bergarbeiter an der Saar (München 1989) 144; *Klaus Tenfelde*, Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert, in: *Klaus Tenfelde, Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), *Wege zur Geschichte des Bürgertums* (Göttingen 1994) 334; *Martin Geyer*, Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung, in: *Manfred Gailus, Heinrich Volkmann* (Hrsg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990* (Opladen 1994) 333f., 320; *Martin H. Geyer*, Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation: München 1920–1923, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 30 (1990) 181–215; *Dirk Schumann*, Einheitssehnsucht und Gewaltakzeptanz. Politische Grundpositionen des deutschen Bürgertums nach 1918 (mit vergleichenden Überlegungen zu den britischen middle classes), in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik* (Köln, Weimar, Wien 2000) 93; *Dirk Schumann*, *Politische Gewalt* 22 ff.

⁹ *Klaus Tenfelde*, Ruhrstadt – historisches Projekt der Region, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 48 (1997) 538 ff. Zur Beschreibung von Urbanität vgl. *Friedrich Lenger*, Großstadtmenschen, in: *Friedrich Lenger*, *StadtGeschichten. Deutschland, Europa und die USA seit 1800* (Frankfurt a. M. u. a. 2009) 205–236.

lungsgefüge. In den Neustädten blieben die bürgerlichen Mittelschichten unterrepräsentiert, in Städten mit altem Kern zog sich das Bürgertum am Ende des 19. Jahrhunderts in die Villenviertel zurück, seit Beginn des 20. Jahrhunderts gefolgt von den Vertretern der wohlhabenderen Mittelschicht, während die Ärmere in die zum Teil zu Ungunstenlagen verkommenen Stadtzentren und die neuen betriebsnahen Wohnsiedlungen zogen. Die sich verfestigende Klassenstruktur prägte sich räumlich aus und schuf das in sich weithin geschlossene proletarische Quartier, der Wohn-, Lebens- und vielfach auch Arbeitsraum der Arbeiterschaft. Konfliktneigung und Gewaltanfälligkeit von städtischen Bevölkerungen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem jeweiligen Stadttypus, von der alten, aber industrialisierten Residenzstadt über die herkömmliche Bürgerstadt bis zur Industriestadt oder dem binnen kürzester Zeit über die Großstadtgrenze von 100 000 Bewohnern hinauswachsenden Industriedorf. Innerhalb der großen Städte ging die kollektive Gewalt meist von Vierteln mit relativ geschlossenem proletarischem Milieu aus. Beispielhaft sei Berlin angeführt mit den Zentren Neukölln, Wedding, Lichtenhain sowie – bemerkenswert zentrumsnah – dem Scheunenviertel nördlich der Oranienburgerstraße¹⁰. Für die Jahre der Weltwirtschaftskrise hat Pamela Swett die Gewaltanfälligkeit des „Nostiz-Straßen Kiez“ in Kreuzberg detailliert untersucht¹¹. Im proletarischen Quartier selbst sind es dann häufig die Arbeitsämter, vor und in denen sich die Anspannung der Wartenden, aber auch der Angestellten in den viel zu engen Räumen des Amtes entlud¹².

II.

Das Spektrum der körperlichen Gewaltanwendung ist breit und variantenreich. Vor allem zwischen 1917 und der Hochinflation des Jahres 1923 überzogen Formen des Subsistenzprotests die Städte mit starkem Anteil an Industriebevölkerung. Hier ging es um die unmittelbare Sicherung der Existenz, Schauplätze sind daher vor allem die Orte, wo Waren selbst angeboten wurden, Märkte, Marktstraßen, der Platz vor und in Markthallen. Von dort aus konnte die „kleine Gewalt“ übergreifen in Geschäfte überhaupt, in die Stadtzentren vor die Rathäuser. Die Anlässe waren vielfältig, etwa das verminderte Angebot in den Geschäften, vor allem aber überhöhte Preise. Sie lösten die Käuferpanik, die Lebensmittelkrawalle und die Hungermärsche aus, die zu Übergriffen auf die Händler, auf – vielfach

¹⁰ *Matthias Schartl*, Ein Kampf ums nackte Überleben. Volkstumulte und Pöbelexzesse als Ausdruck des Aufbegehrens in der Spätphase der Weimarer Republik, in: *Manfred Gailus* u. a., Pöbelexzesse und Volkstumulte in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830–1980) (Berlin 1984) 145 ff.

¹¹ *Pamela E. Swett*, Neighbours & Enemies. The Culture of Radicalism in Berlin, 1929–1933 (Cambridge 2004).

¹² *David Crew*, Gewalt „auf dem Amt“. Wohlfahrtsbehörden und ihre Klienten in der Weimarer Republik, in: *Thomas Lindenberger, Alf Lüdtke* (Hrsg.), Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit (Frankfurt a. M. 1995) 213–237.

sehr ungeschickt agierende – Polizisten und mitunter auch auf sonstige Amtspersonen führten. Im Zentrum solcher Konsumentenproteste stand die Plünderung von Verkaufsstellen, von Zechen, Marktständen, Geschäften, städtischen Lagern und Kühlhäusern. Vorzugsweise geplündert wurden Fleischereien, Bäckerläden, Obst- und Gemüseläden bzw. Stände, so dass sich Markthändler mitunter weigerten, ihre Verkaufsstände überhaupt aufzubauen¹³.

Die Berichte über solche Plünderungen zwischen dem Beginn der großen Streikwellen 1917 und dem Ende der Konsolidierungskrise im Sommer 1924 sind Legion. Mitunter genügte ein Gerücht über ungerechte Verteilung an der Verkaufsstelle einer Zeche, über eine Kürzung der Kartoffelration, über die Nichtzuteilung von Brotzulagen, um den typischen Verlauf eines solchen Subsistenzprotests mit Gewaltanwendung in Gang zu bringen¹⁴. Es konnte jedoch auch vorkommen, dass „klassenkämpferische“ Stärkedemonstration sich in den Hungerprotest einmengte, wie etwa in Oberhausen Ende Januar 1919, als Arbeiter zur Plünderung „besserer“ bürgerlicher Geschäfte für Zigarren, Spirituosen, Herrenmoden und -hüten übergingen. Meist blieben solche Aktionen eng lokal begrenzt, mitunter lösten sie aber analoge Plünderungen quer durch die Stadt aus. Den Anfang konnte das Umwerfen einer Bude machen, zunächst nicht direkt beteiligtes Marktpublikum fiel über die Ware her, die Menge wuchs an und gebärdete sich aus der Sicht der Polizei „teilweise wie irrsinnig“, bis dann die Beamten zum Säbelgriffen und die Tumultuanten auseinandertrieben. Manchmal fiel bei solchen Szenen dann ein Schuss, der einerseits zur Flucht, andererseits zu Selbstverteidigung oder zu Angriffen von Plünderern auf die Polizei führte. Da es häufig nicht bei Schreckschüssen blieb, endeten solche Begegnungen dann oft mit Toten und Verletzten¹⁵. Beteiligt waren vor allem bei den Marktunruhen auch Frauen und Kinder, zu den Plünderern zählten nicht nur Arbeiter, sondern Erwerbslose aller Art, die Grenze zur Kleinkriminalität und zur Normaltätigkeit kleiner Krimineller konnte durchaus überschritten werden.

Im Ganzen hat man bei den Subsistenz- und Konsumentenprotesten den Eindruck, dass ein starkes untergründiges Gerechtigkeitsgefühl und -bedürfnis viele Akteure antrieb. Es ging um den angemessenen oder „gerechten Preis“, um die „gerechte Verteilung“¹⁶. Das Ziel war primär Preisabbau. Aber der reine Konsumentenprotest vermischte sich dann doch vielfach mit den allgemeinen Verteilungskämpfen insbesondere in den schwerindustriellen Zentren, wo dann um Teuerungszulagen, mehr Lohn, kürzere Schichten und in der Hochinflation um den Modus wöchentlicher Lohnzahlung mit gestritten wurde. Schließlich bildeten alle diese Faktoren zusammengenommen die Basis des lebensnotwendigen Kon-

¹³ *Hartwig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 239.

¹⁴ *Hartwig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 222 u. ö.

¹⁵ *Hartwig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 229 u. ö.

¹⁶ *Geyer*, Teuerungprotest und Teuerungsunruhen passim; *Geyer*, Teuerungprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit passim. Zum Ganzen grundlegend: *Martin H. Geyer*, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924 (Göttingen 1998) 167–204; *Hartwig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 232, 237, 244.

sums. In die Proteste flossen moralische Grundvorstellungen ein – die Erwartung, angemessen entlohnt zu werden, in den Jahren nach 1914 bis 1923 auch die Vorstellung, dass es jetzt nach den unerhörten Opfern des Krieges genug sein müsse mit dem Opfern. Der Wunsch nach materiellem Auskommen verknüpfte sich mit dem nach sozialer Anerkennung und Respektierung. Das Grundmuster der Lage-deutung erscheint zunächst defensiv als Auflehnung gegen Elend, Verletzung der Ehre, Kränkung der Gerechtigkeit, verbunden mit dem Gefühl, dass diese Art der Gewalt als ausgleichende Gerechtigkeit gerechtfertigt sei. Selbstverständlich brauchte dieser Protest auch seine Gegner, den „Besitz“, „das Grubenkapital“, die Landwirte und Händler und schließlich die Institutionen der Zwangswirtschaft¹⁷. Verstärkt mischten sich 1923/24 dann auch der Wunsch nach Wucherbekämpfung und also der Hass auf „Kriegsgewinnler“ ein. Vielerorts gerieten jüdische Geschäfte und Händler direkt in die Schusslinie und wurden Opfer von Gewalttätigkeiten¹⁸. Preisabbau bedeutete in dieser Sicht vielfach auch Wucherbekämpfung.

Zu Recht sind diese Aktionen gegen „Preistreiber“ und „Wucherer“ die Proteste gegen einen Markt, der vor allem einen „gerechten Brotpreis“ nicht mehr garantierte, gegen vermeintlich überhöhte Fleischpreise als eine Ausprägung der „moral economy“ gedeutet worden – also von ökonomischen Vorstellungen, die von traditionellen Rechten und Gebräuchen ausgingen und mit den Konvulsionen des freien Marktes in Zeiten extremer zerstörerischer äußerer Einflüsse auf diesen Markt nicht vertraut waren¹⁹. So erhob sich in den Ernährungs- und Versorgungskrisen 1917 bis 1923 allerorten der Ruf nach „Selbsthilfe“, zunehmend als „kollektive Selbsthilfe“ interpretiert. Die Konsumenten – unter Anführung der Plünderer – setzten Preise fest – eine Praxis, die seit dem Sommer 1920 um sich griff. Nicht nur die Erwerbslosen und die Arbeiter sprachen von Selbsthilfe – wobei die Berufung auf „proletarische Selbsthilfe“ mitunter oft nur als Vorwand für Plünderungen und das Marodieren von Banden herhalten musste²⁰. Auch stärker politisierte Protestaktionen stellten sich unter die Parole der Selbsthilfe²¹. In der Hochinflation kam es verbreitet zur Einsetzung von „Kontrollausschüssen“, wie sie seit August 1922 von Gewerkschaften und KPD systematisch gefordert wurden.

Die rasch entstandene „Selbsthilfementalität“ begünstigte dann vor allem 1923 Plünderungen, Aufstands- und Putschversuche. Seit dem Sommer 1923 schien sich die Selbsthilfegesellschaft aus der Sicht zahlreicher bürgerlicher Kommentatoren endgültig zur Gesellschaft unkontrollierbarer Massenbewegungen abzugleiten. Martin Geyer behauptet aber zu Recht, dass „nicht Solidarisierung, sondern die tiefe Fraktionierung der Gesellschaft entlang den Verwerfungslinien von Stadt und Land, zwischen einzelnen Regionen, Gruppen und Individuen die Hyperinflation“ gekennzeichnet habe²². Die Konjunktur der Selbsthilfe erscheint

¹⁷ *Hartewig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 286.

¹⁸ *Mallmann, Steffens*, Lohn der Mühlen 146; *Hartewig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 286.

¹⁹ *Geyer*, Teuerungsprotest 319 ff. und passim.

²⁰ *Geyer*, Teuerungsprotest 344.

²¹ *Geyer*, Teuerungsprotest 344; *Geyer*, Verkehrte Welt 319–354.

²² *Geyer*, Teuerungsprotest 343; *Geyer*, Verkehrte Welt 391 ff.

demnach als Symptom einer sich atomisierenden Gesellschaft. Nach der ungewöhnlich sachkundigen und bedachten Lageeinschätzung – so Geyer – des damaligen Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Eduard Hamm, stand „weniger zu befürchten, daß eine große politische Gegenbewegung der schlecht versorgten städtischen Bevölkerung eintritt, als daß der Kampf Aller gegen Alle um das tägliche Brot in den Städten beginnt“²³. Nach Inflation und Stabilisierungskrise verschwanden die Subsistenzproteste aus den Städten und kamen auch in der Weltwirtschaftskrise nicht wieder. Vermutlich absorbierten die Konfrontationen und Kämpfe der „Parteiarmeen“ das sozial bedingte Gewaltpotential, das sich in den Subsistenzprotesten geäußert hatte.

III.

Die städtischen Subsistenzkrawalle der Jahre 1917 bis 1924 erklären sich aus den Ernährungskrisen, den Mangellagen und den bürokratischen Defiziten der Zwangswirtschaft gegen Ende des Krieges und in den Nachkriegsjahren. Sie sind ihrem Ursprung nach vorpolitisch und werden deshalb, und wegen ihrer speziellen Formen, nicht zu Unrecht in die Tradition vormodernen sozialen Protests gestellt²⁴. Sie nahmen allerdings in dem Maße politische Züge an, in dem der Staat des untergehenden Kaiserreichs, der Revolution und der frühen Weimarer Republik diesen Protest unterdrückte und in dem der Subsistenzprotest in die Frontlinien des Klassenkampfes hineingeriet. Gewiss rechnete das Bürgertum die aus Subsistenzprotesten entspringende Gewalt zunehmend – und nicht ganz zu Unrecht – der politischen Strategie des „linksproletarischen Milieus“²⁵ zu, aber die primäre Erfahrung politischer Gewalt im eigenen Land stammte doch aus der politisch-gesellschaftlichen Revolution im Herbst und Winter 1918/19 sowie aus den weiteren Wellen der proletarischen Revolution bis 1923²⁶.

Wie diese Gewalt von den Bürgern in der Stadt erfahren und gedeutet wurde, soll kurz illustriert werden an zwei Autoren, beide nach kurzer Frist wichtige Vorkämpfer einer demokratisch-republikanischen politischen Kultur in Deutschland. Der eine, Thomas Mann, mag für das beschauliche München und seine folgenreiche Episode einer in Gewalt einmündenden und mit brutaler Gewalt unterdrückten Räteherrschaft stehen, der andere, Harry Graf Kessler, für das Zentrum

²³ *Eduard Hamm*, in: Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik. Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearb. v. *Karl-Heinz Harbeck* (Boppard am Rhein 1968). Vgl. *Geyer*, Teuerungsprotest 343 f.

²⁴ *Hartewig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 265–275.

²⁵ *Klaus-Michael Mallmann*, Kommunismus in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung (Darmstadt 1996).

²⁶ *Detlev Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne (Frankfurt a. M. 1987) 32–86. Überblick über die Sicht auf die Revolution: *Alexander Gallus*, Die vergessene Revolution von 1918/19 – Erinnerung und Deutung im Wandel, in: *Alexander Gallus*, Die vergessene Revolution von 1918/19 (Göttingen 2010) 14–38.

der deutschen Revolution, die hochindustrialisierte Reichshauptstadt Berlin. Thomas Mann beobachtete persönlich ganz furchtlos die Entwicklung der bayrischen Räterepublik, registrierte den Lärm der Gefechte und deutete nach dem Geismord die Mischung aus „bodenständiger Gemütlichkeit und kolonialem Literatur-Radikalismus“ als Grundlage für die – stadtbürgerliche – „untilgbare Blamage“, dass man sich die „wüste Narrenwirtschaft so lange stumpfsinnig“ hatte gefallen lassen. Der Sieg der „Weißen“ wurde für ihn zur „persönlichen Lebensnotwendigkeit, der gegenteilige Ausgang wäre eine unausdenkbare Katastrophe“²⁷. Thomas Manns Reflexionen bewegen sich im Vorstellungskreis einer Weltkatastrophe vor der Tür seiner Bogenhauser Villa. Rücksichten konnten da nicht mehr genommen werden. Mit seinem Freund Bertram besprach er sich über den „Typus des russischen Juden, des Führers der Weltbewegung, dieser sprengstoffhaften Mischung aus jüdischem Intellektual-Radikalismus und slawischer Christusschwärmerei. Eine Welt, die noch Selbsterhaltungsinstinkt besitzt, muß mit aller aufbietbaren Energie und standrechtlichen Kürze gegen diesen Menschenschlag vorgehen.“²⁸ Auch die „Ausmerzung des lümmelhaften Soldatentyps“ hatte seinen vollen Beifall. Das „Epp'sche Corps ist unter großem Jubel in bester Haltung eingezogen. K's Mutter geht es schon wieder zu „militaristisch“ zu, aber ich bin voller Einverständnis und finde, daß es sich unter der Militärdiktatur bedeutend freier atmet, als unter der Herrschaft der Crapule.“²⁹

Der Flaneur Kessler studierte dagegen sorgfältig die revolutionäre Topographie Berlins und beschrieb die Stadt des Spartakusaufstandes als Kriegsschauplatz. Auch er fand, dass es sich um „Weltgeschichtliches“ handelt: um die „Entscheidung zwischen West und Ost, zwischen Krieg und Frieden, zwischen einer berauschenden Utopie und dem grauen Alltag. Nie seit den Tagen der Französischen Revolution hat so viel bei den Straßenkämpfen in einer Stadt für die Menschheit auf dem Spiel gestanden.“³⁰ Am 11. 1. 1919 wanderte er abends im schmutzigen Regenwetter durch die verdunkelte, beschossene (Leipziger) Straße, deren Querstraßen von Infanterie und Maschinengewehrfeuer bestrichen werden. Die Patrouillen „ermuntern die verängstigten Menschen, die Straßenbahn als verhältnismäßig sicherstes Mittel, um fortzukommen, zu benutzen. Viele riskieren es aber nicht, bleiben in den Hausfluren kleben. Diese stumme Panik in der weglosen Nacht eines zum Kriegsschauplatz gewordenen Straßengewirrs gehört zu den phantastischsten Eindrücken der Revolutionszeit ...“³¹ Und schließlich am 13. Januar: „Im Allgemeinen ist ... in Berlin der Aufstand zu Ende. – Nachts 10.40 heftiges Gefecht, wie mir schien, vor meiner Tür, Gewehrschüsse, Pochen und Rattern schwerer und leichter Maschinengewehre. Manchmal klang es, als ob mit Kolben die Haustür eingeschlagen würde. ... Der ganze Spuk dauerte 20 Minuten.

²⁷ *Thomas Mann*, Tagebücher 1918–1921, hrsg. v. *Peter de Mendelssohn* (Frankfurt a.M. 1979) 4. 5. 1919, 2. 5. 1919.

²⁸ *Thomas Mann*, Tagebücher 2. 5. 1919, 223.

²⁹ *Thomas Mann*, Tagebücher 5. 5. 1919, 227.

³⁰ *Kessler*, Tagebuch 6. 1. 1919.

³¹ *Kessler*, Tagebuch 89.

Um 11 war plötzlich Alles still. Die Spartakisten führen, nachdem ihr großer Schlag misslungen ist, einen Guerilla Krieg in Berlin, tags von den Dächern, nachts in abgelegenen Straßen ...³² Am 19. 1., dem Tag der Wahl zur Nationalversammlung, fühlte Kessler sich müde von dem „sinnlosen Geschieße“ und verspürte einen „ungeheuren Überdruß gegen revolutionäre Unordnung“³³.

Das Bürgertum führte den Ausbruch der innerstädtischen Gewalt zunächst ganz auf eine vermeintlich lang geplante, zielstrebige Revolutionsstrategie der radikalen Linke zurück. Erst schrittweise präziserte es sein Urteil, indem es zunächst die Volksmarinedivision nicht primär parteipolitisch zuordnete, seit den Revolutionen in den Hauptstädten Deutschlands aber generell Arbeiterschaft und Pöbel verantwortlich machte und seit Anfang Januar 1919 seine Aufmerksamkeit auf den „Spartakus“ und den „Bolschewismus“ konzentrierte. „Spartakus“ entwickelte sich dabei zur Chiffre für Umsturzversuche von links überhaupt³⁴. Der Ebert-Gröner-Pakt und die Regierungsführung der Sozialdemokraten im Rat der Volksbeauftragten, der Einsatz der Freicorps und schließlich die Übertragung der Befehlsgewalt an Gustav Noske am 13. 1. 1919 nahmen die SPD zumindest was den gewaltsamen Aufruhr in den Städten betraf, erst einmal aus der Schusslinie der bürgerlichen Polemik. Linke Intellektuelle und linksliberale Beobachter wie Kessler äußerten sich schon spätestens Ende Januar 1919 vielmehr verbittert über die revolutionäre Untätigkeit der Regierung und die offenen Flanken zur Gegenrevolution.

Die SPD durfte allerdings jetzt wie auch später keinerlei Verständnis für ihr unlösbares Dilemma erwarten: einerseits Klassenkampf – andererseits jetzt Staatspartei zu sein. Zu diesem Dilemma gehörte auch der aus dem Kaiserreich ererbte Widerspruch, dass sie zwar Disziplin und Gewaltlosigkeit anstrebte – schon weil ihr die Gewaltmittel fehlten, dass aber andererseits die „kleine Gewalt“ zur Kultur der Unterschichten gehörte und durch die materielle Not und die politischen Umstände unentwegt reproduziert wurde³⁵. Einerseits war das sozialdemokratische Milieu bei seinen Zivilisierungsanstrengungen sehr erfolgreich. Radikalismus und Bereitschaft zum gewaltsamen Konflikt breiteten sich seit 1916 vor allem dort aus, wo das etablierte Milieu mit Partei- und Gewerkschaftsbindung der Arbeiter aufgrund der Menschenverschiebungen und des Organisationschaos der explodierenden Rüstungswirtschaft erodierte. Jugendliche und neu Zugezogene, im sozialdemokratischen Milieu noch gar nicht oder wenig sozialisierte Arbeiter, bildeten den Treibsatz für die großen Streiks in den Rüstungsbetrieben. Gerade das Fehlen von Erfahrung bei der Konfliktbewältigung förderte die Gewaltneigung³⁶.

³² Kessler, Tagebuch 90.

³³ Kessler, Tagebuch 105.

³⁴ Mallmann, Steffens, Lohn der Mühen 144.

³⁵ Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914 (Bonn 1992) 664 ff.

³⁶ Vgl. z. B. für München: Wilfried Rudloff, Notjahre – Stadtpolitik im Krieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise 1914–1933, in: Richard Bauer (Hrsg.), Geschichte der Stadt München (München 1992) 337 ff., 343 ff.

Andererseits hielt das sozialistische Milieu den Spannungen nicht mehr stand, und ein zunehmend mit seiner Herkunftsgemeinschaft verfeindetes „linksproletarisches Milieu“ spaltete sich ab. Die Gründe für die Radikalisierung seit Januar 1917 sind vielfältig: Traditionelle Protest- und Streikgründe wie niedriger Lohn, zu lange Arbeitszeit, Versorgungsmängel stehen am Anfang. Politisierend wirkte dann bis zum 11. 11. 1918 die Forderung nach Frieden, zu deren Erfüllung die Reform des Verfassungssystems erforderlich schien, wie sie in den Oktoberreformen dann auch gewährt wurde.

Seit der Etablierung des Rats der Volksbeauftragten griff eine immer bitterer – und gewaltbereiter – werdende Enttäuschung über das Stagnieren des Umbruchs Platz. Diese Enttäuschung kann in ihrer Bedeutsamkeit überhaupt nicht überschätzt werden: Sie entspricht den enormen Erwartungen, die sich durch die physischen Strapazen, die Millionen Todesopfer und Verletzten im Krieg und die tatsächlich im Hindenburgprogramm erreichten sozial- und integrationspolitischen Erfolge aufgestaut hatten. Die Konfrontation mit den Regierungstruppen und Freicorps trieb beide Seiten, Arbeiter und Soldaten, in einen abgrundtiefen Hass hinein.

Das proletarische Milieu des Kaiserreiches lebte nach 1918 fort, aber es wandelte sich partiell auch. Für die Linke brachte die Revolution auf der Ebene der politischen Körperschaft Stadt tatsächlich enorme Verbesserungen. Mit der endgültigen Demokratisierung der Kommunalwahlrechte gewannen SPD, USPD und zunehmend auch KPD zusammengenommen die Mehrheit in den Parlamenten der großen Städte, und dementsprechend verlor das Bürgertum seine bis dahin zwar erodierende, aber immer noch dominante Stellung. Mit dem rechtlichen Wandel von der Bürger- zur Einwohnergemeinde und der industriellen Urbanisierung entfremdete sich das bis dahin noch immer ständisch geprägte Bürgertum seinem ursprünglichen politischen Ort. Die übersichtliche Bürgerlichkeit in der Stadt war – je nach örtlichen Bedingungen – schon seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geschwunden. Für die politische Körperschaft „Stadt“ war das kein Nachteil, die sozialdemokratisch dominierte Kommunalpolitik mit der noch bürgerlich geprägten Leistungsverwaltung als Basis zählt zu den Aktivposten der Weimarer Jahre – bis auch der Gemeindeparlamentarismus seit 1930 nicht mehr richtig funktionierte. Gleichwohl könnte man sagen, dass die Städte als der leistungsfähigste Teil der öffentlichen Verwaltung nicht genügend genutzt wurden zur Stabilisierung der Republik. Das lag an einer merkwürdig verfehlten Finanzpolitik der Republik, die – sicher nicht ganz zufällig – die kommunale Ebene vernachlässigte. Es liegt aber davor schon und als Grundeinstellung bis 1933 weiterwirkend, auch am Autoritätsverlust von Stadtverwaltung und ihrer Organe³⁷.

Dass die Gemeinden über keine schlagkräftige eigene Polizei verfügten, sondern ganz auf die Ordnungsmacht der Landespolizeien, in Preußen der sogenann-

³⁷ Dieter Rebenitsch, *Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: Jürgen Heideking u. a. (Hrsg.), *Wege in die Zeitgeschichte* (Berlin, New York 1989) 123–150.

ten Schupo, der Schutzpolizei, angewiesen waren, hat die Entfremdung zwischen Stadtbewohnern und Ordnungsmacht insgesamt sicher gefördert. Die Stadt hatte seit der Kriegswende unter dem generellen Legitimationsverlust der Behörden zu leiden, zumal dort, wo sie als verlängerter Arm der Kriegswirtschaft zu dienen hatte. Daher ist es logisch, dass Subsistenzproteste jede Art „staatlicher Autorität“ lokal untergruben. Der ohnehin antiinstitutionelle Syndikalismus in den schwerindustriellen Zentren betrachtete vor allem den Betrieb als seinen eigentlichen Handlungsort, nicht die städtische oder gesamtstaatliche Gewerkschaftsorganisation³⁸. Selbst wo der Betrieb und das zugehörige Wohnquartier in einem überschaubaren politisch-organisatorischen Zusammenhang blieben, machten sich antiorganisatorische Affekte und Effekte geltend. Protestierende und demonstrierende Arbeiter konnten sich, wenn ihre Verhandlungen – wie bis 1923 häufig – mit einem Erfolg endeten, nicht ohne Grund als Beherrscher des Ortes fühlen – bis dann die Ordnungskräfte mit meist unsensibler und übertriebener Härte durchgriffen. In den Versorgungskrisen bis 1924 machte sich ein „Nahrungsregionalismus“³⁹ breit, man kann auch sagen „Nahrungslokalismus“. Für die Syndikalisten, aber auch – mehr als lange gedacht – die Kommunisten, wurde der städtische Raum zur eigentlichen Handlungseinheit. In der großen Stadt selbst setzte sich die Desintegration der städtischen Gesamtgesellschaft noch weiter fort. Die Berliner Revolutionskämpfe konzentrierten sich auf bestimmte Orte, ansonsten ging das Leben weiter als sei nichts gewesen. Kessler im März 1919: „Im Osten von Berlin, am Friedrichshain, geht die Straßenschlacht, ein Rückzuggefecht der Spartakisten noch immer weiter. Und während in den Straßen gemordet wird, tanzt und lacht Berlin W. ohne Herzbeschwerden. Ja man merkt und hört ... hier eigentlich nichts von der Bartholomäusnacht. Der Streik war Allen unbequem; nach seinem Ende könnten aber noch viel mehr Tausende ermordet werden, ohne zu stören. Die große Stadt verschluckt auch diese.“⁴⁰

IV.

Ausübung von körperlicher Gewalt ist immer der Versuch einer „Übermächtigkeit“, also der Gewinnung oder Ausübung von Macht. Die große Stadt ist der Sitz der „Kultur“ und ihres vermeintlichen Verfalls und muss deshalb, wenn es nicht anders geht, gewaltsam in Besitz genommen werden. Aber sie ist auch der

³⁸ *Hartewig*, Das unberechenbare Jahrzehnt 265–275; *Heinrich August Winkler*, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924 (Berlin, Bonn 21985) 159ff; *Hans Mommsen, Ulrich Borsdorf* (Hrsg.), Glück auf Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland (Köln 1979); *Erhard Lucas*, Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19, in: *Duisburger Forschungen* 15 (1971) 1–119; *Erhard Lucas*, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Frankfurt a.M. 1976).

³⁹ *Geyer*, Teuerungsprotest 334.

⁴⁰ *Kessler*, Tagebuch 8. 3. 1919, 177.

Sitz der Macht. In Haupt- und Residenzstädten, und derer gab es in Deutschland bekanntlich viele, erweitert sich mit der bürgerkriegsartigen Konfrontation der Kampf in der Stadt zum Kampf um die Stadt und um den Staat. Hauptstädte versammeln die zentralörtlichen und staatlichen Funktionen. Dort arbeiten Regierung, Parlament und Verwaltungen, dort konzentrieren sich auch Militär und Polizei. Ihr Sitz wird zu Brennpunkten des Kampfes – der Funktionen, aber auch ihrer symbolischen Ausstrahlung wegen. Die blutige Berliner Revolution machte das Schloss, den Reichstag und seine Umgebung, die Innenstadt insgesamt zum wichtigsten Kampffeld. In München stürzte die Monarchie nach einem Marsch von der Baviagekrönten Theresienwiese über einen erheblichen Umweg zu den Kasernen der Hauptstadt und endete dann an der Residenz. Der Staatsstreichversuch Hitlers vom 9. November 1923 begann und scheiterte mit dem Marsch zum innerstädtischen militärisch-politischen Symbolort „Feldherrnhalle“. Die Herrschaft der bolschewistischen Räte und der sogenannten „Roten Armee“ ging in blutigen Kämpfen auf den Straßen Münchens zu Ende.

Wer die Stadt beherrscht, beherrscht das Land. So jedenfalls die gängige Vorstellung. In den bürgerkriegsnahen Phasen der Weimarer Republik ging es in Berlin in den Wahlkämpfen zunächst darum, die Stadt mit den eigenen politischen Symbolen und optischen Zeichen zu besetzen, indem die Parteien ganze Straßen und Viertel mit Fahnen, Transparenten, Zeichen und Plakaten überschwemmen. „Vorwärts, Genossen, macht das ganze Arbeiter-Berlin zu einem Riesentransparent für Liste drei“, forderte im Reichstags-Wahlkampf vom Juli 1932 die „Rote Fahne“. Das Berliner Tageblatt sprach von einem förmlichen „Flaggenkrieg“⁴¹.

Die KPD glaubte sowohl in der Früh- wie in der Endphase der Weimarer Republik den Staat nur erobern zu können, wenn der „Riese Proletariat“, der auf den Plakaten seine Gegner mit einem Faustschlag hinwegfegte, die Vorherrschaft auf der Straße erkämpft habe⁴². Hitler reagierte darauf mit der Parole, man habe „dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herrscher der Straße der Nationalismus“ sei, „genauso, wie er einst der Herr des Staates sein wird“⁴³. Goebbels setzte bekanntlich diese Maxime in die NSDAP und SA-Demonstrations- und Gewaltstrategie in ausgewählten Berliner Arbeitervierteln um. Wie das funktionierte, und was sich dabei abspielte, hat Sven Reichardt präzise analysiert.

Gleichwohl wäre es nicht richtig, die Machtergreifung der Nationalsozialisten aus dem Verlust staatlicher Autorität in Berliner Stadtvierteln zu erklären, wie das Pamela Swett beansprucht hat. Die großen Städte blieben wegen ihres proletari-

⁴¹ Vgl. *Gerhard Paul*, Krieg der Symbole. Formen und Inhalte des symbolpublizistischen Bürgerkrieges 1932, in: *Diethart Kerbs, Henrick Stabr* (Hrsg.), Berlin 1932. Das letzte Jahr der ersten deutschen Republik. Politik, Symbole, Medien (Berlin 1992) 38.

⁴² Vgl. *Silvia Orth*, Der „Riese Proletariat“ und sein Gefolge. Selbstinszenierung der KPD während der Weimarer Republik in Presse und Propaganda (Magisterarbeit HU Berlin 2006). Vgl. allgemein *Thomas Mergel*, Propaganda in der Kultur des Schauens. Visuelle Politik in der Weimarer Republik, in: *Wolfgang Hardtwig* (Hrsg.), Ordnungen in der Krise. Zur politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1900–1933 (München 2007) 531–560.

⁴³ Zit. *Marie-Luise Ehls*, Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik (Berlin 1997) 366.

sehen Bevölkerungsanteils trotz der Anfälligkeit zahlreicher Arbeiter für SA und NSDAP eher unwirtliches Gelände. Peukerts These vom erfolgreichen Aufstand der Provinz lässt sich durch eine noch so gekonnte Analyse des „Kleinen Bürgerkriegs“ in einem Kreuzberger Arbeiterquartier nicht aushebeln. Die Reichstagswahl von 1928 brachte den Nazis vor allem in den großen Städten eine schwere Niederlage. Die Wahlergebnisse in den großen Städten rechtfertigten den Anspruch der Nazis, die Gesamtnation zu repräsentieren, in keiner Weise. Eher nützte die Metropole Berlin den Nationalsozialisten als Objekt eines traditionalistisch eingefärbten propagandistischen Gegenschlags gegen die moderne Kultur⁴⁴.

Trotzdem hat die tiefgreifende Gewalterfahrung in den städtischen Zentren des Semibürgerkriegs insbesondere seit 1929 die Widerstandskraft der Republik entschieden geschwächt. Das betrifft die zweifellos wachsende Gewaltakzeptanz im Bürgertum seit der Revolution. Sie ist angesichts der Gewalt- und Bürgerkriegsrhetorik der Kommunisten nicht völlig unverständlich. Da die Bürger rechts der DDP die eigenen immer lauter werdenden Gewaltparolen und die eigene Gewaltpraxis im Stahlhelm ernst nahmen – warum hätten sie dann die martialische Gewaltsprache der Kommunisten scharfsinnig als das durchschauen sollen, was sie tatsächlich weitgehend war: Verbalradikalismus. Der Hinweis auf die Relevanz der großstädtischen Gewalterfahrung lässt sich abschließend zuspitzen auf das Exempel des „Planspiels Ott“ der Reichswehrführung von Ende November 1932. Die Reichswehrführung spielte die von Papen und Schleicher ernsthaft erwogene Möglichkeit durch, den Notstand auszurufen, um so aus der Staatskrise und der Sorge vor einer Kanzlerschaft Hitlers herauszukommen. Die Reichswehr hätte in diesem Falle die möglichen Unruhen durch die Verhängung des militärischen Ausnahmezustands unterbinden oder ersticken müssen. Das Planspiel Ott sollte die Frage klären, ob die Reichswehr diese Aufgabe erfüllen konnte⁴⁵.

Das Ergebnis war negativ, die Reichswehr riet vom Ausnahmezustand ab. Ott urteilte, dass nach der Wahl vom 6. November mit mehr als 70% Anti-Papenstimmen und der zu erwartenden Mobilisierung von Demonstranten und Parteiarmeen die Ordnung nicht garantiert werden könne. Das war mit großer Wahrscheinlichkeit eine Fehleinschätzung. Entscheidend für das Votum war eine Reihe von Vorannahmen, die alle auf die Gewalterfahrungen seit 1918 rekurrierten – und sie projektiv übersteigerten. An der Ostgrenze rechneten die Offiziere mit einer polnischen Offensive. Im Inneren seien die legitimen Träger des staatlichen Gewaltmonopols, die Technische Nothilfe und die Polizei, einem möglichen Kommunisten-Aufbruch auch bei zusätzlichem Einsatz des 100000-Mann-Heeres nicht gewachsen. Das Gewaltpotential von SA und Nationalsozialisten insgesamt wurde als zusätzliche Unsicherheit eingeschätzt. Es gibt viele Argumente dafür, dass die Reichswehr die Lage völlig falsch einschätzte und die Gefahr eines nicht

⁴⁴ Detlev Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne* (Frankfurt a. M. 1987) 226 ff., 228.

⁴⁵ Vgl. Wolfram Pyta, *Das Planspiel Ott*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (2009).

mehr beherrschbaren Bürgerkriegs stark übertrieb. Es waren die Erfahrungen aus Berlin, aus den Ballungszentren des Ruhrgebiets und aus den kleineren mitteldeutschen Städten, die zu dieser Fehleinschätzung führten. Es ist keineswegs sicher, dass die Verhängung des militärischen Ausnahmezustands die Republik wirklich gerettet hätte. Aber die Erfahrung der Gewalt in den großen Städten von rechts und von links und ein möglicher Angriff beider Extreme auf die Staatsordnung der Weimarer Republik – wenn auch mit ganz unterschiedlichen Zielen – hatte so viel Angst geschürt, dass selbst die sehr schlagkräftigen Inhaber der legitimen Gewaltmittel von vornherein darauf verzichteten, das staatliche Gewaltmonopol ernsthaft zu verteidigen.

V.

Die deutsche Gesellschaft befand sich seit Kriegsbeginn in einem Zustand dauernder Erregung, die durch die Demütigung der Kriegsniederlage und die revolutionären Ereignisse noch einmal gesteigert wurde. Die Emotionen schäumten über, und die Plätze, Straßen und Säle der großen Städte boten die Bühne, sie auszuleben und darzustellen.

Bedrängender schien aber zunächst der Hass auf der Straße. Dort spielten sich Gewaltexzesse ab, die durch das brutale Vorgehen der Regierungstruppen geschürt wurden und gerechtfertigt erschienen. In Lichtenberg kam es zu einem Polizistenmord⁴⁶. Im Norden Berlins wurden „Reinhard-Soldaten von der Menge in Stücke gerissen“. „Soldaten mißhandelten Gefangene auf offener Straße mit der Peitsche.“ Zur Entschuldigung sagte der zuständige Leutnant, „der Gefangene habe drei Ausweise von verschwundenen Offizieren des Regimentes bei sich gehabt ... die Erbitterung der Leute sei grenzenlos, gestern abend sei ein Wachtmeister des Regimentes von Spartakisten angehalten und kurzerhand auf der Straße erschossen worden. Zwei Soldaten des Regimentes seien von den Spartakisten ins Wasser geworfen, anderen die Kehlen durchschnitten.“⁴⁷ Seit der Ermordung von Karl Liebknecht sei – so Kessler – ein neues Element in die deutsche Revolution gekommen: „das Element der Vendetta, der Blutrache, das in allen großen Revolutionen treibend wird und als letzte von den revolutionären Kräften übrigbleibt, wenn alle anderen ausgebrannt oder befriedigt sind“⁴⁸.

Linksintellektuelle wie Wieland Herzfelde mokierten sich, wenn sie ihre eigene Erregung abzuspalten vermochten, etwa über eine Versammlung der Kommunisten: „Die deutschen Arbeiter regen sich bis zur Sinnlosigkeit auf.“⁴⁹ Im Ruhrkampf klagte Stresemann nach einer Versammlung auf dem Berliner Königsplatz, dass die Volksredner viel radikaler gewesen seien als die Offiziellen.

⁴⁶ Kessler, Tagebuch 9. 3. 1919.

⁴⁷ Kessler, Tagebuch 176.

⁴⁸ Kessler, Tagebuch 177.

⁴⁹ Kessler, Tagebuch 3. 5. 1919.

Aber der Erregung des Volkes entsprach sehr wohl etwa die „unbeschreibliche Niedergeschlagenheit“, die Kessler nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages befiel, oder der Tumult in der Weimarer Nationalversammlung während einer Debatte Erzberger-Graefe, bei dem, so Kessler, auch Blut hätte fließen können⁵⁰. Oskar Maria Graf schildert in seinem Meisterwerk „Wir sind Gefangene“ von 1927 einen Diskussionsabend der USPD in München Anfang November 1918, wo Ernst Toller „eine flammende Rede gegen den Krieg (hielt). Hitzig, ekstatisch, mit wilden Gestikulationen und verzerrtem Gesicht schrie er seine Gefühle heraus. Er zitterte wie fiebernd und schäumte auf den Lippen. Ganz schwarz kam er mir vor. Tiefe, dunkle Augen, schwarze, dichte Haare, schöne Augenbrauen und ein etwas gelbliches Gesicht. „Ihr Mütter“ hub er an – immer wieder und malte er mit dichterisch rhetorischem Feuer die Greuel des Krieges, „Ihr Brüder und Schwestern“ er riss alle mit. Einzelne Frauen weinten oder wurden ganz wild. „Nieder mit dem Krieg! An den Galgen mit Ludendorff! stimmte alles zu. Geweckt und unternehmend gingen wir auseinander!“⁵¹ Graf ist es auch, der das Element zerstörerischer Gewaltbereitschaft anspricht, die sich in die Demonstrationen und Gewalttaten der Revolutionstage einmischt: den raschen Umschwung der Gefühle nach dem Eisner-Mord, das Bedürfnis nach Rache für Benachteiligungen und Kränkungen. In paroxysmalem Erregungszustand stößt er, auf der Straße gehend, immer wieder die Worte aus: „Nieder, nieder!“ – mit allen, die ihn gedemütigt haben – und das sind so gut wie alle; „... Wenn man jahrelang immer in widerwärtiger, erniedrigender Unsicherheit steht, dann bekommt man Hunger. Hunger nach gutem Leben, Hunger nach Macht, Hunger auf alles Annehmliche, was die anderen haben, die Satten, die Sichereren und die Überlegenen. Gelten will man was, nicht immer getreten sein, nicht Tag für Tag im Pech stehen.“⁵² Die Stadt wird zum Schauplatz anarchischer Regungen. Es hat daher Logik, wenn die radikalpazifistischen intellektuellen Anarchisten wie Gustav Landauer und Erich Mühsam ins aufgewühlte München eilten und dort Opfer der Gewalt wurden. Ein desillusionierter anarchistischer Dadaist, Spartakuskämpfer und Linkskommunist wie Franz Jung führte die „Welle von Gewalt und Zerstörung“ letzten Endes auf eine anthropologische Grunddisposition zurück: Sie war für ihn „organisch bedingt, sie kommt von innen her und ist auch von innen ausgelöst. Es ist nicht nur Wut und Haß – es ist die Panik, die innere Panik unserer Existenz, ... die lange Zeit niedergehalten werden kann, einmal aber zur Entfaltung kommt und dann durchbricht. Jeder weiß, wie gut das tut.“⁵³ Andere, zeitgenössisch sehr viel gängigere Erklärungen dagegen deuteten historisierend die Gewalt in der Stadt als pure Fortsetzung des Krieges auf einem veränderten Schlachtfeld.

⁵⁰ Kessler, Tagebuch 22. 6. 1919 und 25. 7. 1919.

⁵¹ Oskar Maria Graf, *Wir sind Gefangene*. Ein Bekenntnis (1927) (München 1986) 342.

⁵² Graf, *Wir sind Gefangene* 370.

⁵³ Franz Jung, *Der Torpedokäfer* (unveränd. Nachdruck von „Der Weg nach unten“, Neuwied, Berlin 1972) 114.

VI.

In der alteuropäischen Überlieferung war die Stadt der Ort des Friedens gewesen. Stadtluft machte frei und garantierte zumindest grundsätzlich Gewaltfreiheit. Seit dem 18. Jahrhundert drang in Bezug auf London und Paris der Topos von der „Hure Babylon“ vor, was nicht rein negativ gemeint war, die Hure repräsentiert bekanntlich neben der moralischen Gefährdung durch das Laster auch Lockung und Reiz. Das Revolutionszeitalter und das rasante Wachstum, vor allem von London und Paris, brachten in die Darstellung der Stadt etwa bei Charles Dickens oder Eugen Sué auch das Verbrechen und die Gewalt. Aber zumindest in Deutschland blieb bis 1914 das Land die eigentliche Heimat von Gewalt und Verbrechen – im Einklang mit der zumindest in diesem Punkt eindeutigen Aussage der Kriminalstatistik. Erst der Erste Weltkrieg veränderte die Szene vollständig – ungeachtet der Schwarzmalerei der Großstadtkritiker und Agrarromantiker, die, bemerkenswert parallel zum endgültigen statistischen Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft in den 90er Jahren, die Stadt gleichsetzten mit Industrie und Proletariat, Nervenüberreizung und ungezügelter Sinnenlust, Alkohol und Prostitution, und, Summa Summarum, Gewalt. In den literarischen Konstruktionen des urbanen Raums nach dem Krieg erst findet sich die „unlösbare Verknüpfung von Produktion und Destruktion, Anonymität, Subjektverlust und die schrankenlose Gewalt, die der rational kalkulierte Destruktionsraum der Front konstituierte“. „Das räumliche Gedächtnis strukturiert die Topographie der Städte in Analogie zur Grabenlandschaft. Straßen, Mauern, Verkehr sprechen nun eine andere Sprache als vor dem Krieg und enthüllen durch sie ihren wahren Charakter.“⁵⁴ Die Stadt stellt sich dar als Frontlandschaft, die mit Materialien wie Stahl, Beton, Holz arbeitet. Düstere Verse Rilkes von 1903 haben das schon angepielt, aber erst die Nachkriegsliteratur der Döblin, Brecht, Jünger exerzierte die Kriegsanalogie wirklich durch.

In Döblins „Berlin Alexanderplatz“ schwingen zwar Elemente aus Georg Simmels Großstadtanalyse der Jahrhundertwende nach, Reizüberflutung, fragmentierte Wahrnehmung und die Notwendigkeit blasierter Distanz, aber der Grundton ist härter und schriller. Überall ist Front. Wie ein Soldat marschiert Franz Biberkopf nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in die Stadt, er bewegt sich in unübersichtlichem Gelände und wird schon auf der Suche nach der Front in Kämpfe verwickelt. Die Zeichen der Trümmerlandschaft Stadt weiß er nicht zu deuten. Die Schilderung seiner Konfrontation mit Reinhold hat die Form einer Schlachtbeschreibung: „Achtung, Mensch, wenn Granaten kommen, gibts Dreck, vorwärts, Beene hoch, schlankweg durch, ick muß raus, vorwärts, mehr als die

⁵⁴ Bernd Hüppauf, Die Stadt als imaginärer Kriegsschauplatz, in: Zeitschrift für Germanistik 2 (1995) 318. Im Folgenden stütze ich mich im Wesentlichen auf diesen ausgezeichneten Aufsatz.

Knochen können mir nicht zerschlagen werden ... Schritt gefaßt, eins, zwei, eins, zwei, links rechts, links rechts, ... es geht durch Berlin.“⁵⁵

In Brechts Stücken ist mehr noch als in den Zerfallsphantasien seiner Lyrik die Stadt der Ort anarchistischer Destruktion. Unter der Chiffre „Chicago“ deutet er die Stadt nicht als zivile, sondern zynisch als „heroische Landschaft“⁵⁶. Im Tagebuch notiert er schon früh, 1921, seine Entdeckung, dass die „Feindseligkeit der großen Stadt, ihre bösertige steinerne Konsistenz“ als „Dschungel“ beschrieben werden kann⁵⁷. In „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ wird zwar wenig geschossen beziehungsweise „niedergeknallt“, aber an die Stelle der Kugeln und der sichtbaren Gewalt ist die gnadenlose und tödliche Gewalt des Geldes getreten. Es wäre verfehlt, die Gewalt und Armseligkeit im Stück als Element von Sozialkritik zu verstehen. Das Stück „macht überhaupt keinen Versuch den Kriegsschauplatz Stadt zu verstehen“⁵⁸, und schon gar nicht werden Krieg und Kampf in der Stadt mit den Sinndeutungskonzepten der Nachkriegsjahre – Klassenkampf, Nation, Kultur, Mythos – verbunden. Vielmehr ist die Stadt „Dschungel“ und verweist so auf ein Motiv, das am krassesten vielleicht Ernst Jünger in glitzernder Großstadtsprache formuliert hat.

Die Einleitung von „Der Kampf als inneres Erlebnis“ (Erstausgabe 1922) singt das Hohe Lied des Krieges als Vater aller Dinge, „der die Menschen und ihre Zeiten zu dem machte, was sie sind“. Dann wird die große Stadt der Vorkriegszeit historisierend geschildert: „Im Schoße versponnener Kultur lebten wir zusammen, enger als Menschen zuvor, in Geschäfte und Lüste zersplittert, durch schimmernde Plätze und Untergrundschächte saugend, in Cafés vom Glanze der Spiegel umstellt, Straßen, Bänder farbigen Lichtes, Bars voll schillernder Liköre, Konferenztische und letzter Schrei ...“ Aber das ist zu Ende und für die eigentliche Botschaft wendet sich Jünger direkt an die Leser: „Hört Ihr nicht, wie er (der Krieg) aus tausend Städten brüllt, wie rings Gewitter uns umtürmen, wie damals, als der Ring der Schlachten uns umschloß?“ Unterhalb der glänzend polierten Schale der städtischen Zivilisation brachen Jünger zufolge im Krieg die Triebe durch, „das einzige und Heilige und die letzte Vernunft. Und alles, was das Hirn im Laufe der Jahrhunderte in immer schärfere Formen gestaltet hatte, diente nur dazu, die Wucht der Faust ins Ungemessene zu steigern.“⁵⁹ Es ist dasselbe Motiv, das Sigmund Freud unter der Überschrift „Die Enttäuschung des Krieges“ 1915 eingeführt hatte, die Regression hinter den zivilisatorischen Auftrag „Du sollst nicht töten“. Für Jünger liegt der lustvolle und befreiende Zivilisationsbruch des Krieges nun zwar zurück, aber seine Folgen beherrschen weiterhin die Kultur. In dem wohl grauenhaftesten Capriccio aus seinem „Abenteuerlichen Herz“ von 1929

⁵⁵ Hüppauf, Die Stadt 324. Vgl. auch Maria Tatar, „Wie süß ist es, sich zu opfern“. Gender, Violence and Agency in Döblin's Berlin Alexanderplatz, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte 66 (1992) 491–518.

⁵⁶ Hüppauf, Die Stadt 325.

⁵⁷ Zit. nach Hüppauf, Die Stadt 326.

⁵⁸ Hüppauf, Die Stadt 327.

⁵⁹ Ernst Jünger, Der Kampf als inneres Erlebnis. Sämtliche Werke 7 (Stuttgart 1980) 12f.

notiert Jünger unter der Ortsbezeichnung „Steglitz“ und der Überschrift „Violette Endivien“: „Ich trat in ein üppiges Schlemmergeschäft ein, weil eine im Schaufenster ausgestellte, ganz besondere violette Art von Endivien mir aufgefallen war. Es überraschte mich nicht, daß der Verkäufer mir erklärte, die einzige Sorte Fleisch, für die dieses Gericht als Zukost in Frage käme, sei Menschenfleisch – ich hatte das vielmehr schon dunkel vorausgeahnt.“ Es entspinnt sich eine Unterhaltung über die Art der Zubereitung und Käufer und Verkäufer steigen in die Kühlräume hinab, in denen man die Menschen, „wie Hasen vor dem Laden eines Wildbrethändlers, an den Wänden hängen sah ... Als wir die Treppe wieder hinaufstiegen, machte ich die Bemerkung: „Ich wußte nicht, daß die Zivilisation in dieser Stadt schon so weit fortgeschritten ist – worauf der Verkäufer einen Augenblick zu stutzen schien um dann mit einem sehr verbindlichen Lächeln zu quittieren.“⁶⁰

VII.

Wahrscheinlich hat Ernst Jünger mit diesem Capriccio sogar auf ein reales Ereignis angespielt, die Mordserie des Massenmörders Haarmann in Hannover 1925. Haarmann hatte seine Opfer im sexuellen Rausch erwürgt und entsorgte dann die Leichen, indem er sie zerstückelte und in die Leine warf. Das deutsche, aber auch internationale Publikum zeigte sich besonders fasziniert von dem Verdacht, dass der Fleischhändler Haarmann die Leichenteile verkauft haben könnte und dass diese von Hannoveraner Bürgern auf dem Mittagstisch verspeist worden sein könnten⁶¹. Ähnlich wie der Serienmörder Kürten in Düsseldorf ist der Fall Haarmann symptomatisch für die enorme Konjunktur sexueller Gewalt in den Medien der Weimarer Republik – und diese ist ein Phänomen der Großstadt. Insbesondere Berlin sorgte für sprichwörtliche berühmte Kriminalfälle. Zum Prozess gegen Paul Kranz, nach einer Schülermordaffäre in Berlin Steglitz 1927, fand sich eine internationale Reporterschar ein, die das zur Sensation erhobene Geschehen weltweit bekannt machte⁶². Berlin galt als Zentrum des Verbrechens, sexuelle Ge-

⁶⁰ Ernst Jünger, Das abenteuerliche Herz, Ernst Jüngers sämtliche Werke. Essays III (Stuttgart o.J.) 184.

⁶¹ Vgl. die zeitgenössische Reportage: Theodor Lessing, Ein Kriminalfall (1924), in: Theodor Lessing, Haarmann. Die Geschichte eines Werwolfs und andere Gerichtsreportagen, hrsg. u. eingel. v. Rainer Marwedel (München 1995) 31–35. Zum Umgang mit dem Verbrechen und seiner journalistischen Darstellung vgl. insgesamt: Daniel Siemens, Metropole und Verbrechen. Die Gerichtsreportage in Berlin, Paris und Chicago 1919–1933 (Stuttgart 2007). Thomas Kailer, Werwölfe, Triebtäter, minderwertige Psychopathen. Bedingungen von Wissenspopularisierung: Der Fall Haarmann, in: Carsten Kretschmann (Hrsg.), Wissenspopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel (Berlin 2003) 323–359. Vgl. zum Ganzen Urte Helduser, Himmelbett des aufgeschlitzten Mädchens. Darstellungen sexueller Gewalt in der Literatur der Weimarer Republik, in: Der Deutschunterricht 6 (2000) 48 f.

⁶² Siemens, Metropole und Verbrechen 267–289; Wolfgang Schild, Berühmte Berliner Kriminalprozesse der 20er Jahre, in: Friedrich Ebel (Hrsg.), Rechtsentwicklungen in Berlin (Berlin 1988) 164 ff.

walt wurde in die Vorstellung von der Großstadt als Hure Babylon eingebaut, Straßenmädchen, Huren oder Dirnen und jetzt, seit dem Fall Kranz, auch sexuell und moralisch desorientierte Schüler aus besseren Kreisen dienten als Chiffren für den Zustand der Stadt nach dem Ersten Weltkrieg, mit Verelendung, mit Gewalt und Destruktion⁶³.

Der Großstadtdiskurs der 20er Jahre kreierte aus der Regression auf das vermeintlich Elementare, auf die Existenz des – freudianisch – „Urmenschen“ unter der dünnen Schicht der Zivilisation, und aus dem alltäglichen – elementaren – Krieg der Großstadtexistenz neue Ordnungsvorstellungen. Auf den liberalen Diskurs, wie er bemerkenswerterweise gerade auch in der Justiz bis 1933 stark blieb, kann hier leider nicht eingegangen werden. Vielmehr soll zum Schluss wenigstens angedeutet werden, wie der Großstadtdiskurs und auch die politische Praxis der radikalen Parteien an einer zerstörerischen, aber zukunftsfrächtigen Ordnungsvorstellung arbeiteten, der (Schein-)Versöhnung durch Gewalt.

Ein berühmtes und cineastisch hochgeschätztes Artefakt der „Weimar Culture“, Fritz Langs „M. Eine Stadt sucht einen Mörder“, nimmt das Motiv des Lustmordes auf. Lang spart die eigentliche Tat, den Mord an einem kleinen Mädchen aus, er ist das „Unsagbare und Unzeigbare, der Abgrund und zugleich das Gravitationszentrum“, um das herum Bilder und Texte gruppiert sind⁶⁴. Das Äußere des Mörders erinnert direkt an Kürten, doch weicht Lang mit den Merkmalen der Gewalttaten vom realen Hintergrund ab⁶⁵. Der ursprüngliche Titel „M. Mörder unter uns“ weist auf einen originär liberalen Gedanken hin: dass in jedem Mitglied der Gesellschaft ein potentieller Mörder steckt. Die Stadt ist durch den Kindermord in hysterische Aufregung versetzt – womit Lang die tatsächliche Reaktion der Öffentlichkeit auf die Kürten-Morde aufnimmt. Die deutsche Presse interessierte sich bei Kürten weniger für den Verbrecher selbst und seine Psyche, wobei sie sich zudem teilweise mit der Erklärung des Verbrechens aus der Not von Krieg und Inflation begnügte und Kürten als Opfer der Umstände darstellte. Im Zentrum der Aufmerksamkeit und Berichterstattung stand vielmehr die erregte Reaktion der Bevölkerung. Selbst die Polizei habe – so Maria Tatar in ihrer Deutung – weniger auf die Psychose des Mörders geachtet, als auf die von ihm ausgelöste Massenpsychose⁶⁶. Im Film hält der zuständige Kriminalbeamte die

⁶³ *Helduser*, *Himmelbett* 46, 47.

⁶⁴ *Martin Lindner*, *Der Mythos ‚Lustmord‘. Serienmörder in der deutschen Literatur, dem Film und der bildenden Kunst zwischen 1892 und 1932*, in: *Joachim Linder, Claus-Michael Ort* (Hrsg.), *Verbrechen – Justiz – Medien. Konstellationen in Deutschland von 1900 bis zur Gegenwart* (Tübingen 1999) 273–305, hier 282.

⁶⁵ *Lindner*, *Mythos ‚Lustmord‘* 298.

⁶⁶ *Maria Tatar*, *Lustmord. Sexual Murder in Weimar Germany* (Princeton 1995). Vgl. auch *Joachim Linder, Claus-Michael Ort*, *Zur sozialen Konstruktion der Übertretung und zu ihren Repräsentationen im 20. Jahrhundert*, in: *Joachim Linder, Claus-Michael Ort* in Zusammenarbeit mit *Jörg Schönert, Marianne Wunsch* (Hrsg.), *Verbrechen – Justiz – Medien* [wie Anm. 64] 3–80. Für die kriminologischen Interpretamente: *Peter Becker*, *Die Erfindung und Identifizierung des Bösen: Der Kriminelle*, in: *Gerd Krumeich, Hartmut Lehmann*

Prinzipien einer strikt rechtsstaatlichen Tätersuche unbeirrt aufrecht, aber er kann in der Anonymität der Großstadt den Mörder nicht finden. Schließlich greift ein Teil der Bevölkerung, und zwar die „Unterwelt“, zur Selbsthilfe. Auf der Suche nach dem Mörder wird, nach dem Versagen der herkömmlichen Mittel und zuständigen Behörden, die Stadt zur Selbsthilfestadt. Das interne Kommunikationssystem, und auch der Corpsgeist der Ganoven, führen schließlich zur Entdeckung und Ergreifung des Täters⁶⁷. Filmisch außerordentlich suggestiv setzt Fritz Lang dabei das „Ornament der Masse“⁶⁸ in Szene. Die „Masse“ der Gauner identifiziert hoch erregt durch außerlegale Mittel den Täter und stößt den Mädchenmörder als verachteten Außenseiter des kriminellen Milieus, aber auch der geängstigten Stadt insgesamt, aus. Zu Recht ist gesagt worden, dass die Nationalsozialisten auf solche Strategien, die auf Gewalt mit kollektiver Verfolgung antworten, leicht zurückgreifen konnten.

Die Stadt wird dabei zum Symbol für die Gesellschaft und den Staat überhaupt. Der Berliner Klinikarzt Alfred Döblin registrierte zu seiner Arbeit mit „Kriminellen“: „So hatte ich ein eigentümliches Bild von dieser unserer Gesellschaft: Wie es da keine so straff formulierbare Grenze zwischen Kriminellen und Nichtkriminellen gibt, wie an allen möglichen Stellen die Gesellschaft – oder besser, das was ich sah – von Kriminalität unterwühlt war.“⁶⁹

Nicht nur die – spezifisch großstädtische – kriminelle Gewalt des Außenseiters wird durch außerlegale Menschenjagd eliminiert. Der Dämon Anarchie ermöglichte darüber hinaus manche Ordnungsvisionen der radikalen Linken und Rechten: die vermeintliche gesellschaftliche Versöhnung. Johannes R. Becher entwickelt in Anlehnung an Marx aus der strukturellen Gewalt der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Boden der Stadt die Perspektive eines gewaltsamen Durchbruchs zur endlich friedlichen, versöhnten Gesellschaft: „Die ganze Gesellschaft ist jedoch nichts weiter als Gewalt ... Ist nicht die Arbeitsstätte heute für die weitaus meisten Menschen eine Schlachtbank?! Der ganze Produktionsprozeß ist Gewalt, die Art und Weise, wie produziert, wie verteilt und wie verdient wird ... Der ganze Gesellschaftsapparat, samt Staat, Beamtenmaschine, Militär, Polizei dazu: Gewalt, Gewalt, nichts als Gewalt. Und sieh: Dieser friedliche Gewaltkörper bricht eines Tages plötzlich aus, und ... das ist der Krieg ...“⁷⁰ Zumindest im Traum ist es für Becher möglich, den Ausbruch zu einer befreienden Revolutionsbewegung hinzusteuern, wobei Becher allerdings ein „politisches Bewußtsein vom Verlauf der Front“ voraussetzt. Becher verbindet hier also die strukturelle Gewalt des Zivilisationsprozesses mit der Regressionsthese in einem linken My-

(Hrsg.), „Gott mit uns“. Nation, Religion und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Göttingen 2000) 9–33.

⁶⁷ Vgl. *Todd Herzog*, „Den Verbrecher erkennen“. Zur Geschichte der Kriminalistik, in: *Claudia Schmölders, Sander L. Gilman* (Hrsg.), *Gesichter der Weimarer Republik. Eine physiognomische Kulturgeschichte* (Köln 2000) bes. 61 ff.

⁶⁸ *Siegfried Kracauer*, *Das Ornament der Masse. Essays* (Frankfurt a.M. 1963) 50 ff.

⁶⁹ Zit. nach *Helduser*, *Himmelbett* 55.

⁷⁰ Zit. nach *Hüppauf*, *Die Stadt* 331 f.

thos von Befreiung durch Gewalt. Der vorstalinistische Brecht begnügt sich demgegenüber mit der Darstellung vom Leben in der Stadt durch Regression als Überlebensstrategie im Krieg. Man brauchte, wie Brecht schon in seinem Gedicht vom armen B. B. gezeigt hat, die regredierte Psyche, um sich im Kampffeld Stadt behaupten zu können.

Auf der Rechten fehlte der Glaube an die Befreiung, die „Massen“ bedurften aus ihrer Sicht der Ordnung, um die Anarchie als Durchbruch des Elementaren als Energiequelle zu nutzen in einer Zeit, in der Krieg und Gewalt „Ordnung, Gesetze und absolute Wertungen“ außer Kraft setzen⁷¹. Zum Elementaren gelangt man nach dem Krieg aber nicht mehr durch eine Rückwendung zu agrarisch vor-modernen Idyllen, sondern durch eine Steigerung urbaner Modernität. Wir stehen – so Jünger – vor den Pforten eines Zeitalters ... „in dem wieder von wirklicher Herrschaft, von Ordnung und Unterordnung, von Befehl und Gehorsam die Rede sein kann.“ Die umfassende Veränderung der Welt wird ermöglicht durch die Herrschaft der Technik und ihrer „Arbeiter“, die ihre Form erst finden, wenn das bürgerliche Subjekt und damit die bürgerliche Freiheit verschwunden sind. Ablesen kann man diese Transformation, so Jünger, etwa an den Quartieren des ‚neuen Bauens‘. Anschaulicher wird der Gedanke beim früheren Linken und späteren Faschisten Arnoldt Bronnen: Wer den Regeln des Verkehrs in den großen Städten gehorcht und „Gewalt über seine Nerven hat, der begreift seine Unterordnung unter den Organismus dieser ungeheuren Stadt (Berlin) ... Wer sich nicht unterordnen will, der kommt unter die Räder ...“⁷² Die Stadt steht dabei für das Ganze. Alteuropäisch galten Rationalität und Geordnetheit der Stadt als Modell für ein geordnetes Staatswesen. Auch in der Moderne der 20er Jahre dient die Stadt als Symbol, jetzt aber für eine neue, spezifisch moderne Form von staatlicher Herrschaft, die – vermeintliche – Versöhnung durch Gewalt.

Summary

Well into the 19th century, the countryside used to be seen as the place of violence, and the city as the place for peace. Population growth, industrialization, and urbanization turned this situation upside down. Now, industrial cities, and proletarian neighborhoods in particular, became places of “petty violence”, and of violent subsistence protests between 1917 and 1924. In the waves of revolutionary violence from 1918 through 1923, battles were not only fought *in* the city, but also *about* the capital city as the site of executive powers. In the city, political emotions produced their more or less violent spheres of action. Interpretations of the city focused on the urban roots of “structural violence” in bourgeois-industrial societies, and on the inherent violence of the capitalist economy. During the 1920s, avant-garde authors such as Alfred Döblin and Ernst Jünger transferred the per-

⁷¹ Jünger, zit. Hüppauf, Die Stadt 323.

⁷² Hüppauf, Die Stadt 333.

ception of battlefield violence in World War I upon the interpretation of social relations in the metropolis. In the Weimar Republic, violent crime in the large cities radiated a politically ambiguous fascination that could foster authoritarian models of order. On the other hand, the experience of near civil war towards the end of the Weimar Republic induced the Wehrmacht to fatally underestimate its pacifying powers against both left and right extremism.

Malte Rolf

Metropolen im Ausnahmezustand?

Gewaltakteure und Gewalträume in den Städten des späten Zarenreichs

“This morning several shots were fired in the street which I passed. And just before I got home a workman was shot just opposite my house. The servant hearing the shot looked out and saw the murderer quietly pocket his revolver and walk away unmolested, although there were many people in the street at the time. [...] The body remained lying in the pavement in front of my window while I was at lunch. [...] Such is life at Warsaw at the beginning of the twentieth century.”¹

So beschrieb der britische Generalkonsul Sir Alexander Murray im Sommer 1906 lapidar den Tagesverlauf in Warschau. Ein Lunch mit Leiche gehörte auch im zweiten Revolutionsjahr noch zu den Alltäglichkeiten in der drittgrößten Stadt des Zarenreichs. War diese Allgegenwart von Gewalt nur dem extremen Ausnahmezustand der ersten russischen Revolution geschuldet? Offenbarte sich hier die besondere Situation der Weichselmetropole, die in diesen Jahren der Implosion von Staatlichkeit als „gefährlichste Stadt des Imperiums“² galt? Oder reflektiert sich in dieser Gewöhnlichkeit von Tod und Mord zum Mittagstisch eher allgemein das hohe Gewaltniveau, das urbane Räume im Russischen Reich seit den 1880er Jahren auszeichnete?

Letzteres scheinen jene Studien nahezulegen, die sich mit den städtischen Elendsquartieren im Imperium der Romanows befassen. In diesen Stadtrandgebieten bestanden staatsferne Räume und Sphären extremer Gewalt, in denen zahlreiche Gewaltkulturen und -milieus aufeinandertrafen und sich potenzierten. Hier evozierte eine unübersichtliche Gemengelage von sozialen und ethno-konfessionellen Konflikten kollektive Massengewalt, die sich in regelmäßigen Abständen zu pogromartigen Tötungs- und Plünderungswellen ausweitete. Ein solcher Befund evoziert weitere Fragen. Zum einen ist zu klären, inwieweit sich die hier postulierte Gewaltintensität für die Städte des Russischen Reiches generali-

¹ Bericht vom 13. Juli 1906, zitiert in *Dominic Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs: Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print. Part I, From the Mid-nineteenth Century to the First World War. Series A: Russia, 1859–1914, Bd. 4: Russia, 1906–1907* (Bethesda 1983) 132–133 (Doc. 86).

² *Piotr S. Wandycz*, *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918* (Seattle 1974) 312.

sieren lässt. Zum anderen ist zu fragen, welche spezifischen räumlichen Muster von Gewaltpraktiken sich erkennen lassen, welche Akteursgruppen zu identifizieren sind und welche Logiken das gewalttätige Handeln bestimmte. Erst dann tritt einem das Phänomen städtischer Gewalt im ausgehenden Zarenreich in seiner Vielschichtigkeit und seinen Transformationen entgegen.

Eben dies soll Gegenstand des vorliegenden Beitrages sein. Angesichts der Heterogenität des russischen Vielvölkerreichs und ihrer Metropolen bedarf es eines generalisierenden Zugriffs, um etwas über die grundlegenden Muster von kollektiver Gewalt im urbanen Raum zu erfahren. Nur so kann einerseits der „Sinn der Gewalt“³ auch in den Städten des späten Zarenreichs diskutiert und andererseits die Skizze einer „Grammatik städtischer Gewalt“ entworfen werden⁴. Dabei sollen einige der Anregungen der Gewalt- und Täterforschung der letzten Jahre aufgegriffen werden⁵. Im Zentrum des Interesses steht die systematische Analyse von städtischen Gewalthandlungen im Russland der Jahrhundertwende mit Blick auf ihre topographischen Muster sowie jene Akteurskollektive, die zur Präsenz und Eskalation von Gewalttaten im öffentlichen Raum maßgeblich beitragen. Darüber hinaus widmet sich der Beitrag den Logiken und Logistiken von Gewaltpraktiken, um abschließend die Modernität urbaner Gewalt im Zarenreich des *fin de siècle* zu reflektieren und das Phänomen kollektiver Gewalt in den Städten des russischen Imperiums in den gesamteuropäischen Horizont einer urbanen Gewaltgeschichte einzuordnen. Einleitend jedoch gilt es, diese systematischen Zugriffe durch eine kurze Chronologie der Entwicklung von Gewaltpraktiken und -intensitäten zu ergänzen, um die Dynamik städtischer Gewalteskalation im Zarenreich im späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert vor Augen zu führen.

³ Die Formulierung ist entlehnt von *Felix Schnell*, Der Sinn der Gewalt. Der Ataman Volynec und der Dauerpogrom von Gajsin im Russischen Bürgerkrieg (1919), in: *Zeithistorische Forschungen* 5/1 (2008) 18–39.

⁴ Eine solche Grammatik wäre z. B. in Anlehnung an Jacques Sémelin zu formulieren. Vgl. *Jacques Sémelin*, Elemente einer Grammatik des Massakers, in: *Mittelweg* 36 15/6 (2006) 18–40.

⁵ Als Schlüsseltexte für eine theoretische Reflexion über Gewalt, ihre Logiken, Dynamiken und Akteure sind in diesem Kontext zu nennen: *Jörg Baberowski*, Gewalt verstehen, in: *Zeithistorische Forschungen* 5 (2008); *Zygmunt Bauman*, Gewalt – modern und postmodern, in: *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts*, hrsg. v. *Max Miller, Hans-Georg Soeffner* (Frankfurt a. M. 1996) 36–86; *Zygmunt Bauman*, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit* (Hamburg 1992) v. a. 33–71; *Georg Elwert*, *Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: *Soziologie der Gewalt. Sonderheft Nr. 37 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“*, hrsg. v. *Trutz von Trotha* (Opladen, Wiesbaden 1997) 86–101; *Jacques Sémelin*, *Säubern und Vernichten. Die politische Dimension von Massakern und Völkermorden* (Hamburg 2007), v. a. 19–121; *Wolfgang Sofsky*, *Traktat über die Gewalt* (Frankfurt a. M. 1996), v. a. 7–26 und 209–226; *Trutz von Trotha*, *Zur Soziologie der Gewalt*, in: *ders.* (Hrsg.), *Soziologie der Gewalt* (Opladen 1997) 9–56; *Peter Waldmann*, *Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigendynamik entfesselter Gewalt*, in: *Zeitschrift für Politik* 45/4 (1995) 343–368; *Harald Welzer*, *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden* (Frankfurt a. M. 2005).

I. Zur Chronologie städtischer Gewaltintensität (1860–1917)

Im Russischen Reich bestand eine lange Tradition städtischer Unruhen. Aber nach den Tagen der Anarchie im Moskau von 1812 bedeuteten die kommenden Jahrzehnte autokratischer Machtfülle und der Intensivierung des inneren Staatsaufbaus hier zunächst eine scheinbare Befriedung des urbanen Raums⁶. Diese zwischenzeitliche Stabilität wurde jedoch durch die Industrialisierung und das damit verbundene rasante Städtewachstum in der zweiten Jahrhunderthälfte erneut erschüttert. Dennoch blieb die städtische Gewalt bis in die 1880er Jahre hinein ein Thema, dessen sich die zeitgleich entfaltende Öffentlichkeit nur allmählich annahm. Der gesellschaftliche Diskurs über städtische Unterschichten fokussiert vielmehr zunächst auf andere Problembereiche des Städtewachstums. Wenn über die zahlreichen neu entstehenden Arbeiter- und Armutsquartiere der Metropolen berichtet wurde, so stand die hygienische Katastrophe der dortigen Lebensverhältnisse im Zentrum der Aufmerksamkeit. Nur dann, wenn es galt, auch den moralischen Verfall pauperisierter Unterschichten anzuprangern, gerieten Rohheit und Gewaltpraktiken in den Blickwinkel der gebildeten Stände⁷. Bis zur Entdeckung von Unterschichtengewalt als ein, wenn nicht das zentrale Thema der Medienlandschaft sollte es jedoch bis zur Jahrhundertwende dauern⁸.

Das bedeutete zweifellos nicht, dass die schnell wachsenden Randquartiere der urbanen Zentren vor 1900 keine gewaltsamen Zustände kannten. Die zeitgenössischen Polizeiberichte und -statistiken geben einen Einblick in die Verhältnisse dieser Unterschichtsquartiere. An den Rändern der Stadt und im unmittelbaren Umfeld der Industrieanlagen wuchsen hier seit den 1880er Jahren Zonen heran,

⁶ Zu den Tumulten und Plünderungen, die sich im Kontext der Besetzung Moskaus durch Napoleons Truppen 1812 ereigneten, vgl. demnächst ausführlich *Alexander M. Martin*, *Enlightened Metropolis: Constructing Imperial Moscow, 1762–1855* (im Druck) Kap. 6 „The 1812 War“. Und zu der brüchigen Stabilität der innerstädtischen Verhältnisse zwischen 1812 und 1855 siehe *Alexander M. Martin*, *Der Schmutz, der Gestank und die Stadt. Repräsentationen städtischer Gesellschaft in Moskau, 1770–1880*, in: *Imperiale Herrschaft in der Provinz. Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich*, hrsg. v. *Jörg Baberowski*, *David Feast*, *Christoph Gumb* (Frankfurt a. M. 2008) 359–403, v. a. 382–395.

⁷ Vgl. hier z. B. *Lyof N. Tolstoi*, *What to do? Thoughts evoked by the Census of Moscow*, (New York 1887). Siehe auch *Angela Rustemeyer*, *Diana Siebert*, *Alltagsgeschichte der unteren Schichten im Russischen Reich (1861–1914)*. Kommentierte Bibliographie zeitgenössischer Titel und Bericht über die Forschung (Stuttgart 1997). Zur öffentlichen Thematisierung städtischen Elends vgl. *Jan Claas Behrends*, *Visions on civility: Lev Tolstoy and Jane Addams on the urban condition in fin de siècle Moscow and Chicago*, in: *European Review of History* 18/3 (2011) 335–357; *ders.*, *Moskau und Chicago als Metropolen der Moderne. Sozialer Konflikt und gesellschaftliche Integration 1870–1914*, in: *Discussion Paper SP IV 2007–402*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2007) v. a. 9–14; *Julie A. Buckler*, *Mapping St. Petersburg. Imperial Text and Cityshape* (Princeton 2005) 179–194.

⁸ Zur Entdeckung von Unterschichtengewalt durch die zeitgenössischen Medien vgl. *Mark D. Steinberg*, *Petersburg. Fin de Siècle* (New Haven 2011); *Roshanna P. Sylvester*, *Tales of Old Odessa. Crime and Civility in a City of Thieves* (DeKalb 2005), v. a. 3–15 und 28–47.

die zunächst nur sehr lose mit dem städtischen Gesamtkontext verbunden waren. Zusammen mit den jungen, bäuerlichen Arbeitssuchenden migrierten die Gewaltpraktiken der dörflichen Alltagskultur in diese Elendsviertel. Mit den Bauernarbeitern erreichten auch Selbstjustiz, Faustkämpfe und Trinkrituale der Dorfgemeinschaften die Städte des Zarenreichs und trugen zur Allgegenwärtigkeit von Gewalt in den Stadtrandgebieten bei. Der Lebensalltag dieses Fußvolks der Industrialisierung war ebenso von Armut, Enge, hygienischen Missständen und Krankheit wie von der Omnipräsenz von Gewalt geprägt⁹.

Aber es waren keinesfalls nur diese Stadtrandgebiete, die zu einer Intensivierung von städtischer Gewalt im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts beitrugen. Denn spätestens mit der Ermordung Alexanders II. im März 1881 wurde deutlich, dass ein politisch motivierter Terrorismus den öffentlichen Raum der Metropolen für Anschläge auf die Repräsentanten der Autokratie nutzte¹⁰. Die Zeiten, in de-

⁹ Vgl. allg. zu Stadtmigration und städtischer Gewalt *Jörg Baberowski*, Die Entdeckung des Unbekannten. Rußland und das Ende Osteuropas, in: *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte*, hrsg. v. *Jörg Baberowski* u. a., (Stuttgart 2001) 9–42; *Joseph Bradley*, Muzhik und Muscovite. Urbanisation in Late Imperial Russia (Berkeley 1985), v. a. 103–141; *Carsten Goehrke*, Russischer Alltag. Eine Geschichte in neun Zeitbildern, Bd. 2: Auf dem Weg in die Moderne (Zürich 2003), v. a. 290–388; *Faith Hillis*, Human Mobility, Imperial Governance, and Political Conflict in Pre-Revolutionary Kiev, in: *Russia in Motion. Cultures of Human Mobility since 1850*, hrsg. v. *John Randolph*, *Eugene Avrutin* (University of Illinois 2012) 25–42; *Hubertus F. Jahn*, Der St. Petersburger Heumarkt im 19. Jahrhundert. Metamorphosen eines Stadtviertels, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1996) 162–177; *Robert Kindler*, Vor den Toren der Fabrik. Freizeitkultur Petersburger Arbeiter 1890–1914 (Magisterarbeit, Humboldt Universität. Berlin 2005); *Hans-Christian Petersen*, On the Margins of Urban Society? Inequalities and the Formation of Social Space in a Metropolis of Modern Age – St. Petersburg 1850–1913, in: *InterDisciplines. Journal of History and Sociology* 2/1 (2011) 85–111; *ders.*, Gentrifizierung in historischer Perspektive? Aufwertung und Verdrängung in St. Petersburg, Wien und London (1850–1914), in: *Arm und Reich*, hrsg. v. *Günther Schulz* u. a. (VSWG-Beihefte 209. 2013, im Druck); *Robert W. Thurston*, Liberal City, Conservative State: Moscow and Russia's Urban Crisis, 1906–1914 (New York 1987) 12–31; sowie Aufsätze aus dem Sammelband *Stephen P. Frank*, *Mark D. Steinberg* (Hrsg.), *Cultures in Flux: Lower-Class Values, Practices and Resistance in Late Imperial Russia* (Princeton 1994).

¹⁰ Zu politisch motivierter Gewalt und den terroristischen Anschlägen im städtischen Raum siehe allg. *Astrid von Borcke*, Gewalt und Terror im revolutionären Narodničestvo. Die Partei Narodnaja volja (1879–1883). Zur Entstehung und Typologie des politischen Terrors im Rußland des 19. Jahrhunderts (Köln 1979); *Jonathan Daly*, Security Services in Imperial and Soviet Russia, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 4/4 (2003) 955–973; *Jonathan W. Daly*, Autocracy under Siege. Security Police and Opposition in Russia 1866–1905 (DeKalb 1998); ebenso *Anna Geifman*, *Though Shalt Kill. Revolutionary Terrorism in Russia, 1894–1917* (Princeton 1962); *Lutz Häfner*, „Die reinigende Kraft des Terrorismus“. Russland als Geburtsland des modernen „Terrorismus“, in: *Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert*, hrsg. v. *Klaus Weinbauer*, *Jörg Requate* (Frankfurt a. M. 2012) 65–98; *Anke Hilbrenner*, Gewalt als Sprache der Straße: Terrorismus und seine Räume im Zarenreich, in: *Jenseits der Zarenmacht. Dimensionen des Politischen im Russischen Reich 1800–1917*, hrsg. v. *Walter Sperling* (Frankfurt a. M. 2008) 409–432; *Anke Hilbrenner*, Der Bombenanschlag auf das Café Libman in Odessa am 17. Dezember 1905. Terrorismus als Gewaltgeschichte, in: *Jahrbücher für Geschichte Ost-*

nen der Monarch weitgehend unbewacht auf den Boulevards flanieren konnte, waren vorbei¹¹. Die sich an das Attentat anschließende anti-jüdische Pogromwelle von 1881–82 machte zugleich deutlich, dass die urbanen Zentren schnell von einer Eskalation von Massengewalt erfasst werden konnten, die von der Staatlichkeit nur schwer zu kontrollieren war¹².

Bereits in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts deutete sich also an, dass der städtische Raum Brutstätte und Bühne von Gewaltakten bereitstellte. Die Jahrhundertwende markierte hier dennoch einen klaren Einschnitt. Denn seit 1900 nahm nicht nur die Intensität von städtischer Unterschichtengewalt erheblich zu, auch die Öffentlichkeit reklamierte das Thema nun als zentralen Gegenstand für sich. Im jungen 20. Jahrhundert war nun allorts die Rede von der „Messerpest“, die in den Städten grassierte. Die enorme Verbreitung von Stichwaffen aller Art wurde von Staatsrepräsentanten, Medien und Arbeitervertretern gleichermaßen als kaum mehr zu kontrollierendes Problem angesehen. Zugleich beschäftigte das Phänomen des Rowdiums die Boulevardpresse ebenso wie die Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden. Diese Form jugendlicher Gewaltbereitschaft im öffentlichen Raum war so neu, dass es einer Wortschöpfung bedurfte, um sie beschreibbar zu machen: „Chuliganstwo“ lautete der zeitgenössi-

europas 58/2 (2010) 210–231; *Claudia Verhoeven*, *The Odd Man Karakozov. Imperial Russia, Modernity, and the Birth of Terrorism* (Ithaca 2009); *Richard Pipes*, *The Degaev Affair. Terror and Treason in Tsarist Russia* (New Haven 2003); *Martin Schulze Wessel*, *Terrorismusstudien. Bemerkungen zur Entwicklung eines Forschungsfeldes*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35/3 (2009) 357–367.

¹¹ Dies war unter Nikolaus I. noch ein zentrales Repräsentationsmedium gewesen, um den autokratischen Anspruch eines „direkten Regiments“ und eines unmittelbaren Bundes zwischen Zar und Volk zur Schau zu stellen. Vgl. dazu *W. Bruce Lincoln*, *Nikolaus I. von Rußland (1796–1855)* (München 1981) 210–211. Auch Alexanders II. frühe Rundreisen waren noch von einer derartigen Demonstration der Schutzlosigkeit geprägt gewesen, die zugleich auch die Monarchentreue der Untertanen und den Kontrollanspruch des Zaren über den öffentlichen Raum manifestierte. Vgl. z. B. den Zarenbesuch in Warschau im Jahr 1856. Vgl. dazu *Aleksej A. Sidorov*, *Russkie i russkaja žizn' v Varšave (1815–1895). Istoričeskij očerk*, Bd. 2 (Warschau 1899) 120–121; *Aleksej A. Sidorov*, *Russkie gosudari v Varšave (Warschau 1897) 20–21.*

¹² Vgl. zu den Pogromen von 1881–82, die sich v. a. in den polnischen Provinzen des Reichs ereigneten, *Michael Aronson*, *Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Pogroms in Russia* (Pittsburgh 1990); *M. Berk*, *Year of Crisis, Year of Hope: Russian Jewry and the Pogroms of 1881–1882* (Westport 1985); *Frank Golczewski*, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zum Antisemitismus in Osteuropa* (Wiesbaden 1981) 41–51; *Heiko Haumann*, *Geschichte der Ostjuden* (München 1998) 123–124; *John Doyle Klier*, *Russians, Jews, and the Pogroms of 1881–1882* (Cambridge 2011); *Gertrud Pickhan*, *Polen*, in: *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 1: *Länder und Regionen*, hrsg. v. *Wolfgang Benz* (München 2008) 276–283, 279–280. Die jüngere Forschung betont hier, dass der Staatlichkeit keinesfalls an der Schürung dieser Tötungs- und Gewalttaten gelegen war, gerade weil damit der grundsätzliche Anspruch, „Ruhe und Ordnung“ im städtischen Raum aufrechtzuerhalten, in Frage gestellt wurde. Vgl. etwa *Michael Ochs*, *Tsarist Officialdom and Anti-Jewish Pogroms in Poland*, in: *Pogroms: Anti-Jewish Violence in Modern Russian History*, hrsg. v. *John Doyle Klier*, *Shlomo Lambroza* (Cambridge 1992) 164–189.

sche Begriff für diese Art von Hooliganismus, mit der jugendliche Banden aus den Vorstädten die Prachtstraßen der Metropolen unsicher machten¹³. Die allgemein konstatierte Zunahme innerstädtischer Gewalt datierte dabei bereits vor der Gewalteruption der Revolution von 1905. In Städten wie Warschau intensivierte sich eine Gewaltspirale lange vor den revolutionären Ereignissen, die dem Petersburger „Blutsonntag“ folgten. Diese Gewaltwelle, die die Metropolen seit der Jahrhundertwende erfasste, war von einem zunehmenden Verfall staatlicher Autorität gespeist. Gleichzeitig trieb sie deren Erosion weiter voran. Damit wurde auch den Zeitgenossen schnell klar: Die anschwellende städtische Gewalt erwuchs immer mehr zu einem massiven und flächendeckenden Sicherheitsproblem für das autoritäre Regime¹⁴.

Dennoch markiert die Revolution von 1905–06 eine Zäsur. Denn erst in diesen Jahren der Eskalation mit Tausenden an Toten weiteten sich punktuelle gewalttätige Auseinandersetzungen zu gesamtstädtischen Unruhen aus und entwickelten eine Dynamik, die zwischenzeitlich den Bestand der Autokratie als politisches System insgesamt bedrohte. Die Revolution war dabei nicht unbedingt in den Städten des Zarenreichs am blutigsten, aber es gab auch hier extrem gewalttätige Zusammenstöße zwischen Soldaten und Rebellierenden, tödliche Auseinandersetzungen zwischen Kriminellen und Selbstschutzverbänden, eine mörderische Vendetta politischer Rivalen sowie blutige Lynchjagden der Pogrom-Aktivisten auf die jüdische Stadtbevölkerung¹⁵. Die Revolution und die von ihr ausgelöste Gewalteruption als städtisches Ereignis kosteten zehntausenden Menschen das Leben. Alleine bei den Straßenkämpfen zwischen Arbeitern und Soldaten im polnischen Łódź im Juni 1905 starben innerhalb von wenigen Tagen mehr als 400 Menschen. Die Bilanz eines Gemetzels im Moskauer Presnja-Bezirk im Dezember 1905, bei dem die zarische Artillerie Rebellen wie Bewohner unter Beschuss nahm, war noch weitaus blutiger. Hier verloren schätzungsweise mehr als 1000

¹³ Siehe hierzu grundsätzlich *Joan Neuberger*, *Hooliganism: Crime, Culture, and Power in St. Petersburg, 1900–1914* (Berkeley 1993). Vgl. auch *V. Sapošnikov*, *Chuligany i chuliganstvo v Rossii. Aspekt istorii i literatury XX veka* (Moskau 2000); *Felix Schnell*, *Ordnungshüter auf Abwegen? Herrschaft und illegitime Gewalt in Moskau 1905–1914* (Wiesbaden 2006) 62–63; *Sylvester*, *Odessa*, v. a. 83–90.

¹⁴ Zu dieser Entwicklung in der Weichselmetropole vgl. *Malte Rolf*, *Revolution, Repression und Reform: 1905 im Königreich Polen*, in: *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag*, hrsg. v. *Lilia Antipow*, *Matthias Stadelmann* (Stuttgart 2011) 219–232; *Malte Rolf*, *A Continuum of Crisis? The Kingdom of Poland in the Shadow of Revolution (1905–1915)*, in: *Rethinking the Russian Revolution of 1905. Transcultural Perspectives*, hrsg. v. *Frank Grüner*, *Raphael Utz*, *Felicitas Fischer v. Weikersthal* (Bloomington 2013, im Druck).

¹⁵ Vgl. zur Revolution von 1905 allg. *Abraham Ascher*, *The Revolution of 1905. Russia in Disarray*, Bd. 1 (Stanford 1988); *ders.*, *The Revolution of 1905. A Short History* (Stanford 2004); *Laura Engelstein*, *Moscow, 1905: Working-Class Organization and Political Conflict* (Stanford 1982); *William C. Fuller*, *Civil-Military Conflict in Imperial Russia, 1881–1914* (Princeton 1985); *Jan Kusber*, *Krieg und Revolution in Russland 1904–1906. Das Militär im Verhältnis zu Wirtschaft, Autokratie und Gesellschaft* (Stuttgart 1997); *Andrew M. Verner*, *The Crisis of Russian Autocracy. Nicholas II and the 1905 Revolution* (Princeton 2001).

Menschen im Kanonen- und Kugelhagel der Armee ihr Leben. Kurz zuvor wurden bei dem Pogrom von Kiew im Oktober 1905 mehr als 100 Juden ermordet; bei den fast zeitgleichen antijüdischen Ausschreitungen in Odessa fielen sogar 500 Zivilisten dem Lynchmob zum Opfer¹⁶.

Diese extreme Gewalttätigkeit setzte sich bis 1907 fort. In dieser Phase, in der das Regime wankte, trugen revolutionäre Kampfgruppen mit ihren Anschlägen den Terror in den öffentlichen Raum der Städte und machten die Straße auch noch in den Jahren 1906 und 1907 zu einem lebensgefährlichen Dienstort für Staatsbeamte und vor allem für die lokale Polizei. Alleine in der Zeit vom Januar 1905 bis zum Juli 1906 wurde beispielsweise beinahe ein Viertel der Warschauer Straßenpolizisten verletzt oder getötet. Auch danach ließen die Anschläge und Morde kaum nach. Seit Mitte 1906 mussten Polizisten in Warschau auf ihren Patrouillengängen von Soldaten eskortiert werden¹⁷.

Auch die staatliche Gegengewalt trug in dieser Phase erheblich zur Gewaltintensität der Städte bei. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts, dem konsequenten und flächendeckenden Einsatz der Armee im städtischen Raum sowie der Errichtung von militärischen Kriegsfeldgerichten, die eine hohe Zahl an Todesurteilen fällten und zur Vollstreckung brachten, ging eine wesentliche Tötungsgewalt dieser Jahre vom zarischen Regime und seinen Machtinstanzen aus. Zweifellos forderten den höchsten Blutzoll jene militärischen Strafaktionen, mit denen die

¹⁶ Zu Łódź siehe beispielsweise den Bericht des britischen Generalkonsuls Murray: *Dominic Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs: Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print. Part I, From the Mid-nineteenth Century to the First World War. Series A: Russia, 1859–1914, Bd. 3: Russia, 1905–1906* (Bethesda 1983) 131–133 (Doc. 110). Vgl. ebenso *Robert E. Blobaum*, *Rewolucja. Russian Poland, 1904–1907* (Ithaca 1995) 88–98; *Andreas R. Hofmann*, *The Biedermanns in the 1905 Revolution. A Case Study in Entrepreneurs' Responses to Social Turmoil in Łódź*, in: *The Slavonic and East European Review* 82/1 (2004) 27–49; *Rolf*, 1905 im Königreich Polen. Zu Moskau vgl. u. a. *Schnell*, *Ordnungshüter* 151–155; *Engelstein*, *Moscow*, 1905 202–229. Zu den Pogromen von Odessa und Kiew vgl. *William C. Fuller*, *The Foe Within: Fantasies of Treason and the End of Imperial Russia* (Ithaca 2006) 39–59; *Michael F. Hamm*, *Kiev. A Portrait, 1800–1917* (Princeton 1986) 189–207; *Patricia Herlihy*, *Odessa: A History, 1794–1914* (Cambridge 1986) 304–310; *Faith Hillis*, *Between Empire and Nation: Urban Politics, Violence, and Community in Kiev, 1863–1907* (Yale University 2009); *Frederick W. Skinner*, *Odessa and the Problem of Urban Modernization*, in: *The City in Late Imperial Russia*, hrsg. v. *Michael F. Hamm* (Bloomington, Ind. 1986) 209–248; *Robert Weinberg*, *The Pogrom of 1905 in Odessa: A Case Study*, in: *Pogroms: Anti-Jewish Violence in Modern Russian History*, hrsg. v. *John Doyle Klier, Shlomo Lambroza* (Cambridge 1992) 248–289; *Robert Weinberg*, *The Revolution of 1905 in Odessa: Blood on the Steps* (Bloomington, Ind. 1993).

¹⁷ Vgl. *Vladimir V. Esipov*, *Narodnaja npravstvennost' v Privilinskom krae za 1904–1906 gody*, in: *Varšavskij statističeskij komitet* (Hrsg.), *Nekotorye čerty po statistike narodnogo zdavrija i narodnoj npravstvennosti v 10 gubernijach Carstva Pol'skogo za 1904–1906 gody. Prestupnost' obščaja i osobennaja. Trudy Varšavskogo statističeskogo komiteta*, Bd. 31, hrsg. v. *V. Esipov* (Warschau 1907) 59–65, hier 62–64. Vgl. auch den Bericht des britischen Generalkonsuls in Warschau Alexander Penrose Murray vom 13. Juli 1906: *Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs, Russia*, Bd. 4, 131 (Doc. 86). Siehe allgemein zu den Terrororganisationen dieser Jahre auch *Jonathan W. Daly*, *The Watchful State. Security Police and Opposition in Russia, 1906–1917* (DeKalb 2004).

Autokratie die zahlreichen Bauernaufstände niederschlug¹⁸. Aber auch im städtischen Raum ließ die Staatsmacht militärische Verbände gegen streikende oder demonstrierende Arbeiter und Zivilisten gewaltsam vorgehen, verfolgte die revolutionären Aktivisten mit dem Mittel der Standgerichtlichkeit oder versuchte, die grassierende städtische Kriminalität mit drakonischen Strafen in den Griff zu bekommen¹⁹. Letztlich gelang es dem Regime, die revolutionäre Erhebung auch in den Städten zu unterdrücken und die chaotischen Tage des Tumults und der Anarchie zu beenden. In den Jahren nach 1907 bewirkte die hohe Präsenz des Militärs in den Metropolen des Zarenreichs eine zwischenzeitliche Befriedung des innerstädtischen Raums. Dass es in den letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zu einem erstaunlichen Boom der urbanen Kulturlandschaft im Russischen Reich kam, der partiell sogar die städtischen Randgebiete erreichte, lag auch daran, dass die Zeiten der extremen und stadtweiten Massengewalt nach 1907 vorbei waren²⁰.

¹⁸ Imperiumsweit wurden bei derartigen Strafexpeditionen vom Oktober 1905 bis zum April 1906 zwischen 20 000 und 34 000 Personen erschossen oder verwundet. Vgl. *Dietrich Beyrau*, Janus in Bastschuhen: Die Bauern in der Russischen Revolution 1905–1917, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995) 585–603, 592; *Orlando Figes*, Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924 (Berlin 1998) 219; *Manfred Hildermeier*, Die Russische Revolution 1905–1921 (Frankfurt a.M. 1989) 89–90; *Peter Holquist*, Violent Russia, Deadly Marxism? Russia in the Epoch of Violence, 1905–1921, in: *Kritika: Explorations in Russian and Eurasian History* 4/3 (2003) 627–652, 632–633.

¹⁹ Zum Ende des Jahres 1905 waren 120 000 Soldaten an der militärischen Niederschlagung von Erhebungen im europäischen Teil des Russischen Reichs beteiligt. *Jan Kusber*, Modernisierung, Beharrung, Meuterei. Das Militär des ausgehenden Zarenreiches und das Jahr 1905, in: *Russland 1905. Perspektiven auf die erste Russische Revolution*, hrsg. v. *Martin Aust, Ludwig Steindorff* (Frankfurt a.M. 2007) 109–128, 119; *John Bushnell*, Mutiny Amid Repression: Russian Soldiers in the Revolution of 1905–1906 (Bloomington, Ind. 1985) 47–48. Zur Standgerichtsbarkeit und der Zahl der Todesurteile vgl. *Jörg Baberowski*, Autokratie und Justiz. Zum Verhältnis von Rechtsstaatlichkeit und Rückständigkeit im ausgehenden Zarenreich 1864–1914 (Frankfurt a.M. 1996) 758–760; *Fuller*, Civil-Military Conflict in Imperial Russia 169–191; *Geifman*, Revolutionary Terrorism 226–227; *Don C. Rawson*, The Death Penalty in Late Tsarist Russia: An Investigation of Judicial Procedures, in: *Russian History* 1 (1984) 29–58, 48–50. Und zu den zahlreichen Zusammenstößen von Truppenverbänden und Zivilisten siehe allg. *Fuller*, Civil-Military Conflict in Imperial Russia; *Kusber*, Modernisierung, Beharrung, Meuterei.

²⁰ Zur militärischen Niederschlagung der Revolution vgl. *Bushnell*, Mutiny Amid Repression; *Fuller*, Civil-Military Conflict in Imperial Russia 129–168; *Kusber*, Krieg und Revolution 66–89; *Verner*, The Crisis of Russian Autocracy 246–280. Zum breitenwirksamen Boom der urbanen Kulturlandschaft nach 1905 vgl. u.a. *James von Geldern, Louise McReynolds* (Hrsg.), Entertaining Tsarist Russia. Tales, Songs, Plays, Movies, Ads, and Images from Russian Urban Life, 1779–1917 (Bloomington, Ind. 1998) xxii–xxiv; *W. Bruce Lincoln*, Sunlight at Midnight: St. Petersburg and the Rise of Modern Russia (New York 2000) Kap. 8; *Louise McReynolds*, Russia at Play. Leisure Activities at the End of the Tsarist Era (Ithaca 2003); *Malte Rolf*, Imperiale Herrschaft im städtischen Raum: Zarische Beamte und urbane Öffentlichkeit in Warschau (1870–1914), in: *Russlands imperiale Macht. Integrationsstrategien und ihre Reichweite in transnationaler Perspektive*, hrsg. v. *Bianka Pietrow-Ennker* (Köln 2012) 123–153; *Karl Schlögel*, Die Petersburger Moderne, in: *Du. Die Zeitschrift der Kultur* 12 (1998) 48–62; *Mark D. Steinberg*, Russia's Fin-de-Siècle, 1900–1914, in: *The Cambridge History of Russia*, Bd. 3: The Twentieth Century, hrsg. v. *Ronald Grigor Suny* (Cambridge 2006)

Erst die langjährige Auszehrung durch den Weltkrieg sowie die hohe Dichte an Bauernsoldaten in den städtischen Garnisonen ließen die Städte des Zarenreichs und vor allem Petrograd im Jahr 1917 wieder zu Orten von Revolte und Straßengewalt werden²¹. Die Revolution vom Februar 1917 nahm auch hier Formen des Pogroms an. Sie äußerte sich als ein Wut- und Gewaltausbruch der Unterschichten gegenüber allen Repräsentanten und Symbolen der Obrigkeit und der herrschenden Schichten. In den turbulenten Tagen des Spätwinters und Frühlings 1917 wurden nicht nur Zarenstatuen vom Sockel gestürzt, sondern auch Offiziere ermordet und Brillenträger verprügelt. Im revolutionären Tumult waren alle Vertreter der besseren Stände vogelfrei²². Die Autokratie hatte anders als 1905 diesem Chaos nichts mehr entgegenzusetzen. Die städtische Gewalteruption im Februar/März 1917 erwirkte überraschend schnell das Ende der Zarenherrschaft. Weder der gefürchtete Bauernaufstand noch die erwartete Erhebung der nicht-russischen Völkerschaften, sondern die gewaltsame Übernahme des städtischen Raums durch revoltierende Soldaten und Unterschichten brachten die Romanov-Dynastie zu ihrem abrupten Fall.

II. Zur Topographie städtischer Gewalt

Eine solche kurze Chronologie städtischer Gewalt im Zarenreich stellt die Basis für eine systematische Beschäftigung mit dem Phänomen bereit. Schon vor Längerem ist von der „Rückkehr des Raums“ in der Historiographie gesprochen worden, und ein erneuertes Interesse an der urbanen Topographie hat auch die Stadtgeschichtsschreibung längst erfasst²³. Eine derartige Wende scheint für eine Geschichte der Gewalt jedoch noch bevorzustehen. Dabei ist eine Annäherung an die Topographie der Gewalt zweifellos ein Schlüssel, um ihren Bedeutungsgehalt, ihr Kommunikationsanliegen und auch ihre Folgewirkungen besser zu verstehen.

67–93; *Theodore R. Weeks*, A City of Three Nations: Fin-De-Siècle Warsaw, in: *The Polish Review* 49/2 (2004) 747–766.

²¹ Dichte Beschreibungen dieser Ereignisse finden sich bei *Wladimir D. Nabokow*, Petrograd 1917. Der kurze Sommer der Revolution (Berlin 1992); und *Louis de Robien*, The Diary of a Diplomat in Russia 1917–1918 (New York 1967). Vgl. auch *Figes*, Die Tragödie eines Volkes, v. a. 333–349 und 501–547; *Orlando Figes*, *Boris Kolonitskii*, Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917 (New Haven 1999) 30–33 und 61–70.

²² Siehe *Nabokow*, Petrograd 1917, v. a. 150–159. Vgl. dazu auch *Baberowski*, Die Entdeckung des Unbekannten 32–36; *Jörg Baberowski*, *Robert Kindler*, *Christian Teichmann*, Revolution in Russland 1917–1921 (Erfurt 2007) 12–13; *Hamm*, Kiev 206–207.

²³ Programmatisch hier *Karl Schlögel*, Chronotop St. Petersburg: Zur Rekonstruktion der Geschichte einer europäischen Metropole, in: Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte, hrsg. v. *Karl Schlögel*, *Frithjof Benjamin Schenk*, *Markus Ackeret* (Frankfurt a. M. 2007) 23–44. Karl Schlögel war es auch, der vor Jahren die Wiederkehr des Raumes einforderte. Vgl. u. a. *Karl Schlögel*, Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik (München 2003); *ders.*, Die Wiederkehr des Raums – auch in der Osteuropakunde, in: *Osteuropa* 55/3 (2005) 5–17.

Denn der räumliche Kontext prägt nicht nur die Formen der Gewalt, Gewalt-handlungen und ihre Gegenreaktionen reflektieren ebenso die jeweilig existierenden Raumhierarchien. Im Folgenden sollen daher einige Grundzüge der räumlichen Dimension städtischer Gewalt im ausgehenden Zarenreich beleuchtet werden.

Bei einer solchen Beschreibung von Gewaltpraktiken und -intensitäten im Russischen Reich bedarf es einer stadträumlichen Ausdifferenzierung in zweierlei Hinsicht. Zum einen gilt es, zwei unterschiedliche Typen von Städten im Zarenreich zu unterscheiden. Zum anderen ist die Bedeutung der innerstädtischen sozial-räumlichen Segregation für Gewaltpraktiken zu reflektieren. Im Imperium der Romanows bestand eine fundamentale Differenz zwischen jenen Metropolen, die über eine historisch gewachsene städtische Struktur verfügten, und solchen Ansiedlungen, die als rasant anschwellende „Industriedörfer“ erst nach 1850 entstanden waren oder eine städtische Größenordnung angenommen hatten. Letztere gab es im Zarenreich besonders an der Peripherie viele: Jusowka, Jekaterinoslaw oder auch das polnische Łódź sind Beispiele für diese Art von stadtdichten Agglomerationen, die doch über kaum oder keine städtische Administration, geschweige denn Züge einer Urbanität, verfügten. Oft blieb diesen Ansiedlungen auch der administrativ-rechtliche Status einer Stadt lange vorenthalten. In manchen Fällen, wie in Baku, erlebten ältere Städte im Zuge von Rohstoffförderung und Industriegründungen eine extreme Expansion, die auch die sonst hohen Wachstumsraten der Metropolen im Imperium in den Schatten stellte²⁴. Diese von

²⁴ Das Beispiel Łódź mag hier paradigmatisch eine Vorstellung von diesem Wachstum geben: Um 1800 lebten nur 190 Menschen in der winzigen Siedlung. Bis 1840 war sie zu einem Industriestädtchen mit ca. 20 000 Bewohnern angewachsen. Die Textilindustrie sorgte im Folgenden für eine Bevölkerungsexplosion: 1897 lebten im „polnischen Manchester“ bereits 314 000 Menschen, 1910 sogar 415 000. Damit war Łódź die sechstgrößte Stadt im russischen Imperium. Vgl. dazu *Andreas R. Hofmann*, Imageprobleme einer Antimetropole: Lodz 1900/1930, in: *Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939*, hrsg. v. *Andreas R. Hofmann, Anna Veronika Wendland* (Stuttgart 2002) 235–258; *Bianka Pietrow-Ennker*, Wirtschaftsbürger und Bürgerlichkeit im Königreich Polen: Das Beispiel von Lodz, dem „Manchester des Ostens“, in: *Geschichte und Gesellschaft 2* (2005) 169–202; allg. *Jürgen Hensel* (Hrsg.), *Polen, Deutsche, Juden in Lodz 1820–1939. Eine schwierige Nachbarschaft* (Wiesbaden 1999). Zu Jusowka (heute Donezk) siehe *Theodore H. Friedgut*, *Life and Work in Russia's Donbass, 1869–1924. Iuzovka and Revolution*, Bd. 1 (Princeton 1989); *ders.*, *Life and Work in Russia's Donbass, 1869–1924. Iuzovka and Revolution*, Bd. 2 (Princeton 1994); *Goehrke*, *Russischer Alltag*, v. a. 299–302; *Charters Wynn*, *Workers, Strikes and Pogroms: The Donbass-Dnepr Bend in Late Imperial Russia, 1870–1905* (Princeton 1992). Zu Jekaterinoslaw (heute Dnipropetrowsk) vgl. *Rainer Lindner*, *Städtische Modernisierung im südlichen Zarenreich: Ekaterinoslaw and Żitomir, 1860–1914*, in: *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, hrsg. v. *Carsten Goehrke, Bianka Pietrow-Ennker* (Zürich 2006) 281–316; *Rainer Lindner*, *Unternehmer und Stadt in der Ukraine, 1860–1914. Industrialisierung und soziale Kommunikation im südlichen Zarenreich* (Konstanz 2006); *Felix Schnell*, *Räume des Schreckens. Gewaltträume und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905–1933* (Hamburg 2012), v. a. 104–144. Zu Baku vgl. *Audrey Altstadt-Mirhadi*, *Baku. Transformation of a Muslim Town*, in: *The*

der Industrialisierung erfassten Provinzorte, die innerhalb weniger Jahrzehnte zu Städten mit hunderttausenden Einwohnern anschwellen, blieben letztlich staatsferne Räume an der Peripherie des Reiches, die sich durch enorme Gewaltintensität auszeichneten. Denn die Staatsmacht hatte weder die Möglichkeiten noch das vordringliche Interesse, diese Moloche mit Institutionen der Verwaltung und Kontrolle zu durchdringen. Die riesigen Slums der Ölsiedlungen von Baku, die Arbeiterquartiere der Textilstadt Łódź und die Barackenvorstädte des metallurgischen Zentrums Jusowka konnten sich so zu gewalttätigen Orten der Selbstjustiz entwickeln, deren Explosivität aus der Kreuzung von tradierten bäuerlichen Gewaltkulturen mit Antagonismen jüngerer ethno-konfessioneller Konflikte und der Gewaltbereitschaft konkurrierender politischer Parteien resultierte²⁵.

Aber derartige Industriestädte waren von einer spezifischen Konfiguration städtischer Gewalt geprägt, die sich nicht ohne Weiteres auf die Vielzahl der großen Metropolen des Reiches übertragen lässt. Denn in traditionellen Großstädten wie Petersburg, Moskau, Riga, Warschau oder Kiew existierten Staatsstrukturen und Stadtgesellschaften, die in der Lage waren, für lange Jahrzehnte das Eskalationspotential einer massenhaften Zuwanderung von Arbeitsmigranten zumindest räumlich strikt zu begrenzen. Auch diese Städte waren von einem rapiden Wachstum gekennzeichnet und verdoppelten oft ihre Bewohnerzahl innerhalb von wenigen Jahrzehnten. Auch hier entstanden Elendsquartiere und Randsiedlungen, in denen es an allem mangelte außer an Gewalt²⁶. Aber die starke sozial-räumliche und zum Teil auch ethno-konfessionelle Segregation in diesen Städten produzierte zugleich eine dichotomische Struktur, in der Sphären der eingehegten Gewalt anderen, berüchtigten Gewalträumen schroff gegenüberstanden. Während eine ausreichende Dichte von Polizeiposten, die Präsenz von Hausportiers und ein Netz an Straßenbeleuchtungen in den zentralen Quartieren Sicherheitszonen schufen, wurden viele Stadtrandgebiete lange Jahrzehnte weitgehend sich selber überlassen. Dort entstanden Siedlungen, in die sich angesichts fehlender Straßenlaternen selten ein Polizist zur Nachtzeit verlor²⁷.

City in Late Imperial Russia, hrsg. v. *Michael F. Hamm* (Bloomington, Ind. 1986) 283–318; *Jörg Baberowski*, *Der Feind ist überall. Stalinismus im Kaukasus* (München 2003) 57–83.

²⁵ *Baberowski*, *Die Entdeckung des Unbekannten* 25–36; ebenso *Jörg Baberowski*, *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt* (München 2012) 33–57.

²⁶ Auch hier seien einige Zahlen zu diesem Wachstum genannt. St. Petersburg wuchs von 490 000 Einwohnern im Jahr 1856 auf über 1,5 Millionen im Jahr 1910 an; Moskau vervierfachte sogar seine Bevölkerung in diesem Zeitraum (von 368 000 auf 1,48 Millionen). Warschau und Riga wuchsen um mehr als das Fünffache (Warschau von 156 000 auf 781 000, Riga von 70 000 auf 370 000). Vgl. dazu auch die Übersicht bei *Michael F. Hamm*, *Introduction*, in: *The City in Late Imperial Russia*, hrsg. v. *Michael F. Hamm* (Bloomington, Ind. 1986) 1–8, 3. Zu den enormen Wachstumsraten der Großstädte im Zarenreich siehe ebenso *Daniel R. Brower*, *The Russian City between Tradition and Modernity, 1850–1900* (Berkeley 1990) v. a. 22–23 und 30–31; *Carsten Goehrke*, *Bianka Pietrow-Ennker* (Hrsg.), *Städte im östlichen Europa. Zur Problematik von Modernisierung und Raum vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert* (Zürich 2006).

²⁷ Zur älteren Tradition der dualen Struktur russländischer Städte vgl. *Brower*, *The Russian City* 22–33; ebenso *Guido Hausmann*, *Osteuropäische Stadt oder Stadt in Osteuropa?* Ein

Auch ein solches rigides duales Gliederungsprinzip konnte jedoch den Schutz der besseren und zentralen Wohnquartiere nur bedingt gewährleisten. Denn seit der Jahrhundertwende zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die Begrenzung kollektiver Gewaltpraktiken auf die Stadtrandgebiete kaum mehr gelingen wollte. Und dennoch: In der Wahrnehmung der Zeitgenossen war die städtische Topographie von einer klaren Zweiteilung geprägt. Das zeigt sich auch daran, dass Gewalttaten immer dann öffentlichkeitswirksame Erschütterungen hervorriefen, wenn sie die etablierte Raumhierarchie der dualen Stadt verletzten. Der Skandal war besonders dann groß, wenn sich Gewaltakteure oder Personen, die als solche wahrgenommen wurden, in Sphären begaben, in denen sie nach Meinung des städtischen Establishments nichts zu suchen hatten. Mit solchen Tabubrüchen operierte nicht nur die Arbeiterbewegung, wenn sie versuchte, mit ihren Symbolen und Ritualen in die Stadtviertel der Oberschicht vorzustoßen. Mit diesem allgemein akzeptierten räumlichen Gefälle und den entsprechenden mentalen Stadtkarten spielten auch jene jugendlichen Hooligans, die um die Jahrhundertwende die Zentren der Metropolen unsicher machten. Es war eine publikumswirksame Provokation, wenn sich öffentliche Pöbeleien auf den Vorzeigeboulevards der City ereigneten. Eine Auseinandersetzung im Armenviertel schaffte es dagegen nur dann auf die Seiten der Boulevardpresse, wenn es besonders blutig zugegangen war. Etliche der auf öffentliche Skandalisierung angelegten Gewalthandlungen lassen sich in ihrem Kommunikationsanliegen erst dann verstehen, wenn man ihre räumliche Anordnung genauer betrachtet und die impliziten Raumhierarchien bei den gewaltbereiten Verstößen mitdenkt²⁸.

Beitrag zur Diskussion um die „europäische Stadt“ im 20. Jahrhundert, in: *Urbanisierung und Stadtentwicklung in Südosteuropa vom 19. bis zum 21. Jahrhundert*, hrsg. v. *Thomas M. Bohn, Marie-Janine Calic* (München 2010) 29–66, 29–44. Dieses duale Muster war in den kolonialen Kontexten der Reichsperipherien noch einmal weitaus deutlicher ausgeprägt. Vgl. *Jeff Sabadeo*, *Russian Colonial Society in Tashkent, 1865–1923* (Bloomington, Ind. 2007) 6. Hier erinnerte es bereits sehr an die sicherlich überspitzte Darstellung der prototypischen kolonialen Stadt. Vgl. dazu *Janet Abu-Lughod*, *Tale of Two Cities: The Origins of Modern Cairo*, in: *Comparative Studies in Society and History* 7/4 (1965) 429–457; differenzierter bei *Jürgen Osterhammel*, *Kolonialismus. Geschichte. Formen. Folgen* (München 1997) 95–99. Zur grundsätzlichen ethnischen Segregation im städtischen Wohn- und Kommunikationsraum vgl. *Anders Henriksson*, *Riga. Growth, Conflict and the Limitations of Good Government, 1850–1914*, in: *The City in Late Imperial Russia*, hrsg. v. *Michael F. Hamm* (Bloomington, Ind. 1986) 177–207; *Ulrike von Hirschhausen*, *Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914* (Göttingen 2006); *Oliver Reisner*, *Ethnos und Demos in Tbilisi (Tiflis) – Armenier, Georgier und Russen in den Stadtdumawahlkämpfen 1890–1897*, in: *Gesellschaft als lokale Veranstaltung. Selbstverwaltung, Assoziierung und Geselligkeit in den Städten des ausgehenden Zarenreiches*, hrsg. v. *Guido Hausmann* (Göttingen 2002) 301–330; *Ronald Grigor Suny*, *Tiflis. Crucible of Ethnic Politics, 1860–1905*, in: *The City in Late Imperial Russia*, hrsg. v. *Michael F. Hamm* (Bloomington, Ind. 1986) 249–282.

²⁸ Warschauer Beispiele für derartige räumliche Manöver von Teilen der Arbeiterbewegung finden sich z. B. im Hauptarchiv der alten Akten, Warschau (Archiwum Główny Akt Dawnych = AGAD), KGGW, sygn. 2491, kart. 22 [Oberpolizeimeister an den WGG, 19. April 1905]. Siehe auch den Bericht des Beauftragten des britischen Generalkonsuls H. Norman

Mit Blick auf die Topographie kollektiver Gewalt in den Städten des Zarenreichs ist insofern zusammenfassend auf den grundsätzlich hohen Grad einer sozial-räumlichen Segregation der Städte des Zarenreichs zu verweisen. Zumindest in nicht-revolutionären Zeiten war damit eine weitgehende Trennung von Sphären abweichender Gewaltintensität garantiert.

III. Zu den Gewaltakteuren

Zweifellos gab es zahlreiche Personen, die ein Interesse daran hatten, die Gewalt der Stadtrandgebiete in das urbane Zentrum zu tragen. Um diese Aktivisten und partiell auch Experten von Gewalthandlungen soll es im Folgenden gehen. Bei einer systematischen Beschäftigung mit dem breiten Spektrum an Gewaltakteuren in den Städten des Zarenreichs erscheint es dabei sinnvoll, auf die Differenz politisch und nicht-politisch motivierter Gewalt und Gegengewalt zu verweisen. So viele Überschneidungsbereiche hier bestanden, so sehr unterschieden sich doch die Motivationen und Handlungslogiken, wie auch die Praktiken und Räume von Gewalttaten dieser beiden Sphären. Der Kleinkriminelle folgte einer anderen Zielsetzung als der revolutionäre Terrorist, wengleich es durchaus vorkam, dass ein und dieselbe Person in beiden Wirkungsbereichen sehr erfolgreiche Karrieren absolvierte.

Beide Phänomene prägten den städtischen Raum seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf ihre Weise. Unsere Kenntnis von jenen Akteuren, die sich vor allem durch nicht-politisch motivierte Gewalt hervortaten und oftmals an den Rändern der Städte bewegten, ist eher bruchstückhaft. Eine dichte Beschreibung jener Träger von Unterschichtengewalt ist auf der Grundlage der Akten von Polizei und Staatsanwaltschaft kaum zu leisten, und die zeitgenössischen Berichte von engagierten Literaten und Journalisten vermitteln eher die Projektionen, die die gebildeten Schichten über jene „anarchischen Vorstädte“ und die dortigen Gewaltmilieus pflegten, als dass sie einen tatsächlichen Einblick in die Lebenswelten, etwa am berüchtigten Petersburger Heumarkt oder im Warschauer Stadtteil Praga, erlaubten²⁹. Die Erkenntnis, die uns die zur Verfügung stehenden Daten der Kriminalstatistiken ermöglichen, vermag dabei kaum zu überraschen: Betei-

vom 4. Mai 1905. *Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs, Russia*, Bd. 3, 111–112 (Doc. 87). Vgl. dazu allg. *V. E. Bonnell, Roots of Rebellion: Workers' Politics and Organizations in St. Petersburg and Moscow, 1900–1914* (Berkeley 1983); *Brower, The Russian City*, v. a. 219–221; *Engelstein, Moscow, 1905*, v. a. 73–136; *Neuberger, Hooliganism; Sylvester, Odessa* 83–90.

²⁹ Vgl. *Laurie Bernstein, Sonia's Daughters: Prostitutes and their Regulation in Imperial Russia* (Berkeley 1995); *Buckler, Mapping St. Petersburg 179–194; Behrends, Visions on civility; Jahn, Petersburger Heumarkt; Petersen, Social Space in a Metropolis of Modern Age – St. Petersburg; Rustemeyer; Siebert, Alltagsgeschichte der unteren Schichten im Russischen Reich*. Zum Topos der Anarchie der Vorstadt vgl. auch *Wolfgang Maderthaner, Lutz Musner, Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900* (Frankfurt a. M. 1999).

ligt an den zahlreichen Messerstechereien der Jahrhundertwende waren vor allem junge männliche Arbeitsmigranten bäuerlicher Herkunft. In der Regel spielte der Konsum von Alkohol eine wichtige Rolle, die unzähligen Kellerspelunken waren der präferierte Ort für den Schlagabtausch³⁰. Noch spärlicher ist die Überlieferung für die angrenzenden Bereiche der organisierten Kriminalität. Über den Betrieb von illegalen Kneipen, Schnapsbrennereien und Bordellen oder den Handel mit Frauen, Waffen und Dokumenten schweigen die Quellen der staatlichen Kontrollinstanzen weitestgehend. Jene zahlreichen zeitgenössischen Geschichten über die „Vorstädte der Diebe“ oder die „Welthauptstadt des Frauenhandels“ sowie ihre jeweiligen Könige und Patriarchen waren zweifellos ein wichtiger Bestandteil der bürgerlichen Selbstvergewisserung und befriedigten zugleich das großstädtische Bedürfnis nach Abenteuer, Exotik, Gefahr und Ambivalenz. Sie vermitteln jedoch kaum ein Bild jener Gewaltmilieus, das über stereotype Zuweisungen hinausginge³¹.

Etwas profiliert tritt einem dagegen ein Akteur entgegen, dessen Bedeutung für die städtischen Gewalträume oft unterschätzt wird: der Straßenpolizist. Denn einige große Skandale um illegitime Polizeigewalt um 1900 deckten systematische und durchaus gewaltbereite Schutzgelderpressungen durch Polizisten auf und dokumentierten ihre enge Vernetzung mit den lokalen Zuhälterrings, Glücksspielkreisen und kriminellen Milieus. Die zarische Polizei war oft ein integraler Bestandteil in den Gewaltnetzwerken der städtischen Unterschichtsquartiere. Daran, dass diese Welt in den zeitgenössischen Quellen nur sehr schemenhaft aufscheint, ändert allerdings auch dies wenig³².

Deutlich mehr Klarheit dagegen besteht über jenes Personal, das auf dem Markt der politischen Gewalt operierte. Denn die Agenturen der zarischen Geheimpolizei waren erstaunlich gut über die Aktivitäten dieses Untergrunds informiert³³. Die zahlreichen revolutionären Bewegungen im Reich trugen erheblich dazu bei, dass Gewalt aus den Peripherien der Städte in deren Zentren getragen wurde. Denn die Bomben auf Polizisten, Gouverneure oder Mitglieder der Zarenfamilie

³⁰ Vgl. z. B. zu Warschau die von der Staatsanwaltschaft zusammengestellten Daten zu Schlägereien und Messerstechereien: Staatsarchiv der Russländischen Föderation, Moskau (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii = GARF), f. 215, od. 1, d. 97, ll. 9–11 [Bericht des Staatsanwalts der Warschauer Gerichtskammer, 4. Januar 1900].

³¹ Zu solchen bürgerlichen Selbstvergewisserungsdiskursen vgl. *Sylvester*, Odessa, v. a. 3–15 und 126–128. Nicht selten dienten solche Beschreibungen in den multiethnischen Städten des Imperiums auch der Stigmatisierung von anderen Ethnien und Konfessionen, oft genug hatten sie eine antisemitische Ausrichtung. Vgl. zu Warschau z. B. *Robert E. Blobaum*, Criminalizing the „Other“: Crime, Ethnicity, and Antisemitism in Early Twentieth-Century Poland, in: *Antisemitism and Its Opponents in Modern Poland*, hrsg. v. *Robert E. Blobaum* (Ithaca 2005) 81–102.

³² Vgl. zu Moskau z. B. *Schnell*, Ordnungshüter 59–63 und 175–207; siehe auch *Thurston*, Liberal City, Conservative State: Moscow 94–99.

³³ Zur zarischen Geheimpolizei vgl. allgemein *Kirsten Bönker*, Die starke Hand des Zaren: Innenministerium und Polizeidepartement an der Fontanka, in: *Sankt Petersburg. Schauplätze einer Stadtgeschichte*, hrsg. v. *Karl Schlögel*, *Frithjof Benjamin Schenk*, *Markus Ackert* (Frankfurt a. M. 2007) 305–315; *Daly*, Autocracy under Siege; *Daly*, The Watchful State.

wurden vor allem auf den besten Straßen der Metropolen geschleudert³⁴. Gerade während der Revolution von 1905 gelang es dem politischen Terror, den städtischen Raum in eine allgemeine Gefahrenzone zu verwandeln, in der aus der Sicht des Regimes nur noch wenige, besonders bewachte Straßenzüge als sicher gelten konnten. In dieser Zeit patrouillierten Soldaten in Warschau auch im Zentrum in offener Formation mit Gewehr im Anschlag³⁵.

Primäre Träger revolutionärer Gewalt waren die zahlreichen, im Untergrund arbeitenden „Kampfgruppen“ der verschiedenen, konkurrierenden Parteien. Die meisten Bewegungen oder Parteiformationen, die sich dem Umsturz des Autokraten verschrieben hatten, verfügten über ein eigenes Netz an Terrorzellen, in denen sich über die Jahre regelrechte Experten der Gewalt herausbildeten. Ursprünglich wurden die revolutionäre Bewegung und auch ihre Kampfeinheiten stark von Angehörigen der (klein)bürgerlichen Bildungsschichten, der Intelligenzija, getragen. Die frühen Terrorzellen der 1870–80er Jahre rekrutierten sich oft noch aus Studentenkreisen, in Polen waren nicht selten Angehörige der niederen Szlachta beteiligt, der Anteil von Frauen war durchaus signifikant. Im Zuge der Revolution von 1905 änderte sich dies jedoch schnell. Auch politisch motivierte Gewalt professionalisierte sich, tendenziell wurde nun das Töten von Repräsentanten des Regimes arbeitsteilig an „Experten“ delegiert, während sich die Parteiführer der politischen Organisation und Agitation widmeten. Dementsprechend änderten sich die Rituale und Praktiken der Terrorzellen. Wurde vor 1905 oft noch ein „Prozess“ gegen das ausgewählte Opfer inszeniert, das mit einem „Todesurteil“ des Betroffenen endete und das dann mehr oder weniger erfolgreich vollstreckt wurde, so fielen diese Zeremonien revolutionärer „Rechtsprechung“ im Zuge der Revolution weg. Nun galt es auch als legitim, einfache Straßenpoli-

³⁴ Zeitgenössische Beschreibungen der terroristischen Aktivitäten des revolutionären Spektrums finden sich bei *Jean Longuet*, *Georgi Silber*, Die Bombe tötete den Grossfürsten auf der Stelle. Terroristen und Geheimpolizei im alten Russland (Berlin 1995); *P. P. Zavarzin*, *Rabota tajnoj policii. Vospominanija* (Paris 1924); *P. P. Zavarzin*, *Žandarmy i revoljucionery* (Paris 1930). Vgl. zum sozialrevolutionären Terror ebenso *Daly*, *Autocracy under Siege*; *Anna Geifman*, *Entangled in Terror: The Azef Affair and the Russian Revolution* (Wilmington 1999); *Manfred Hildermeier*, *Die Sozialrevolutionäre Partei Russlands. Agrarsozialismus und Modernisierung im Zarenreich (1900–1914)* (Köln 1978); zur öffentlichen Rezeption weiblicher Terroristinnen vgl. *Lynn Patyk*, *Gefallene Mädchen: Die Terroristin und/als Prostituierte im ausgehenden Zarenreich*, in: *Terrorismus und Geschlecht. Politische Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert*, hrsg. v. *Christine Hikel*, *Sylvia Schraut* (Frankfurt a.M. 2012) 233–256.

³⁵ Zu den zahlreichen Attentaten im Zentrum Warschaus vgl. *Desjat' gubernij Carstva Pol'skogo v cifrach. Trudy Varšavskogo statističeskogo komiteta*, Bd. 35 (Warschau 1908) 44–45. AGAD, KGGW, Sygn. 2732, kart. 1–222; AGAD, KGGW, Sygn. 2767, kart. 1–29 [Unterlagen zum Bombenanschlag auf den Warschauer Generalgouverneur Georgij A. Skalon]. Siehe dazu auch *Hilbrenner*, *Terrorismus*; *ders.*, *Bombenanschlag auf das Café Libman*; *Christoph Gumb*, *Die Festung. Repräsentationen von Herrschaft und die Präsenz der Gewalt, Warschau (1904–1906)*, in: *Imperiale Herrschaft in der Provinz. Repräsentationen politischer Macht im späten Zarenreich*, hrsg. v. *Jörg Baberowski*, *David Feest*, *Christoph Gumb* (Frankfurt a.M. 2008) 271–302; demnächst: *Christoph Gumb*, *Drohgebärden. Repräsentationen von Herrschaft im Wandel: Warschau, 1904–1907; Rolf, 1905 im Königreich Polen*.

zisten zu ermorden, um den öffentlichen Raum der Stadt mit Gewalt zu überziehen. Es war bei dieser Art von Mordanschlägen dann oft nicht mehr klar, ob die Auswahl der Opfer einer revolutionären Logik folgte oder ob hier Rechnungen von Konkurrenten im kriminellen Milieu der Großstadt beglichen wurden³⁶.

Ganz grundsätzlich erodierten in der Revolution von 1905 die Grenzen zwischen politischer und nicht-politischer Gewalt. Die allgemeine Gewalteskalation machte die Situation unübersichtlich. Nichts kann das besser veranschaulichen als das Beispiel des sogenannten Bordellpogroms in Warschau im Mai 1905. Dieser blutig ausgetragene Konflikt zwischen Kriminellen und Arbeiter-Selbstschutzverbänden führte zu einem kurzzeitigen Kollaps staatlicher Ordnung in der Stadt überhaupt. Der zunehmende Verfall öffentlicher Ordnung der Jahre 1903–04 hatte nicht nur zu einer Zunahme von Kriminaldelikten und Gewaltverbrechen geführt, sondern auch die Selbstbewaffnung von Arbeitergruppen vorangetrieben. Schon in den ersten Monaten von 1905 war es immer wieder zu Fällen von Selbstjustiz gekommen, in denen sich die jüngst formierten Schutzverbände gegen vermeintliche Diebe und Zuhälter zur Wehr setzten³⁷. In den Tagen vom 11. bis zum 13. Mai weiteten sich diese Formen der Selbstjustiz zu einem Sturm auf die Warschauer Bordelle aus. Es kam zu Überfällen auf die *Etablissements* und zu regelrechten Straßenjagden auf Kriminelle und Prostituierte. Im um sich greifenden allgemeinen Chaos gab es bald keine klaren Fronten mehr. Bewaffnete Arbeiter-Selbstschutzverbände machten Jagd auf Kriminelle und Streikbrecher, verfeindete Zuhälterringe stürmten die Freudenhäuser der Konkurrenz, Polizisten und Soldaten wurden zu Freiwild, und die sozialistischen und nationalistischen Kampforganisationen beglichen ihre offenen Rechnungen untereinander mit dem Revolver. Wer hier warum auf wen schoss, war kaum noch zu überblicken. Insgesamt fielen in den drei Tagen der Rechts- und Staatslosigkeit mehr als 100 Wohnungen dem allgemeinen Vandalismus zum Opfer, zahlreiche Geschäfte wurden geplündert und fünf Personen ermordet, weitere zehn erlagen ihren Verletzungen. Dieser Pogrom der anderen Art wurde erst am 13. Mai mit dem verspäteten Einsatz von Truppen beendet, die damit unfreiwillig auch die Warschauer Unterwelt vor dem wütenden Mob schützten³⁸.

³⁶ Zu den Kampfgruppen der Sozialrevolutionäre vgl. *Geifman*, *Azef Affair*; *Hildermeier*, *Die Sozialrevolutionäre Partei Russlands*. Zu denen der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) siehe *Blobaum*, *Rewoljucja* 94–98; *Robert E. Blobaum*, *Feliks Dzierżyński and the SDKPiL. A Study of the Origins of Polish Communism* (New York 1984); *Marian Kamil Dziewanowski*, *The Polish Revolutionary Movement and Russia, 1904–1907*, in: *Russian Thought and Politics*, hrsg. v. *Hugh McLean*, *Martin E. Malia*, *George Fischer* (Cambridge 1957) 375–394; *Rolf*, *The Kingdom of Poland in the Shadow of Revolution*.

³⁷ AGAD, KGGW, sygn. 342 [Kompendium von Berichten der Kanzlei des WGG].

³⁸ Vgl. dazu auch *Blobaum*, *Criminalizing the „Other“* 87–88; *Laura Engelstein*, *The Keys to Happiness: Sex and the Search for Modernity in Fin-de-Siècle Russia* (Ithaca 1992) 309 und 330; *Halina Kiepuska*, *Warszawa w rewolucji 1905–1907* (Warschau 1974) 173–175; *Rolf*, *1905 im Königreich Polen*; ausführlicher demnächst *Malte Rolf*, *Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen und das Russische Imperium (1864–1915)* (Mün-

Nicht zuletzt trugen auch die Staatsgewalt und ihre Machtorgane in dieser Situation eines revolutionären Chaos selber erheblich zur städtischen Gewalteskalation bei. Indem die Polizeibeamten und die sie assistierenden Truppenverbände friedliche Demonstrationen mit Säbel und Schusswaffe auseinandertrieben, produzierten die zarischen Autoritäten zahlreiche „Bluttage“ in fast allen größeren Städten des Reiches. Vor allem die Kosaken waren dafür gefürchtet, schnell zur Waffe zu greifen, wenn sie sich bedroht sahen. Eine erhebliche Anzahl von Todesopfern im revolutionären Warschau resultierte beispielsweise aus ungezielten Schüssen in die Menge, mit denen die Soldaten auf vermeintliche Angriffe reagierten. So sehr der Einsatz des Militärs in den städtischen Gewalträumen 1906–07 letztlich zur Wiederherstellung der Ordnung und zum Erhalt des Regimes beitrug, so sehr lassen sich die Soldaten zugleich als eine wichtige Kohorte von Gewaltakteuren identifizieren, die gerade im Jahr 1905 die Eskalation von gewalttätigen Auseinandersetzungen in den Städten des Zarenreichs erheblich vorantrieben³⁹.

Seit der Jahrhundertwende und dem Pogrom von Kischinew im April 1903 markierten auch die antijüdischen Pogrome einen wesentlichen Bestandteil städtischer Gewalt. Die *pogromschtschiki*, jene aktiven Beteiligten an den Lynchjagden auf jüdische Bürger, waren auch in der Revolution von 1905 eine Gruppe von Gewaltakteuren, die zur Explosion von Mord, Raub und anderen Gewalthandlungen im städtischen Raum beitrug. Das Täterfeld jener Pogrome der Jahre von 1903 bis 1906, bei denen insgesamt schätzungsweise 2000 Juden ums Leben kamen, war hier breit gespannt: Externe mobile Pogromaktivisten wie Eisenbahnarbeiter trafen auf gewaltbereite Akteure im lokalen Kontext. Vertreter der Staatsmacht, wie Polizisten, Soldaten und Kosaken, waren gelegentlich an den Plünderungen beteiligt, während die zarischen Autoritäten vor Ort selten rechtzeitig einschritten, um das Morden zu unterbinden⁴⁰.

chen, in Vorbereitung) Kap.: „Das Imperium in der Krise: Das Königreich Polen in den Jahren 1900–1914“.

³⁹ Auflistungen der „Bluttage“ in St. Petersburg, Riga, Warschau oder Łódź finden sich bei *Leopold Katscher* (Hrsg.), *Russisches Revolutions-Tagebuch 1905. Ein Werdegang in Telegrammen* (Leipzig 1906); *Dominic Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs: Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print. Part I, From the Mid-nineteenth Century to the First World War. Series A: Russia, 1859–1914* (Bethesda 1983), v. a. Bd. 3–5. Zu Warschau und dem „Massaker am Grzybowski-Platz“ im Oktober 1904 sowie zum „Bluttage“ am Warschauer Theaterplatz im Oktober 1905 vgl. u. a. *Kiepuska*, *Warszawa w rewolucji 60*; auch *Blobaum*, *Rewolucja* 41–44 und 88–91. Zu Łódź siehe *Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs, Russia*, Bd. 3, 131–133 (Doc. 110). Zu Riga *Henriksson*, *Riga 198–199*. Allgemein zu den blutigen Zusammenstößen zwischen Militär und Zivilbevölkerung siehe *Fuller*, *Civil-Military Conflict in Imperial Russia*; *Kusber*, *Krieg und Revolution; Kusber*, *Modernisierung, Beharrung, Meuterei*.

⁴⁰ Zu den Pogromen, ihren Gewaltakteuren und Opfern sowie zur Rolle der Staatsmacht siehe *Jonathan Frankel*, *Crisis, Revolution, and Russian Jews* (Cambridge 2009); *Hillis*, *Urban Politics, Violence, and Community in Kiev*; *Heinz-Dietrich Löwe*, *Political Symbols and Rituals of the Russian Radical Right, 1900–1914*, in: *The Slavonic and East European Review*

Diese antijüdischen Pogrome verweisen zugleich darauf, dass es sich bei einer Vielzahl von innerstädtischen Gewalterruptionen um ethno-konfessionelle Auseinandersetzungen handelte. Derartige kollektive Übergriffe konnten auch Armenier in Baku oder Russen in Taschkent treffen. Die ethno-konfessionelle Segregation der Siedlungsmuster bewirkte, dass die Topographie dieser Massengewalt oft einem Überfall auf ein spezifisches Stadtviertel glich, in dem alles geplündert und jeder ermordet wurde, der in die Hände der *pogromschtschiki* fiel. Die Schreie der Opfer aus den jeweiligen „Ghettos“ sind ein Topos, der die zeitgenössischen Erinnerungen an diese städtischen Bluträusche und Gewaltorgien prägt⁴¹.

Dass sich einige der großen Pogrome im Zuge der Revolution von 1905–06 ereigneten, verdeutlicht einmal mehr, dass die Ereignisse dieser Jahre eher als diffuse Gewalteskalation im städtischen Raum denn als eine von politischen Parteien betriebene Revolution zu beschreiben sind. Das reflektiert sich nicht zuletzt in dem Bild, das die durchaus regimekritisch eingestellten Bildungsschichten retrospektiv von dieser Zeit der Anarchie entwarfen. Die Erfahrungen von 1905 waren aller politischen Konzessionen zum Trotz, die man der Autokratie im Oktobermanifest hatte abringen können, für das städtische Bürgertum oft traumatisch. Denn die Revolution wurde vor allem als Allgegenwart von Gewalt, als fundamentale Bedrohung aller Besitzenden durch einen mordenden und plündernden Mob wahrgenommen. Vertretern so unterschiedlicher Lager wie russischer Liberale oder polnischer Nationalisten machte die Gewalterruption von 1905 deutlich, dass nur eine funktionierende Staatsgewalt in der Lage war, Sicherheit für Leben und Besitz im städtischen Raum herzustellen. Letztlich war es die verhasste Autokratie oder die russische Fremdherrschaft, die den Schutz vor einer Gewaltbedrohung von unten gewährleistete und die dafür sorgte, dass die Gewaltsphären der städtischen Peripherie nicht ins Zentrum erweitert wurden. Auf Basis dieser Erkenntnis und der jüngsten städtischen Gewalterfahrungen formuliert Michail Gerschenson 1909 seinen berühmt gewordenen Satz über die russische Intelligenzija: „So wie wir sind, dürfen wir nicht nur nicht im Traume an eine Verschmelzung mit dem Volk denken – wir müssen es mehr fürchten als alle Staatsmacht, und wir müssen diese Macht preisen, die uns mit ihren Bajonetten und Gefängnissen alleine noch vor der Wut des Volkes schützt.“⁴² Hier artikulierte sich eine

76/3 (1998) 441–466; *Don C. Rawson*, *Russian Rightists and the Revolution of 1905* (Cambridge 1995); *Weinberg*, *Pogrom of 1905 in Odessa*; *ders.*, *Revolution of 1905 in Odessa*.

⁴¹ Vgl. die Schilderungen des Oktoberpogroms von 1905 in Kiew durch Augen- und Ohrenzeugen, zitiert bei *Michael F. Hamm*, *Continuity and Change in Late Imperial Kiev*, in: *The City in Late Imperial Russia*, hrsg. v. *Michael F. Hamm* (Bloomington, Ind. 1986) 79–122, 94–95.

⁴² *Michail Geršenzon*, *Schöpferische Selbsterkenntnis*, in: *Vechi. Wegzeichen. Zur Krise der russischen Intelligenz*, hrsg. v. *Karl Schlögel* (Frankfurt a. M. 1990) 140–175, 165. Vgl. auch *Rainer Goldt*, *Die Revolution und ihre Intellektuellen: Der Sammelband „Vechi“ („Wegzeichen“) im Kontext seiner Zeit*, in: *Das Zarenreich, das Jahr 1905 und seine Wirkungen. Bestandsaufnahmen*, hrsg. v. *Jan Kusber, Andreas Frings* (Münster 2007) 383–411; *Karl Schlögel*, *Russische Wegzeichen*, in: *Vechi. Wegzeichen. Zur Krise der russischen Intelligenz*, hrsg. v. *Karl Schlögel* (Frankfurt a. M. 1990) 5–44. Eine sehr ähnliche Deutung der Revolution als Tu-

Wahrnehmung, die einerseits die breite Masse städtischer Unterschichten als eigentlichen Träger von zerstörerischer Gewalt identifizierte. Andererseits spricht aus diesen Zeilen aber auch das Bewusstsein, dass der Gewalttätigkeit der Elendsquartiere das bedrohliche Potential einer gesamtstädtischen Eskalation innewohnt. Die verhassten staatlichen Machtorgane erscheinen hier als die letzte Instanz, die in der Lage ist, den Transfer von Gewalthandlungen und -akteuren aus den Vorstädten in die bürgerlichen Zentren der Metropolen zu unterbinden.

IV. Zu Gewaltpraktiken, ihrer Logik und Logistik: Ein Forschungsplädoyer

Gewalthandlungen sind zugleich soziale und kulturelle Praxis. Sie zielen auf die körperliche Verletzung von Menschen, aber sie stellen dabei immer auch einen Kommunikationsakt dar, der über die Tötungs- oder Verstümmelungstat hinausweist. Gewaltakteure verfolgen Ziele, aber sie folgen zugleich einer situationsspezifischen Logik, die sich aus ihrem Absichts- und Wertehorizont, aus ihrer Hierarchie der Dinge und deren Deutungen und aus ihrer Rezeptionsannahme durch eine größere Öffentlichkeit speist. Gewalthandlungen bedienen sich einer Logistik, die den Tätern zur Verfügung steht und die wiederum die Ausgestaltung der Tat entscheidend prägt. Um den jeweiligen Sinn der Gewalt besser zu verstehen, muss der Blick deshalb auf die Logiken und Logistik der Gewaltakte gelenkt werden. Abschließend seien einige Überlegungen zur weiterführenden Beschäftigung mit dem Phänomen städtischer Gewalt in diese Richtung präsentiert⁴³.

Hat die Gewaltforschung der letzten Jahre die Sinnhaftigkeit und den Kommunikationsgehalt von Gewalttaten zum Thema erhoben⁴⁴, so stand die Dimension ihrer Logistik sowie deren Wandel bisher weniger im Fokus der Debatte. Eine Analyse der städtischen Gewaltformen im Zarenreich würde von einem solchen Zugang zweifellos erheblich profitieren. Denn manche der sich hier vollziehenden Transformationen hatten weitreichende Folgewirkungen für die allgemeine politische Kultur im russischen Imperium. So reagierten die politischen Autoritäten bereits in den 1880er Jahren auf die Herausforderung des Terrorismus mit erhöhten Sicherheitsmaßnahmen, die einen Wandel der Repräsentationskultur der Monarchie einleiteten. Vor allem aber der Aufstieg des Revolvers, der in den Städten des

mult des tobenden und gewaltbereiten Mobs findet sich in dem 1910 erschienenen Roman „Wirren“ von Henryk Sienkiewicz. *Henryk Sienkiewicz, Wirren* (Zürich 2005). Vgl. zu dem durch die Revolution ausgelösten Umdenken der polnischen Nationalisten auch *Rolf, The Kingdom of Poland in the Shadow of Revolution*.

⁴³ In diesem Sinne sei auf die anregenden Überlegungen von Jacques Sémelin zu einer „Grammatik“ von Gewalthandlungen verwiesen. Siehe *Sémelin, Grammatik des Massakers*; ebenso *ders., Säubern und Vernichten*.

⁴⁴ So zuletzt bei *Klaus Weinbauer, Jörg Requate, Terrorismus als Kommunikationsprozess. Eskalation und Deeskalation politischer Gewalt in Europa seit dem 19. Jahrhundert*, in: *Gewalt ohne Ausweg?*, hrsg. v. *Weinbauer, Requate*, 11–48.

Zarenreichs nach 1900 zur Waffe der Wahl sowohl für die politische wie auch nicht-politische Gewalt wurde, veränderte die Bedrohungswahrnehmung der Zeitgenossen fundamental. Die Möglichkeit des Schusses aus größerer Distanz führte nun schnell zu einem Rückzug von Staatsrepräsentanten aus dem öffentlichen Raum. Das traditionelle Herrschaftszeremoniell, zu dem die Inszenierungen eines direkten Kontaktes zwischen Mächtigen und Volk gehört hatte, wurde hier fundamental in Frage gestellt und wich aufgrund von Sicherheitsbedenken immer mehr intermediären Formen der Kommunikation. In Warschau glich der Kutschensritt des Generalgouverneurs seit 1905 der Rundfahrt einer mobilen Zitadelle. Die sich wandelnden Gewaltpraktiken im städtischen Raum hatten also unmittelbare Auswirkungen auf die Kultur politischer Repräsentation im Zarenreich⁴⁵.

Zugleich erscheint es vordringlich, auch mit Blick auf die städtischen Gewaltpraktiken zu diskutieren, inwieweit sich die These von einer höheren Gewaltintensität in staatsfernen Räumen aufrechterhalten lässt. Denn für die Jahre nach 1900 ist auffällig, wie sehr sich Gewaltakte im städtischen Raum gerade auf die Repräsentationssymbole der Herrschaft bezogen, war diese auch nur in Gestalt des Straßenpolizisten greifbar. Gewalt verdichtete sich an solchen Orten, an denen auch der Staat sichtbar und gegenwärtig war. Gerade deshalb waren es die Städte mit ihrer höheren Präsenz an Staatlichkeit, die zu Brennpunkten der revolutionären Gewalt von 1905 wurden⁴⁶.

Es führt hier kaum weiter, die städtischen Gewaltpraktiken im Zarenreich zu archaisieren und sie als einen reinen Transfer der gewaltbereiten Dorfkultur in den städtischen Raum zu präsentieren. Denn die Logiken und Logistiken vieler der zu beobachtenden Gewalthandlungen weisen ausgesprochen moderne und urbane Eigenschaften auf. Zweifellos wurden Gewaltkulturen aus den Dörfern in die Städte getragen und zugleich traditionelle Muster von städtischem Sozialprotest und Aufruhr fortgeschrieben. Immer noch war es die althergebrachte Überkreu-

⁴⁵ Der seit 1900 explodierende illegale Handel mit Feuerwaffen schlug sich schnell in den Dokumenten der staatlichen Autoritäten nieder. Vgl. zum Königreich Polen das Kompendium. AGAD, KGGW, sygn. 2212, kart. 1–116 [Korrespondenz zu gewaltsamen Zusammenstößen, 1904]. Zum Handel mit Feuerwaffen in Osteuropa um die Jahrhundertwende, vgl. allg. *Jonathan A. Grant*, *The Arms Trade in Eastern Europe, 1870–1914*, in: *Girding for Battle: The Arms Trade in a Global Perspective, 1815–1940*, hrsg. v. *Jonathan A. Grant*, *Donald J. Stocker* (Westport 2003) 25–42. Zur Beschreibung der öffentlichen Auftritte des Warschauer Generalgouverneurs Skalon siehe die Berichte des britischen Konsuls in *Lieven* (Hrsg.), *British Documents on Foreign Affairs, Russia*, Bd. 4, 364 (Doc. 222). Mit Blick auf die Auswirkungen von Gewalthandlungen auf die politischen Repräsentationsformen argumentieren ähnlich *Carola Dietze*, *Frithjof Benjamin Schenk*, *Traditionelle Herrscher in moderner Gefahr. Soldatisch-aristokratische Tugendhaftigkeit und das Konzept der Sicherheit im späten 19. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35/3 (2009) 368–401; *Frithjof Benjamin Schenk*, *Attacking the Empire's Achilles Heels: Railroads and Terrorism in Tsarist Russia*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 58/2 (2010) 232–253.

⁴⁶ Einen Einblick in die Dichte der Übergriffe auf Staatsrepräsentanten oder staatliche Machtsymbole geben die Akten des Warschauer Gouverneurs aus der vorrevolutionären Zeit. AGAD, KGGW, sygn. 2212, kart. 3, 4, 7, 37–37v und 89–89v [Dokumente des Warschauer Gouverneurs, April–August 1904].

zung von Menschenmenge, Festtag und städtischem Markt, der ein hohes Eskalationspotential innewohnte⁴⁷. Aber die modernen Aspekte städtischer Gewalt sind doch unübersehbar. Die leichte Verfügbarkeit eines billigen, da industriell produzierten Branntweins spielte beispielsweise eine entscheidende Rolle, die Omnipräsenz von Stich- und ab 1900 auch Schusswaffen bedurfte ebenfalls der Massenproduktion moderner Fabrikfertigung. Vor allem aber reflektierte sich die urbane Dimension dieser Gewalthandlungen in der Wahl der Tatorte. Denn es waren eben nicht zufällig jene Prestigeräume der modernen Metropole, die zu den Schauplätzen demonstrativer Gewaltanwendung aufstiegen. Das Attentat auf dem Prachtboulevard oder im mondänen Cafe der City hatte ein erhöhtes Symbolkapital für politische Terroristen. Und ein Hooliganübergriff auf die bessere Gesellschaft machte mehr Eindruck, wenn er sich in der elektrischen Straßenbahn – und damit einem der zentralen Repräsentationsmedien von Urbanität – ereignete. Gewaltakteure operierten innerhalb dieser Logiken der städtischen Moderne, nicht jenseits von ihnen⁴⁸.

Der moderne Zug von städtischer Gewalt zeigt sich zudem paradigmatisch im Umgang der medialen Öffentlichkeit mit diesem Skandalon. Nicht nur, dass sich Gewaltakteure sowohl politischer wie auch nicht-politischer Provenienz immer wieder der jungen Existenz einer modernen Massen- und Boulevardpresse bedienten, um ihren Handlungen größtmögliche Aufmerksamkeit zu verleihen. Zugleich trug der mediale Diskurs über das Problem städtischer Gewaltpräsenz ganz erheblich dazu bei, dass sich eine urbane Öffentlichkeit überhaupt formierte. Die Skandalisierung dieser „dunklen Seite der Moderne“ war ein zentrales Vehikel, durch das sich eine städtische Lesergemeinschaft in Abgrenzung vom barbarischen Anderen ihrer Wertehierarchien vergewisserte. Die allgegenwärtige Thematisierung von Gewalt diente immer zugleich zur Verständigung über die eigene

⁴⁷ Zur Gewaltintensität bei Menschaufmärschen, Alkoholkonsum und Festtagen im Königreich Polen vgl. z.B. die Dokumente AGAD, KGGW, sygn. 2212, kart. 1–116 [Korrespondenz zu gewaltsamen Zusammenstößen, 1904]; AGAD, KGGW, sygn. 6412, kart. 1–6 [Briefverkehr zu einer anonymen Beschwerde, Januar 1913]; AGAD, PomGGW, sygn. 1212, kart. 86–88v [Untersuchungen zur Ermordung des Fuhrmanns Icek Don, Schreiben des Leiters der Polizeiverwaltung des Warschauer Gouvernements an den Gehilfen des WGG, 27. Aug. 1910]. Auch die dörflichen Unruhen richteten sich nach 1900 immer mehr gegen die Staatsrepräsentanten und machten Rundreisen der Gouverneure immer mehr zu einer gefährlichen Angelegenheit. Vgl. *Richard G. Robbins*, *The Tsar's Viceroys: Russian Provincial Governors in the Last Years of the Empire* (Ithaca 1987) 200–233. Zur bäuerlichen Aufstand- und Gewaltkultur siehe grundsätzlich auch *Beyrau*, *Die Bauern in der Russischen Revolution 1905–1917* 585–593; *Cathy A. Frierson*, *All Russia is Burning! A Cultural History of Fire and Arson in Late Imperial Russia* (Seattle 2003); *Jan Kusber*, *Die Bauern und das Jahr 1905. Befunde und Interpretationen*, in: *Das Zarenreich, das Jahr 1905 und seine Wirkungen. Bestandsaufnahmen*, hrsg. v. *Jan Kusber, Andreas Frings* (Münster 2007) 83–103.

⁴⁸ Terroristische Attentate sind in ihren durch die städtische Moderne geprägten Logiken diskutiert bei *Anke Hilbrenner, Frithjof Benjamin Schenk*, *Introduction: Modern Times? Terrorism in Late Tsarist Russia*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 58/2 (2010) 161–171; *Hilbrenner*, *Bombenanschlag auf das Café Libman*; *Dietze, Schenk*, *Traditionelle Herrscher in moderner Gefahr*.

Urbanität. In diesem Schreiben, Lesen und Sprechen über die städtische Gewaltintensität definierte man sich in seiner metropoliten Existenz, die in besonderer Weise den Gefährdungen und Zumutungen der Großstadt ausgesetzt war. Die Boulevardpresse trug dabei erheblich dazu bei, dass diese Form der Selbstverortung als Städter zunehmend auch in städtische Unterschichten ausstrahlte⁴⁹.

Die breitere städtische Öffentlichkeit entwickelte zugleich ein Bild von Urbanität, in dem die „dunkle Seite“ der Metropole dazu gehörte. Denn diese gewaltgeprägten Grauzonen der Stadt waren immer auch der faszinierende Raum der Ambivalenz, des Abenteuers, des reizvollen Skandals, auf den man mit voyeuristischem Blick gebannt starrte. Nicht zuletzt konnte dieser mediale Fokus auf die städtischen Gewalt Räume und -akteure auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft europäischer Metropolen bestärken. Denn der Diskurs über die „Anarchie der Vorstadt“ und die damit verbundene Bedrohung der Stadtzentren wurde vor einem gesamteuropäischen Verweishorizont geführt, der Petersburg, Moskau oder Warschau in den Kontext der Großstädte des Kontinents situierte. Das Thema städtische Gewalt wurde im Zarenreich so in vielerlei Hinsicht zu einem prägenden Faktor für die metropoliten Selbstentwürfe nach der Jahrhundertwende. Gewalt spielte in den Städten des Zarenreichs eben nicht nur deshalb eine herausragende Rolle, weil hier extreme Gewaltmilieus an den Rändern der Städte bestanden, sondern weil die Gewalt zu einem zentralen Thema der boomenden urbanen Medien- und Kulturlandschaft aufstieg.

Gewalt war in den urbanen Zentren des Russischen Reichs also allgegenwärtig. Und dennoch ist abschließend zu unterstreichen, dass es sich bei diesen Städten nicht um Metropolen im Ausnahmezustand oder im Bürgerkrieg handelte. Bei aller Betonung städtischer Gewaltpraktiken sollte nicht aus dem Blick geraten, dass die zarische Staatsmacht in der Lage war, in weiten Teilen der Städte für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Sie zögerte dabei niemals, auch militärische Mittel zu deren „Befriedung“ einzusetzen. Die Implosion

⁴⁹ Diese Dimension eines öffentlichen Diskurses über städtische Gewalt ist ausführlicher diskutiert bei *Mark D. Steinberg*, *Modernity as Mask: Reality, Appearance, and Knowledge on the Petersburg Street*, in: *Races to Modernity. The East European Metropolis 1890–1940*, hrsg. v. *Jan C. Behrends*, *Martin Kohlrausch* (Budapest im Druck); vgl. auch *Lutz Häfner*, *Die Bombe als „Notwendigkeit“: Terrorismus und die Debatten der Staatsduma um die Legitimität politischer Gewalt*, in: *Jenseits der Zarenmacht: Dimensionen des Politischen im Russischen Reich 1800–1917*, hrsg. v. *Walter Sperling* (Frankfurt a. M. 2008) 433–461; *Sylvester*, *Odessa*, v. a. 3–15 und 28–47; *Nathaniel D. Wood*, *The Interurban Matrix: Local News and International Sensations in Cracow’s Popular Press, 1900–1915*, in: *The Contours of Legitimacy in Central Europe: New Approaches in Graduate Studies* European Studies Centre, St. Antony’s College (Oxford 2004); *Nathaniel D. Wood*, *Becoming Metropolitan. Urban Selfhood and the Making of Modern Cracow* (DeKalb 2010) v. a. 51–107 und 161–203. Zur entsprechenden Revolution der Massenpresse um die Jahrhundertwende und ihre Neuausrichtung auf Sensation und Skandal, vgl. u. a. *Caspar Ferenczi*, *Funktion und Bedeutung der Presse in Russland vor 1914*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 30/1 (1980) 362–398; *Louise McReynolds*, *The News under Russia’s Old Regime. The Development of a Mass-Circulation Press* (Princeton 1991), v. a. 11–72 und 123–144; *Theodore R. Weeks*, *Across the Revolutionary Divide. Russia and the USSR 1861–1945* (Oxford 2011), v. a. 218–219.

von Staatlichkeit und die Gewalterruption während der Revolution von 1905–06 waren dagegen ein singuläres und zeitlich begrenztes Ereignis. Gerade die Folgejahre bis zum Ersten Weltkrieg zeigen, dass sich die Massengewalt mit konsequenter staatlicher Gegengewalt auch wieder aus den Städten oder zumindest ihren Zentren drängen ließ. Erst die extremen Bedingungen eines jahrelangen Mobilisierungszustandes im auszehrenden Weltkrieg schufen 1917 erneut die Basis für eine Gewalteskalation auf den Straßen der Metropolen des Zarenreichs⁵⁰.

Nicht einmal eine längerfristige Akkulturationswirkung ist der städtischen Kultur im Russischen Reich abzusprechen. Wenngleich die dichotomische Grundstruktur der Metropolen und der hohe Grad ihrer sozial-ethnisch-räumlichen Fragmentierung erhalten blieb, so erreichten doch gerade auch mit dem Boom einer städtischen Unterhaltungskultur nach der Revolution von 1905 immer mehr Versatzstücke von Urbanität die Stadtrandgebiete. Ein solcher Akkulturationsprozess hat nicht zur größeren politischen Loyalität von deren Bewohnern und Meinungsmachern geführt, aber er bewirkte, dass das urbane Kulturprojekt europäischer Provenienz als Zielvorstellung und Wertehorizont auf breite Basis gestellt wurde. Auch die Bolschewiki knüpften nach ihrer Machtergreifung im Oktober 1917 an dieses Projekt an, ja sie erhoben es zur Vision der staatsverordneten Kulturrevolution. Europäische Urbanität blieb trotz aller kollektivistischen Experimente Bestandteil ihrer Zivilisierungsmission.

Insofern markierten weder die Städte des Zarenreichs noch des sowjetischen Nachfolgers eine radikale Pfadabweichung von einer gesamteuropäischen urbanen Integrationsleistung. Eine europäische Normalität lässt sich letztlich auch mit Blick auf die Präsenz von Gewalt in den Metropolen des russischen Imperiums konstatieren. Manche von ihnen mögen nicht nur wegen ihrer Tuberkuloseerkrankungen, Choleraepidemien oder Kindersterblichkeit zu den „tödlichsten Städten“ Europas gezählt haben. Sie hatten das Anrecht auf eine solche Titulatur möglicherweise auch angesichts des hohen Grades ihrer Gewalttätigkeit. Das galt sicherlich für jene Industriedörfer, die rasant zu Großstädten aufgestiegen waren, ohne Formen von städtischem Gemeinschaftswesen herauszubilden. Aber es ist doch festzuhalten, dass diese zu Städten angewachsenen Industriesiedlungen weder in Bezug auf die Einwohnerzahlen noch mit Blick auf ihren Modellcharakter die eigentlich „typischen“ Städte des russischen Imperiums darstellten. Den reichsinneren Referenzhorizont einer Imagination des Städtischen dominierten weiterhin solche Metropolen wie Petersburg, Riga oder Warschau und damit urbane Zentren, die sich in der einen oder anderen Form als „Paris des Ostens“ verstanden und die sich damit in einen gesamteuropäischen Rahmen einordneten. Das normative Modell der Stadt fokussierte auch in Russland auf einen imaginierten europäischen Maßstab, die urbanen Eliten verstanden sich als Teil der europäi-

⁵⁰ Vor allem St. Petersburg verdankte der Häufigkeit von Tuberkulose, den wiederkehrenden Choleraepidemien und der extrem hohen Kindersterblichkeit den Ruf, „Hauptstadt des Todes“ zu sein. Zum Tod in St. Petersburg vgl. u. a. *Sergej Glezerov*, *Peterburg serebrjanogo veka. Byt i nrayv* (Moskau 2007) 136–143.

schen Städtegemeinschaft, und die Experten städtischer Administration und Modernisierung orientierten sich am europäischen Referenzhorizont. Die Städte des Zarenreichs waren diesbezüglich Teil des Kosmos europäischer Metropolen.

Und dies hatte nachhaltige Folgen für den Umgang mit den städtischen Gewalträumen der Unterschichtsquartiere. Auch die Perzeption dieser gewaltintensiven Stadtrandgebiete glich sich im russischen Reich immer stärker einem europäischen Diskurs an. Denn seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert setzten sich in den Stadtverwaltungen im Zarenreich allmählich Positionen eines „Munizipal-sozialismus“ und ein Verantwortungsbewusstsein durch, das noch die industriellen Vororte umfasste. Auch in Russland sahen sowohl die Vertreter der kommunalen Behörden wie der Öffentlichkeit diese Problemzonen grundsätzlich als Bestandteil des Körpers Stadt an. Eine Bereitschaft, diese Räume „aufzugeben“ und die städtische Peripherie sich gänzlich selber zu überlassen, war keinesfalls vorhanden. Es mochten die Mittel begrenzt sein, Assanierungsprojekte in den Randzonen der Stadt voranzutreiben, aber es bestand doch kein Zweifel an der eigenen Zuständigkeit für diese Grenz- und Problemgebiete. Nach der Jahrhundertwende erreichten die technischen Innovationen der Stadtmodernisierung dann schrittweise und partiell auch die Peripherien⁵¹. Paradoxe Weise haben manche dieser Neuerungen zur Erosion jenes unsichtbaren *cordon sanitaire* geführt, das vormals die Stadtzentren von den Elendsquartieren isolierte. Denn hier wurden die Distanzen zwischen Peripherie und Zentrum oftmals erheblich abgebaut⁵². Diese Maßnahmen trugen aber zugleich dazu bei, dass die Metropole als städtisches Gesamtgefüge auf der kognitiven Landkarte der Zeitgenossen erhalten blieb⁵³. Zu diesem Bild von Stadt gehörten die Randgebiete ebenso hinzu wie deren zahlreiche Problemlagen und deren Gewaltintensität. Die städtischen Gewaltakteure und Gewalträume waren damit im ausgehenden Zarenreich ein fester Bestandteil der Normalität metropoliten Lebens.

⁵¹ Zu einer ausführlichen Diskussion der kognitiven Stadtkarte zarischer Verwaltungsbeamter in Warschau siehe Rolf, *Imperiale Herrschaft im städtischen Raum*. Zum „Munizipal-sozialismus“ vgl. ebenso Anna Veronika Wendland, „Europa“ zivilisiert den „Osten“: Stadt-hygienische Interventionen, Wohnen und Konsum in Wilna und Lemberg 1900–1930, in: *Wohnen in der Großstadt 1900–1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, hrsg. v. Alena Janatková, Hanna Kozińska-Witt (Stuttgart 2006) 271–296, v. a. 275–287; Martin Schulze Wessel, *Franziska Davies*, München und Moskau im 19. Jahrhundert, in: *Städte im Aufbruch. München und Moskau 1812–1914*, hrsg. v. Gerhard Hetzer, Bertold Flierl, Manfred Pete (München 2009) 5–23; Clemens Zimmermann, *Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung* (Frankfurt a.M. 1996) 31.

⁵² Lenins spätere Straßenbahnfahrt zur Schaltzentrale der bolschewistischen Machtergreifung während der Oktoberrevolution 1917 hat damit durchaus Symbolcharakter.

⁵³ Damit wurde auch im Russland der Jahrhundertwende eine der zentralen Grundannahmen der europäischen Stadt geteilt. Vgl. Walter Siebel, Einleitung: *Die europäische Stadt*, in: *Die europäische Stadt*, hrsg. v. Walter Siebel (Frankfurt a.M. 2004) 11–50.

Summary

The article discusses the issue of public violence in the cities of late Imperial Russia in a comparative and structural perspective. It aims at identifying some of the basic patterns of violence, their transformation in fin-de-siècle-Russia, and their spatial structure in the metropolitan centres of the Romanov Empire. The contribution begins with a chronology of the rapid growth of urban violence in late 19th century, arguing that the revolution of 1905 marked a watershed in this development. As a second aspect the article analyses the urban topography of violence and discusses the spatial segregation of towns with unregulated and un-policed danger-zones on their fringes. By this, it sheds light on how the basic spatial structure of a dual city shaped patterns of urban violence in late Imperial Russia. Thirdly, the contribution presents the most relevant agents and experts of public violence. While distinguishing political from non-political violence, it argues that this division blurred during the revolution of 1905. The article also highlights how strongly state institutions and their representatives contributed to the intensification of violence in Russian towns. In conclusion, the article portrays the changing nature of violent practices and the logic and logistic behind them. It proposes an interpretation of violent behaviour and riots that reflects their modern urban features. Violence in the cities related to the metropolitan setting in which it took place, and was intertwined with the modernity of urban daily life. This also becomes highly visible in the urban discourse on violence that constituted a central issue of the agenda of a metropolitan public sphere in the early 20th century. Finally, the modern dimension of urban violence in the Romanov Empire points to the European “normalcy” of Russian cities at the turn of the century.

Pierre Purseigle

Between Participation and Victimization

World War I Urban Mobilization in Comparative Perspective

The ‘totalizing logic’¹ of the Great War had for consequence to blur the boundaries between combatants and non-combatants, between ‘soldier and civilian’². Pitting mass armies supported by industrialized economies, the conduct of the war first demanded the commitment of the nation’s material and technical resources to the conflict. The meaning of wartime mobilization thus shifted from its original military definition to encompass the contribution of civil society, whose human, financial, and cultural resources were also expected to directly support the armed forces in the field. At the same time, the new technologies of warfare allowed armies to overcome the physical limitations that had hitherto delineated a clear demarcation between the front and the rear. The development of modern artillery, of submarine warfare and aerial bombardments, like the experience of occupation, thus challenged the cultural and legal barriers which had aimed to protect civilians from the direct impact of military offensives. In the English language, the emergence of the notion of “home front”, first recorded by the *Oxford English Dictionary* in 1917, merely illustrated the acceleration of an ongoing process that the Second World War was to radicalize. The Wars of German Unification and the Franco-Prussian war in particular had indeed seen the word *Heimatfront* gain wide currency in the newly unified Germany³. In WWI Italy, *fronte interno* became a term of choice in interventionist and nationalist circles. In this context, as A. Gibelli points out, the notion conjured up the existence of an internal enemy whose activities should be met as resolutely as those of the enemy at the

¹ John Horne (ed.), *State, Society, and Mobilization in Europe during the First World War* (Cambridge 1997) 3.

² Roger Chickering, Stig Förster (eds.), *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918* (Cambridge, New York 2000) 8; Jean-Jacques Becker, *Retour sur la comparaison et réflexion sur les héritages*, in: *Retour sur la comparaison et réflexion sur les héritages, La violence de guerre, 1914–1945* (Bruxelles 2002) 336–337.

³ Alexander Seyferth, *Die Heimatfront 1870/71. Wirtschaft und Gesellschaft im deutsch-französischen Krieg* (Paderborn 2007). I should like to thank my colleague Dr. Nicholas Martin for his comments on this point and for bringing this reference to my attention.

front⁴. The outbreak of the war in August 1914 therefore heralded a critical redefinition of the role of civilians in war, as the conflict challenged conventional understanding of the relationship between the business of war and the organization of modern civil society. The experience of cities and towns across combatant nations testify to this transformation and to the subsequent emergence of contemporary belligerence.

The mobilization and victimization of the home fronts also appear as the two pillars of what John R. Gillis and others described as a process of “militarization”⁵; a process whereby the evolution in the nature of warfare conducted to the emergence of characteristic warring societies, to which the notion of home front referred most appositely. From 1914 onwards, ‘total war’ brought about the dismantling of the civilian sphere, subverted by war violence, which inexorably pervaded societies and led to the dissolution of the civil-military divide⁶. The notion of militarization indicates a profound change in the nature of the belligerent societies. It belies, however, the significance of the role played by civil society itself in this process, for neither militarization nor victimization encapsulates the complexity of the civilian contribution and participation to the war effort. The violence of the battlefield and the experience and fear of the invasion did of course loom large on the horizon of urban populations in 1914–1918. Yet this chapter will suggest that it underpinned, rather than undermined, the discourses and practices of solidarities which lay at the core of the mobilization of the home fronts.

A comparative study of two medium-sized towns – Béziers in France, and Northampton in England – will allow us to explore the dynamics of urban mobilization in wartime thanks to a critical shift in the scale of analysis. In going both beyond and below the nations, my objective is to suggest some of the ways in which we may consider the dialectical and ambivalent articulation of violence and solidarity, of participation and victimization. This proposed break with the national framework of analysis is certainly not meant to underplay the importance of the nation-state for the urban populations of Britain and France. It is nonetheless intended to supplement a historiography which has so far largely neglected to combine local and comparative analysis.

This approach first allows to explore the interplay between local identities and the cultural dynamics of wartime national mobilization. This question emerged out of a reflection on the experience of Béziers, where the strong local identity had traditionally been seen as a challenge to the centralization process and to the national state. In June 1907, the mutiny of the 17th Infantry Regiment in protest against the suppression of the local winegrowers’ revolt had illustrated in a spec-

⁴ *Antonio Gibelli*, *La Grande Guerra degli italiani* (Milano 1998) 174. I am grateful to Sean Brady (Trinity College, Dublin) for bringing this passage to my attention.

⁵ *John R. Gillis*, *The Militarization of the Western World* (New Brunswick, N.J., London 1989).

⁶ *Michael Geyer*, *Gewalt und Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert – Der Erste Weltkrieg*, in: *Rolf Spilker, Bernd Ubrich* (eds.), *Der Tod als Maschinist: der industrialisierte Krieg, 1914–1918* (Bramsche 1998) 241–257.

tacular fashion the allegedly unreliable nature of the southern regions, whose local identity was deemed to threaten the integrity of the French Nation-State. The challenge these soldiers so dramatically issued to the military authorities underlines the problematic nature of the articulation between local and national identities in France at the turn of the twentieth century. Yet, when the First World War broke out in August 1914, Béziers responded unreservedly to the call to arms. In this particular urban context, the indisputable success of national mobilization questions conventional interpretations of the process of nationalization. It also prompted a comparative study of urban and national mobilizations in Britain, France's main ally in 1914. Comparing the experience of Béziers with that of an English town, Northampton, broadens and deepens the scope of the analysis.

Historians of Britain have legitimately been concerned with Britishness and the cultural articulation of the four nations. They have, as a consequence, sometimes neglected local identities and seemed to assume that locality had lost its relevance by 1914 thanks to the social and economic modernization Britain had experienced. As a result, the 'local' has only been explored in a tiny minority of accounts of Britain during the war. Of course, nineteenth-century scholars have not overlooked the continuing significance of local identities in France and Britain. They notably demonstrated how the nineteenth-century municipal experiments had prompted a reformulation of 'civic prides' and local identities⁷. Recent works on late-nineteenth-century France and Germany in particular have also pointed up the role of local elites in fostering a sense of belonging, steeped in a past that local history, civic rituals, and commemorations unearthed and extolled⁸. It is also difficult to argue, as Keith Robbins rightly did 25 years ago, that 'the territorial dimension in modern British history' has been excluded 'from serious consideration'⁹. Cultural practices, reforms of local governance and the emergence of local public services all attested to the continuing relevance of the local¹⁰.

⁷ *Joyce M. Ellis*, "For the honour of the town": comparison, competition and civic identity in eighteenth-century England, in: *Urban History* 30 (2003) 325–337; *Eleanor Allen*, *Civic pride* (London 1979); *Andrew J. Richardson*, *Civic pride: The major public buildings of England and Wales* (Liverpool 1988); *Asa Briggs*, *Victorian Cities* (London 1983).

⁸ *Celia Applegate*, *A nation of provincials: the German idea of Heimat* (Berkeley, Oxford 1990); *Dieter K. Buse*, *Urban and National Identity: Bremen, 1860–1920*, in: *Journal of Social History* 26 (1993) 521–537; *Alon Confino*, *The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany and National Memory, 1871–1918* (Chapel Hill, London 1997); *Stéphane Gerson*, *The Pride of Place. Local Memories and Political Culture in Nineteenth-Century France* (Ithaca, London 2003); *Stéphane Gerson*, *Une France Locale: The Local Past in Recent French Scholarship*, in: *French Historical Studies* 26 (2003) 539–559.

⁹ *Keith Robbins*, *Core and Periphery in Modern British History* (Raleigh Lecture on History, Proceedings of the British Academy, London 1984) 276.

¹⁰ *José Harris*, *Private lives, public spirit: Britain 1870–1914* (London 1994) 17–19; *David Cannadine*, *The transformation of civic ritual in Modern Britain: the Colchester Oyster feast*, in: *Past and Present* 94 (1982) 107–130; *Mike Savage*, *Political alignments in modern Britain: do localities matter?*, in: *Political Geography Quarterly* 6 (1987) 53–76; *Jon Lawrence*, *Speaking for the people: party, language, and popular politics in England, 1867–1914* (Cambridge 1998).

Historians of the First World War have long assumed that the process of nationalization of the British and French polities had reached its apex in August 1914. In recent years, however, a string of works on France and Germany in particular have demonstrated that nation-making and centralization had not systematically entailed the gradual withering of local identities and senses of belonging¹¹. Historians have demonstrated that the outbreak of war in 1914 did not lead to an eruption of nationalist enthusiasm¹². The conflict was nonetheless to be a protracted trial of the nations as it challenged the very fabric of the belligerent societies. To analyse the modalities of urban mobilization, I have looked into a range of practices elicited by the war effort: the raising and support of local military units, the assistance to war victims, various charitable initiatives, and the commemoration of military and patriotic service. Wartime mobilization ran across and along the boundaries of multiple social and cultural spheres. It revealed the plurality of urban identities and the complex set of concomitant senses of belonging that affected and hallmarked the commitment to the national war effort. Furthermore, this renewed attention to political cultures and to the political mobilization of local identities invites us to reconsider the operations of the State at the local level and its interactions with communal forms of organization. In particular, the specificities of the British State and its relationship with civil society led me to question the usual assumptions about the contours of the State in WWI France, and more generally about the Third Republic's political system and its universalist political culture. Indeed, the pluralist nature of the British political and administrative system encouraged me to break with the traditional monist approach to the French state that has so far underestimated the importance of civil society in the process of social mobilization. For all the wartime growth of the state apparatus, this comparison helps to prove that, as far as the relationship between state and civil society is concerned, the war was not a zero-sum game. This chapter suggests that a reflection on the deployment of violence and coercion in an urban context must be placed alongside an examination of the manifestations and practices of solidarity. It is thus hoped to reveal some of the fundamental dynamics of wartime social mobilization.

This joint emphasis on solidarity and coercion must also stress the importance of contention in the urban experience of the war; for social movements and conflicts did not merely demonstrate the frailty of the consensus stipulated by the prescriptions of nationalism. In fact, urban contention constituted a critical mediation of the war experience, whereby national and infra-national identities were

¹¹ *Jean-François Chanet*, *L'école républicaine et les petites patries* (Paris 1996); *Anne-Marie Thiéssé*, *Ils apprenaient la France. L'exaltation des régions dans le discours patriotique* (Paris 1997); *Applegate*, *A nation of provincials: the German idea of Heimat*; *Confino*, *The Nation as a Local Metaphor. Württemberg, Imperial Germany and National Memory, 1871–1918*.

¹² *Jean-Jacques Becker*, *1914: Comment les français sont entrés dans la guerre* (Paris 1977); *Jeffrey Verhey*, *The Spirit of 1914: Militarism, Myth, and Mobilization in Germany* (Cambridge 2000); *Adrian Gregory*, *The Last Great War: British Society and the First World War* (Cambridge 2008).

asserted, mobilized, and played out on the urban stage. Urban civil societies thus ensured, to a large extent, the success of national mobilization in WWI Britain and France. It is also perhaps at that level that the contingent, ongoing, and contested nature of these mobilizations appears most clearly¹³.

The “Meridional Question”: urban identities and national mobilizations in wartime

Unsurprisingly perhaps, the origin of my comparative study of urban mobilization lies at home. My initial interest in the local dimensions of national mobilization arose in Béziers, my hometown, at the heart of what used to be known as the *Midi Rouge* – the red south – a region where the strong local identity had traditionally been seen as a challenge to the centralization process and to the national state. Yet, when the First World War broke out in August 1914, Béziers responded unreservedly to the call to arms. In towns and cities across the belligerent nations, the local elites reflected and shaped the social responses to the conflict. The wartime discourses and iconography produced by civic authorities, newspapers and voluntary organizations show how local elites used the main symbols of local identity to stress that victory would belong to the urban community as well as to the nation. The wartime systems of representations thus rested on a process of acculturation, on the appropriation of the national narratives through local cultural codes.

In Northampton and Béziers, the vision of the war offered to the local community fell into line with the national mobilization whose ‘totalizing logic’ enlisted the cultural, moral, and ideological commitment of each nation to fight an uncivilized enemy to its capitulation. Defeat was not merely construed in military and strategic terms but was synonymous with the end of one’s culture, identity, and way of life. The dominant discourses on the war therefore presented the conflict as a defensive one imposed on France and Britain by German aggression¹⁴. Beyond the conservative and nationalist groups of both towns, Béziers radicals and Northampton liberals concurred with the majority of local socialists in presenting the Entente as the last bulwark against the German autocracy and militarism that was threatening Democracy. In other words, besides the denunciation of a barbaric enemy and the evocation of the German ‘atrocities’, the ideological vindication of the conflict echoed the dominant political cultures and such propinquity certainly strengthened its purchase among populations of both towns.

The local dimensions of the martial involvement of the population first appeared in the representation of the threat posed to the local identities. Since the

¹³ *Pierre Purseigle*, *Mobilisation, sacrifice, et citoyenneté. Angleterre – France, 1914–1918* (Paris 2013).

¹⁴ *Stéphane Audoin-Rouzeau, Annette Becker*, *Retrouver la guerre* (Paris 2000) 14–18.

war was ultimately waged to preserve everyday values, the local elite immediately resorted to some specific figures to underline the mobilization of local communities. In reference to the billeting of the Welsh Territorial Division, Northampton's daily newspapers thus depicted a cobbler whose handshake with a soldier symbolized the effort that the town was contributing in service of those who would be defending it on the front-line¹⁵. Local cultural codes were also used in the debasement of the enemy and underpinned the local vision of an intrinsically inferior German. The bad shoes of the Hun logically came to represent, in contrast to the great quality of the locally-made boots, the inherent weakness of the Central Powers¹⁶. In Béziers, like in Northampton, the organizers of charity days turned to the main symbols of local identity, namely vine and wine, to stress that Victory would belong to the local community as well as to the Nation. In a somewhat traditional depiction of the rapacious and barbaric 'Boche', the enemy is defeated by Bacchus and a jolly 'Poilu' both sitting astride a wine barrel¹⁷. Here the opposition is made blatant between the wine-drinking southern Frenchman and the beer-drinking, grape-treading German, whom Bacchus nicknames 'phylloxera' after the infestation which had done so much damage to local vines. The utilization of specific local schemas of representation ensured a perfect understanding and reception of wartime propaganda.

Similar mechanisms were thus at work on both sides of the Channel. The success of the patriotic days that explicitly pandered to civic pride underlined the potency of local identities in the process of mobilization. During the war, local communities established an order of priorities that stressed, for instance, the necessity of propping up the local economy and of supporting the towns' traders at the expense of their national or regional rivals. A more significant example was the organization of assistance to war victims, which was not only organized at the local level but was also primarily directed at the members of the local communities. A single principle presided over the war victims' relief, which the Northampton *Independent* summed up in a blunt way: 'Our own prisoners first.'¹⁸ But these discriminatory processes were not a crude expression of local selfishness that, after all, might have been vindicated by the scarcity of available resources. The success of the wartime mobilization rested on a set of discriminatory processes that structured the local commitment to national defence. Local solidarities and identities ultimately reinforced national resilience. When, in February 1918, the Northampton elite weighed in with the organization of a 'Tank Week' dedicated to war loans, the chairman of the organizing committee spelled out the call to civic

¹⁵ Daily Echo, 29 August 1914; Mercury, 4 September 1914.

¹⁶ Northampton Independent 12 & 19 December 1914, 25 March 1916. After the conflict, a history of wartime Northampton made extensive use of this image. See *W. H. Holloway, Northamptonshire and the Great War* (Northampton 1920) 216–219.

¹⁷ ADH 2 R 783: Journée de l'Hérault (15 October 1916) au profit exclusif des œuvres de guerre du département, organisée par le préfet et les municipalités.

¹⁸ Northampton Independent, 20 July 1918.

pride, and conjured up a national competition with the other towns holding a 'Tank Week' at the same time¹⁹.

In the French case, however, two specificities ought to be brought to light. First, the central and indeed instrumental role played in this mobilization of local identities and solidarities by the Prefect, the local representative of the Government, deemed to embody the presence of the Universalist Republic in every department. Organizer of the departmental main charity day, the Prefect assumed control of all aspects of the events and ensured that the local symbols and emblems figured prominently on the promotional material. Across the country, Prefects could also rely on what appears to be a cottage industry, churning out material and artefacts which explicitly resorted to local cultural codes.

This process of appropriation first accounts for the diversity of the war cultures that sustained the mobilization of the home fronts. More significantly perhaps, while it shored the language of mobilization of its loftier elements, it did not undermine the potency of the war cultures. Indeed, the defence of the nation was commonly articulated in communitarian terms and framed in the language of urban, class, or religious solidarities²⁰. Notwithstanding the rhetoric of professional patriotic orators, this war of national defence was soon construed as a personal battle for the safety of one's family and home. The very conventional nature and mundanity of national sentiment account for its resilience in the face of industrial warfare.

The military experience of the locality

Enrolled in mass armies, the combatants of the First World War remained, first and foremost, civilians in uniform. As a result, the solidarity between front and home front remained a problematic issue throughout the conflict. Deemed critical to the cohesion of belligerent societies by political and military leaders alike, it remains central to our current historiographical discussions²¹. In Britain as well as in France, local identity enabled soldiers and civilians to mediate their experience, to conjure up solidarity. Here however, the comparison must take account of the critical difference between the systems of military recruitment in operation in

¹⁹ Northampton Independent, 16, 23 February and 9 March 1918.

²⁰ *Pierre Purseigle*, *Beyond and below the nations. Towards a comparative history of local communities at war*, in: *Jenny Macleod, Pierre Purseigle (eds.), Uncovered Fields. Perspectives in First World War studies* (Boston, Leiden 2004) 95–123; *Stefan Goebel*, *Forging the industrial home front in Germany: iron-nail memorials in the Ruhr*, in: *Macleod, Purseigle (eds.), Uncovered Fields* 159–178; *Roger Chickering*, *The Great War and Urban Life in Germany: Freiburg, 1914–1918* (Cambridge 2007); *Purseigle*, *Mobilisation, sacrifice, et citoyen-neté. Angleterre – France, 1914–1918*.

²¹ *Benjamin Ziemann*, *War experiences in rural Germany, 1914–1923* (Oxford, New York 2007) English ed.

France and Britain, as they determined the forms of the local mediations of the wartime national experience.

In Britain, the regimental system had been established in 1881 as a system of localized recruiting. The explicit objective of this reform was to strengthen the link between the army and civilian society, to extol a common identity and combine civic and martial pride²². In Northampton, the 'Pals Battalions' raised along the lines of pre-existing sociabilities – professional in particular – enabled the local community to bring itself, albeit vicariously, to the front line. In this process of local appropriation of the war experience, the 'Cobblers' of the 7th Northants constituted the medium of choice²³. Indeed, shoemaking offered a well-established semantic field for the local press to plough. In search of a metaphor to extol the resilience of those Northampton lads imprisoned in POW camps, the *Northampton Independent* prisoners of war proudly announced they were 'sticking to the last'²⁴.

In France, conscription was part and parcel of the national Revolutionary heritage, the modern manifestation of the *levée en masse*, the republican concept of the nation in arms. Though the 1907 mutiny had illustrated the distance between the local populations and the military institution, it did not follow that the Meridional towns had renounced patriotism. As a matter of fact, when the war came in August 1914, the recruitment centre of Béziers registered half as many draft dodgers as the country as a whole (0.89% against 1.5%)²⁵. Yet, the image and reputation of the Meridional soldiers proved extremely resilient throughout the war and also explain the virulence of the so-called '15th Army Corp polemic'.

This polemic broke out in the autumn of 1914 when, after a series of defeats, southern regiments fighting within the 15th and 16th Army Corps were accused of having fallen back under the enemy's fire. In many instances, national newspapers invoked the 'indolence' of the southerners held responsible for this retreat. This polemic reactivated traditional stereotypes and the opposition between the South (Midi) and the North that were translated through publications and private correspondence alike. Problematic as a result, the local appropriation of the war experience had been made even more difficult by the relocation after the 1907 mutiny of the 17th Infantry Regiment; a unit with which the town had had a long-established relationship. This makes all the more remarkable the efforts made by the local elites and by the town council in particular to strengthen the links with the 96th Infantry Regiment which had succeeded the 17th. These efforts culminated in 1917

²² *Peter Simkins*, *Kitchener's army: the raising of the new armies, 1914–16* (Manchester 1988); *Peter Simkins*, *The Four Armies, 1914–1918*, in: *David Chandler, Ian F. W. Beckett* (eds.), *The Oxford Illustrated History of the British Army* (Oxford 1994) 241–262; *David French*, *Military Identities. The Regimental System, the British Army, and the British People, c. 1870–2000* (Oxford 2005).

²³ *Northampton Independent*, 6 February 1915.

²⁴ *Northampton Independent*, 20 April 1918.

²⁵ *Jules Maurin*, *Armée-Guerre-Société: soldats languedociens (1889–1919)* (Paris 1982) 379.

when the Town Council officially proclaimed that the 96th had obtained its ‘droit de cité’, a revealing turn of phrase denoting both acceptance and citizenship²⁶.

The local appropriation of the national idea in wartime France and Britain therefore followed a similar logic in both countries. One may surmise, however, that the language of civic pride had greater purchase in England than in France where the ‘social relations of sacrifice’²⁷ were also articulated in terms of a ‘blood tax’, inseparable from the revolutionary notion of ‘levée en masse’²⁸.

The ethics of urban mobilization

The cultures of war in 1914–18 were grounded in the moral superiority that each camp claimed to embody. Yet, the ethics of mobilization also ran deeper and helped define and regulate behaviours and social relations within the belligerent societies. Here again, the cultural dynamic of mobilization stemmed from the transformations of warfare, for the totalizing logic of the conflicts led to the emergence of specific norms of wartime social life. The mobilization of the home fronts thus prompted the emergence of new divisions, new categories within the belligerent citizenry whose respective positions were evoked in terms of duty and defined by the wartime “social relations of sacrifice”. Accordingly, the front-line soldier stood out as the main character and role model of a wartime narrative that designed the ideal civilian comportment as the daily life translation of duty, sacrifice and solidarity. The demands of industrial warfare were such that the material comfort of the home front populations was not merely compromised as a gesture of solidarity with the soldiers at the front; it was expected to become a casualty of the war. The material deprivations soon added to the military losses to foster a growing sense of victimization on the home fronts. The dialectical articulation of victimization and participation thus structured the perception and behaviour patterns which ultimately determined the level and form of social mobilization, as attested for instance by the reception of refugees²⁹. More generally, as the war dragged on, a series of distinct ‘characters’, dominated by the towering figure of the soldier in arms came to embody the ethics of mobilization, creating a “language of social morality (what is felt to be ‘fair’ or ‘unjust’, acceptable or unacceptable)” which regulated “relations between social actors”³⁰. The munitions worker, the nurse, the shirker, to name but a few, thus presented distinctive figures

²⁶ A.M.B. ID 104, extraordinary meeting, 26 October 1917.

²⁷ *Jay M. Winter, Jean-Louis Robert*, *Capital cities at war: Paris, London, Berlin, 1914–1919* (Cambridge 1997) vol. 1, 10.

²⁸ *John Horne*, “L’impôt du sang”. Republican rhetoric and industrial warfare in France, 1914–1918, in: *Social History* 14 (1989) 201–223.

²⁹ *Pierre Purseigle*, “A wave onto our shores”. Exile and resettlement of Western Front refugees, 1914–1918, in: *Contemporary European History* 16 (2007) 427–444.

³⁰ *John Horne*, *Social identity in war: France, 1914–1918*, in: *T. G. Fraser et al. (eds.), Men, women and war* (Dublin 1993) 119–135.

of mobilization, however positive or negative, that corresponded to specific levels of participation in the war effort. Across belligerent societies one figure, that of “profiteer”, became the paradigmatic embodiment of this language³¹. Suspicions were first likely to be attached to those who had been spared from military. Even in countries where conscription was in place, age and physical fitness were not always enough to avoid bitter recriminations, particularly as women’s contribution to the wartime economy and society challenged conventional gendered definition of patriotic service³². Beside military service, the issue of fair access to foodstuff and other material resources lay at the core of accusations of profiteering.

Wartime politics

This exploration of the dynamics of wartime mobilization, thus far centred on the wartime logic and practices of solidarity, also suggest how such a comparative urban history may further our understanding of wartime politics. Urban politics in 1914–18 is quite an elusive object since the disruptions brought about by the war substantially modified the urban polity. The suspension of the electoral process as well as the curtailment of the public sphere by censorship, propaganda or material hardships, were obvious demonstrations of wartime changes. Likewise, the conscription and recruitment of political activists had strong implications for local political life.

The study of urban civil society in England and France demonstrates the necessity to reevaluate the role of contention and social conflicts. It constitutes an invitation to take issue with what one may call “the consensual view” of wartime mobilization; the surprisingly prevalent idea that wartime mobilization stemmed from the “Union Sacrée”, the “party truce”, or from a rather improbable national consensus. As a result, social conflicts are exclusively understood as a crisis; a sure sign that the mobilization was gradually unravelling in the face of the demands of industrial warfare. However, social mobilization was a more dynamic process in which social conflicts performed a critical function.

Contrary to traditional interpretations, the wartime growth of the state’s apparatus and intervention did not strip the local civil societies of their mediating role. Indeed, a closer look at local associations discloses the extent to which the war altered the social location of power and therefore shifted political conflicts into the realm of voluntary organizations. The organizations of the urban civil society were contentious spaces that partially made up for the wartime curtailment of the public sphere³³. For instance, the increased collaboration of the labour movement

³¹ *Jean-Louis Robert*, The image of the profiteer, in: *Jay M. Winter, Jean-Louis Robert* (eds.), *Capital Cities at War*. London, Paris, Berlin, 1914–1919 (Cambridge 1997) 104–132.

³² *Janet S. K. Watson*, *Fighting different wars: experience, memory, and the First World War in Britain* (Cambridge 2004).

³³ *Pierre Purseigle*, *Les associations locales face à la Grande Guerre: Société civile et Etat de*

with the local authorities and its association with the main phases of the war effort lent a new legitimacy to a local institution which had, up to the war, been carefully shackled. The nomination as Justice of Peace in December 1916 of the secretary of the Northampton Trades' Council was indeed celebrated and acclaimed by the labour movement as recognition of the increased socialist presence in the local polity.

Social conflicts raise numerous questions because they translated the new kinds of political problems entailed by the war. The social relations of sacrifice took on political dimensions because the issues of recruiting and conscription, of the organization of labour, of the supply and shortages of food or coal undermined the legitimacy of authority on national and local levels alike. This was indeed the case in both societies for the 1916 dear food campaign in Northampton³⁴, and the 1917–18 strikes in Béziers³⁵ issued *mutatis mutandis* comparable political challenges. Across the battle front, the urban history of Germany has similarly highlighted the critical nature of such conflicts over the access and distribution of essential resources³⁶. Part and parcel of the process of mobilization, these conflicts enabled belligerent societies, by way of strikes and protest, to articulate the conditions of their commitment to the war effort. A continuing process of negotiation and bargaining thus manufactured popular consent to a war effort elaborated as much through struggles and conflicts as through outspoken support³⁷.

The comparison of urban mobilization thus enriches our understanding of wartime politics. It also invites to look afresh at the impact of the wartime mobilization on conventional conceptions of citizenship and of the State. Modern British political thought has established the philosophical basis of autonomous institutions and of communitarian and local political structures or institutions. French Republicanism, on the other hand, was built upon individual – as opposed to communitarian – autonomy and on the primacy of the Nation–State. In other words, this form of universalist Republicanism leaves little conceptual room – if any at all – for intermediary bodies and communities to play a mediating role between the individual citizen and the Nation–State. As a result the “articulation of political universalism and the diversity of opinions and identities”, or as Cécile Laborde put it, “how to represent the social in the Republic” raises particular historical

guerre. Etude comparée Angleterre – France, in: *Marc Frangi, Bruno Benoit* (eds.), *Guerres et associations* (Lyon 2003) 87–104.

³⁴ NRO, Northampton Trades Council NTC 4–5.

³⁵ ADH, 10 M 244–245.

³⁶ *Chickering*, *The Great War and Urban Life in Germany: Freiburg, 1914–1918*, 554, 556; *Belinda Davis*, *Home fires burning: food, politics, and everyday life in World War I Berlin* (Chapel Hill, London 2000); *E. H. Tobin*, *War and the working class: the case of Düsseldorf 1914–1918*, in: *Central European History* 18 (1985) 257–298.

³⁷ *Charles Tilly*, *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1990* (Oxford, Cambridge, Mass. 1990) 102; *Charles Tilly* (ed.), *Citizenship, Identity, and Social History* (Cambridge 1996) 229.

challenges³⁸. Specifically, this framework of analysis, inherited from the Third Republic's language of politics, hampers historical investigations into the local dimensions of citizenship.

At this point, one must again insist on the profound and significant differences in the relationship between citizenship and military service³⁹. In France "universal" military service and conscription were seen as essential vehicles of modernization and nationalization; critical vectors of the political education of the masses. In Britain, as Frank Prochaska demonstrated, urban civil society was the prime site of elaboration of citizenship⁴⁰. While the experience of industrialized warfare challenged gender roles and gendered conceptions of citizenship in both countries, it certainly had a more dramatic impact in Britain⁴¹. In France no "Representation of the People Act" redefined citizenship as it did in Britain in 1918. Thanks to conscription, citizenship was less problematic in France than it was in Britain. There, post-war electoral reforms underlined the continuing challenge issued by both the working-classes and women, whose participation in the war effort had been instrumental to the Nation's victory.

The experience of the Citizen Corps, renamed Volunteer Training Corps in 1916, perfectly illustrates, in my view, the problematic reconfigurations of British citizenship that gender historians have illuminated. These units, initially raised to defend Britain in the event of an invasion have largely been overlooked by war historians for they were militarily insignificant; to the point of complete irrelevance. These units were largely made up of middle and upper-middle class men, too old, unable, or – before 1916 – unwilling to join the army. Interestingly, many of these men saw themselves as leaders of the urban community and as linchpins of its wartime mobilization. Those men had never doubted their civic virtue. Yet, the nature of the conflict and the type of social mobilization required to meet the demands of industrial warfare challenged this very certainty. As serving working-class men or women who had so far been deprived of full citizenship now embodied the commitment to national defence, these non-combatant middle-class males had to reassert their quality of citizen. The position of these stalwarts and mainstays of the Edwardian political system was unsettled. The war did not only put sexist stereotypes to the test; it also put into question these men's political pre-eminence. The history of these Volunteer Training Corps was therefore that of a quest for recognition of their wartime service; a wartime service which fell short of the standard they had contributed to define.

The functions of social regulation performed by urban elites in wartime enable the historian to investigate the political dimensions of social mobilization that lay

³⁸ *Cécile Laborde*, *La Citoyenneté*, in: *Vincent Duclert, Christophe Prochasson* (eds.), *Dictionnaire critique de la République* (Paris 2002) 117.

³⁹ *Charles Tilly*, *Citizenship, Identity, and Social History*, in: *Charles Tilly* (ed.), *Citizenship, Identity, and Social History* (Cambridge 1996) 231.

⁴⁰ *Frank Prochaska*, *Schools of Citizenship. Charity and Civic Virtue* (London 2002) 9.

⁴¹ *Susan R. Grayzel*, *Women's identities at war. Gender, motherhood, and politics in Britain and France during the First World War* (Chapel Hill, London 1999).

beyond party politics. Social conflicts revealed the tensions provoked by the wartime economic disruptions but also reveal significant changes in the structure of political participation. When seamstresses went on strike in Béziers in 1915 and 1917, they asked the mayor to forward their demands to their main customer, the military⁴². The fact that such a political mediation was performed by local elites is not very surprising. It reveals the extent to which the French structure of authority based on the concept of popular sovereignty had been internalized since the onset of the Third Republic. What is more interesting in the case of the seamstresses' strikes is that their gender had excluded them from formal participation in the electoral process and from the mainstream of political life.

Urban mobilization and the contours of the wartime state

As Charles Tilly has demonstrated, the evolution of warfare and its growing demands for material resources and organizational reforms accounted for the formation and development of State structures in Europe. While 'the organization of coercion and preparation for war' constituted the State's main objectives and functions, the raising of mass armies and the advent of industrial warfare contributed to the extension and gradual empowerment of citizenry⁴³. Thus, Tilly sets out to explain 'how war made states and vice versa'⁴⁴, and suggests how the preparation for war and war making affected the polity as a whole including urban civil society⁴⁵ within which, this chapter contends, the respective demands of the state and the citizenry were mediated. The First World War dramatically reinforced the terms of the social contract to which 'citizenship' refers; it also underlined the central place of negotiation, bargaining, and conflict in the organization of solidarity and in the operations of the State's coercitive apparatus. The most striking example of the complex relationship between the State and civil society in wartime is perhaps provided by the local military service tribunals set up in Britain by the Military Service Act of 1916 which established conscription⁴⁶. These tribunals constituted an unprecedented institutional framework through which the interest of the local community, the prescriptions of nationalism, and the

⁴² AMB VII F; Subsequent strikes over similar problems are documented by the collections of the ADH 10 M 244–245.

⁴³ Tilly, *Coercion, Capital, and European States*, AD 990–1990 83.

⁴⁴ Tilly, *Coercion, Capital, and European States*, AD 990–1990 67.

⁴⁵ Surprisingly, Charles Tilly does not mention *Norbert Elias*. The *Civilizing Process* (New York 1978) whereas he does also explicitly link the monopolization of legitimate coercion and the decline of interpersonal violence *Charles Tilly*, *Coercion, Capital, and European States*, AD 990–1990 68 ff.

⁴⁶ A comparative study may also be fruitfully extended to include an analysis of the local recruitment board set up in the United States in June 1917. See *Theda Skocpol* et al., *Patriotic partnerships: why Great Wars nourished American civic voluntarism*, in: *Ira Katznelson, Martin Shefter* (eds.), *Shaped by war and trade. International influences on American political development* (Princeton, Oxford 2002) 152.

State's extractive demands were to be mediated and balanced. Operated by local dignitaries selected from each quarter of the local community, these tribunals provided a site where agents of the State pursued military manpower in face of individual opposition and local economic interests. They arbitrated between the demands of the military and the interests of local communities, which were formulated in economic, moral or political terms. Representatives of civil society thus adjudicated conflicts which often reflected a wider debate over the extraction of the means of war making⁴⁷. From November 1915 to December 1918, the Northampton Military Tribunals examined 8,000 individual cases, amounting almost 26,000 appeals. Judges met over 200 times, hearings lasted 5 hours on average (25 cases per hour)⁴⁸. The participation of civil society in the enforcement of the State's authoritative requests may lead us to revise the very definition of the State in wartime; particularly if one conceives the State in Weberian terms as the monopoly of legitimate coercion/violence⁴⁹.

The history of the wartime state has largely and rightly focused on the national administrative structures and governmental agencies⁵⁰. The comparative urban history of mobilization supplements this perspective with an investigation into the adaptation of public services in the exceptional circumstances of the conflict. Civil society provided many of the material or human resources so needed by the state. From strict control to flexible partnership, circumstances dictated the attitude of the State towards civil society organization. Circumstances if not universal goodwill imposed cooperation; even in France where the prefects, the local representatives of the government were traditionally reluctant to cede or share any of their prerogatives to civil society. Due to the limitations of administrative bodies disorganized by the military mobilization, the assistance to soldiers' dependents and war victims was ensured by civil society organizations organized in each locality⁵¹. In Britain, the *Soldiers & Sailors Families Association* thus played a critical

⁴⁷ On the articulation of war making, state making, protection, extraction, distribution and production, see *Tilly*, *Coercion, Capital, and European States, AD 990–1990* 97.

⁴⁸ Northampton Independent, 14 December 1918.

⁴⁹ It would certainly supplement the approach developed in: *S. J. D. Green, R. C. Whiting*, *The boundaries of state in modern Britain* (Cambridge 1996).

⁵⁰ *Pierre Renouvin*, *Les formes de gouvernement de guerre. L'organisation gouvernementale française pendant la Guerre* (Paris, New Haven 1925); *S. J. Hurwitz*, *State intervention in Great Britain. A study of Economic control and social response, 1914–1919* (New York 1949); *R. Lowe*, *The erosion of state intervention in Britain, 1917–1918*, in: *The Economic History Review XXXI* (1978) 270–286; *Fabienne Bock*, *L'exubérance de l'Etat en France de 1914 à 1918*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'Histoire* 3 (1984) 41–51; *Anthony Rowley*, *Nouvelle régulation ou retour à la normale? Le cas britannique après 1918*, in: *Vingtième Siècle. Revue d'Histoire* 3 (1984) 53–68; *James Cronin*, *The crisis of state and society in Britain, 1917–22*, in: *Leopold H. Haimson, Charles Tilly* (eds.), *Strikes, wars, and revolutions in an international perspective. Strikes waves in the late nineteenth and early twentieth centuries* (Cambridge, Paris 1989) 457–476; *Green, Whiting*, *The boundaries of state in modern Britain*.

⁵¹ *Louis Rolland*, *L'administration locale et la guerre. Les faits et les idées directrices*, in: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger* (1915).

role in maintaining the cohesion of the home front until June 1916 when the War Pensions Committee took charge of this mission⁵². In 1916 both governments strengthened the legislative framework in which voluntary organizations had been operating under: the *Loi du 30 mai 1916* “relative aux œuvres qui font appel à la générosité publique”⁵³ and the War Charities Act, 1916.

The critical importance of local philanthropy had been, by 1914, long established in Britain⁵⁴. In France, the necessities of war and the structure of military recruitment forced a temporary redefinition of the contours of the local state.

There is no need here to discuss at length the indisputable expansion of state agency entailed by the nature of an industrial conflict waged on a global scale. Yet, local, national, and comparative studies have demonstrated how voluntary organizations compensated for the shortcomings of the State, proving indispensable in the mobilization of the material and cultural resources of the nation, and even benefiting from the war⁵⁵. Historians of the state have even stressed the necessity and importance of the ‘state’s ability to secure the consent of key groups in civil society’⁵⁶.

The degree to which the French state cooperated with – and indeed relied on – civil society during the war has led me to insist on the “pragmatic pluralism” demonstrated by the Third Republic in 1914–1918. Born out of necessity, such pragmatism was also born out of opportunity. In this regard too, the structure of military participation in the communities under scrutiny had a significant political impact. When the number of enlisted men as a percentage of the male population of military age hovered around 80% in France, as opposed to 53% in Britain, the political availability of the younger cohorts was significantly curtailed in the former countries⁵⁷. Therefore, military recruitment reinforced the social determinants of a political system that already put a premium on the accumulation of social capital and financial resources. This point stresses the importance for historians of political life to pay closer attention to the sociological determinants of collective action. The Great War did not usher in any major upheaval, any redefinition of the organizing and managing principles of the Republican State. Civil

⁵² W. H. Holloway, Northamptonshire and the Great War (Northampton, c 1920) 192–194.

⁵³ For an analysis of the *Loi du 30 mai 1916*, see Louis Rolland, Institutions et services de solidarité, in: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l’étranger* (1918) 39–45.

⁵⁴ William E. H. Lecky, *Democracy and Liberty* (London 1899); Frank Prochaska, Philanthropy, in: F. M. L. Thompson (ed.), *The Cambridge social history of Britain 1750–1950* (Cambridge 1990) 357–393; Prochaska, *Schools of Citizenship. Charity and Civic Virtue*.

⁵⁵ For a contemporary perspective on British voluntarism see C. F. G. Masterman, The temper of the people, in: *The Contemporary Review* (1915) 1–11; On the assistance to war orphans in France see Olivier Faron, *Les enfants du deuil: Orphelins et pupilles de la nation de la Première Guerre mondiale, 1914–1941* (Paris 2001); On American voluntarism, Skocpol et al., *Patriotic partnerships: why Great Wars nourished American civic voluntarism*.

⁵⁶ Cronin, *The crisis of state and society in Britain, 1917–22*, 459.

⁵⁷ Adrian Gregory, *Lost generations: the impact of military casualties on Paris, London, and Berlin*, in: Jay M. Winter, Jean-Louis Robert (eds.), *Capital Cities at War. Paris, London, Berlin, 1914–1919* (Cambridge 1997) 57–103.

society was literally embodied by groups and individuals who were perfectly integrated into the Third Republic political system. There is no need for a detailed prosopography of urban elites to note the pre-eminence of teachers, lawyers, and other professionals. The over-representation of traditional republican elites was simply reinforced by the structures of military recruitment. The unitary republican state could give pluralism its chance since military mobilization had, de facto, transformed urban political sociology and all but eliminated oppositional groups and activists.

The social and political proximity between these urban elites and the upper echelons of the state administration account for the latitude granted to voluntary organizations by the prefectural administration. The war challenged institutional and normative definition of the Republican State and vindicates the pragmatic approach to public service embraced by Léon Duguit⁵⁸. For Duguit argued that the modern State was, in the era of the Great War, better understood not as a set of coercive institution, but as a provider of public services:

The modern State increasingly appears as a group of individuals working in a concerted fashion to meet the material and moral needs of participants, under the leadership and control of governing authorities; the notion of public service is thus substituted to that of public might; the State ceases to be an authority that orders to become a group that works⁵⁹.

Concluding remarks:

In the face of industrial warfare, belligerent societies were compelled to commit most of their human, material and cultural resources to the conflict. The technological evolutions of warfare and the operational imperatives underline the apparent link between the modernization of warfare and the totalizing logic of both the conflicts. Yet, as Hew Strachan points out, the ideological foundations of total war preceded the invention of the means of modern war and plunge their roots back into the political revolutions of the eighteenth century⁶⁰. Beyond the technological and logistical evolution precipitated by the subsequent Industrial Revolutions, the transformation of warfare witnessed in the First World War was therefore, as Michael Howard put it, ‘a function of the transformation of society which occurred when the narrow social basis of the states-system was broadened by the political participation of new layers of the population’⁶¹. In the nineteenth-cen-

⁵⁸ Léon Duguit offered a first iteration of his doctrine in 1901. *Léon Duguit, L’Etat, le droit objectif et la loi positive* (1901, repr. Paris 2003).

⁵⁹ *Léon Duguit, Traité de Droit Constitutionnel* (Paris 1927).

⁶⁰ *Hew Strachan, Total War in the Twentieth Century*, in: *Arthur Marwick* (ed.), *Total war and historical change: Europe, 1914–1955* (Buckingham, Philadelphia, Pa. 2001) 271; *Daniel Moran, Arthur Waldron* (eds.), *The people in arms: military myth and national mobilization since the French Revolution* (Cambridge 2002).

⁶¹ *Michael Howard, Total war in the twentieth century: participation and consensus in the*

ture, national ideals were translated in military terms by the *levée en masse* and the gradual but imperious association of citizenship and national defence. Now enhanced by the means of warfare at the disposal of industrialized societies, “total war” dramatically redefined the contours of belligerence.

The First World War had showcased the transformative potential of total war as the experience of urban communities across the belligerent world demonstrates. As Elie Halévy put it “the world crisis of 1914–1918 was not only a war – the war of 1914 – but also a revolution – the revolution of 1917”⁶². Beyond Russia, the war had in fact brought down the German, Austro-Hungarian and Ottoman empires and allowed the birth or rebirth of nations across Europe. In Japan, the conflict contributed to a redefinition of national identity⁶³. As the political elites attempted to relocate the Empire on the international stage, the Rice Riots of 1918 allowed the working-class to castigate a class of *nouveaux-riches* whose war profits they deemed illegitimate while they had borne the brunt of inflation and deteriorating living standards. Limited in scope and intensity, these post-war movements nonetheless led to the partial liberalization of the political system⁶⁴. From Washington to Beijing, social movements challenged established political, racial, gendered and social hierarchies⁶⁵. In the eyes of these protesters, the Great War had demonstrated the need for a redefinition of the contours of their national and their local polities. Post-conflict demobilization thus proved to be as contested a process as the wartime mobilization had been. Central to the experience of military conflict, violence and coercion do not exhaust the war experience. In towns and cities across belligerent nations, solidarity, as much as violence and coercion, had defined the conflict. The history of urban mobilization must as a consequence be placed at the heart of our reflections on the social history of violence in the twentieth century.

Second World War, in: *Brian Bond, Ian Roy* (eds.), *War and society. A yearbook of military history* (London 1977) 217.

⁶² *Elie Halévy*, *The Era of Tyrannies. Essays on Socialism and War*, ed. by *Fritz Stern* (London 1967) 162.

⁶³ *Frederick Dickinson*, *War and national reinvention: Japan in the Great War, 1914–1919*, (Cambridge, Mass. 1999) 81–3, 114–5, 151, 153.

⁶⁴ *Michael Lewis*, *Rioters and Citizens: Mass Protest in Imperial Japan* (Berkeley 1990).

⁶⁵ *Rana Mitter*, *A bitter revolution: China’s struggle with the modern world* (New York 2005); *Susan R. Grayzel*, *Across Battle Fronts: Gender and the Comparative Cultural History of Modern European War*, in: *Deborah Cohen, Maura O’Connor* (eds.), *Comparison and History. Europe in cross-national perspective* (Abingdon, New York 2004) 71–84; *Jennifer D. Keene*, *Protest and disability: a new look at African-American soldiers during the First World War*, in: *Pierre Purseigle* (ed.), *Warfare and Belligerence. Perspectives in First World War Studies* (Leiden, Boston 2005) 177–203.

Summary

The outbreak of the war in August 1914 heralded a critical redefinition of the role of civilians in war, as the conflict challenged conventional understanding of the relationship between the business of war and the organization of modern civil society. The experience of cities and towns across combatant nations testify to this transformation and to the subsequent emergence of contemporary belligerence. This chapter suggests that the violence of the battlefield underpinned, rather than undermined, the discourses and practices of solidarities which lay at the core of the mobilization of the home fronts. This chapter shows some of the ways in which we may consider the dialectical and ambivalent articulation of violence and solidarity, of participation and victimization.

Such an emphasis on both solidarity and coercion also stresses the importance of contention in the urban experience of the war. This chapter does indeed argue that urban civil societies ensured, to a large extent, the success of national mobilization in WWI. It is also perhaps at that level that the contingent, ongoing, and contested nature of these mobilizations appears most clearly.

Central to the experience of military conflict, violence and coercion do not exhaust the war experience. In towns and cities across belligerent nations, solidarity, as much as violence and coercion, had defined the conflict. The history of urban mobilization must as a consequence be placed at the heart of our reflections on the social history of violence in the twentieth century.

Klaus Weinbauer

Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg zwischen Versammlungsdemokratie und staatlicher Sicherheit ca. 1890–1933

1. Einleitung

Gewalt ist ein vernachlässigtes Thema der Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts. Zwar wird gewaltsames Handeln in deutschen Städten von der Streik-, Protest-, Kriminalitäts- und Polizeiforschung am Rande thematisiert, jedoch kaum systematisch analysiert; ähnliches gilt für die Arbeitergeschichte¹. Zudem gibt es in diesen Feldern kaum Studien, die sowohl das Deutsche Kaiserreich als auch die Weimarer Republik untersuchen². Auch die akteursorientierte Analyse der Revolution von 1918/19, die für eine sozial- und kulturgeschichtlich ausgerichtete Gewaltforschung viele lohnende Themenfelder bietet, stagniert seit Jahrzehnten³. Ein sozial- und kulturgeschichtlicher Blick auf städtische Proteste und auf die mit

¹ Verwendete Abkürzungen: Ber. – Bericht; Bspr. – Besprechung; CdS – Chef der Sicherheitswehren; GA – Generalanzeigen für Hamburg-Altona; HA – Hamburger Anzeiger; HC – Hamburgischer Correspondent; HE – Hamburger Echo; HFr – Hamburger Fremdenblatt; HN – Hamburger Nachrichten; NHZ – Neue Hamburger Zeitung; StAHH – Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg.

Vgl. als Überblick *Manfred Gailus*, Was macht eigentlich die historische Protestforschung? Rückblick, Resümee, Perspektiven, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 34 (2005) 127–154; *Alf Lüdtke, Herbert Reinke, Michael Sturm* (Hrsg.), Polizei, Gewalt und Staat im 20. Jahrhundert (Wiesbaden 2011); *Klaus Weinbauer*, Konflikte am Arbeitsplatz und im Quartier: Perspektiven einer sozialgeschichtlichen Erforschung von Arbeitskämpfen und Konsumentenprotesten im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 38 (1998) 337–356. Wie *Gailus*, Protestforschung 130 betont, meint Protest „öffentliche kollektive Aktion mit Konfliktcharakter“.

² Vgl. die methodisch anregende Studie von *Thomas Lindenberger*, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914 (Bonn 1995); *Belinda Davis*, Home Fires Burning. Food, politics, and everyday life in World War I Berlin (Chapel Hill 2009); *Dirk Schumann*, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Essen 2001); *Sven Reichardt*, Faschistische Kampfbünde: Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA, 2. durchges. u. um ein Nachw. erg. Aufl. (Köln u. a. 2010).

³ Vgl. *Ulrich Kluge*, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch (Frankfurt a.M. 1985); *Alexander Gallus* (Hrsg.), Die vergessene Revolution von 1918/19 (Göttingen 2010).

ihnen bisweilen verbundene kollektive Gewalt eröffnet aufschlussreiche Erkenntnisperspektiven. Der so ausgerichteten Protestanalyse dient kollektive Straßengewalt als Sonde für umfassendere staatlich-gesellschaftliche Entwicklungen. Dies gilt vor allem dann, wenn räumliche Aspekte dieser Gewalthandlungen untersucht und wenn letztere als kommunikative Akte verstanden werden⁴.

Räume werden durch gewaltsame Praktiken angeeignet. Diese Gewalt generiert raumbezogene Anschlusskommunikation verschiedener staatlicher und gesellschaftlich-medialer Akteure, was wiederum ebenso auf raumbezogene Wahrnehmungen und Imaginationen sowie auf deren mediale Darstellungen und symbolische Repräsentation zurückwirkt. Wie neuere Studien zu Lebensmittelunruhen zeigen⁵, ist diese Kommunikation durch (und über) kollektive Gewalt in zwei überlappende und interagierende Netzwerke eingebunden: Innerhalb der Stadtteilcommunity bestehen horizontale Kommunikationsnetzwerke. Während diese Community über vertikale Netzwerke mit den städtischen Eliten sowie staatlichen Autoritäten kommuniziert, wobei die Einforderung funktionierender staatlicher Versorgung (*politics of provisions*) einen hohen Stellenwert besitzt.

Der vorliegende Beitrag untersucht vor allem städtische Straßenproteste und deren Gewaltpraxis zwischen 1916/18 und 1923 sowie die polizeilichen Gegenmaßnahmen. Zur besseren Einordnung werden ähnliche soziale Proteste aus früheren Jahren sowie ein Ausblick auf die Endphase der Weimarer Republik einbezogen. Im Mittelpunkt stehen einerseits die Protest- und Gewaltpraktiken in Arbeitervierteln und deren Bekämpfung sowie andererseits deren gesellschaftliche Wahrnehmung und eventuelle Lernprozesse der Akteure. Drei Fragen gilt besondere Aufmerksamkeit. Erstens soll genau hingesehen werden, von wem welche Gewalt wie ausgeübt wird. Denn gerade von diesen Wie-Fragen verspricht sich die neue Gewaltforschung weiterführende Erkenntnisse. Dies gilt umso mehr, wenn solche Fragestellungen mit räumlichen Aspekten verbunden werden. Durch diese Perspektive kann auch geklärt werden, ob diese Proteste eher isoliert oder auch im Zusammenhang mit (städtischen) sozialen Bewegungen auftraten, wie sie z. B. Manuel Castells untersucht hat⁶. Für die Nachkriegszeit kann mit der so ausgerichteten Analyse auch geprüft werden, ob bzw. inwieweit sich in den Inter-

⁴ Vgl. zu neueren Raumkonzepten *Martina Löw, Silke Steets, Sergej Støtzer*, Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie (Opladen u. a. 2007); *Markus Schroer*, Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums (Frankfurt a. M. 2009) sowie zur Gewaltforschung *Neithard Bulst, Ingrid Gilcher-Holtey, Heinz-Gerhard Haupt* (Hrsg.), Gewalt im politischen Raum. Fallanalysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert (Frankfurt a. M., New York 2008); *Wilhelm Heitmeyer, Hans-Georg Soeffner* (Hrsg.), Gewalt. Entwicklungen, Strukturen und Analyseprobleme (Frankfurt a. M. 2004).

⁵ Vgl. *John Bobstedt*, The politics of provisions. Food riots, moral economy, and market transition in England, ca. 1550–1850 (Farnham, Surrey u. a. 2010).

⁶ *Manuel Castells*, The City and the Grassroots. A cross-cultural theory of urban social movements (Berkeley 1983). Vier Merkmale charakterisieren soziale Bewegungen: Netzwerke, kollektive Identität, Kontinuität des Protests und Einflussnahme auf sozialen Wandel; vgl. *Roland Roth, Dieter Rucht*, Einleitung, in: *dies.* (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch (Frankfurt a. M. 2008) 9–36, 13.

aktionen Einflüsse kriegsbedingter Erfahrungen nachweisen lassen⁷. Zweitens wird untersucht, wie die Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols in die Prozesse kollektiver Straßengewalt eingebunden waren. Denn deren Eingriffe stehen stets in enger Interaktion mit dem polizeilichen Gegenüber. D.h. mit ihrem Erscheinen und Eingreifen bekämpften staatliche Institutionen nicht nur gewaltsame Handlungen, sondern konnten sie durchaus auch provozieren oder gar intensivieren. Zudem sind diese Interaktionsprozesse – auch das ein Ergebnis der neuen Gewaltforschung – sehr oft beeinflusst von den Aktivitäten Dritter wie Zuschauern und Medien. Drittens wird analysiert, wie diese Proteste, die dort gegebenenfalls auftretende kollektive Gewalt sowie die Polizeieinsätze wahrgenommen wurden.

Diese Fragen lassen sich am besten anhand von lokalen Fallbeispielen untersuchen. Deshalb steht eine Großstadt wie Hamburg im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Hansestadt erlebte als Hochburg der Arbeiterbewegung zahlreiche oft gewaltsam ausgetragene Streik- und Protestaktionen, vor allem der Hafener- und Werftarbeiter⁸. Gleichzeitig befand sich hier der größte deutsche Seehafen. Letzteres gewann in den Nachkriegsjahren eine zusätzliche Bedeutung. Denn nun standen der Hafen und die hier getroffenen polizeilichen Maßnahmen im Mittelpunkt nationaler wie internationaler Aufmerksamkeit, da hier ab Frühjahr 1919 ein großer Teil der alliierten Lebensmittellieferungen angelandet wurden, mit denen die kriegs- und blockadebedingten Versorgungsengpässe Deutschlands beseitigt werden sollten. Transnationale Einflüsse betrafen jedoch in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht nur den Hafen, sondern auch die Organisation der Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols. Denn die Interalliierte Militärkontrollkommission (IMKK) überwachte den militärischen wie polizeilichen Wiederaufbau Deutschlands⁹.

Die Geschichtsschreibung zur Hansestadt Hamburg beleuchtet zwar ein breites Spektrum sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Aspekte. Arbeiten, die sich explizit mit kollektiver Gewalt in der Stadt bzw. mit polizeilichen Institutionen und deren Praxis befassen, fehlen jedoch fast vollständig. Hier kann nur auf einige ältere Studien zurückgegriffen werden, die der Arbeiterbewegungs- bzw. (seltener) der Arbeitergeschichte verpflichtet waren. Ähnlich enge politik- bzw. organi-

⁷ Vgl. zur Frage Brutalisierung durch Kriegserlebnisse, die hier allerdings nicht diskutiert wird, *Benjamin Ziemann*, Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkriegs – eine sozialhistorische Zäsur?, in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Köln u. a. 2000) 43–82.

⁸ Vgl. dazu *Michael Grüttner*, Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenerbeiter 1886–1914 (Göttingen 1984); *Klaus Weinbauer*, Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenerbeiter 1914–1933 (Paderborn u. a. 1994); *Marina Cattaruzza*, Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs (Wiesbaden 1988); *Johanna Meyer-Lenz*, Schiffbaukunst und Werftarbeit in Hamburg 1838–1896. Arbeit und Organisation im industriellen Schiffbau des 19. Jahrhunderts (Frankfurt a.M. u. a. 1995).

⁹ Vgl. *Jürgen Siggemann*, Die kasernierte Polizei und das Problem der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik (Frankfurt a.M. 1980).

sationsgeschichtliche Perspektiven finden sich in den wenigen Studien, die sich mit der Geschichte der Hamburger Polizei bis 1933 befassen¹⁰.

2. Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg 1890–1918

Der wirtschaftliche Aufschwung Hamburgs seit den 1880er Jahren war von zahlreichen Streiks, Protesten und Demonstrationen begleitet. Grundsätzlich ereigneten sich diese in zwei aneinandergrenzenden Stadtregionen: in den alten hafennahen Wohnvierteln (St. Pauli, Neustadt, Hammerbrook) sowie an den Zugängen zum 1888 eingerichteten Freihafengebiet, die alle Arbeiter auf dem Weg zu bzw. von ihren Arbeitsstätten im Hafengebiet passieren mussten. In den hafennahen Stadtvierteln lebten große Teile der Hamburger Arbeiterschaft, die nicht zu den Kerngruppen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gehörten, die also keine Handwerker oder Facharbeiter waren. Diese alten, dichtbebauten Stadtteile (v. a. die sogenannten Gängeviertel) wurden seit der Jahrhundertwende nach und nach saniert. Vertreter staatlicher Institutionen oder des Bürgertums waren hier schon im Alltag großem Misstrauen ausgesetzt, das rasch zum Einsatz körperlicher Gewalt umschlagen konnte. Dies galt umso mehr, wenn sich Beamte der Hamburger uniformierten Polizei in diesen Vierteln zeigten¹¹.

Die Hamburger Polizei war seit Anfang der 1890er Jahre nach preußischem Muster militarisiert und professionalisiert worden. Angehende Polizisten mussten nun eine Militärdienstzeit nachweisen und dabei mindestens den Rang eines Unteroffiziers erreicht haben, es wurde nicht mehr aus den Reihen der Handwerker- und Arbeiterschaft rekrutiert. Zudem wurden die Schutzmänner mit einer neuen Uniform nebst Pickelhaube ausgestattet¹². Bei größeren Unruhen konnte auch Militär aus den umliegenden preußischen Städten eingesetzt werden.

Die vielen Streiks der Hochindustrialisierungsphase markierten eine wichtige Bewährungsprobe für die neue Schutzmannschaft. Sei es im Mai 1890 (Steinstraßenkrawalle) oder im Februar 1897 (Schaarmarktkrawalle) nach Ende des großen Hafenarbeiterstreiks, immer wieder kam es in der hafennahen Gegend mit den

¹⁰ Vgl. *Volker Ullrich*, Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, 2 Bde. (Hamburg 1976); *Jörg Berlin* (Hrsg.), Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter (Köln 1981); *Arno Herzig*, *Dieter Langeviesche*, *Arnold Sywottek* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg: Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert (Hamburg 1983) sowie zur Polizei *Helmut Fangmann*, *Udo Reifner*, *Norbert Steinborn*, „Parteisoldaten“. Die Hamburger Polizei im „Dritten Reich“ (Hamburg 1987).

¹¹ Vgl. *Michael Grüttner*, Arbeiterkultur versus Arbeiterbewegungskultur: Überlegungen am Beispiel der Hamburger Hafenarbeiter 1888–1933, in: *Albrecht Lehmann* (Hrsg.), Studien zur Arbeiterkultur (Münster 1984) 244–282.

¹² Vgl. *Richard Evans*, Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910 (Reinbek 1996) 133 f.

Freihafenzugängen sowie den alten Arbeitervierteln zu Konfrontationen zwischen Polizei und Arbeitern. Der Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen kam im Januar 1906¹³. Nun war die Polizei mit großen Menschenansammlungen konfrontiert, die sich nach Demonstrationen gegen die Einengung des Wahlrechts, mit dem weitere Stimmengewinne der Sozialdemokratie verhindert werden sollten, in hafennahen Stadtteilen sammelten. Das politische Klima in der Stadt war 1906 recht aufgeheizt, geprägt von den Auseinandersetzungen über den Einsatz von Massenstreiks gegen reaktionäre staatliche Maßnahmen (Massenstreikdebatte) sowie von den Nachrichten über die russische Revolution von 1906. Am 17. Januar 1906 organisierte die SPD acht Saalversammlungen in verschiedenen Hamburger Stadtteilen, um gegen Wahlrechtsverschlechterungen zu protestieren. Diese Versammlungen wurden während der Arbeitszeit durchgeführt und begannen gegen 16 Uhr. Insgesamt kamen ca. 25 000 Menschen in den Sälen zusammen, während nahezu 50 000 davor standen und diskutierten. Diese Veranstaltungen endeten gegen 18 Uhr, als es bereits dunkel war. Die Hamburger Schutzmannschaft befand sich in Alarmbereitschaft und wollte vor allem das Rathaus von Demonstranten abriegeln, auch mit berittenen Polizisten. Fast alle Hamburger Schutzleute waren auf dem Rathausmarkt eingesetzt. Gegen 19 Uhr befanden sich zehntausende Arbeiter im Umfeld des Rathauses. Wie Richard Evans schreibt, wollten sie versuchen, die dort tagenden Bürgerschaftsabgeordneten „mit ihrer Zahl und ihrem Engagement zu beeindrucken“¹⁴. Die Arbeiter sangen und hielten improvisierte Reden. Die Polizei begann nun, den Platz unter dem Einsatz ihrer Säbel zu räumen. Die Menge zerstreute sich in den umliegenden Straßen.

Während SPD-Ordner die Protestierenden zum nachhause gehen aufforderten, verlagerten sich die folgenden Ereignisse in die nahe liegenden, teilweise sehr dicht bebauten und unübersichtlichen Wohnviertel um den Markt am Schopenteich. Hier entstand eine zähe Konfrontation, bei der die Protestierenden den Straßenbahnbetrieb störten, Papierkörbe herausrissen und alles, was sie fanden, als Wurfgeschosse gegen die Polizei benutzten. Zudem wurden Mülltonnen angezündet, Straßenlaternen gelöscht und in einige Läden eingebrochen. Die ermüdeten Polizisten gerieten in Panik, als sie ihre Machtlosigkeit gegenüber der großen Menschenmenge erkannten. Dabei kam es zu dramatischen Szenen, als überforderte Polizisten auf ihren lokalen Racheefeldzügen in Gaststätten eindrangen und dort anwesende Gäste verprügelten. Blickt man auf die zehntausendköpfige Menge, wird jedoch deutlich, dass die versammelten Menschen eigentlich selten gewaltsam agierten; diese Gewalt verstärkte sich meistens dann, wenn die Polizei erschien, von der sich die meisten Bewohnerinnen und Bewohner der hafennahen Viertel rasch provoziert fühlten. Ein weiterer Grund für die Eskalation der Gewalt lag darin, dass häufig zu wenig Polizisten eingesetzt wurden, für die es zudem

¹³ *Grüttner*, Arbeitswelt 144ff. (1890) und 173f. (1897). Vgl. zum Folgenden: *Richard J. Evans*, Szenen aus der deutschen Unterwelt. Verbrechen und Strafe 1800–1914 (Reinbek 1997) 317–331.

¹⁴ *Evans*, Szenen 319.

undenkbar war, mit den zahlreichen SPD-Ordern zu verhandeln bzw. deren Vorgehen explizit zu unterstützen.

Am Tag nach der Demonstration war die Polizei überzeugt, die Revolution stehe unmittelbar bevor. Zudem galten die Proteste als geplant und systematisch vorbereitet, orientiert an der russischen Revolution. Polizei und Politik waren sich einig, „Verbrechen und Revolution seien innigst miteinander verflochten“¹⁵. Ohnehin galt kollektive Gewalt als politischer Akt, der auf den politischen Umsturz gerichtet war. Ähnlich urteilte die rechte Presse. Sie attestierte dem „Mob“ aus zumeist jugendlichen Halbstarken ohnehin nur materielle Interessen, gepaart mit Zerstörungswut, Mord- und Raublust. In keinen Zeitungsberichten wurde Kritik an der Polizei geübt, im Gegenteil: Es wurde ein Spendenfonds für verletzte Polizisten eingerichtet. Die SPD interpretierte die Unruhen durchaus ähnlich. Zwar schienen die Menschenansammlungen in all diesen Darstellungen völlig unstrukturiert, ohne Gruppenbildungen etc., jedoch galt ihre Gewalt als geplante politische Verschwörung des Lumpenproletariats. Die Jugendlichkeit der meisten Akteure war zwar durchaus richtig erkannt worden. Jedoch agierte hier nicht irgendein diffuser „Mob“, es handelte sich vielmehr zumeist um Bau-, Werft- und Hafendarbeiter, die oft in den dicht bebauten alten Gängevierteln wohnten, in den sich die spätabendlichen Unruhen abgespielt hatten. Demgegenüber lebten die vorwiegend von der SPD organisierten Handwerker und Facharbeiter in den weiter vom Stadtkern entfernten Vierteln wie Barmbek, Winterhude oder in Teilen von Eimsbüttel¹⁶.

Auch in Hamburg zeigte sich 1914 zu Kriegsbeginn eine angespannte Mischung aus Kriegsbegeisterung, Resignation und Zukunftsängsten. Die Spannungslinien der Hamburger Gesellschaft waren nicht auf Dauer beseitigt. Im Sommer 1916 und Februar 1917 entstanden in einzelnen Hamburger Stadtteilen Lebensmittelproteste¹⁷. Sie wurden zumeist von Frauen und Jugendlichen getragen. Schritt die Polizei ein, so agierten die wenigen Männer und Jugendlichen gegen die Polizei, und die Frauen blieben überwiegend in den Läden. Gelang es den Schutzleuten nicht, die Protestierenden auseinanderzutreiben, wurden Säbel eingesetzt, wodurch nicht selten größere Verletzungen entstanden. Bei diesen Protesten gab es jedoch keine Toten. Im Februar 1917 kam es zu körperlicher Gewalt, als sich die Verkäufer weigerten, die Ware herauszugeben. Solche Aktionen dauerten nur zwei, drei Minuten und wurden von Kleingruppen getragen. Käuferschlangen waren wichtige Kommunikationsorte. Von staatlicher Seite wurde diesen Protesten nicht nur mit dem Einsatz uniformierter Polizei begegnet. Vielmehr wurde auch

¹⁵ *Evans*, Szenen 331.

¹⁶ *Evans*, Tod 691–696.

¹⁷ Vgl. zum Folgenden *Volker Ulrich*, „Brot her, Brot her oder wir fall'n um“. Hungerunruhen in Barmbek und Hammerbrook, in: *ders.*, *Kriegsalltag. Hamburg im ersten Weltkrieg* (Köln 1982) 51–56; *ders.*, „Wir wollen die Steckrüben nicht mehr.“ Hungerunruhen im Januar und Februar 1917, in: *ebd.*, 68–72; *ders.*, *Brot und Frieden. Die Hungerrevolten 1916/17*, in: *ders.*, *Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg* (Bremen 1999) 54–67.

Militär, zumeist berittene Husaren aus der preußischen Nachbarstadt Wandsbek, in der Stadt stationiert und auch als Patrouille eingesetzt. Die Soldaten mussten jedoch kaum mit Waffengewalt eingreifen. Ihre Präsenz genügte zur Abschreckung.

Bei den Protesten von 1916/17 wurden kleingruppengestützte lokale Kommunikationsnetzwerke mobilisiert, in denen Frauen eine wichtige Rolle spielten¹⁸. Offen bleibt, inwieweit vorhandene Netzwerke der Arbeiter(kultur-)organisationen in diese Kommunikationsnetzwerke einbezogen wurden. Ähnlich wie in anderen Städten verdeutlichten die Hamburger Straßenproteste markante Risse in der gesamtstädtischen Kriegsgemeinschaft¹⁹. Meine (Arbeits-)Hypothese ist, dass sich die Bewohner der Arbeiterquartiere seit etwa 1916 weniger an gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Perspektiven (und damit auch am Einsatz für das Vaterland) als an stadtteilbezogenen Handlungsebenen orientierten. Für bürgerliche Viertel bleiben solche Prozesse noch zu untersuchen. In ihren von Kleingruppen getragenen kollektiven Selbsthilfeaktivitäten ging es inhaltlich darum, die Versorgung dieser Quartiere mit dem Lebensnotwendigen abzusichern. Die Bewohnerinnen und Bewohner waren auch bereit, sich gegen aus ihrer Sicht unangemessene staatliche Eingriffe zu verteidigen – zur Not unter Einsatz physischer Gewalt. Jedoch waren diese lokalen Selbsthilfeaktivitäten nicht grundsätzlich anti-staatlich ausgerichtet. Denn die Protestierenden richteten ihre Forderungen vorrangig an lokale staatliche Akteure (Amtsleiter, Bürgermeister) bzw. lokal-staatliche Institutionen und nicht gegen oder an den abstrakten (National-)Staat. Diese hochkommunikativen kleingruppengestützten Mobilisierungsprozesse waren für die (Dynamik der) späteren Straßenproteste und für die Revolution von 1918 sehr wichtig. Denn in den Arbeitervierteln entstand eine bislang unerforschte soziale Bewegung.

3. Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg 1918–1920

3.1. Das zerfaserte staatliche Gewaltmonopol nach der Revolution

Mit dem politischen Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Revolution zerfiel auch das staatliche Gewaltmonopol sowohl nach innen (Polizei) als auch nach außen (Militär). In der Stadt bestand nach der Revolution eine Vielzahl von Gewaltinstitutionen, die alle politisch hoch umstritten waren. In Hamburg wurde in den ersten Revolutionstagen eine Sicherheitswehr (später in Volkswehr umbenannt) aus Soldaten neu geschaffen. Die 12 000 Mann der Sicherheitswehr bildeten das zahlenmäßig größte Kontingent in diesem Nebeneinander von Gewaltinstitutionen.

¹⁸ Vgl. allgemein *Weinhauer*, Konflikte.

¹⁹ Vgl. *Roger Chickering*, Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag (Paderborn u. a. 2009).

nen²⁰. Jedoch galt diese zumeist von Arbeitern getragene Einheit auch sozialdemokratischen Politikern (aus Hamburg wie Berlin) als unzuverlässig und bei inneren Unruhen kaum einsetzbar. Reichwehrminister Gustav Noske sah in ihnen ein „uniformiertes Arbeitslosenheer“, in das „straffe Zucht und Ordnung ... nicht hineinzubringen“ waren²¹. Die von diesen Einheiten bewusst inszenierte Ablehnung eines militärischen Habitus stieß auf besondere Missachtung. So wurde das Gewehr mit der Mündung nach unten über die Schulter gehängt, die Mütze schief aufgesetzt und ein dicker Wollschal getragen²². Somit kann es kaum verwundern, dass die Volkswehr auf Noskes Anordnung hin im Mai 1919 auf 5000 Mann reduziert werden sollte. Es wurde vielen Mitgliedern gekündigt, was ihren Dienstfeier und ihre Zuverlässigkeit nicht gerade förderte.

Die Schaffung dieser umstrittenen Sicherheitswehr war nicht nur notwendig gewesen, um dadurch über im revolutionären Sinne zuverlässige Einheiten verfügen zu können, sondern auch aus zwei weiteren Gründen.

Zum einen zeigte sich die Hamburger Schutzmannschaft seit der Revolution kaum in der Lage, für – wie auch immer definierte – Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie umfasste Ende 1919 ohne Bürobeamte etwa 3000 Mann und galt vielen Hamburger Politikern als „ein wirklich brodelnder Kessel“²³. In deren Augen barg die Austeilung von Waffen an diese Beamten viele Risiken. Denn die Schutzleute wollten sich bei politischen Konflikten neutral verhalten. Ohnehin hatte die Schutzmannschaft schon mit Kriegsbeginn starke Personalabgänge durch Wehrpflichtige zu kompensieren. An der Heimatfront blieben zumeist ältere Beamte. Auch die mit Kriegsbeginn aufgestellten ca. 1500 Mann der Hilfspolizei umfassten überwiegend ältere und zudem wenig ausgebildete Männer, die freiwillig militärische und wirtschaftliche Objekte bewachten. Diese Einheiten bestanden meist aus „ordnungsliebenden, durch den Krieg um ihren regelmäßigen Erwerb gebrachten Bürgern“, vor allem aus den Militär- und Marinevereinen der Stadt²⁴. Schon in den letzten Kriegsjahren hatte sich unter den älteren Polizisten eine Abneigung gegenüber dem militärischen Umgangston in der Polizei entwickelt. Es zeigte sich ein tiefer Riss zwischen Mannschaften und Offizieren. Die Entstehung und Politik des Schutzmannsrats, in den Revolutionsmonaten als Interessenvertretung vor allem der Mannschaften geschaffen, wurde nachhaltig von diesen Entfremdungserfahrungen bestimmt. Insgesamt gesehen war die Schutzmannschaft anders als die Kriminalpolizei schon vor der Revolution kaum mehr einsatzfähig und wurde in der Revolution nahezu unsichtbar, selbst bei der Verkehrsregelung. Wenn die

²⁰ *StAHH*, Kriegsakten des Senats Z II z 32, Polizeibehörde an Senat, 27. 2. 1920.

²¹ *Gustav Noske*, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution (Berlin 1920) 156f.

²² *Heinz Dähnhardt*, Die Bahrenfelder. Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Gross-Hamburg in den Jahren 1919/20 (Hamburg 1925) 9.

²³ *StAHH*, Polizeibehörde I 319, Bspr. v. 5. 8. 1919 (Herr Schädlich).

²⁴ *StAHH*, Bürgerschaft I 74,1, Auszug aus dem Senatsprotokoll v. 12. 8. 1914; vgl. auch *StAHH*, Kriegsakten des Senats B II 60, Dienstanweisung v. 25. 8. 1914.

Schutzleute überhaupt auf den Straßen zu sehen waren, patrouillierten sie gemeinsam mit dem oben angesprochenen Sicherheitsdienst.

Zum anderen fehlten nach der Revolution funktionierende Militärverbände in Hamburg, obwohl sich im Frühjahr 1919 etwa 32 000 Soldaten in Ersatztruppenteilen und Lazaretten in der Stadt befanden²⁵. Wie oben bereits gezeigt, hatte sich die zahlenmäßig schwache Hamburger Schutzmannschaft jedoch bis zur Revolution bei größeren Unruhen auf den Einsatz des Militärs verlassen können. Aufgrund der Größenbeschränkungen, denen das Militär der Weimarer Republik durch alliierte Vorgaben unterlag, musste die Polizei nun eine neue Einsatzstrategie entwickeln, damit sie größere Unruhen ohne militärische Unterstützung bekämpfen konnte²⁶. Was Peter Leßmann in seinem Standardwerk für Preußen beschreibt, bestimmte auch den Polizeiaufbau in Hamburg: „Das radikal Neue“ in der Polizeientwicklung nach dem Ersten Weltkrieg war das Vorhandensein „stark bewaffneter Polizeiformationen“²⁷.

In der Einwohnerwehr (gegründet am 22. April 1919), als der dritten Vertreterin des staatlichen Gewaltmonopols in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, waren zunächst auch Arbeiter organisiert gewesen. Sie wurde in den Stadtteilen aufgestellt. Diese Einheiten waren in bürgerlichen Kreisen erst akzeptiert, als Mitglieder der USPD und KPD nicht mehr aufgenommen wurden. Schließlich bestand auch noch die freikorpsähnliche Wachabteilung Bahrenfeld. Mit etwa 300 Mann, einer Mischung aus einem alten Jägerbataillon und bürgerlichen Zeitfreiwilligen, bewachte sie im Frühjahr 1919 unter dem Kolonialoffizier Major Fromm das große Armeedepot in Bahrenfeld.

Seit Februar 1919 trug der Sozialdemokrat Walter Lampl, von Gustav Noske zum Kommandanten von Groß-Hamburg ernannt, zwar formell die Verantwortung für die Sicherheit in Hamburg²⁸. In Theorie und Praxis bestanden jedoch nach wie vor viele Unklarheiten über Befehlshierarchien und Unterstellungsverhältnisse. So gab es zahlreiche Probleme bei der Zusammenarbeit von Schutzleuten sowohl mit der Sicherheitswehr als auch mit der Einwohnerwehr, und es kam

²⁵ Vgl. Bericht (Nr. 78) des von der Bürgerschaft am 4. Juli 1919 zur Prüfung des Antrags des Senats (Nr. 143 von 1919), betreffend Bewilligung von Mitteln anlässlich der Auflösung der Volkswehr, niedergesetzten Ausschusses zur Untersuchung der Unruhen vom 24. und 25. Juni 1919, Dezember 1920 (MS), Bericht 1, 3 u. 7; *Lothar Danner*, Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte (Hamburg 1958) 8.

²⁶ Vgl. dazu immer noch *Peter Leßmann*, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf (Düsseldorf 1989) bes. 44–64.

²⁷ Ebd., 103.

²⁸ Vgl. zum Folgenden *Danner*, Ordnungspolizei 11 f. Nach dem Zusammentritt der ersten frei gewählten Hamburger Bürgerschaft (24. März 1919) amtierte der liberale Carl Petersen als Polizeiherr, noch im selben Jahr abgelöst durch den Sozialdemokraten Carl Hense; vgl. *Axel Schildt*, *Arnold Sywottek*, Die Bürgerschaft in der Weimarer Republik (1919–1933), in: *Manfred Asendorf* u. a. (Hrsg.), Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament (Berlin 1984) 80–97, 80 f.; *Percy E. Schramm*, Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutscher „Kulturgeschichte“ im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648–1948), 2 Bde. (Göttingen 1964) Bd. 2, 507.

immer wieder zu Spannungen wegen konkurrierender bzw. nicht geklärter Hierarchien²⁹.

Als Konsequenz nicht nur des Kriegsendes, sondern bedingt auch durch den Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols, befanden sich im Hamburg der Nachkriegsjahre weit mehr Waffen im Umlauf als im Kaiserreich. Vor allem Gewehre gehörten 1919/20 zum städtischen Straßenbild; sie wurden auch von Arbeitern offen getragen. Auf Seiten polizeilicher Formationen wurde der Einsatz von Gewehren fast zum Kennzeichen ihrer Einsatztaktik in den unmittelbaren Nachkriegsjahren. Viele Soldaten hatten ihre Waffen bei ihrer Rückkehr aus dem Krieg (noch) nicht abgegeben, versteckt oder verkauft. Zu diesem Waffenarsenal gehörten nicht nur Pistolen, sondern auch Maschinengewehre, Handgranaten und Gewehre. Die Waffenabgabe sollte zwar durch das Gesetz vom August 1920 beschleunigt werden, als ein Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung vom Reichspräsidenten ernannt wurde. Diese Entwaffnung, die im Einzelnen noch nicht erforscht ist, vollzog sich jedoch schleppend und wurde von linker wie rechter Seite hintertrieben. So wurde in Bergedorf im Sommer 1922 ein großes Waffenlager vaterländischer Verbände ausgehoben, in dem sich neben Stahlhelmen und Sandsäcken, 13 Maschinengewehre und 82 Stielhandgranaten befanden³⁰.

3.2. Versammlungsdemokratie, „Recht auf die Straße“ und lokale Ordnung: Profil einer urbanen sozialen Bewegung

In den hafennahen Hamburger Arbeitervierteln ging die Revolution über einzelne teilweise gewalttätige kollektive Proteste weit hinaus. Vielmehr entstand hier – das sei als Arbeitshypothese formuliert – eine urbane soziale Bewegung jenseits etablierter (Arbeiter-)Organisationen. Diese Bewegung ist bislang noch nicht geschichtswissenschaftlich untersucht worden. In ihrer Entwicklung können zwei Zeiträume unterschieden werden. In der ersten Phase bis etwa in den Sommer 1920 versuchte sich diese Bewegung zu etablieren und ihr Handlungsrepertoire zu erproben. Nach dieser kurzen Blüte zerfiel sie bis 1923 sehr schnell, jedoch überdauerten einige Aktionsformen.

Die These über die Entstehung dieser diffusen urbanen sozialen Bewegung speist sich aus mehreren Beobachtungen. Zum einen entstanden vor allem in den alten Arbeitervierteln der hafennahen Gegend zahlreiche kollektive Proteste, die sich so schnell ausweiteten, dass es sich kaum um isolierte Einzelphänomene handeln konnte, sondern vermutlich bereits etablierte Kommunikationsnetzwerke genutzt wurden. Letztere fußten wohl kaum vorrangig auf sozialdemokratischen Organisationsstrukturen, denn die Bewohner dieser Viertel waren – wie vorne be-

²⁹ *StAHH* Nachlass Familie Lampl 12, Denkschrift v. 18. 7. 1919; *StAHH*, Polizeibehörde I 82,1, Vermerk des CdS v. 6. 10. 1919.

³⁰ *StAHH*, Kriegsakten des Senats Z II e 35d, Ber. v. 6. 7. 1922 (Abschrift). Vgl. zu den bis 1925 abgelieferten Waffen: Jahresbericht der Verwaltungsbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg 1925 (o. O. o. J.) 384 f.

reits gezeigt – weit seltener Anhänger der Hamburger Sozialdemokratie als es in hafenerferen Vierteln wie Barmbek oder Winterhude der Fall war. Auch das massive bewaffnete Vorgehen, das nachfolgend noch zu beschreiben sein wird, legt es nahe, dass zeitgenössische Politiker, Militärs und Polizisten hier weniger einzelne Gewalttaten bekämpften, sondern eine diffuse soziale Bewegung, die sie begrifflich nicht fassen und mit zeitgenössisch verbreiteten unpräzisen Begriffen wie Spartakisten o. ä. belegten. Jedoch gelang es weder der SPD noch der KPD diese kollektiven Proteste nachhaltig zu beeinflussen. Die Bewegung speiste sich aus anderen Quellen, zu denen wohl auch die landesweite Rätebewegung gehörte, mit der sie aber nicht identisch war³¹. Es ist zudem nicht von der Hand zu weisen, dass auch Impulse unionistisch-syndikalistischer Bewegungen aufgegriffen wurden, die weltweit im Aufschwung waren. Zumal Hamburg als internationaler Seehafen und als international vernetzte Stadt der Arbeiterbewegung offen war für solche transnationalen Einflüsse³².

Die urbane soziale Bewegung in den hafennahen Hamburger Arbeitervierteln lässt sich durch fünf Merkmale charakterisieren. Eine kleingruppungsgestützte „Versammlungsdemokratie“ bildete, erstens, das organisatorische Herzstück³³. Als wichtiges Strukturelement der intensiven Versammlungsaktivität, die diese Bewegung auf öffentlichen Straßen und Plätzen vor allem in hafennahen Arbeiterstadtteilen entfaltete, traten „Debattierklubs“ in Erscheinung. In diesen informellen Gruppierungen mischten sich Impulse aus den kleingruppenzentrierten Lebensmittelprotesten an der Heimatfront mit den Kleingruppenerfahrungen heimkehrender Arbeiter-Soldaten³⁴. In den „Debattierklubs“, in den Nachkriegsjahren eine überwiegend männliche Domäne, wurden nicht nur alltägliche Probleme, Tagesereignisse und Ernährungsfragen, sondern auch politische und arbeitsbezogene Themen diskutiert. Diese informellen Kleingruppen sammelten sich an nahezu allen Orten mit starkem Publikumsverkehr wie dem Rathausmarkt, dem

³¹ Vgl. dazu neben *Kluge*, *Revolution*, immer noch: *Gerald D. Feldman*, *Eberhard Kolb*, *Reinhard Rürup*, Die Massenbewegung der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: *Politische Vierteljahresschrift* 13 (1972) 84–105.

³² Vgl. *Steven Hirsch*, *Lucien van der Walt* (Hrsg.), *Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940. The praxis of national liberation, internationalism, and social revolution* (Leiden 2010); *Bert Altena*, Zur Analyse des revolutionären Syndikalismus, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 22 (1999) 5–35; *Dieter Nelles*, Syndikalismus und Unionismus in Deutschland. Neuere Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: *IWK* 31 (1995) 348–356; *Hartmut Rübner*, Arbeit, Milieu und Konfliktverhalten: Syndikalismus in der Schifffahrt bis in die 1930er Jahre, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit* 16 (2001) 165–212.

³³ Vgl. zum Begriff, dessen enge gewerkschaftsbezogene Interpretation ich jedoch nicht übernehme, *Dirk H. Müller*, *Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung* (Berlin 1985).

³⁴ Die Bildung hochvernetzter informeller Kleingruppen hat die neuere soziologische Gewaltforschung als wichtiges soldatisches Organisationsmuster herausgearbeitet; vgl. *Simisa Malesevic*, *The Sociology of War and Violence* (Cambridge u. a. 2010).

Hauptbahnhof oder in der hafennahen Gegend, also in der Nähe der alten Unterschicht- und Arbeiterquartiere.

Auf dem Rathausmarkt waren die von den „Debattierklubs“ strukturierten Versammlungsaktivitäten eng mit den Diskussionen und Entscheidungen im Rathaus als dem Hamburger Regierungs- und Parlamentssitz verknüpft. Ein zeitgenössischer Bericht resümierte:

„Bald nach der Revolution zeigten sich auf dem Rathausmarkt und in den anliegenden Straßen Ansammlungen von Menschen zum Meinungs austausch. Demonstrationen züge vor dem Rathaus waren keine seltene Erscheinung. Unzufriedene Bevölkerungsteile glaubten, den aufgestellten Forderungen am besten dadurch Nachdruck zu verschaffen, daß sie zu allen möglichen Tageszeiten, namentlich aber während der Sitzungen des Senats und der Bürgerschaft, in großen Zügen vor das Rathaus zogen, sich dort aufstellten, Wortführer zur Vertretung ihrer Forderungen in das Rathaus entsandten und, um das Ergebnis zu erfahren, bis zur Rückkehr der Abgeordneten warteten. Die zu Auseinandersetzungen Veranlassung gebenden Bescheide waren die Anfänge der sogenannten Debattierklubs.“³⁵

Zweitens ging es dieser kleingruppungsgestützten, versammlungsdemokratischen Bewegung als Nahziel um die Durchsetzung eines, wie ich es nennen möchte, „Recht auf die Straße“. Es umfasste eine uneingeschränkte Mobilität auf öffentlichen Straßen und Plätzen, wo sich die Akteure ungehindert bewegen, versammeln, Themen ihrer Wahl diskutieren und ggf. auch protestieren wollten. Im Mittelpunkt der Proteste dieser Bewegung standen die mit dem Übergang von einer Kriegs- auf eine Nachkriegswirtschaft verbundenen Probleme der Lebensmittelversorgung sowie der Arbeitslosigkeit. Dabei demonstrierten die Bewohner der hafennahen Arbeiterviertel allein durch ihre physische Präsenz ihre Anliegen auf Versammlungsdemokratie und auf die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit im Rahmen eines Rechts auf die Straße. Diese komplexe soziale Bewegung agierte seit der Revolution nicht nur selbstbewusst in hafennahen, sondern auch in angrenzenden Arbeitervierteln. In den unmittelbaren Nachkriegsmonaten endete ihre Reichweite jedoch nicht an den Grenzen der Arbeiterviertel. Vielmehr durchzogen Gruppen von Arbeitern und Soldaten auch bürgerliche Stadtteile und durchsuchten dort die Häuser nach Lebensmitteln und Waffen³⁶.

Drittens agierte diese kleingruppungsgestützte versammlungsdemokratisch ausgerichtete Bewegung nicht nur auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sondern erstreckte sich, speziell in den Jahren 1919/20, auch auf die Arbeitsplätze. Dort thematisierte eine arbeitsbezogene Versammlungsdemokratie auch betriebliche sowie Arbeitsmarktprobleme. Hier agierten die Beschäftigten ähnlich selbstbewusst wie auf öffentlichen Straßen und Plätzen, angetrieben von einem großen individuellen und kollektiven Gefühl der Stärke und von kreativen Ideen zur Umgestaltung des Arbeitsalltags im Sinne der Arbeiterschaft. Dieses Selbstbewusstsein

³⁵ Bericht (Nr. 78), Bericht 1, 7; ferner *StAHH*, Kriegsakten des Senats Z III, Ber. v. 9. 8. 1919. Ähnliches schildert noch für Januar 1920 *Schramm*, Neun Generationen 510f.

³⁶ Vgl. *Schramm*, Neun Generationen 498f. Diese Streifen und Durchsuchungen bildeten Kernbestandteile bürgerlicher Revolutionserinnerungen. Vgl. zu Wahrnehmungs- und Aktionsmustern des Bürgertums *Schumann*, Politische Gewalt.

speiste sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren, die für die Hafendarbeiter relativ gut benennbar sind³⁷. So war die Macht von Unternehmensvertretern und Vorarbeitern ungeachtet des Fortbestehens formaler Hierarchien am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt erodiert. Am Arbeitsplatz traten die Beschäftigten selbstbewusst ebenso den Anforderungen ihrer Vorgesetzten wie unkollegialem Verhalten entgegen. Zudem hielten sie teilweise bewusst ihre Arbeitsleistung zurück. Den Arbeitsmarkt organisierten die Hafendarbeiter nach ihren Vorstellungen. Vor allem wurden die wenigen vorhandenen Arbeitsgelegenheiten in eigener Regie gleichmäßig unter den vorhandenen Arbeitern aufgeteilt. Dabei diente das frühere Symbol der Unternehmermacht, die Arbeitskarte, mit der die Hafendarbeiterschaft in verschiedene Kategorien (feste, unständig und aushilfsweise Beschäftigte) unterteilt worden war, nun als Basis dieser solidarischen Regelungen.

Die Werftbeschäftigten, vor allem die Arbeiter der Vulcan Werft, agierten ähnlich offensiv und selbstbewusst. Die Meister hatten kaum noch etwas zu sagen. Die Arbeiter trafen sich zu zahlreichen ungenehmigten Versammlungen im Betrieb, diskutierten dort intensiv, besonders über politische Themen, oder blieben „stundenlang plaudernd in Bretterbuden und sonstigen Verstecken sitzen“ und wurden dort „nicht selten beim Kartenspiel getroffen, ja sogar beim Schachspiel“³⁸. Zudem verschafften sie sich viele Arbeitspausen, hielten ihre Arbeitsleistung zurück, die Anwesenheitskarten auch von abwesenden Kollegen wurden mit abgestempelt und brauchbare werfteigene Metallgegenstände auf dem Schwarzmarkt verkauft. Die von Hafen- und Werftarbeitern 1919/20 praktizierte hochkommunikative, kleingruppengestützte, arbeitsbezogene Versammlungsdemokratie wurde von Vertretern aus der Unternehmerschaft, Verwaltung und Politik ebenso kritisiert wie von sozialdemokratischen Funktionären.

Auch das Freihafengebiet wurde mit dem Eintreffen alliierter Lebensmittelschiffe im März 1919 zum Tätigkeitsfeld dieser sozialen Bewegung. So wurde der Freihafen zu einem dauernden Unruheherd. Die bei der Entladung dieser Schiffe beschäftigten Hafendarbeiter eigneten sich selbstverständlich Lebensmittel aus der Ladung an, nutzen sie für sich oder handelten offen damit. An den Kais, in den angrenzenden Schuppen sowie auf den Straßen des Hafengebiets herrschte ein dauerndes Kommen und Gehen. Das Freihafengebiet war quasi ein Vorfeld der innerstädtischen Märkte geworden. Am Freihafen eskalierte die Situation, als am 11. Juni 1919 abends uniformierte Bahrenfelder Freiwillige für scharfe Kontrollen an den St. Pauli-Landungsbrücken eingesetzt wurden, worauf die im Umschlag beschäftigten Schauerleute die Arbeit niederlegten, mit ca. 2000 Mann zum Rathausmarkt zogen und dort den Abzug der Truppen forderten, da sie sich durch sie in „ihrer Arbeiterehre schwer verletzt“ fühlten³⁹. Eine etwa 3000-köpfige Ver-

³⁷ Vgl. dazu *Weinhauer*, Alltag, bes. 197–203.

³⁸ Vgl. dazu mit weiteren Beispielen *StAHH*, Kriegsakten des Senats Z III z, Ber. v. Dezember 1919. Zwar mag dieser Bericht der Werftleitung überzogen sein, er schildert jedoch grundlegende Tendenzen.

³⁹ HE 266, 13. 6. 1919; NHZ 294, 12. 6. 1919.

sammlung unterstrich diese Forderungen und verlangte zudem die vollständige Bewegungsfreiheit im Hafengebiet, da man nicht in Käfigen arbeiten wolle. Am 20. Juni 1919 wurde im Freihafen für einige Tage sogar der Belagerungszustand ausgerufen, und es wurden Sonderausweise eingeführt.

Bis zum Ende der Inflation im Jahre 1923 entstanden an den Zugängen zum Freihafen immer wieder gewaltsame Konfrontationen zwischen Arbeitern und uniformiertem Kontrollpersonal von Zoll oder Polizei⁴⁰. Bis etwa Ende 1920 schlossen sich die Arbeiter vor dem Passieren der Freihafenzugänge oft in Gruppen zusammen, um sich vor – wie sie meinten – entwürdigenden Kontrollen zu schützen. Es kam mal um mal zu einer regelrechten „Speckschlacht“⁴¹. In den folgenden Inflationsjahren gab es weniger kollektive Gegenmaßnahmen als viele einzeln verübte Diebstähle und mehr oder weniger kreative Versuche, die entwendeten Güter durch die Kontrollen zu bringen. Insgesamt gesehen kommunizierten die Hafendarbeiter mit den Diebstählen sowie ihren kollektiven oder individuellen Schutzmaßnahmen als Arbeiter, Konsumenten und Stadtbewohner: Wenn sie schon schwere Arbeit auf den Lebensmittelschiffen zu niedrigen Löhnen verrichten sollten, glaubten sie zumindest Anspruch zu haben, diese durch Naturalien aufzubessern, deren Nutzung nicht durch beschränkte Bewegungsfreiheit eingengt werden durfte.

Viertens war das Fernziel der versammlungsdemokratischen sozialen Bewegung für das Recht auf die Straße die Errichtung lokaler Ordnungen – verstanden als praktische Handlungsorientierung und als Vision – im Stadtteil sowie an den Arbeitsplätzen. In diesen lokalen Ordnungen ging es weniger um abstrakte gesamtstaatliche bzw. gesamtgesellschaftliche Transformationen als um die Strukturierung des sozialen Nahraums. In Abgrenzung zu denjenigen Akteuren, die sich explizit an gesamtgesellschaftlichen bzw. gesamtstaatlichen Perspektiven ausrichteten (u. a. Politiker, Polizisten, Parteien), orientierten sich die Handlungsmuster und Visionen dieser Bewegungsakteure an spezifisch lokalen Problemhorizonten. Diese lokale Orientierung konnte zwar indirekt auch Perspektiven für eine gesamtgesellschaftliche Neuordnung eröffnen, musste dies aber nicht. Gleichzeitig barg die lokale Ausrichtung durchaus auch Probleme. So wurden bei Stadtteilprotesten durchaus auch antisemitische Stereotype artikuliert und an den Arbeitsplätzen bisweilen nur die Einstellung lokal ansässiger Arbeiter gefordert⁴².

Fünftens handelt es sich bei diesem kollektiven Akteur, der seit der Revolution vom November 1918 vor allem in den hafennahen Hamburger Arbeitervierteln sichtbar wurde, das soll hier nochmals gesondert betont werden, nicht nur um eine soziale Bewegung, sondern um eine urbane soziale Bewegung, wie sie von Manuel Castells definiert wurde. Diese Klassifikation fußt darauf, dass diese Bewegung nicht nur politische, konsum-, arbeits- und stadtbezogene Forderungen

⁴⁰ Vgl. dazu *Weinhauer*, Alltag 357–370.

⁴¹ *StAHH*, Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe II 165e, Mitteilung v. 12. 6. 1919.

⁴² Vgl. dazu *Weinhauer*, Konflikte; *ders.*, Alltag 212.

vereinte, sondern auch lokal (auf Stadtteil und Arbeitsplatz) orientiert war und für ein Recht auf die (städtische) Straße eintrat, um so die Nutzung der Stadt in ihrem Sinne zu verändern. Diese versammlungsdemokratisch legitimierte straßen- und stadtteil- bzw. arbeitsbezogene urbane soziale Bewegung prägte bis 1920 die Selbsthilfegesellschaft der hafennahen Stadtviertel. Dieser Typus ist zu unterscheiden von der späteren inflationsgespeisten und individualisierten Ausprägung dieser Gesellschaftsform, wie sie M. Geyer für Münchener Stadtteile brillant herausgearbeitet hat⁴³. Mit Blick auf die Breite der Forderungen und angesichts der lokalen Verankerung in Arbeitervierteln sowie an den Arbeitsplätzen, bleibt zu fragen, ob sich das Hamburger KPD-Milieu sowie die in Hamburg stark vertretene Anhängerenschaft der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschland (KAPD) nicht nur aus dem sozialdemokratischen Milieu, sondern auch aus dieser urbanen sozialen Bewegung rekrutierte⁴⁴.

3.3. *Versammlungsdemokratie und „Recht auf die Straße“ zwischen Karneval und Stacheldraht*

3.3.1. Straßenproteste in Hamburg 1919: Praxis, Wahrnehmung, Bekämpfung

Das selbstbewusste und hochmobile Treiben der versammlungsdemokratischen, lokal orientierten, urbanen sozialen Bewegung mit ihren Protesten und dem nachhaltig eingeforderten Recht auf die Straße war den regierenden Hamburger Politikern ebenso wie den staatlichen Gewaltorganisationen zutiefst suspekt. Staatliche Akteure interpretierten diese Aktivitäten nicht als Bemühungen für lokale Ordnung, sondern als Bedrohung der Sicherheit des neuen Staates; es ging ihnen also nicht nur um die Herstellung von Ruhe und Ordnung, sondern um die Sicherung der Autorität des Staates. Die Bekämpfung der Protestaktivitäten orientierte sich, wie an anderen Beispielen bereits gezeigt wurde⁴⁵, an den Vorkriegsverhältnissen. Die Frage war jedoch, welche staatlichen Institutionen konnten diesen Kampf um die (alte) Straßenordnung führen? Allein vor dem Hintergrund der organisatorischen und politischen Zersplitterung staatlicher Gewaltinstitutionen erwies es sich als sehr schwierig, die staatlichen Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung der Versammlungsdemokratie sowie zur Einengung des Rechts auf die Straße umzusetzen. Immer wieder entstanden dabei gewaltsame Konfrontationen, denen im Folgenden nachgegangen wird. Zwar ist das Einschreiten der Polizei für die Großeinsätze aus Anlass der „Märzaktion“ der KPD im Jahre 1921 sowie für den Aufstandsversuch im Oktober 1923 in großen Zügen untersucht wor-

⁴³ Vgl. *Martin H. Geyer*, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914–1924* (Göttingen 1998).

⁴⁴ Vgl. zur Vernetzung des Milieus der SPD und KPD *Klaus-Michael Mallmann*, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung* (Darmstadt 1996).

⁴⁵ Vgl. *Richard Bessel*, *Germany after the First World War* (Oxford 1993).

den⁴⁶. Wie agierte sie jedoch bei nicht so dramatischen Anlässen; gab es hier vielleicht ein weniger gewaltsames Vorgehen?

In der urbanen sozialen Bewegung in den hafennahen Hamburger Stadtteilen agierten auch Arbeitslose. Seit Anfang 1919 mehrten sich deren kollektive Proteste⁴⁷. Ihnen ging es sowohl um die (Wieder-)Beschäftigung als auch um die Erhöhung der Unterstützungssätze und um Sicherung einer auskömmlichen Ernährung. Ihre Proteste entstanden zwar nicht in einzelnen Stadtvierteln, sondern entwickelten sich im Umfeld der großen Versammlungsorte (Heiligengeistfeld) bzw. der Versammlungslokale, die Protestierenden reklamierten aber das Recht auf die Straße ebenso wie die Bewohnerinnen und Bewohner der Arbeiterstadtteile. Die Arbeitslosenprotestzüge bewegten sich oft von den Versammlungsorten zum Rathaus. Auf diesem Weg durch hafennahe Arbeiterstadtteile schlossen sich ihnen Menschen aus diesen Vierteln an. Diese heterogenen Protestzüge richteten ihre gewaltsamen Aktionen bisweilen selbstbewusst gegen die öffentlich sichtbaren Orte des Luxuskonsums, die teilweise zerstört und gewaltsam geplündert wurden. In einer oft karnevalesk-ausgelassenen Stimmung wurde dort dann gemeinsam Kuchen und andere Luxusnahrungsmittel verzehrt, wie dies zu Jahresbeginn 1919 am Symbol beladenen Hamburger Alsterpavillon geschah⁴⁸. Das war der Ort, an dem sich die höheren Hamburger Gesellschaftsschichten trafen und ihren Luxuskonsum demonstrierten. Die Hamburger Presse, von sozialdemokratischen bis hin zu bürgerlichen Blättern, kritisierte diese Ausschreitungen zwar, sah hierin jedoch keine politisch bedrohlichen Aktivitäten, sondern klassifizierte sie als Ausdruck der Abenteuer- und Raublust „Halbstarker“ oder des „Mob“⁴⁹. Von den Protestierenden wurden Maßnahmen der Sicherheitswehr und der gemeinsam agierenden Schutzleute akzeptiert – oder zumindest wohlwollend ignoriert, es kam jedenfalls zu keinen nennenswerten gewaltsamen Konfrontationen.

Nachdem Freikorpsverbände in der Nachbarstadt Bremen im Februar 1919 die dortige Räterepublik blutig niedergeschlagen hatten⁵⁰ und in Hamburg als Gegenmaßnahme die Bewaffnung der Arbeiterschaft diskutiert und teilweise auch praktiziert worden war, bargen kollektive Proteste jedoch ein weit stärkeres Eskalationspotenzial. So entwickelten sich an den Ostertagen im April 1919 gewalt-

⁴⁶ Vgl. *Christian Knatz*, „Ein Heer im grünen Rock“? Der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik (Berlin 2000); *Schumann*, Politische Gewalt 109–142; zum Polizeieinsatz in Hamburg im Oktober 1923 vgl. *Danner*, Ordnungspolizei 74–106.

⁴⁷ Vgl. zu Hamburg *Sven Philipski*, Ernährungsnot und sozialer Protest. Die Hamburger Sülzeunruhen 1919 (Norderstedt 2010) 45–51; *Uwe Schulte-Varendorff*, Die Hungerunruhen in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution (Hamburg 2010).

⁴⁸ Vgl. dazu *Philipski*, Ernährungsnot und sozialer Protest 45 f.; sowie *Karl Christian Fühner*, Solidarität und Magenfrage – Arbeitslosenproteste und Arbeitslosenräte in Hamburg 1918–1923, in: 1999, 6/2 (1991) 11–33.

⁴⁹ NHZ 195, 16. 4. 1919; HE 177, 16. 4. 1919; HFr 196, 16. 4. 1919; ferner *Philipski*, Ernährungsnot und sozialer Protest 49.

⁵⁰ Vgl. dazu *Peter Kuckuk*, Bremen in der Deutschen Revolution 1918–1919. Revolution, Räterepublik, Restauration (Bremen 1986).

same Proteste in Hamburger Arbeitervierteln sowie im Umfeld des Hamburger Rathauses. Es kam zu Schießereien an Polizeiwachen in St. Pauli, in der Innenstadt und in Hammerbrook sowie zu Überfällen auf Gefängnisse, wo versucht wurde, Gefangene zu befreien. Die frisch gewählte Hamburger Regierung verhängte den Ausnahmezustand (23. bis 30. April), versehen mit einer Sperrstunde und einem Versammlungsverbot sowie mit scharfen Restriktionen, nach denen Plünderer auf der Stelle erschossen werden konnten⁵¹. Für die konservative Hamburger Presse hatte „Spartacus sein Haupt ... in frecher Weise erhoben“⁵². Einige Blätter sprachen zwar nur von „einer Menge raubsüchtigen Gesindels“. Aber auch sie suchten nach dem Plan hinter all den kollektiven Aktivitäten. Für das sozialdemokratische *Hamburger Echo* handelte es sich um „Elemente, die von der Freiheit keinen Gebrauch zu machen verstehen, die beherrscht sein müssen“, die nicht den Willen hätten, „in Gemeinschaft ihrer Mitmenschen nach elementarsten Ordnungsgesetzen zu leben“⁵³.

Vor allem wurde bei diesen Einsätzen erstmals eine symbolisch wichtige Grenze überschritten: Denn nun wurden nicht allein Polizei und Volkswehr, zuvor Sicherheitswehr genannt, eingesetzt, sondern erstmals auch etwa 600 uniformierte Zeitfreiwillige der „Freiwilligen Wachabteilung Bahrenfeld“. Insgesamt starben bei diesen Osterunruhen 18 Menschen, darunter sechs Plünderer, die auf der Stelle erschossen wurden⁵⁴. Das aktive Eingreifen der Bahrenfelder markiert einen Umschlagspunkt im Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und den Institutionen des staatlichen Gewaltmonopols. Diese Truppe brachte zum einen Relikte des Krieges und des Militarismus zurück in die Innenpolitik sowie in die Stadt. Sie trugen militärische Uniformen und Stahlhelme. Zudem wurde gerade diese Einheit eingesetzt, um das Arbeiterquartier St. Pauli („St. Pauli im Drahtverhau“⁵⁵) sowie das dichtbebaute Gängeviertel der Neustadt zu durchsuchen und durch Stacheldrahtverhaue abzuriegeln, um die Bewegungsfreiheit der Bewohner dieser Viertel einzuengen⁵⁶.

Eskalationsmuster, die durch das Eingreifen der Freikorpseinheit bestimmt waren, prägten auch die „Sülzeunruhen“ vom 23.–25. Juni 1919. Hier ging es Politikern, Militärs und Polizisten noch weit mehr als zuvor um die Sicherheit des Staates. Es herrschte zeitweise „Krieg auf der Straße“⁵⁷. Am Ende dieser Unruhen blieben 26 tote Zivilisten und 16 tote uniformierte Sicherheitskräfte zurück, hinzu kamen noch 42 verwundete Bahrenfelder. Zu Beginn der Proteste am 23. Juni 1919, verbreitete sich das Gerücht, die Firma Heil verkaufe verdorbene und min-

⁵¹ HE 192, 26. 4. 1919.

⁵² HC 203, 22. 4. 1919; ähnlich HN 203, 22. 4. 1919: „Spartacus in Hamburg“; NHZ 203, 22. 4. 1919.

⁵³ HFr 203, 22. 4. 1919; NHZ 204, 22. 4. 1919; HE 185, 23. 4. 1919.

⁵⁴ *Philipski*, Ernährungsnot und sozialer Protest 51.

⁵⁵ HFr 208, 24. 4. 1919.

⁵⁶ Vgl. HE 192, 26. 4. 1919.

⁵⁷ HN 25. 6. 1919, zitiert nach *Philipski*, Ernährungsnot und sozialer Protest 92.

derwertige Sülze⁵⁸. Da die lokale Ordnung der Lebensmittelversorgung bedroht schien, sammelte sich schnell eine Menschenmenge (ca. 200 Personen), die zur Kontrolle in die Fabrik eindrang. Diese Menge bestand nicht nur aus Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern auch aus Mitgliedern bürgerlicher Schichten. Es kam zu symbolischen Bestrafungen. So wurde Firmenchef Heil in die Alster geworfen. Angestellte der Firma wurden zu Fuß oder per Wagen durch die Stadt geschleppt, wo sie auf dem Rathausmarkt öffentlich gezeigt wurden. Der Werkleiter musste dort ein Schild tragen: ‚Ich bin der Meister‘ und dabei die hergestellte Sülze essen. Zu diesem Zeitpunkt hatten staatliche Institutionen noch das Vertrauen der Protestierenden, die vertikalen Kommunikationskanäle zu den lokalen politischen Autoritäten waren also noch intakt. Denn die Protestierenden gaben sich zufrieden, als der Leiter der Kripo und später ein Hauptmann der sozialdemokratischen Kommandantur versprachen, die Dinge zu klären und Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen.

Diese vertrauensbasierte Kommunikation erodierte jedoch, als am Abend des 24. Juni 1919 die vom sozialdemokratischen Stadtkommandanten Lamp’l erneut angeforderten etwa 150 Bahrenfelder Zeitfreiwilligen mit Stahlhelm und MG bewaffnet in die Stadt einrückten und im Rathaus Quartier bezogen. Waren letztere schon auf dem Weg zum Rathaus angegriffen worden, so kam es am nächsten Morgen zur Beschießung und Belagerung des Rathauses. Schließlich entbrannten Kämpfe in der gesamten Hamburger Innenstadt. Erneut wurde der Belagerungszustand verhängt (25. 6.). Beide Seiten standen sich misstrauisch und unversöhnlich gegenüber. Nun blieb es nicht mehr bei symbolischen Bestrafungen und der damit verbundenen Wiederherstellung der lokalen Ordnung im Stadtteil. Vielmehr war das Vertrauen in die politischen Institutionen der Hansestadt und in ihre Vertreter erodiert. Menschenmengen zogen nicht nur vor das Rathaus und zum umliegenden Rathausmarkt, sondern richteten ihre gewaltsamen Aktionen jetzt auch gegen den Sitz der Polizei im Stadthaus und gegen das Untersuchungsgefängnis, wo die Freilassung politischer Gefangener gefordert wurde, was auch gelang.

Hamburger Politiker, Verwaltungsbeamte und Polizisten beschrieben rückblickend die versammlungsdemokratischen Ereignisse und Straßenproteste vom Juni 1919 mit militärischem Vokabular⁵⁹: Von politischer und polizeilicher Seite wurde befürchtet, dass das „Rathaus gestürmt“ bzw. dessen (planmäßige) „Belagerung“ durchgeführt werde. Es entstand der Eindruck, man könne den Regierungssitz „nicht mehr lange halten“ und er sei „zu entsetzen“. Berichtet wurde auch über einen Zugang zum Rathausmarkt, der „unter Feuer lag“. Schließlich kamen Gedanken auf, ob ein „Nahkampf“ zu riskieren sei und ob dabei von der Menge „Beamte in Stücke gerissen würden“. Allgegenwärtig war eine mehr oder weniger große „Menge“ oder „Menschenmenge“, die hier als ein einziger Akteure agierte: So hieß es: „Die Menschenmenge warf sich auf die Lastautos und steckte sie in

⁵⁸ Bericht (Nr. 78) vom Dezember 1920.

⁵⁹ Vgl. zum Folgenden Bericht (Nr. 78) vom Dezember 1920.

Brand.“ Zudem wurde dauernd diskutiert, ob die Unruhen im Voraus geplant und gezielt geschürt worden waren.

Diese verfahrenere Situation, in der Politiker und Polizisten in militärischen Wahrnehmungen gefangen waren und die Akteure der urbanen sozialen Bewegung das Vertrauen in die lokale Politik verloren hatten, wurde interessanterweise weniger durch parteipolitische Akteure, als durch betriebliche Initiativen gelöst, denen sich Bürgerschaftsmitglieder der USPD anschlossen. Zum einen gelang es einer betriebsbasierten Koalition, einen Waffenstillstand sowie die Räumung des Rathauses auszuhandeln. Zum anderen sollte die öffentliche Ruhe und Ordnung von der sozialdemokratischen Volkswehr unter Aufsicht der Betriebsräte gesichert werden. Drittens beschlossen Versammlungen, die von Betriebsräten, USPD und KPD am Abend des 25. Juni 1919 einberufen worden waren, die Entwaffnung der Arbeiterschaft in Angriff zu nehmen⁶⁰. Wie diese Entwicklungen zeigen, konnten betriebliche Interessensvertreter zu dieser Zeit soziale Konflikte besser schlichten als parteipolitische Akteure. Die versammlungsdemokratischen Aktivitäten am Arbeitsplatz sowie das dort entwickelte Gefühl kollektiver Stärke waren also nicht nur Quelle der Unordnung, wie Unternehmensvertreter nicht müde wurden zu betonen.

Allerdings verpufften diese Lösungsansätze, als Reichwehrminister Noske den ehemaligen Kommandeur der Schutztruppen von Deutsch-Ostafrika Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck am 27. Juni nach Hamburg schickte⁶¹. Seine der Reichswehr unterstellten Truppen rückten am 1. Juli 1919 mit 10000 Mann Geschützen, MGs, Minenwerfern und Panzerfahrzeugen in die Stadt ein. Durch die Bemühungen aller Arbeiterparteien (auch der KPD) blieb es zwar ruhig in Hamburg. Jedoch wurden die einrückenden Truppen teilweise beschossen und belästigt; sie antworteten mit scharfen Schüssen und Handgranaten. Es gab weitere fünf Tote⁶². Lettow-Vorbeck hatte nun für fast zwei Monate lang die vollziehende militärische und zivile Gewalt in Hamburg inne. Er wurde bis August zum „Herrscher Hamburgs“⁶³. Offiziell sollte er zwei Aufgaben erfüllen: die Neuaufstellung von Polizeieinheiten vorantreiben und den inneren Frieden in Hamburg durch Entwaffnung der Arbeiterschaft sichern. Zunächst engten seine Truppen die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum ein, indem sie strategisch wichtige Punkte besetzten, durch Drahtverhaue und MG-Stellungen sicherten. Nach dieser Einhegung der urbanen sozialen Bewegung wurde die Entwaffnung der Arbeiterschaft vorangetrieben und zur Ahndung der Unruhen in der ersten Jahreshälfte ein

⁶⁰ *Philpski*, Ernährungsnot und sozialer Protest 101 f.; *Schulte-Varendorff*, Hungerunruhen 105 f.

⁶¹ *Eckard Michels*, „Der Held von Deutsch-Ostafrika“. Paul von Lettow-Vorbeck. Ein preußischer Kolonialoffizier (Paderborn u.a. 2008) 271–277, 262 (politische Haltung und Gespräch mit Noske); *Uwe Schulte-Varendorff*, Kolonialheld für Kaiser und Führer. General Lettow-Vorbeck (Berlin 2006) 79–82; *Sandra Maß*, Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918–1964 (Köln u.a. 2006) bes. 40–47.

⁶² *Schulte-Varendorff*, Hungerunruhen 136 ff.

⁶³ *Michels*, „Der Held von Deutsch-Ostafrika“ 271.

außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt, das nach 3441 Ermittlungsfällen 290 Personen verurteilte.

Die Bemühungen zur Reorganisation der Polizei bekamen nach dem Einmarsch von Lettow-Vorbeck einen neuen Impuls, der vollends in eine militärische Richtung ging. Demokratische Gremien wurden an diesem Prozess nicht wirklich beteiligt, sondern – wenn überhaupt – allenfalls über vollendete Tatsachen auf organisatorischem oder personellem Gebiet informiert⁶⁴. Die organisatorisch-ideologischen Grundlagen des Neuaufbaus formulierte eine Denkschrift vom 16. Juli 1919, in der die Notwendigkeit des Aufbaus einer schwer bewaffneten kasernierten „Sicherheitspolizei“ in Stärke von gut 5000 Mann begründet wurde⁶⁵. Der Kern der Mannschaften bestand aus afrikanischen Schutztruppensoldaten, die mit Lettow-Vorbeck in Hamburg eingerückt waren. Insgesamt traten zwei der drei in Hamburg anwesenden Schutztruppen-Regimenter in die Hamburger Polizei über. 1919 wechselten bereits etwa 150 Kolonialkriegsveteranen in die Hamburger Polizei⁶⁶. Diese gänzlich neue Polizeiformation, die Sicherheitspolizei, sollte vorrangig gegen innere Unruhen eingesetzt werden.

Vor allem mit Blick auf die schwere Bewaffnung verfügten die Alliierten mit der Note von Boulogne am 22. Juni 1920 jedoch die Auflösung der Sicherheitspolizei im Deutschen Reich. Später wurde auch die Abschaffung der Einwohnerwehr befohlen. Wie in anderen Ländern, so erhoben sich auch in Hamburg warnende Stimmen, die mahnten, das Vorgehen der von „Rachsucht geblendeten Feinde“ erfordere ein enges Zusammenstehen, denn wer die Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr „abschaffen will, ist ein Totengräber des Vaterlandes“⁶⁷. Auch in Hamburg wurden die alliierten Vorgaben nur widerwillig umgesetzt. Mit dem 10. September 1920 wurde die Sicherheitspolizei in „Ordnungspolizei“ umbenannt, wobei die meisten Beamten übernommen wurden. Unter dem Dach der Ordnungspolizei existierten die blau uniformierte ehemalige Schutzmannschaft und die grün berockte Sicherheitspolizei, zumeist in kasernierten Einheiten zusammengefasst, nebeneinander; die Zusammenführung ihrer Dienstauffassungen und -erfahrungen bildete eine Herausforderung, die bis zum Ende der Weimarer Republik kaum bewältigt werden konnte⁶⁸. Übernommen wurden aber nicht nur das Personal der Sicherheitspolizei, sondern auch viele (schwere) Waffen. Besonders von ihren Gewehren und von den Maschinengewehren „trennten sich die Beamten nur sehr ungern“. Somit entstanden zahlreiche „schwarze Waffenlager an möglichen und unmöglichen Stellen“⁶⁹. Auch auf den Polizeiwachen wurden viele Gewehre gelagert, da man sie dort vor alliierten Kontrollen sicherer wählte als in Kasernen.

⁶⁴ Vgl. zur Kritik daran *StAHH*, Polizeibehörde I, 319, Protokoll der Sitzung von Vertretern der Polizeibehörde mit deren bürgerschaftlichen Mitgliedern v. 5. 8. 1919 (Kritik durch Schädlich und Paepflow).

⁶⁵ *Danner*, Ordnungspolizei 26–30.

⁶⁶ *Michels*, „Der Held von Deutsch-Ostafrika“ 276.

⁶⁷ *StAHH*, Polizeibehörde I 896, Ber. des CdS vom 6. 7. 1920.

⁶⁸ Vgl. dazu *Fangmann*; *Reifner*; *Steinborn*, „Parteisoldaten“.

⁶⁹ *Danner*, Ordnungspolizei 30.

Durch diese Waffenbestände wurden Polizeiwachen bei politischen Unruhen zu einem wichtigen Ziel.

3.3.2. Lebensmittelproteste im Juni 1920 zwischen lokaler Ordnung und Staatsumsturz

Im Juni 1920 entstanden in Hamburg, ähnlich wie in anderen deutschen Städten, Lebensmittelproteste, die sich besonders gegen die Verteuerung von Gemüse und von Schuhen wandten. Inzwischen hatten zwar auch einige besser situierte Bürgerinnen und Bürger den Respekt vor fremdem Eigentum abgelegt und beteiligten sich an Plünderungen von Warenhäusern wie Karstadt⁷⁰. Jedoch lagen die Zentren der Unruhen in den Arbeitervierteln St. Pauli, später auch in Barmbek und Eimsbüttel. In polizeilicher Einschätzung agierten in der hafennahen Gegend bisweilen Gruppen von 8–10000 Menschen⁷¹. Die Protestakteure der urbanen sozialen Bewegung zogen nun allerdings nicht mehr zum Rathaus oder zu anderen staatlichen Institutionen, da das Vertrauen in die politischen Akteure offenbar erodiert war. Vielmehr regelten sie die von ihnen aktuell als drängend empfundenen Versorgungsprobleme nun völlig eigenständig unter Nutzung lokaler Kommunikationsnetzwerke. Als Ausdruck dieses selbstbewussten Strebens nach versammlungsdemokratisch fundierter lokaler Ordnung streiften kleine Gruppen männlicher und weiblicher Personen am 26. Juni 1920 durch die hafennahen Innenstadtteile. Kaum hatte dort ein Markt geöffnet, wurde zunächst das Preisniveau für Obst und Gemüse überprüft und dann, orientiert an den niedrigsten Preisen der jeweiligen Warengruppe, gegebenenfalls herabgesetzt. Anschließend wurde der Verkauf durch Schlangestehen organisiert. Ähnliche Abläufe zeigten sich in den umliegenden Grünwarenläden. Viele Händler akzeptierten – sehr zum Leidwesen der Polizei – das Vorgehen der lokalen Ordnungsakteure⁷². Später weiteten sich diese Proteste in andere Stadtteile aus, waren dort aber weniger organisiert⁷³.

Die Reaktionen von Politikern und Sicherheitsinstitutionen folgten dem bekannten Muster; sie sahen die Sicherheit des gesamten Staates durch einen bevorstehenden kommunistischen Putsch bedroht⁷⁴. So wurde in Hamburg erneut der Ausnahmezustand verhängt, nun vom 27. Juni bis zum 2. August 1920, der Rathausmarkt wieder durch Stacheldraht und Spanische Reiter abgesperrt. Die dort und an anderen Regierungsgebäuden eingesetzten Polizisten trugen Stahlhelme und Handgranaten⁷⁵. Ansammlungen von mehr als drei Personen waren verboten und die Sicherheitsorgane angewiesen, „mit aller Schärfe vorzugehen“⁷⁶. Lösten

⁷⁰ *StAHH*, Polizeibehörde I 896, Ber. der Sicherheitspolizei, Abteilung Land v. 27. 6. 1920 (v. a. Ber. der II. Abteilung). Vgl. für die Provinz Sachsen *Schumann*, Politische Gewalt 104f.

⁷¹ *StAHH*, Polizeibörde I 896, Ber. des CdS v. 6. 7. 1920; ebd., Ber. v. 27. 7. 1920.

⁷² Vgl. *StAHH*, Polizeibehörde I 896, Ber. des CdS v. 6. 7. 1920; HC 311, 26. 6. 1920; HC 314, 29. 6. 1920.

⁷³ HC 311, 26. 6. 1920.

⁷⁴ GA 148, 28. 6. 1920.

⁷⁵ GA 149, 29. 6. 1920.

⁷⁶ Vgl. HC 313, 28. 6. 1920.

sich diese Ansammlungen, im Polizeijargon „Mengen“ oder „Massen“, nicht sofort auf, war „rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen“.

Schutzmannschaft, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr gingen im Juni 1920 gemeinsam vor. In den weniger dicht bebauten und vom politischen Zentrum weiter entfernten Stadtteilen konnte sich die Polizei oft ohne Waffeneinsatz durchsetzen. Als die Polizei St. Pauli sowie die hafennahen Teile Eimsbüttels mit einem großen Personalaufgebot durchsuchte, kamen auf St. Pauli zeitweilig „Tausende von Menschen“ zusammen⁷⁷. Hier wurden Ansammlungen und Debattierclubs, wiederholt durch „energisches Eingreifen und mit dem Kolben“ (= Gewehrkolben) aufgelöst⁷⁸. Bisweilen wurden Warnschüsse oder gar scharfe Schüsse abgegeben und vereinzelt auch Handgranaten geworfen⁷⁹. So kann es kaum verwundern, dass auch am Ende dieser als staatsbedrohend interpretierten Proteste fünf Tote auf der Strecke blieben⁸⁰. 78 Personen wurden verhaftet⁸¹. Unter den Toten waren auch unbeteiligte Passanten. Zudem erschoss die Einwohnerwehr einen Klempnermeister, der seine Werkstatt vor Einbrechern schützen wollte⁸².

4. Protest, kollektive Gewalt und Polizei in Hamburg 1921–1933

4.1. *„Auf offene Fenster wird geschossen“: Die „Märzaktion“ der KPD von 1921 zwischen lokaler Versammlungsdemokratie und Polizeikampf*

Bis 1923 zerfiel die straßen- und stadtteilorientierte Versammlungsdemokratie und mit ihr die davon getragene urbane soziale Bewegung. Ähnliches gilt für den betrieblichen Sektor an den Arbeitsplätzen und auf dem Arbeitsmarkt; auch hier erodierte das Gefühl kollektiver Stärke innerhalb der Arbeiterschaft. Auf städtischer Ebene wurden diese einschneidenden Veränderungen durch mehrere Faktoren vorangetrieben. Grundsätzlich traten nun auch in Hamburg die Auswirkungen der Inflation in den proletarischen Stadtteilen ähnlich wie in den Betrieben, an den Arbeitsplätzen und auf dem Arbeitsmarkt deutlich zutage. Die Absicherung des individuellen Überlebens gewann höchste Priorität⁸³. Die „Märzaktion“⁸⁴ der Hamburger KPD vom 23. März 1921 förderte den Zerfall der urbanen sozialen

⁷⁷ HC 314, 29. 6. 1920.

⁷⁸ *StAHH*, Polizeibehörde I 896, Ber. über die Vorgänge in Barmbek, 27. 6. 1920. Der Einsatz von Gewehrkolben war im Manuskript nachträglich unterstrichen und mit „Gut“ kommentiert.

⁷⁹ Vgl. HC 313, 28. 6. 1920.

⁸⁰ HC 314, 29. 6. 1920.

⁸¹ Vgl. HC 313, 28. 6. 1920.

⁸² Vgl. HC 317, 30. 6. 1920.

⁸³ Vgl. zu betrieblichen Entwicklungen *Weinbauer*, *Alltag* 222–246.

⁸⁴ Vgl. dazu *Sigrid Koch-Baumgarten*, *Der Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921* (Frankfurt a. M., New York 1986) bes. 178–214; *Danner*, *Ordnungspolizei* 49–52.

Bewegung massiv. Die Hauptaktivitäten des März 1921 dauerten zwar nur etwa 24 Stunden, forderten aber zwischen 20 und 30 Tote (darunter war ein Polizist), die zumeist zwischen 18 und 20 Jahre alt und oft nur als Neugierige präsent gewesen waren. Zudem gab es über 30 teilweise schwer Verletzte⁸⁵. Die Hamburger Arbeiterschaft war seit dieser Aktion am Arbeitsplatz sowie in den hafennahen Wohnvierteln zunehmend polarisiert und politisch gespalten. Diese Tendenz zeigte sich auch in den Betriebs- und Wohnortversammlungen von SPD und USPD auf der einen sowie der KPD auf der anderen Seite. Hier wurde das Vorgehen der jeweils anderen Seite scharf verurteilt.

Ordnet man die Unruhen vom März 1921, die bislang fast ausschließlich aus parteipolitischer Perspektive analysiert wurden, in die Geschichte kollektiver Straßengewalt im Hamburg der Nachkriegsjahre ein, unterscheiden sich die Ereignisse vom Ablauf zwar kaum von früheren Zusammenstößen zwischen Menschenansammlungen und Polizei. Jedoch verschärfen vier Faktoren die Lage. Zum einen war das allgemeine politische Klima inzwischen sehr aufgeheizt. Denn Hamburger Politiker, die Presse und auch die eingesetzten Polizisten erwarteten nicht nur einen regionalen, sondern einen landesweit organisierten politischen Umsturz; dagegen sollte entschlossen vorgegangen werden⁸⁶. Zum anderen hatten Politik und Polizei in Hamburg dazu beigetragen, Orte lokaler politischer Protestkommunikation zu beseitigen. Denn der Rathausmarkt kam wegen des Bannmeilengesetzes inzwischen als versammlungsdemokratischer Ort kaum noch in Frage⁸⁷. Somit mussten die versammlungsdemokratischen Protestakteure in den jeweiligen Stadtvierteln bleiben. Durch diese Abschottung des Rathausmarkts, verstärkt durch die Abriegelung anderer Versammlungsorte, wuchsen die Menschenansammlungen in den Straßen der hafennahen Arbeiterviertel – sie konnten in dieser Enge durchaus bedrohlich wirken. Drittens spielten sich die Hauptereignisse zwar an den bekannten versammlungsdemokratischen Hauptorten ab: im Umfeld des großen Versammlungsgeländes der Stadt, dem Heiligengeistfeld in St. Pauli, an den Anlegestellen der Hafenfähren und am St. Pauli-Elbtunnel sowie in den hafennahen Wohnvierteln. Jedoch wurde die Polizei erstmals in den Nachkriegsjahren auch auf dem Betriebsgelände verschiedener Werften auf Steinwärder eingesetzt⁸⁸. Wie mehrere Zeitungen berichteten, warfen Polizeieinheiten, die auf einer Werft eingesetzt wurden, nur deshalb Handgranaten, weil ihnen Näpfe mit

⁸⁵ *Koch-Baumgarten*, Der Aufstand der Avantgarde 209. Die Zahlen schwanken zwischen mindestens 16 und maximal 30 Toten, sowie zwischen 31 und 38 Verletzten, ebd., 506. Vgl. auch HA 70, 24. 3. 1921; HA 72, 29. 3. 1921. Am 24. März befanden sich 40 Schwerverletzte in ärztlicher Behandlung HC 140, 24. 3. 1921.

⁸⁶ Vgl. zur Einordnung *Schumann*, Politische Gewalt 109–142; *Knatz*, Mitteldeutsche Aufstand.

⁸⁷ Seit Sommer 1920 waren Versammlungen rund um das Rathaus verboten. Der Hamburger Senat hatte dazu eine Verordnung auf Basis des Gesetzes zur Befriedung der Gebäude des Reichstagsgebäudes und der Landtage vom 8. Mai 1920 erlassen. Vgl. Jahresbericht der Verwaltungsbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg 1925 (o. O. o. J.) 385 (Ber. der Polizeibehörde).

⁸⁸ HA 70, 24. 3. 1921; HC 139, 24. 3. 1921.

Essen entgegengeschleudert worden waren⁸⁹. Beide Aktivitäten lassen sich eher als Zeichen der Hilflosigkeit und Überforderung beider Seiten, nicht aber als Signal von Souveränität interpretieren. Während die Polizisten vermutlich verunsichert waren, weil sie sich hier in einer komplett feindlichen Umgebung bewegten, war auch das Selbstbewusstsein der Arbeiter inzwischen erodiert, so dass sie statt zu kollektiver Gegenwehr eher zu symbolischen Gegenmaßnahmen griffen.

Viertens erreichten Polizeipräsenz, Waffen- und Fahrzeugeinsatz in den hafennahen Stadtvierteln im März 1921 eine neue Dimension. Panzerwagen, Polizisten auf bewaffneten Lastkraftwagen und Stacheldrahtsperrern bestimmten das Erscheinungsbild. Alle Polizeiwachen in den hafennahen Arbeitervierteln waren wie Festungen in Feindesland mit Stacheldraht abgesperrt und mit Schildern versehen, auf denen zu lesen war: „Hier wird geschossen.“ Auch das Heiligengeistfeld war komplett mit Stacheldraht umzäunt und durch umherfahrende Panzerwagen gesichert. All dies diente nicht nur der symbolischen Abschreckung; die Waffen wurden auch benutzt. Am 23. März 1921, während der „Hauptkämpfe am Millernort“⁹⁰, schossen am späten Nachmittag diese Panzerfahrzeuge ebenso in die Menge wie Polizeiformationen. Vereinzelt wurden auch Handgranaten geworfen. Mehrfach entstanden Paniksituationen, in denen Menschen von Flüchtenden niedergetrampelt wurden⁹¹. Der *Hamburgische Correspondent* hatte die Zuspitzung dieses antikommunistisch ausgerichteten Polizeikampfs wohl zutreffend beobachtet: Während im „hin- und hergehenden Gewoge der Menge ... die ohnmächtige Wut“ zunahm, agierten die Polizisten im Bewusstsein „ihrer Stärke und der Sicherheit, unter allen Umständen Herren der Situation zu bleiben“⁹². Die bürgerliche Presse zollte der „Polizeitruppe“ denn auch hohes Lob. Zum Glück sei die „Zeit der Volkswehr endgültig vorüber“⁹³. Am nächsten Tag fanden sich nur in wenigen Stadtteilen die bekannten Debattierklubs. Unter Pistoleneinsatz „säuberte“ der Heimschutz (die frühere Einwohnerwehr) jedoch die Straßen von dieser „Plage“⁹⁴.

4.2. Eine verpasste Chance: Schüsse am Mühlenberg im Juni 1922

Am 26. Juni 1922 kam es im Anschluss an Protestversammlungen, die von Gewerkschaften und SPD aus Anlass der Ermordung Walter Rathenaus einberufen worden waren, zu einer Konfrontation. Am Mühlenberg nahe dem Bismarck-Denkmal standen sich gegen 18 Uhr etwa 300 Personen und circa 20 bis 30 Ordnungspolizisten gegenüber. Letztere hatten sich dort bereitzuhalten, um den Bannkreis um das Rathaus zu schützen. Im Verlauf des Abends wurde hier ein

⁸⁹ HA 71, 26. 3. 1921, vgl. zur Besetzung auch HC 140, 24. 3. 1921; HE 142, 26. 3. 1921.

⁹⁰ HA 70, 24. 3. 1921 (beide Zitate).

⁹¹ HE 139, 24. 3. 1921.

⁹² HC 139, 24. 3. 1921.

⁹³ HA 70, 24. 3. 1921.

⁹⁴ HC 144, 29. 3. 1921.

Arbeiter erschossen, mehrere Arbeiter wurden verwundet⁹⁵. Dieses Zusammentreffen verdeutlicht zum einen wie in einem Brennglas, wie Polizisten Situationen interpretierten, bei denen sie größeren proletarischen Ansammlungen gegenüberstanden. Zum anderen hätten diese Ereignisse aber auch die Chance geboten, der Arbeiterschaft eine waffenfreie polizeiliche Einsatztaktik bei wenig dramatischen Anlässen zu demonstrieren; diese Chance wurde jedoch nicht genutzt.

Zu den Schüssen am Mühlenberg war es gekommen, als Teilnehmer nach der Kundgebung die in der Nähe postierten Polizisten gesehen und sich von ihnen provoziert gefühlt hatten. Ganz selbstverständlich hatten die Beamten ihre Waffen zu „Gewehr-Pyramiden“⁹⁶ aufgestellt und später auch Stacheldraht gezogen⁹⁷. Während sich die Mannschaften teilweise mit den Arbeitern unterhielten, wurden die Offiziere, „mit Kriegsauszeichnungen geschmückt, außerordentlich erregt“⁹⁸. Letztere meinten erkannt zu haben, es handele sich „einwandfrei um einen Angriff auf die Polizei“⁹⁹. Der Polizist, der schließlich den Feuerbefehl gegeben hatte, habe von „vornherein in der Menge seinen Feind gesehen“¹⁰⁰. Hingegen unterstrichen Bürgerschaftsmitglieder, die bei den Ereignissen zugegen und spontan als Vermittler aufgetreten waren: eine „Gefahr für die Truppe lag nicht vor“¹⁰¹. Die Polizisten hätten ruhig auf Verstärkung warten können, die bereits angefordert war. Zudem hätte bei einer Demonstration zum Schutz der Republik die „Aufrechterhaltung der Autorität der Polizei zurückerneuern müssen“¹⁰².

Im Urteil eines Mitgliedes des Untersuchungsausschusses, der die Vorfälle am Mühlenberg aufklären sollte, wollte der leitende Polizeibeamte, der zunächst durchaus mit den Arbeitern verhandelt hatte, am Ende doch dem Vorwurf entgegen, „ein schlapper oder gar feiger Offizier zu sein“. Aus diesem aktivistischen Männlichkeitsideal heraus hatte es der Offizier mit seiner „Ehre nicht für vereinbar gehalten“, untätig zu bleiben¹⁰³. Zudem hatte der leitende Beamte offenbar noch „mehr Angst gehabt vor ... der nachfolgenden Ahndung als vor der Menge“¹⁰⁴. Ein bürgerliches Ausschussmitglied konnte jedoch die Haltung der Polizisten nachempfinden, als von ihnen gefordert wurde, sie sollten abziehen

⁹⁵ Bericht (Nr. 4) des von der Bürgerschaft am 28. Juni 1922 niedergesetzten Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorfälle am Mühlenberg am 26. Juni 1922, Februar 1923.

⁹⁶ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Ber. v. 13. 7. 1922, 6 (Ballerstädt).

⁹⁷ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Ber. v. 13. 7. 1922, 8 (Ballerstädt). Der leitende Beamte trug gut sichtbar das Eiserne Kreuz I. Klasse (EK I) ebd., 7.

⁹⁸ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Ber. Rudolf Hommes o. D.

⁹⁹ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Ber. Polizeioberstleutnant von Ludwiger v. 13. 7. 1922.

¹⁰⁰ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Sitzung des Untersuchungsausschusses v. 19. 10. 1922 (Umland).

¹⁰¹ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Anträge vom Ausschussmitglied Franke v. 9. 11. 1922 (Begründung).

¹⁰² *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Anträge vom Ausschussmitglied Franke v. 9. 11. 1922 (Begründung).

¹⁰³ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Anträge vom Ausschussmitglied Franke v. 9. 11. 1922 (Begründung).

¹⁰⁴ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Sitzung des Untersuchungsausschusses v. 19. 10. 1922 (Dr. Brinckmann).

und ihre Waffen zurücklassen: So „etwas ist ganz undenkbar. Man fällt lieber, als daß man seine Waffe abgibt.“¹⁰⁵

Der Untersuchungsbericht urteilte abschließend, bei „einiger Geduld und Mäßigung“ hätte der Schusswaffengebrauch vermieden werden können. Es hieß, der „größere Teil der Schuld“ habe bei den Dienst- und Ausbildungsvorschriften gelegen¹⁰⁶. Sie seien „zu militärisch im alten Sinne“ gewesen und „in punkto Schneidigkeit ... zu weit“ gegangen¹⁰⁷. Die Polizisten sollten nicht in jeder Menschenmenge generell einen Feind sehen, der „notfalls mit Waffengewalt zum Gehorsam und zur Unterwerfung gezwungen werden muß“¹⁰⁸.

Die bürgerliche Presse kritisierte den Bericht und sah die Schuld für die Eskalation bei den jugendlichen „Halbstarken“: „Radaubröder und ähnliche Naturen“, jedoch nicht bei der Polizei¹⁰⁹. Diese Blätter lobten die Polizei und deren forsches Eingreifen. Sie betonten: Nach einer „Neuaufgabe der Volkswehr haben wir kein Verlangen“. Zudem wollten sie die Polizei nicht aus „Angst vor kommunistischen Schreibern ... im Stiche“ lassen. Denn eine unberechtigte Kritik nehme den Beamten das „Pflichtgefühl“ und „knickt ihre Wehrkraft“. Schließlich sei die „Gegend vor Gewehrläufen ... Gefahrzone. Wer sich freiwillig hin begibt, trägt selbst die Schuld.“ In dieser Haltung äußert sich Unverständnis für die unkontrollierbare Dynamik von Polizeieinsätzen, wie sie oben für hafennahe Viertel beschrieben wurde. Doch ging es der bürgerlichen Presse ohnehin vor allem darum, einen Anknüpfungspunkt zu finden, um an das Agieren der „aufgepeitschten Mengen“ während der Revolution zu erinnern¹¹⁰.

Die Ereignisse am Mühlenberg zeigen die engen Grenzen, in denen sich der polizeiliche Umgang mit Menschenansammlungen zu dieser Zeit bewegte. Diese Grenzen werden umso deutlicher, als es sich hier nicht um den unausweichlichen Zusammenprall zwischen einer starken und sich bewegenden Menschengruppe einerseits und großen Polizeieinheiten andererseits handelte, sondern durchaus um eine statische und überschaubare Situation, in der zudem Vermittler (Bürgerschaftsmitglieder) präsent waren, um die spannungsgeladene Situation zwischen den Kontrahenten zu entschärfen¹¹¹. Das polizeiliche Handeln wurde von massenpsychologischen Vorstellungen bestimmt, in denen Menschenmengen als eine Einheit, als ein destruktives Wesen, agierten, aufgehetzt wurden und alles zerstö-

¹⁰⁵ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Sitzung des Untersuchungsausschusses v. 19. 10. 1922 (Eisenbarth).

¹⁰⁶ Bericht (Nr. 4) des von der Bürgerschaft am 28. Juni 1922 niedergesetzten Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorfälle am Mühlenberg am 26. Juni 1922, Februar 1923, 3.

¹⁰⁷ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Sitzung des Untersuchungsausschusses v. 19. 10. 1922 (Dr. Brinckmann).

¹⁰⁸ Bericht (Nr. 4) des von der Bürgerschaft am 28. Juni 1922 niedergesetzten Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vorfälle am Mühlenberg am 26. Juni 1922, Februar 1923, 4.

¹⁰⁹ HA 31, 6. 2. 1923.

¹¹⁰ HC 58, 4. 2. 1923.

¹¹¹ *StAHH*, Bürgerschaft I, C 672, Ber. 13. 7. 1922.

ren wollten, was ihnen in den Weg trat¹¹². Diese Massen waren stets feindlich gegenüber der Polizei eingestellt, mussten unterworfen werden. Beim Kampf gegen diese Masse orientierten sich die Polizisten an militärischen Normen und Handlungsmustern, die getragen wurden von aktivistischen Männlichkeitsidealen, Ehrencodices und einem Waffenkult. Der Feind konnte nur gewaltsam bezwungen werden, ein Ausweg aus dieser von dichotomischen Feindbildern bestimmten Konfliktspirale schien nicht denkbar.

4.3. Herren der Lage: Polizeikampf gegen Straßenproteste und einen politischen Aufstandsversuch (August und Oktober 1923)

Im August 1923 entstanden in der hafennahen Gegend (an den Anlegestellen der Hafenfähren, am St. Pauli-Elbtunnel sowie in den angrenzenden Stadtteilen) immer wieder große Menschenansammlungen. Zum einen verliefen mehrere Arbeitskonflikte zeitgleich: eine Aussperrung aller Hamburger Werftarbeiter sowie Hafen- und Schifffahrtstreiks. Zum anderen stauten sich viele Menschen vor den Lohnkassen des Hafenbetriebsvereins, wo es wegen der rasenden Geldentwertung Schwierigkeiten gab, genügend Geld bereit zu halten. In der öffentlichen Wahrnehmung handelte es sich um „Krisentage“¹¹³. Auf den Straßen der hafennahen Gegend waren unzählige Menschen unterwegs: Sie streikten, waren ausgesperrt, standen Schlange oder warteten vor den Anlegestellen der Hafenfähren, die wegen des Streiks seltener verkehrten. An verschiedenen Stellen entstanden Ansammlungen, jeweils bis zu 5–6000 Menschen stark. Die Situation eskalierte am 10. August, als die grünuniformierte, kasernierte Ordnungspolizei auf Lastkraftwagen auftauchte. Die Aufmerksamkeit vieler Arbeiter war nun völlig auf die Polizei fokussiert, und es kam zu den bekannten Handlungsabläufen, zumal die Polizei erneut erkannt zu haben glaubte, die Masse würde „von Hetzern aufgeputscht“, die Polizisten entwaffnet und dann „in bestialischer Weise mißhandelt(e)“¹¹⁴. Auch für die bürgerliche Presse putschten vermeintlich politisch motivierte Hetzer die Massen auf¹¹⁵. So wurde vom *Hamburger Anzeiger* „gewissenlose Aufrührhetze radikaler Führer“ beschrieben, der das „unreife Hirn kaum den Kinderschuhen entwachsener Halbstarker“ erlag, deren Eigenschaften „mangelnder Ordnungssinn und mangelnde Charakterfestigkeit“ waren¹¹⁶.

Immer wieder wurde im August 1923 das Erscheinen der grünuniformierten Beamten der kasernierten Einheiten von den Bewohnern der Arbeiterviertel mit

¹¹² Vgl. mit Blick auf Freikorps *Klaus Theweleit*, Männerphantasien, 2 Bde. (Reinbek 1980); sowie zur Polizei der 1950/60er Jahre und ihren Weimarer Traditionen: *Klaus Weinbauer*, Schutzpolizei in der Bundesrepublik zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit. Die turbulenten sechziger Jahre (Paderborn u. a. 2004).

¹¹³ HA 186, 11. 8. 1923.

¹¹⁴ *StAHH*, Senat Cl VII Lit Me No 12 Vol 32, Ber. vom Chef der Ordnungspolizei vom 16. 8. 1923.

¹¹⁵ HA 188, 14. 8. 1923; Siehe auch HC 374, 14. 8. 1923 („jugendliche Unruhestifter“).

¹¹⁶ HA 189, 15. 8. 1923.

Beschimpfungen quittiert. Polizisten wurden sogar beschossen, bisweilen aber auch gebissen, mit Steinen oder mit Pferdeäpfeln beworfen¹¹⁷. Diese letztgenannte Provokation reichte schon aus, damit die Polizisten die Umherstehenden verprügelten, darunter „ganz ruhige ältere Arbeiter“¹¹⁸. Die nun einsetzende „Säuberung“ der Straßen erhitzte die Gemüter noch mehr. Wurde dann noch deutlich, dass die Polizei „Arbeitswillige“ schützte, eskalierte die körperliche Gewalt.

Die Polizeieinsätze im August 1923 trugen erneut Züge eines antikommunistisch ausgerichteten Polizeikampfs, hinter allen Ansammlungen schienen sich kommunistische „Hetzer“ zu verbergen¹¹⁹. Zudem wirkte das Agieren der Polizei wie ein Versuch, die Schlappe vom Mühlenberg durch entschlossenes Vorgehen vergessen zu lassen. Die Polizei zeigte massive Präsenz an vielen Stellen, ihre Beamten fuhren „Sturmband hinunter, Gummiknüppel in der Hand, Gewehr auf dem Rücken truppweise durch die Stadt“¹²⁰. In St. Pauli, vor allem auf dem Großneumarkt, veranstaltete die Polizei, wie selbst der konservative *Hamburgische Correspondent* berichtete, ohne Warnungen eine „Menschenjagd“. Menschen wurden dort „geprügelt, bis sie umfielen“¹²¹. Auch wurden dort Besucher von Arbeiterversammlungen in Kneipen durch uniformierte Polizisten verprügelt: Diese Behandlung wurde auch den dort anwesenden „anständigen Arbeitern“ zuteil¹²². Es half also wenig, sich bei solchen Einsätzen abseits zu halten. Schließlich gelang es der Polizei, die unzähligen Menschen ins Gängeviertel abzudrängen. Aus polizeilicher Sicht nahm dort „das Gewoge der Massen oft beängstigende Formen“ an¹²³. Mit Blick auf die Gesamtsituation betonte die Polizeiführung jedoch selbstbewusst: Die „Ordnungspolizei ist durchaus Herr der Lage“¹²⁴. Am Ende dieser Straßenproteste blieben ein toter Polizist sowie drei durch Schüsse verletzte Polizisten, vier tote Arbeiter, ein getöteter Jugendlicher sowie 14 Verletzte zurück. Zunächst war unklar, so die staatliche Pressestelle, ob die jeweiligen Schüsse aus der Menge oder von Polizisten abgegeben, ob also die Polizisten eventuell durch *friendly fire* ihrer Kameraden getroffen worden waren¹²⁵.

Im Vergleich zu früheren Protesten zeigen diejenigen vom August 1923 drei Besonderheiten. Erstens wurden die Spannungen in diesem politisch ohnehin schon aufgeladenen Setting noch verstärkt, weil KPD-Aktivisten bei ihren Versuchen, Arbeiter zu Streiks und Protesten zu animieren, massiv körperliche Gewalt einsetzten, auch direkt gegen sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre. Kom-

¹¹⁷ Vgl. HC 317, 30. 6. 1920.

¹¹⁸ HE 225, 16. 8. 1923.

¹¹⁹ Vgl. *StAHH*, Senat Cl VII Lit Me No 12 Vol 32, Ber. des Chefs der Ordnungspolizei vom 16. 8. 1923.

¹²⁰ HA 187, 13. 8. 1923.

¹²¹ HC 371, 11. 8. 1923; HC 372, 13. 8. 1923.

¹²² HE 224, 15. 8. 1923.

¹²³ *StAHH*, Senat Cl VII Lit Me No 12 Vol 32, Ber. des Chefs der Ordnungspolizei vom 16. 8. 1923.

¹²⁴ HC 372, 13. 8. 1923.

¹²⁵ HA 188, 14. 8. 1923.

munistische Aktivisten entehrten ihre Gegner, indem ihnen Uhr, Kette und Regenschirm abgenommen wurden. In sozialdemokratischer Interpretation entstand eine „Pogromhetze gegen Gewerkschaftsführer“¹²⁶. Zweitens zeigte sich mit den ‚Unorganisierten‘ ein Topos im Vokabular des sozialdemokratischen Führungspersonals, der die Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft artikulierte und zugleich förderte. So treibe sich, wie das *Hamburger Echo* betonte, „unorganisiertes Gesindel, gehätschelt von der kommunistischen Partei“, seit Tagen umher und versuche im Stile von „Achtgroschenjungen“ (Denunzianten, KW), die Arbeiter aus den Betrieben und von der Arbeit fernzuhalten. Drittens wurde mit dieser Gewalt und den politisierenden und polarisierenden Ausgrenzungsdiskursen deutlich, dass die urbane soziale Bewegung der hafennahen Arbeiterviertel endgültig tief gespalten war. Das kommunistische und das sozialdemokratische Milieu hatten sich nun – zumindest in den hafennahen Vierteln – nicht nur voneinander gelöst, sondern auch jeweils die ohnehin schwachen Verbindungen zu der diffusen urbanen sozialen Bewegung der Arbeiterviertel gekappt.

Der Aufstandsversuch der KPD vom 23.–25. Oktober 1923 besiegelte (und dokumentierte) den Niedergang der versammlungsdemokratischen urbanen sozialen Bewegung der hafennahen Hamburger Arbeiterviertel¹²⁷. In diesem Monat herrschte vor allem wegen der rasenden Geldentwertung eine verglichen mit August nochmals erhöhte spannungsvolle Stimmung in der Stadt, die zwischen Endzeiterwartung und Resignation changierte. In diesem Klima initiierte die KPD einen Aufstandsversuch, der allerdings viel weiter ging als die Aktion vom März 1921 und der 17 Polizisten und bis zu 90 Zivilisten (darunter auch Frauen und Kinder) das Leben kostete. Hinzu kamen fast 350 Verletzte. Erneut wurde der Ausnahmezustand verhängt, Ausgangssperren verfügt und Streiks in lebenswichtigen Betrieben sowie Betriebe für die Versorgung mit Fischnahrung verboten¹²⁸. Zusätzlich patrouillierten die bekannten stahlhelmttragenden Radfahrstreifen, und der Heimschutz wurde personell aufgestockt, um den Hafen und ruhige Außenbezirke zu bewachen. In verschiedenen hafenern Arbeitervierteln wurde massiv gekämpft, vor allem in Barmbek, Winterhude, Eimsbüttel und in Schiffbeck. Und die Presse mahnte, die Fenster zu den Straßen generell zu schließen, denn: „Auf offen stehende Fenster wird geschossen.“¹²⁹

Innerhalb der Arbeiterschaft gab es jedoch kaum Solidarierungen mit der KPD, obwohl zeitgleich nicht nur die Hafendarbeiter und viele Schleppdampfer-

¹²⁶ HE 225, 16. 8. 1923.

¹²⁷ Interessanterweise existiert keine solide und breit angelegte Fallstudie zu diesem Aufstand, deshalb sind immer noch wichtig *Angelika Voß, Ursula Büttner, Hermann Weber, Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich* (Hamburg 1983); *Wulf D. Hund, Der Aufstand der KPD*, in: *Hamburg-Studien* 5 (1983) 32–61; *Larry Peterson, A Social Analysis of KPD Supporters: The Hamburg insurrectionaries of October 1923*, in: *International Review of Social History* 28 (1983) 200–239.

¹²⁸ HA 249, 24. 10. 1923.

¹²⁹ Verordnung abgedruckt in: HA 248, 23. 10. 1923.

und Barkassenmannschaften, sondern auch die Werftarbeiter (bis zum 29. Oktober) streikten¹³⁰. Auch im alten hafennahen Arbeiterstadtteil St. Pauli blieben Unruhen aus. Es kam zwar zu Plünderungen von Lebensmittelgeschäften¹³¹. Sie wurden jedoch nicht wie 1920 spontan durch lokale Kommunikationsnetzwerke im Sinne lokaler Ordnungen organisiert; vielmehr handelten die Menschen hier zumeist individuell, kaum in Gruppen¹³². In der versammlungsdemokratischen Hochburg St. Pauli war im Oktober 1923 offensichtlich kaum jemand bereit, den abstrakten politischen Anliegen der KPD zu folgen, in denen versammlungsdemokratische Anliegen und lokale Ordnungen kaum eine Rolle spielten. Trotzdem griff die Polizei – einer Art antikommunistisch befeuerten Endabrechnung nicht unähnlich – auf dem nahegelegenen Großneumarkt und in der Wexstrasse „schnell und rücksichtslos ein“. Es

„hieß ‚Straße frei‘, und dann begann der Sturm auf die zusammengerotteten Menschmassen. Aus den Hauseingängen wurden die Leute herausgeholt und auf die Straße gebracht. Dicht hagelten die Hiebe mit den Gummiknüppeln, und mancher Unschuldige wird einen Schlag abbekommen haben.“

Verständnisvoll fügte der *Hamburger Anzeiger* hinzu: „Das läßt sich ... nie vermeiden. Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um.“¹³³ Die aufgeladene Stimmung, die in diesen konfliktreichen Tagen innerhalb der Hamburger Polizei auftrat, verdeutlicht der Hinweis des Kommandeurs der Hamburger Schutzpolizei, Polizeibeamten müsse „unaufhörlich klargemacht werden, daß Mißhandlungen wehrloser Gefangener ihrer unwürdig sind“¹³⁴.

Nach den Oktoberunruhen bedankte sich die Hamburger Presse zumeist überschwänglich bei der Polizei¹³⁵. So wurde ähnlich wie 1906 ein Spendenaufruf publiziert, in dem der „Bürgerbund für Hamburg, Altona und Wandsbek“ für die „Hinterbliebenen der Gefallenen“ betonte, „unserer Sipo sind wir unauslöschlichen Dank schuldig“¹³⁶. Die SPD-Organisationen sammelten für die „Oktoberopfer“, was theoretisch auch die toten Polizisten mit einschloss¹³⁷. Wie auch 1921 wurde eine Trauerfeier für getötete Polizisten mit großem Pomp inszeniert und durch Regierungsbeteiligung politisch aufgewertet. Im Oktober 1923 wurde der „Geist der Treue und Pflichterfüllung“ gelobt¹³⁸. Mit nationalistischem Pathos versprach Bürgermeister Dr. Diestel den „treuen Toten“, zu „leben und zu kämpfen wie ihr, für das Recht, für die Freiheit und für unser in seiner Not von uns mit

¹³⁰ HA 253, 29. 10. 1923; HE 296, 26. 10. 1923; HE 299, 29. 10. 1923.

¹³¹ HA 248, 23. 10. 1923; HA 279, 24. 10. 1923 (Zitat).

¹³² Vgl. die Berichte über die Verfahren vor dem außerordentlichen Gericht in HA 258, 3. 11. 1923.

¹³³ HA 248, 23. 10. 1923.

¹³⁴ *Danner*, Ordnungspolizei 96.

¹³⁵ HA 250, 25. 10. 1923; HA 251, 26. 10. 1923.

¹³⁶ HA 251, 26. 10. 1923.

¹³⁷ HE 298, 28. 10. 1923.

¹³⁸ HC 385, 20. 8. 1923.

unauslöschlicher Liebe geliebtes deutsches Vaterland“¹³⁹. Das *Hamburger Echo* lobte den Einsatz der Polizisten zwar auch, konstatierte dann jedoch zumindest, die „wirkliche Probe aufs Exempel für die unbedingte republikanische Zuverlässigkeit der Ordnungspolizei“ komme erst bei den vermutlich viel größeren Putschversuchen von rechts¹⁴⁰.

Seit Ende 1923 war die kleingruppengestützte, versammlungsdemokratische und am Recht auf die Straße orientierte urbane soziale Bewegung nahezu verschwunden. Im Bürgertum wurde aufgeatmet¹⁴¹. In den Folgejahren zeigten sich nur noch die „Debattierklubs“ als Relikte der Bewegung; dies unterstreichen die Hafenarbeiterstreiks von 1924 und 1928¹⁴². Zudem entdeckten einige Hafenbranchen in der Endphase der Weimarer Republik (bis in den Januar 1933) die Möglichkeiten wieder, ihren Forderungen durch kleinräumige Proteste im Umfeld der Arbeitsvermittlungsstellen Nachdruck zu verleihen. Zwar versuchten auch kommunistische Funktionäre seit Ende der 1920er Jahre, die Hafenarbeiter für Straßenproteste zu mobilisieren, doch waren sie damit kaum erfolgreich. Dies lag auch daran, dass sie durch einen „Kult des Faustrechts“ diese Aktivitäten eher befehlen als straßen- oder arbeitsbezogen initiieren wollten. Am Ende der Weimarer Republik schienen öffentliche Straßen und Plätze auch in Hamburger Arbeitervierteln allein den hoch politisierten Konfrontationen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Organisationen überlassen¹⁴³.

5. Zusammenfassung

In den Jahren 1916–1923 entstand in hafennahen Hamburger Arbeitervierteln eine bislang von der historischen Forschung übersehene urbane soziale Bewegung, deren Ursprünge in den Lebensmittelprotesten der Jahre 1916/17 lagen, und die seit der Revolution von 1918 klarere Konturen gewann¹⁴⁴. Sie wurde getragen von einer kleingruppengestützten Versammlungsdemokratie, in der auch Frauen präsent waren. Diese starke Kleingruppenbildung wurde auch als Folge der

¹³⁹ HA 255, 31. 10. 1923; HE 301, 31. 10. 1923. Vgl. mit nationalistischem Ton *StAHH*, Polizeibehörde I 893, Die Hamburger Oktoberunruhen. Ein Gedenkblatt von Polizeiobers Danner.

¹⁴⁰ HE 296, 26. 10. 1923.

¹⁴¹ *Schramm*, Neun Generationen 519f.

¹⁴² Vgl. hierzu sowie zum Folgenden *Weinhauer*, Alltag 316–335 (Zitat: S. 334).

¹⁴³ Vgl. *Anthony McElligott*, *Contested City. Municipal Politics and the Rise of Nazism in Altona, 1917–1937* (Ann Arbor 1998); sowie zu Berlin *Eve Rosenhaft*, *Beating the Fascists? The German communists and political violence, 1929–1933* (Cambridge u. a. 1983); *Pamela Swett*, *Neighbors and Enemies. The culture of radicalism in Berlin 1929–1933* (Cambridge u. a. 2004).

¹⁴⁴ Es wäre lohnend, das Verhältnis dieser urbanen sozialen Bewegung sowohl zum landesweiten Räte- als auch zum transnationalen unionistisch-syndikalistischen Bewegungsnetzwerk zu analysieren.

Kriegserfahrungen interpretiert. Die urbane soziale Bewegung kämpfte um die Durchsetzung eines Rechts auf die Straße und agierte nicht nur in den Stadtteilen, sondern auch an den Arbeitsplätzen sowie in den Übergangszonen von der Stadt zum Freihafengebiet. Zudem orientierten sich die Bewegungsakteure in Abgrenzung zu denjenigen, die sich explizit an gesamtgesellschaftlichen bzw. gesamtstaatlichen Perspektiven ausrichteten (u. a. Politiker, Polizisten, Parteien) an spezifischen stadtteil- und arbeitsbezogenen lokalen Ordnungen, um politische, konsum-, arbeits- und stadtbezogene Forderungen gemeinsam zu verwirklichen.

Diese Bewegung zerfiel bis etwa Ende 1923, verursacht durch inflationsbedingte Individualisierungsprozesse, durch den radikalen Einsatz staatlicher Gewaltinstitutionen (v. a. Polizei), durch die (Wieder-)Etablierung sozialdemokratischer und kommunistischer Milieus sowie die damit einhergehenden teilweise gewalttätigen Abgrenzungsmaßnahmen, Exklusionsdiskurse und -praktiken (besonders durch die politischen Aktionen der KPD vom März 1921 und Oktober 1923).

Im Untersuchungszeitraum ähnelten die Wahrnehmungsmuster, die sich auf Straßenproteste bezogen, zwar denen der Vorkriegszeit. So lehnte der größte Teil der Hamburger Presse solche Proteste (und mit ihnen soziale Bewegungen) zumeist verständnislos ab. Disziplin und Ordnung standen parteiübergreifend hoch im Kurs. Aus dieser Sicht waren Protestierende unfähig, sich in den gesellschaftlichen Normen- und Wertekanon einzufügen. Jedoch galt die politische Gesamtsituation als weit bedrohlicher als vor 1914. Denn das oft im nationalistischen Pathos beschworene Vaterland schien nun von innen und außen massiv durch kaum klar erkennbare Akteure bedroht: durch eine allgegenwärtige Revolution, von den Aktivitäten der kommunistischen Bewegung, die sich gezielt des „Janhagel“¹⁴⁵ (ein anderes Wort für Mob) bediente, sowie durch die alliierte Politik (Friedensvertrag und Abrüstung)¹⁴⁶.

Zwischen 1918 und 1923 haben die staatlichen Sicherheitsinstitutionen, also die weitgehend personell identischen paramilitärischen Freikorps, die Sicherheits- und Ordnungspolizei, massiv zur Gewalteskalation bei den hier untersuchten Straßenprotesten beigetragen. Ausgehend von der Wahrnehmung einer allgegenwärtigen Staatsbedrohung, wurde ihr Einsatz einem Polizeikampf dann immer ähnlicher, je mehr es darum ging, „kommunistische“ Aufstände zu bekämpfen. Die frontale polizeiliche Einsatztaktik mit Gewehren, Handgranaten und Maschinengewehren trug dazu bei, dass viele Menschen getötet wurden. Zumal sich auf den Straßen, Plätzen und Fähranlegern in den hafennahen Arbeitervierteln neben den ohnehin recht unspezifischen Zielobjekten polizeilichen Handelns stets eine große Anzahl Unbeteiligter aufhielt. Wurden in solchem Gedränge Gewehre, bei denen eine Kugel durch Abpraller auch mehrere Menschen treffen konnte, oder auch Handgranaten eingesetzt, konnte kaum von einem gezielten Polizeieinsatz

¹⁴⁵ GA 148, 28. 6. 1920; HFr 311, 27. 6. 1920.

¹⁴⁶ *StAHH*, Senat CI VII Lit Me No 12 Vol 32, Senat an das Reichministerium des Innern, 12. 9. 1923; *StAHH*, Polizeibehörde I 896, Ber. des CdS v. 6. 7. 1920.

gesprochen werden. Das hohe Risiko der Verletzung oder Tötung Unbeteiligter war Polizei, Presse und Politikern durchaus bewusst¹⁴⁷. Zwischen 1918 und 1923 gab es etwa 220 tote und circa 500 verletzte Zivilisten (ganz überwiegend aus der Arbeiterschaft) sowie 20 tote Polizisten¹⁴⁸. Zwar entmilitarisierte die Hamburger Polizei ihre Einsatzpraxis bis zum Ende der Weimarer Republik ein wenig. Auch sank der Anteil ehemaliger Freikorpsmitglieder und Afrikakämpfer, doch stand die Kultur der Polizei (Kleingruppenstruktur, aktivistische staatsnahe Männlichkeitsleitbilder, orientiert an Pflichtbewusstsein, vaterländischer Treue, Disziplin und Kameradschaft) einem schnellen Wandel entgegen. Viele Elemente dieser Wahrnehmungsmuster und Leitbilder bestimmten das Handeln von Polizisten noch bis in die 1960er Jahre¹⁴⁹.

Summary

In this social and cultural historical contribution violence is understood as a spatial process of communication. Three questions are put to the forefront: Which actors employed what kind of violence, in which way uniformed state institutions were involved in these violent communications and how did the press report about these street protests and state actions. Three main results are worked out: The working class neighbourhoods close to the port of Hamburg spawned an unique urban social movement until now overlooked by historical research. The main aim of this urban social movement, where women also played an important role, was to fight for a right to the streets. This movement had its roots not only in these working class neighbourhoods but also in the work places and in the transitional zones between the city and its harbour. With a strong focus on establishing local orders (lokale Ordnungen) based on local neighbourhood and workplace issues the social movement actors positioned themselves against political and state actors that were explicitly aiming at perspectives encompassing the whole society and the whole state. This movement disintegrated until 1923 due to inflation based processes of individualization, to the radical actions of uniformed state institutions, the re-establishment of social democrat and communist milieus and their discursive strategies and political actions (especially through the communist-led political upheavals of 1921 and 1923).

Between 1916 and 1923 the patterns of perception of these collective street protests were in some respects similar to the pre-war patterns: The majority of the Hamburg newspapers rejected these protests as acts of social outsiders unable to adjust to highly-valued norms and values like discipline and order. The overall

¹⁴⁷ Vgl. HA 72, 29. 3. 1921.

¹⁴⁸ Vgl. neben den im vorliegenden Aufsatz genannten Zahlen *StAHH*, Kriegsakten des Senats Z II 3, Polizeibehörde an Senat vom 8. 11. 1919; *Schulte-Varendorff*, Hungerunruhen 106.

¹⁴⁹ Vgl. *Weinhauer*, Schutzpolizei.

political situation, however, seemed to be much more dramatic than before 1914. In the post-war years the fatherland, often portrayed in patriotic prose, seemed to be threatened by an omnipresent communist revolution, by the activities of a vicious communist movement, which was able to manipulate the mob, and also by a coordinated allied anti-German peace and détente policy. The manifold post-war uniformed state security institutions, from free corps to police units, fought street protest vigorously employing pistols, rifles, hand grenades and machine-guns. This anticommunist pattern of perception only gradually was pacified until 1933 and even guided police actions until the 1960s.

Robert Gerwarth

Rechte Gewaltgemeinschaften und die Stadt nach dem Ersten Weltkrieg: Berlin, Wien und Budapest im Schatten von Kriegsniederlage und Revolution¹

Einleitung

Ende Dezember 1919, nur wenige Monate nach dem gewaltsamen Sturz der kurzlebigen bolschewistischen Diktatur Béla Kuns, entführte ein Kommando des rechtsradikalen Prónay-Bataillons mitten in Budapest zwei prominente Journalisten: den linksliberalen Starkolumnisten Béla Bacsó und den Chefredakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung *Népszava*, Béla Somogyi. Bacsó und Somogyi waren prominente Kritiker des sogenannten „Weißen Terrors“, jener Welle gegenrevolutionärer Gewalt, die Ungarn und seine vermeintlich „rote“ Hauptstadt Budapest nach dem Sturz Kuns erfasst hatte. Die beiden Journalisten wurden in ein Haus in der Budapester Innenstadt verschleppt, gefoltert und noch am selben Abend erschossen².

Die Ermordung der beiden Journalisten war keine isolierte Tat, sondern lediglich ein prominentes Beispiel der ubiquitären politischen Gewalt von rechts, die nach November 1918 nicht nur die beiden größten Nachfolgestaaten des untergegangenen Habsburgerreiches, Deutsch-Österreich und Ungarn, erfasste, sondern auch das Deutsche Reich. In Berlin fielen ihr, neben hunderten bis heute weitgehend gesichtslos gebliebenen kommunistischen Aufständischen, prominente Führungsfiguren des linksextremen Milieus wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht³, aber auch liberale „Erfüllungspolitiker“ wie Außenminister Walther Rathenau zum Opfer, der 1922 durch Mitglieder der terroristischen „Organisation

¹ Für die mir gewährte finanzielle Unterstützung für die Arbeit an diesem Aufsatz bin ich dem European Research Council zu tiefem Dank verpflichtet.

² Zur Ermordung Somogyis und Bacsós siehe *Ernő Gergely* und *Pál Schönwald*, *A Somogyi-Bacsó-Gyilkosság* (Budapest 1978). Zum Horthy-Regime: *Thomas Sakmyster*, *Hungary's Admiral on Horseback. Miklós Horthy, 1918–1944* (New York 1994).

³ *Klaus Gietinger*, *Eine Leiche im Landwehrkanal – Die Ermordung der Rosa L.* (Berlin 2002); *Dietmar Dath*, *Rosa Luxemburg* (Frankfurt a. M. 2010).

Consul“ auf dem Weg zum Dienst erschossen wurde⁴. Auch in Wien, der überdimensionalen Hauptstadt des neuen Zwergstaats Deutsch-Österreich kam es zu Attentaten: 1925 ermordete so etwa der den Nationalsozialisten nahestehende Zahntechniker Otto Rothstock den gesellschaftskritischen Romancier Hugo Bettauer, der als konvertierter Jude der politischen Linken in das Feindschema der radikalen Rechten passte⁵.

Die politischen Morde, die in der Nachkriegszeit die Hauptstädte der besiegten Mittelmächte erschütterten, wiesen vordergründig phänomenologische Ähnlichkeiten mit jenen anarchistischen Attentaten auf, die im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert vor allem gegen gekrönte Häupter und Repräsentanten ihrer autoritären Regierungen gerichtet gewesen waren, nun aber von Teilen der vorrevolutionären Eliten gegen Vertreter der Nachkriegsregime ausgeführt wurden⁶. Was die politischen Morde der Nachkriegszeit von den anarchistischen Attentaten der Jahre vor 1914 unterschied, waren nicht nur die ausführenden Akteure, sondern auch die zugrundeliegende Gewaltlogik, die ohne die politischen und sozialen Verwerfungen durch den Ersten Weltkrieg und die nachfolgenden Revolutionen in Mitteleuropa (und Russland) nicht zu erklären ist. Die Mobilisierung nach 1914 und die für viele überraschende Kriegsniederlage von 1918, die Revolutionen und das Auseinanderbrechen multiethnischer Großreiche führten zu einer Eskalation der Gewalt in ganz Mittel- und Osteuropa, die sich zwischen 1917/18 und 1923 in Form von dezentralisierten Kriegen, ethnischen Säuberungen, Pogromen, Revolutionen, Gegenrevolutionen und Unabhängigkeitskriegen entlud, und der (inklusive der Toten des Russischen Bürgerkriegs) mindestens vier Millionen Menschen zum Opfer fielen⁷. Nicht ohne Grund sprach deshalb bereits am 25. Mai 1919 eine konservative österreichische Tageszeitung angesichts des enormen Zuwachses nichtstaatlicher Gewalt in Mittel- und Osteuropa seit Ende des Weltkriegs von einem „Krieg im Frieden“, einem „Krieg“, der sich nicht nur in den neuen, ethnisch durchmischten Grenzgebieten der besiegten Mittelmächte abspielte – den Bruchzonen der untergegangenen Landimperien Europas, die als klassische Beispiele für Räume begrenzter Staatlichkeit angesehen werden kön-

⁴ Zur Organisation Consul siehe *Martin Sabrow*, Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution (Frankfurt a. M. 1999).

⁵ *Murray G. Hall*, Der Fall Bettauer (Wien 1978).

⁶ Die Literatur zur anarchistischen Gewalt in Europa vor 1914 hat in den letzten Jahren stark an Umfang und Qualität gewonnen. Siehe etwa: *Heinz-Gerhard Haupt, Klaus Weinbauer*, Terrorism and the State, in: *Donald Bloxham, Robert Gerwarth* (Hrsg.), Political Violence in Twentieth Century Europe (Cambridge 2011) 176–208. *Alexander Sedlmaier*, The Consuming Visions of Late Nineteenth and Early Twentieth Century Anarchist: Actualising Political Violence Transnationally, in: *European Review of History* 14 (2007) 283–301; *Benedict Anderson*, Under three Flags: Anarchism and Anti-Colonial Imagination (London, New York 2005). *Carola Dietze*, Terror in the Nineteenth Century: Political Assassinations and Public Discourse in Europe and the United States 1878–1901, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington DC* 40 (2007) 91–97.

⁷ Zu diesen Konflikten in ihren regionalen und transnationalen Kontexten siehe *Robert Gerwarth, John Horne* (Hrsg.), War in Peace: Paramilitary Violence in Europe after the Great War, 1917–23 (Oxford 2012).

nen –, sondern auch in den urbanen Zentren Mitteleuropas, die seit Kriegsende von einer Welle revolutionärer und gegenrevolutionärer Gewalt erfasst waren⁸.

Gemessen an der enormen Zahl der Toten des „Nachkriegs“, die selbst die der addierten deutschen und französischen Gefallenen des Ersten Weltkriegs übersteigt, blieb physische Gewalt mit tödlichem Ausgang in den Hauptstädten der Mittelmächte vergleichsweise begrenzt: Zwischen dem Tag der österreichischen Kapitulation und dem Sommer 1919 kamen in Wien „lediglich“ 29 Menschen in Folge politisch motivierter Straßengewalt während der Revolutionswirren ums Leben⁹, in Berlin waren es im selben Zeitraum immerhin einige hundert (Schätzungen schwanken zwischen 330 und 1000¹⁰) Tote, von denen allein 200 während des sogenannten Januaraufstands (oder „Spartakusaufstands“) ihr Leben verloren – eine Zahl, die in etwa jener vergleichbar ist, die für Budapest auszumachen ist (500), aber deutlich unter den Opferzahlen in den eher ländlichen Regionen Ungarns liegt (wo paramilitärische Kleinstgruppen mindestens 3000 überwiegend jüdische Männer in mehr als sechzig Dörfern und Gemeinden ermordeten)¹¹. Die politische Gewalt der Nachkriegszeit war also in erster Linie ein Phänomen der nicht-urbanen imperialen „shatterzones“¹².

Dennoch – und dies ist ein zentrales Argument dieses Aufsatzes – spielten die mitteleuropäischen Hauptstädte in der gegenrevolutionären Vorstellungswelt eine ganz wesentliche Rolle – sowohl als Zentren der politischen Macht, die es zu erobern oder zu verteidigen galt, als auch als Inbegriff einer politisch-moralischen Dekadenz, die für viele Vertreter der extremen Rechten für Kriegsniederlage und Revolution verantwortlich war. Bei den revolutionären Kämpfen in Berlin, Budapest und Wien stießen dabei in aller Regel urbane Gewaltgemeinschaften der politischen Linken auf mehrheitlich nicht-urbane gegenrevolutionäre Kräfte, die von außen in die Hauptstädte vordrangen, um sie von den vermeintlich „gemeinschaftsfremden“ Kommunisten zu „befreien“. Wie im Weiteren näher auszuführen ist, dominierten insbesondere in Ungarn und Österreich unter den rechten Gewaltakteuren die vorindustriellen ländlichen Eliten (kleine Landadelige, Grundbesitzer), die ihre Gewaltaktionen auch und nicht zuletzt als einen Kampf der konservativ-agrarischen, vorindustriellen Eliten gegen die sich erhebenden urbanen Unterschichten sahen. Aber auch in Bayern, wo die kurzlebige Räterepublik von Regierungstruppen und Freiwilligenverbänden gestürzt wurde, stammten die „Befreier“ mehrheitlich nicht aus München, sondern vielfach aus dem ländlichen Bayern oder aus Tirol¹³.

⁸ Innsbrucker Nachrichten, 25. Mai 1919.

⁹ *Gerhard Botz*, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1934* (Wien 1976).

¹⁰ *Andreas Wirsching*, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich* (München 1999).

¹¹ Zu Ungarn: *Béla Bodo*, *Theőszegi Affair: Rumors, „the People’s Verdicts“, and Provincial Antisemitism in Hungary, 1919–1921*, in: *Yad Vashem Studies* 36 (2008) 115–153, hier 116.

¹² *Donald Bloxham*, *The Final Solution. A Genocide* (Oxford 2009) 81.

¹³ *Eliza Ablovatski*, *Cleansing the Red Nest: Counterrevolution and White Terror in Munich and Budapest, 1919* (unveröffentlichte Dissertation, Columbia University 2004); *Martin*

Indem sich der vorliegende Aufsatz auf die Entwicklung in Berlin, Wien und Budapest nach dem Ende des Ersten Weltkrieges konzentriert, soll damit ein größeres Phänomen – das der überschwappenden Gewalt des Krieges nach 1918 – im konkreten Kontext von drei historischen Fallbeispielen diskutiert werden. Die Wahl der drei Städte erfolgt nicht zufällig, handelt es sich doch bei Berlin, Budapest und Wien um mitteleuropäische Hauptstädte mit vergleichbarer Sozialstruktur und politischer Bedeutung für die jeweiligen nationalen Kontexte, wobei Budapest bei Kriegsende nur etwa halb so viele Einwohner (928 000) hatte wie Berlin (1,9 Millionen vor dem Groß-Berlin Gesetz von 1920) oder Wien (2 Millionen)¹⁴. Dennoch teilten alle drei Städte im Herbst und Winter 1918/19 die grundlegende Erfahrung der Kriegsniederlage und einer Revolution, die zunächst die Monarchien durch Republiken ersetzte und sich im Frühjahr 1919 radikalisierte. Fraglos erlebte Budapest von den drei Fallbeispielen die mit Abstand extremste und blutigste Umbruchszeit und wurde – anders als Berlin und Wien – darüber hinaus durch alliierte (rumänische und tschechoslowakische) Truppen besetzt, die im Juli 1919 der Räterediktatur Kuns ein Ende setzten. Dennoch waren, wie im Folgenden gezeigt werden soll, die Unterschiede zwischen den Gewalterfahrungen der drei Städte eher quantitativer als qualitativer Natur.

Charakteristisch für die politische Gewalt der Nachkriegszeit in allen drei Städten war, dass sie erstens paramilitärischer Natur war und zweitens in den meisten Fällen von außen in die Städte getragen wurde. Als Sonderform politischer Gewalt sind unter „Paramilitarismus“ Organisationen und Praktiken zu verstehen, welche die Aktivitäten konventioneller Militärformationen entweder ergänzten oder ersetzten. In der Zeit nach November 1918, in der die nationalen Armeen der Mittelmächte weitgehend zerfielen, stellte der Paramilitarismus ein paradoxes Phänomen dar, das sowohl staatstragenden als auch revolutionären Zielen dienen konnte, als Ergänzung staatlicher Macht oder als Quelle der Legitimation neuer politischer Ordnungen und neu entstehender Nationalstaaten. Gleichzeitig konnte Paramilitarismus ein Mittel des sozialen Protests als auch seiner staatlichen Unterdrückung sein¹⁵.

Historiker verschiedener Generationen haben eine Reihe von Erklärungsmustern geliefert, um das Kontinuum der Gewalt nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu deuten¹⁶. Das wohl bekannteste Erklärungsmuster – zumindest für den deutschen Fall – lieferte George Mosse mit seiner „Brutalisierungsthese“, der einflussreichen, vieldiskutierten und in den letzten Jahren auch auf andere Staaten Europas angewandten Idee, wonach die Gewalterfahrung des Ersten Weltkrieges

Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924* (München 1988).

¹⁴ Angaben nach *Wolfgang Ribbe*, *Geschichte Berlins 2* (München 1987) 693; *Felix Czeike*, *Historisches Lexikon Wien* (Wien 1992); zu Budapest: *Meyers Lexikon* (1930).

¹⁵ *Robert Gerwarth*, *John Horne*, *Vectors of Violence: Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917–1923*, in: *The Journal of Modern History* 83 (2011).

¹⁶ Siehe dazu vor allem das Themenheft: *1918–19: From War to Peace*, in: *Journal of Contemporary History* 3 (1968).

zu einer Verrohung geführt habe, die eine entscheidende Voraussetzung für den Aufstieg totalitärer Bewegungen gewesen sei¹⁷. Andere Historiker wie Michael Geyer verwendeten zur Beschreibung desselben Phänomens den Begriff der „Militarisierung“, um die Gewaltaufladung von Gesellschaften durch den Ersten Weltkrieg zu beschreiben¹⁸. Obwohl sich kaum bestreiten lässt, dass die Erfahrung des Ersten Weltkriegs das Verhältnis der Kombattanten zur Anwendung von Gewalt verändert haben dürfte, sind in den vergangenen Jahren doch zwei zentrale Kritikpunkte gegen die Brutalisierungsthese artikuliert worden: Erstens kehrte die überwältigende Mehrheit der rund sechzehn Millionen österreichisch-ungarischen und deutschen Veteranen, die den Ersten Weltkrieg überlebt hatten, im November 1918 ins Zivilleben zurück¹⁹. Gemessen daran bildeten die Gruppe der etwa 150 000 ehemaligen Soldaten, die sich in Deutschland, Österreich und Ungarn dem inneren Frieden verweigerten, eine kleine, aber aktive Minderheit von Kriegsveteranen, die entschlossen waren, die Probleme der Nachkriegszeit mit Gewalt zu lösen, zumeist in paramilitärischen Einheiten. Dabei dominierten interessanterweise nicht städtische Gewaltakteure (was sie sowohl von den Kommunisten als auch von der in den späten 20er Jahren schnell anwachsenden SA unterschied²⁰), sondern mehrheitlich Männer aus ländlichen Gebieten und vor allem aus den nach 1918 umkämpften Grenzregionen wie Transsylvanien, Kärnten, Tirol, Oberschlesien oder dem Baltikum. Von einer allgemeinen Brutalisierung durch den Krieg auszugehen, wäre also irreführend. Zweitens unterschied sich das Fronterlebnis britischer oder französischer Soldaten nicht fundamental von demjenigen deutscher, österreichischer oder ungarischer Kriegsteilnehmer und kann daher nicht hinreichend erklären, warum die Politik in einigen der früheren Kombattantenstaaten nach 1918 brutalisiert wurde, in anderen hingegen nicht.

Der vorliegende Aufsatz versucht nicht, die Bedeutung des Krieges für das eindeutig gestiegene Gewaltpotential in den europäischen Nachkriegsgesellschaften in Abrede zu stellen, zumal der punktuelle Bürgerkrieg der Jahre nach 1918 durch

¹⁷ *George Mosse*, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars* (Oxford 1990). Anwendung auf andere Staaten West- und Osteuropas fand Mosses Konzept in den letzten beiden Jahrzehnten. Siehe etwa: *Vejas Gabriel Liulevicius*, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I* (Cambridge 2000); *Piotr Wróbel*, *The Seeds of Violence. The Brutalization of an East European Region, 1917–1921*, in: *Journal of Modern European History* 1 (2003) 125–149; *Stephane Audoin-Rouzeau, Annette Becker*, *1914–1918. Understanding the Great War* (London 2002; frz. Original: Paris 2000).

¹⁸ *Michael Geyer*, *The Militarization of Europe 1914–1945*, in: *John R. Gillis* (Hrsg.), *The Militarization of the Western World* (New Brunswick 1989) 65–102.

¹⁹ *Richard Bessel*, *Germany after the First World War* (Oxford 1993); *ders.*, *The Great War in German Memory: The Soldiers of the First World War, Demobilization and Weimar Political Culture*, in: *German History* 6 (1988) 20–34; *Benjamin Ziemann*, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923* (Essen 1997).

²⁰ *Ulrich Eumann*, *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik* (Frankfurt a.M. 2007); zur SA: *Sven Reichardt*, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA* (Köln, Weimar, Wien 2002).

die allgemeine Bewaffnung von Männern im wehrfähigen Alter erst möglich wurde. Dennoch soll hier auf drei weitere Faktoren hingewiesen werden, die für die Form, das Ausmaß und die Funktion von urbaner politischer Gewalt nach 1918 nicht minder bedeutsam waren: der Grad des staatlichen Zusammenbruchs und die Geschwindigkeit der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols; die soziale und geographische Herkunft der Gewaltakteure; die Bedeutung von Gerüchten und transnationalen Gewaltphantasien, wie sie insbesondere aus dem Kontext des russischen Bürgerkriegs auf mitteleuropäische Kommunisten projiziert wurden.

Mit dieser Schwerpunktsetzung gehört der vorliegende Aufsatz in den Kontext der neueren historischen Gewaltforschung, bei der sich der Fokus zunehmend von einer auf Ideologien konzentrierten reinen Ursachenanalyse der Gewalt zu einer Untersuchung ihrer konkreten Formen und Ausdrucksweisen verschoben hat²¹.

Formen der urbanen Gewalt

Politische Gewalt in den Hauptstädten Mitteleuropas nahm in den Jahren 1918 bis 1923 drei prinzipielle Formen an, die sich unterschiedlichen Phasen der Nachkriegszeit zuordnen lassen. Die erste Phase war die des latenten (Wien) oder offenen (Budapest, Berlin) Bürgerkriegs, wie er zur Jahreswende 1918/19 in den Regierungsbezirken aller drei Städte stattfand. Nach einer von rechten Aktivisten immer wieder als „Schockstarre“ beschriebenen Phase im November, ausgelöst durch die Niederlage und die Geschwindigkeit des politischen Umsturzes, sammelten sich die rechten Gegner der neugegründeten Republiken im Protest gegen die Radikalisierung gewisser Teile der Revolutionsbewegung. Anti-Bolschewismus diente dabei als einigendes Band überaus heterogener Verbände. Tatsächlich finden wir in den paramilitärischen Organisationen der politischen Rechten ein buntes Gemisch aus Vertretern unterschiedlichster politischer Strömungen – von legitimistischen Royalisten bis hin zu protofaschistischen Aktivisten –, die wenig Sympathie füreinander hatten und deren einziges einigendes Band der gemeinsame Hass auf die Verantwortlichen von Kriegsniederlage und Revolution war. In Österreich kam noch die tiefe Spaltung der Heimwehr in großdeutsche Befürworter eines Anschlusses an das Deutsche Reich und österreichische Nationalisten, Klerikale und Atheisten hinzu, die das Bild weiter verkomplizierte²².

²¹ Diese aufzuzählen würde hier zu weit führen. Vgl. als Synthesen mit Literaturangaben: *Bernd Weisbrod*, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: *GWU* 43 (1992) 391–404; *Dirk Schumann*, Gewalt als Grenzüberschreitung. Überlegungen zur Sozialgeschichte der Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 37 (1997) 366–386. *Gerwarth, Bloxham*, Political Violence.

²² *Robert Gerwarth*, The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War, in: *Past & Present* 200 (2008) 175–209.

Vieles deutet darauf hin, dass die Aktivisten nicht durch ein konkretes Politikziel, eine klar definierte Vision des zu schaffenden Staates, mobilisiert und brutalisiert wurden, sondern durch die vermeintlich oder tatsächlich drohende bolschewistische Revolution, da paramilitärische Gewalt von rechts ein Phänomen war, das in den Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs wesentlich extremer ausgeprägt war als in den Siegerstaaten, die sehr viel besser in der Lage schienen, die Gewalt des Weltkrieges zu resorbieren und zu neutralisieren.

In den Hauptstädten der besiegten Staaten Mitteleuropas galt dies nicht, so dass die Gewalt des Krieges verinnerlicht und gegen jene gerichtet wurde, die vermeintlich für die Aufweichung der Heimatfront (und damit für Kriegsniederlage und Revolution) verantwortlich waren. Wie das Sprachrohr der radikalen Linken in Berlin, die *Freiheit*, am 9. Januar im Hinblick auf bürgerliche Reaktionen auf den Berliner Januaraufstand nicht zu Unrecht bemerkte, wurde der Revolutionär zum Ersatzfeind für sieglos heimgekehrte Offiziere: „Schießt, schießt, schießt! Werft sie nieder, so dass sie nie mehr sich erheben können!“ So lautete's aus der bürgerlichen Presse. Der Geist und die Sprache vom August 1914 sind wieder lebendig. Nur geht es diesmal nicht gegen die Engländer, Franzosen und Russen, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.²³

In den Memoiren und Rechtfertigungsschriften rechter Gewaltaktivisten wird die innere Verweigerung der Demobilisierung im November 1918 ebenfalls mit den Erfahrungen erklärt, die deutsche, österreichische und ungarische Ex-Soldaten bei ihrer Rückkehr von der Front in die von revolutionären Spannungen aufgeladene Heimat machten. Bei seiner Rückkehr nach Budapest wurde etwa der Husarenleutnant Miklós Kozma von einfachen Landsern bespuckt und tätlich angegriffen. Seine Tagebucheinträge über die Lage in Budapest im Winter 1918/19 enthalten längere Beschreibungen von betrunkenen Soldaten, die wahllos in Fenster schießen oder plündern, und kommunizieren ein Bild der allgemeinen sozialen und politischen Unordnung, auf die *nicht* zu reagieren ein Verbrechen vor dem eigenen Volke sei. Für Kozma war die Erfahrung des Zusammenbruchs der Heimatfront ein politisches Erweckungserlebnis, oder zumindest wurde es retrospektiv zu einem solchen stilisiert²⁴.

In der österreichischen Hauptstadt war die Situation ähnlich. Der spätere Heimwehrführer und österreichische Vizekanzler Eduard Baar von Baarenfels notierte angesichts der Ereignisse von 1918/19, dass die Revolution „das übelste Gesindel aus den tiefsten Tiefen der Hölle hervorgespielt“ habe, das sich nun, völlig unkontrollierbar, auf den Straßen Wiens austobe²⁵.

²³ *Freiheit*, 9. Januar 1919, Abendausgabe.

²⁴ *Miklós Kozma*, Mackensens Ungarische Husaren: Tagebuch eines Frontoffiziers, 1914–1918 (Berlin, Wien 1933) 459.

²⁵ *Eduard Baar von Baarenfels*, Erinnerungen (1947), Österreichisches Staatsarchiv, MS B/120:1, hier S. 10–13. Zum Kontext, siehe auch: *Anita Korp*, Der Aufstieg vom Soldaten zum Vizekanzler im Dienste der Heimwehr: Eduard Baar von Baarenfels (Magisterarbeit, Wien 1998).

Der spätere Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg, der nach Kriegsende in die Heimat zurückkehrte, hatte eine noch direktere Begegnung mit dem „roten Pöbel“. Von jungen Kommunisten seiner Kokarde beraubt und zusammengeschlagen, schwor sich Starhemberg, nicht zu ruhen, bevor die Revolutionäre und „Vaterlandsverräter“ zur Rechenschaft gezogen waren²⁶. Ein ums andere Mal ist es die „rote Masse“, wie es Klaus Theweleit bereits in den 1970er Jahren im Hinblick auf Deutschland zutreffend festgestellt hat, die auch in den Selbstzeugnissen österreichischer und ungarischer Freikorpsmänner als abstrakter gesichtsloser Feind auftaucht, aus der nur hin und wieder konkrete, dabei aber meist internationalistische Figuren herausragen, etwa die von den Freikorps als „galizische Hure“ geschmähte Rosa Luxemburg oder der jüdische Revolutionsführer Béla Kun in Budapest, der aufgrund seiner zweijährigen Haft in einem russischen Kriegsgefangenenlager meist als Agent Moskaus dargestellt wurde²⁷. Auch hier wird deutlich, dass die in aller Regel mit einigen Jahren Abstand veröffentlichten Rechtfertigungsschriften dazu dienen sollten, einer breiteren Öffentlichkeit zu erklären, warum ein gewaltsames Auftreten gegenüber der vermeintlich von außen kommenden „roten Flut“ im Winter 1918/19 geboten schien.

Dabei ist bemerkenswert, dass der „Rote Terror“, gerade in Wien, erstaunlich gewaltlos ablief. In der gesamten Zwischenkriegszeit starben laut Gerhard Botz' Erhebungen knapp über 850 Menschen infolge politisch motivierter Angriffe, von denen er allerdings 422 den „Marxisten“ und 176 der sozialdemokratisch kontrollierten Polizei und der Volkswehr zurechnet, während die Heimwehr lediglich 127 tote Mitglieder, die Nationalsozialisten 83 Opfer von politischer Gewalt zu beklagen hatten²⁸. Das vergleichsweise geringe Ausmaß der Gewalt in Wien erklärt sich vor allem aus zwei Faktoren: Erstens sah sich die österreichische Heimwehr einer zahlenmäßig und ausrüstungstechnisch ebenbürtigen republikanischen Wehrformation, der Volkswehr, gegenüber, die darüber hinaus durch die sozialdemokratischen Paramilitärs des Schutzbundes verstärkt wurde²⁹. Beide Seiten hielten sich gegenseitig in Schach, und ihre Selbstbeschränkung war in vieler Hinsicht eine Überlebensstrategie, denn ein Sieg in einem möglichen Bürgerkrieg wäre keineswegs eine ausgemachte Sache gewesen³⁰. Die relative Zurückhaltung

²⁶ Nachlass Rauter, NIOD (Amsterdam), Doc I 1380, H, 2. Ähnlich *Ernst Rüdiger Starhemberg*, Aufzeichnungen des Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg im Winter 1938/39 in Saint Gervais in Frankreich, in: Nachlass Starhemberg, Oberösterreichisches Landesarchiv Linz 16.

²⁷ *Klaus Theweleit*, Männerphantasien, 2 Bde (Frankfurt a. M. 1977/78).

²⁸ In diese Zahl sind die Morde der zahlreichen österreichischen Freiwilligen in deutschen Freikorps nicht eingerechnet. *Botz*, Gewalt in der Politik 237.

²⁹ Siehe dazu, mit besonderem Schwerpunkt auf Tirol, *Richard Schober*, Die paramilitärischen Verbände in Tirol 1918–1927, in: *Thomas Albrich* (Hrsg.), Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938 (Innsbruck 1988) 113–141.

³⁰ *Gerhard Botz*, Handlungsspielräume der Sozialdemokratie während der ‚Österreichischen Revolution‘, in: *Rudolf Altmüller* (Hrsg.), Festschrift Mélanges Felix Kreissler (Wien 1985) 16.

der Heimwehr – relativ gemessen an den Aktionen ihrer deutschen und ungarischen Pendanten – muss also auch als Selbstschutz verstanden werden, denn intensive Angriffe auf die Gegenseite konnten leicht in einen Bürgerkrieg mit durchaus offenem Ausgang münden.

Zweitens, und dieser Punkt wird in historischen Analysen der Heimwehr oft übersehen, war das Gewaltniveau in Wien während der 20er Jahre auch deshalb niedriger als in Budapest oder Berlin, weil sich ein Großteil der entschiedensten Verfechter einer „harten“ antibolschewistischen und großdeutschen Linie in den Jahren nach 1918 nicht in urbanen Ballungszentren aufhielt, sondern gemeinsam mit deutschen Freikorps auf verschiedenen Nachkriegsschlachtfeldern Mitteleuropas kämpfte, insbesondere 1921 in Oberschlesien, wo sich Hunderte von oft studentischen Freiwilligen des Bundes Oberland an den Kämpfen gegen polnische Aufständische beteiligten. Der Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg, zum Beispiel, beteiligte sich nicht nur aktiv an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik im Jahr 1919, sondern auch an der „Schlacht um den Annaberg“ in Oberschlesien, wo er seinen späteren Stellvertreter und zukünftigen Höheren SS- und Polizeiführer in den besetzten Niederlanden, den gebürtigen Kärntner Hanns Albin Rautter, kennenlernte. Die Rückkehr dieser Nachkriegsveteranen nach Österreich im Spätherbst 1921 hatte eine dezidiert radikalisierende Wirkung auf die Heimwehr, und dies gilt auch für den etwa zeitgleichen Zuzug deutscher Freikorpsveteranen wie Waldemar Pabst, verantwortlich für die Ermordung Luxemburgs und Liebnechts und ab 1921 militärischer Stabschef der Heimwehr in Wien³¹.

Die subjektiven Eindrücke, einem vor nichts zurückschreckendem Gegner gegenüberzustehen, wie sie viele Vertreter der extremen Rechten in Wien teilten, gingen aber wohl eher auf Gerüchte und Nachrichtenmeldungen über den russischen Bürgerkrieg zurück, der mit über drei Millionen Opfern in der Tat von extremer Brutalität gekennzeichnet war. Österreichische Zeitungen widmeten auch der Münchener Räterepublik, der Diktatur Béla Kuns und dem finnischen Bürgerkrieg größte Aufmerksamkeit, was fraglos den subjektiven Eindruck verstärkte, in Österreich würde ein vergleichbarer Bürgerkrieg unmittelbar bevorstehen³². Ungeachtet der relativ niedrigen Opferzahlen des „Roten Terrors“ in Österreich, schrieb beispielsweise der Gymnasiallehrer und Heimwehrmann Karl

³¹ *Michael Gebler*, Studentischer Wehrverband im Grenzlandkampf. Exemplarische Studie zum ‚Sturmzug Tirol‘ in Oberschlesien 1921, in: *Oberschlesisches Jahrbuch* 5 (1989) 33–63; *ders.*, Studenten und Politik. Der Kampf um die Vorherrschaft an der Universität Innsbruck 1918–1938 (Innsbruck 1990); *Sabine Falch*, Zwischen Heimatwehr und Nationalsozialismus: Der ‚Bund Oberland‘, in: *Geschichte und Region* 6 (1997) 51–86; *Hans Steinacher*, Oberschlesien (Berlin 1927). Zum Annaberg, siehe: *James Bjork*, *Robert Gerwarth*, The Annaberg as a German-Polish Lieu de Memoire, in: *German History* 25 (2007) 372–400. Zu Pabst, siehe: *Klaus Gietinger*, Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst, eine deutsche Karriere (Hamburg 2009).

³² Siehe zum Beispiel: *Innsbrucker Nachrichten*: Der Krieg im Frieden (25. Mai 1919); *Geen den Bolschewismus* (17. November 1918); *Die Sowjetherrschaft in Ungarn* (26. März 1919).

Hellering in der österreichischen Freikorpszeitschrift mit dem passenden Titel *Der Grobian*: „Anstatt zu warten, bis mir ein gedungener Judenknecht mit einem Knüppel den Schädel einschlägt oder mir ein Messer in die Rippen rammt, schieße ich lieber, bis mir die Patronen ausgehen.“³³

In Budapest, wo der „Rote Terror“ sehr viel realere Formen angenommen und binnen weniger Wochen zwischen 400 und 500 Menschenleben gefordert hatte, war auch die Reaktion weit radikaler. Gerade die brutalen Morde der (mit ihrem Namen die schlimmsten Befürchtungen der Rechten weckenden) „Lenin-Jungs“ unter der Führung von József Cserny, einer Art selbst ernannter ungarischer Tscheka, die sich auf Morde an potentiellen Gegenrevolutionären spezialisierten, stimulierten die Gewaltphantasien ungarischer Freikorpsmänner und Rechtsterroristen, zumal sie *jede* Form der Gegengewalt legitim erscheinen ließen. Bereits unmittelbar nach dem Fall des Kun-Regimes kündigte der bereits erwähnte Miklós Kozma öffentlich einen blutigen Rachezug an. „Wir werden zusehen, dass die Schmach und Schuld der letzten Monate mit dem Blut derjenigen eingewaschen wird, die die Verantwortung tragen. Die Humanisten und Menschenfreunde werden vergebens um das Leben dieser Verbrecher betteln.“³⁴ Unmittelbar nach dem Fall des Kun Regimes und dem hoch symbolischen Einmarsch Admiral Horthys in Budapest kam die Gelegenheit, diesen Worten Taten folgen zu lassen. Neben den Toten des „Weißen Terrors“ der folgenden Wochen wurden etwa 75 000 Verdächtige vorläufig oder dauerhaft inhaftiert, viele von ihnen im berüchtigten Budapester Militärgefängnis am Margit Boulevard³⁵.

Vergleichbare Aufrufe zur Gewaltentgrenzung gegen einen vermeintlich gemeinschaftsfremden Gegner fanden sich auch in Berlin, und das nicht nur von rechtsextremer Seite. Die sozialdemokratische *Post* etwa forderte angesichts der vermeintlichen Gewaltversessenheit der Bolschewisten, nicht zaghaft bei ihrer Abwehr zu sein: „Bei der Eigenart des Gegners wird es ohne Blutvergießen nicht abgehen. Spartakus betont ja immer wieder, wenn vor Blutvergießen gewarnt und zur Einigkeit gemahnt wird, daß die Revolution kein Kinderspiel sei.“³⁶

Auch die MSPD-geführte Reichsregierung selbst heizte die Atmosphäre in Berlin an, indem sie während der Januarkämpfe von 1919 von der nahenden „Stunde der Abrechnung“ sprach: „Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebraucht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.“³⁷

Eine wichtige Rolle bei der Entfesselung gegenrevolutionärer Gewalt spielten Gerüchte über kommunistische Massaker in Berlin, die allerdings, wie in Wien,

³³ Hellering, zitiert nach: *Botz*, Gewalt 229f.

³⁴ *Miklós Kozma*, *Az összeomlás 1918–1919* (Budapest 1935) 380.

³⁵ *Béla Bodo*, *Paramilitary Violence in Hungary after the First World War*, in: *East European Quarterly* 38 (2004) 129–172.

³⁶ *Die Post*, 8. Januar 1919.

³⁷ *Bernstein*, *Die deutsche Revolution 151*; *Ullrich*, *Die Revolution von 1918/19*, 72.

eher eine Projektion „russischer Verhältnisse“ auf die eigene Hauptstadt darstellen, als dass sie auf einer akkuraten Analyse der Ereignisse beruhten³⁸. Bereits am 8. Januar, unmittelbar nach Beginn des Januaraufstands, mutmaßte die *Post*, dass im Verlauf des „Spartakusaufstands“ bereits 30 Menschen getötet und 45 verletzt worden seien³⁹. Gerüchte über die systematische Ermordung von verletzten Gefangenen durch Spartakisten machten die Runde. Gleichzeitig wurden Untergangsszenarien apokalyptischen Ausmaßes beschworen: Eine Regierung Liebknecht werde Deutschland „völlig von dem schmalen Wege, der es noch vom Abgrund trennt, dort hineindrängen und das Chaos herbeiführen“. Drei Tage später schätzte die *Tägliche Rundschau* die Zahl der Getöteten bereits auf über 100⁴⁰.

Die mobilisierende Kraft der Russischen Revolution, ihre psychologischen Auswirkungen auf die vorrevolutionären Eliten in Mitteleuropa sind in diesem Kontext kaum zu überschätzen. Der Situation im späten 18. Jahrhundert durchaus vergleichbar, als Europas herrschende Eliten nach der Französischen Revolution von 1789 einen jakobinisch-apokalyptischen Krieg heraufziehen sahen, befürchteten viele Europäer nach 1917, dass der Bolschewismus sich in Windeseile ausbreiten und das übrige Europa „anstecken“ würde, was eine paramilitärische Mobilisierung zur Abwehr der vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohung auslöste – auch in den Siegerstaaten Frankreich und England. Konservative französische Veteranen schlossen sich so etwa in Reaktion auf den Generalstreik vom Mai 1920 zu urbanen Verteidigungsformationen, den *unions civiques*, zusammen während die englische Regierung bereits 1919 Freiwilligenformationen aufgestellt hatte, um einen Streik britischer Gewerkschaften abzuwehren. Die Militanz einzelner Arbeitervertreter als Vorbote einer kommunistischen Weltrevolution anzusehen, war also keineswegs auf die Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs beschränkt. Dennoch blieb diese Form der Mobilisierung in den Städten der Siegerstaaten die Ausnahme, und sie führte so gut wie nie zu gewalttätiger Entladung. In den großen Städten Mitteleuropas hingegen zog die vermeintliche oder tatsächliche Bedrohung durch eine sozialistische Revolution eine gegenrevolutionäre Mobilisierung nach sich, die sich alsbald gewalttätig entlud.

Die zweite Phase der Nachkriegsgewalt begann kurz nach der Niederwerfung der Regierung Kun und der Niederschlagung radikaler Revolutionäre in Berlin, München und Wien. Mit der allmählichen Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols begann eine Phase des punktuellen Bürgerkriegs (1919–1921), der sich vor allem durch kleinformatige Angriffe oder Attentate gegen Individuen auszeichnete, die stellvertretend für Feindgruppen der politischen Rechten standen: also vor allem linke Politiker, Publizisten und Juden. Diese Phase begann im Sommer 1919, als in allen drei Staaten die Regierungen bemüht waren, das vorübergehend an paramilitärische Helfershelfer abgetretene Gewaltmonopol zurück-

³⁸ Zur Bedeutung von Gerüchten in der deutschen Revolution von 1918, siehe: *Mark Jones, Violence and Politics in the German Revolution 1918–19* (unveröffentlichte Dissertation, European University Institute 2011).

³⁹ Die *Post*, 8. Januar 1919, Morgenausgabe.

⁴⁰ *Tägliche Rundschau*, 11. Januar 1919.

zuerobern und damit vor dem Hintergrund der relativen sozio-ökonomischen Stabilisierung auch einigen Erfolg hatten.

Dennoch riss die Gewalt damit nicht völlig ab, sie veränderte lediglich ihre Form. Am Abend des 20. Mai 1920 etwa stürmte eine Gruppe von 50 jungen Männern in ein als Kommunistentreffpunkt verschrienes Lokal in der Budapester Arena Straße, zerstörte die Einrichtung und schlug auf die überwiegend jüdische Klientel ein, bevor sie in ein nahegelegenes Kino eindrang und die Vorführung eines vermeintlich „kommunistenfreundlichen“ Films beendete und dann ein weiteres Lokal (das Café Vajdahunyad in der Nähe des Ostbahnhofs) angriff, wobei erneut 30 Menschen verletzt wurden⁴¹.

Vergleichbare Vorkommnisse, diesmal allerdings mit Todesfolge, ereigneten sich nur wenige Wochen später. Am 27. Juli 1920 wurde das überwiegend von jüdischen Mittelschicht-Gästen frequentierte Club Café auf der Lipot Allee von einem Kommando rechter Paramilitärs überfallen und die Gäste verprügelt. Ein Gast, der sich widersetzte, wurde von dem Anführer der Gruppe mit einem Revolver erschossen. Dies war allerdings nur der Anfang einer blutigen Nacht. Auf der Flucht stießen die Angreifer auf zwei Frauen und ihre männlichen Begleiter, die aufgrund ihres „jüdischen Aussehens“ aufgefordert wurden, sich entweder auszuweisen oder ihre Hosen herunterzulassen. Als sich die Männer weigerten, entstand ein Handgemenge bei dem die beiden Angegriffenen erschossen wurden⁴².

Der Dreifachmord dieser Nacht sollte allerdings nicht folgenlos bleiben. Wie auch in Deutschland, wo die Mordaktionen der „Organisation Consul“ (OC), vor allem der spektakuläre und medial breit rezipierte Anschlag auf Reichsaußenminister Rathenau in Berlin-Wilmersdorf, die Zerschlagung der OC zur Folge hatte, führte die gewalttätige Kommandoaktion in Budapest dazu, dass sich der Staat genötigt sah, ein Zeichen zu setzen, dass sich die Grenzen akzeptabler Gewalt seit 1918 deutlich zu Ungunsten paramilitärischer Kommandos verschoben hatten. Die ungarischen paramilitärischen Kommandos wurden aufgelöst, die am Rathenau-Mord beteiligten Haupttäter wurden auf der Flucht erschossen, ihre Mithelfer zu Haftstrafen verurteilt. Die Verschiebung der Form von paramilitärischer Gewalt – einzelne Terroraktionen statt offenem Bürgerkrieg – war somit auch der Erkenntnis wachsender Schwäche gegenüber einem wieder erstarkenden Staat geschuldet.

In dem Maße, in dem die rechten paramilitärischen Gruppen an staatlichem Rückhalt verloren, wuchs die Bedeutung rein krimineller Gewalttaten. Nach dem gescheiterten Kapp-Putsch waren die vormals staatlich subventionierten deutschen Freikorps aufgelöst worden, ihre ungarischen Pendanten erlitten noch im selben Jahr das gleiche Schicksal. Sobald die Gewaltakteure von staatlicher Finanzhilfe abgeschnitten waren, mussten sie entweder ihren Kampf beenden oder aber

⁴¹ Neue Freie Presse, 22. Mai 1920.

⁴² *Béla Bodo*, Pál Prónay: Paramilitary Violence and Anti-Semitism in Hungary, 1919–1921 (Carl Beck Papers in Russian & East European Studies no. 2101, 2011) 1–83, hier 27.

alternative Einkommensquellen finden. So wie die deutschen „Baltikumer“ nach ihrer Loslösung von Berlin von Raub und Requisitionen bei lokalen Bauern lebten, finanzierten ungarische Paramilitärs ihre Aktivitäten vor allem durch Erpressung, vorzugsweise der eingeschüchterten jüdischen Laden- und Gutsbesitzer. „Kidnapping“ von Juden, die in Kasernen verschleppt und gegen Lösegeld freigelassen wurden, wurde bald die Haupteinnahmequelle für ungarische Paramilitärs⁴³.

Eine dritte Phase lässt sich nach Dirk Schumann als die des „symbolischen Terrrainkamps“ (1921–1923) beschreiben, in der physische Gewalt deutlich abnahm und durch alternative Formen der Auseinandersetzung wie uniformierten Aufmärschen und Demonstrationen ersetzt wurde⁴⁴. Während die nunmehr illegalen deutschen und ungarischen Freikorps ihre Gewaltkampagnen unter staatlichem Druck einstellten und (in Deutschland) den Kampf um die Straße den neuen Parteiformationen von SA bis Rotfrontkämpferbund überließen, setzte die Heimwehr, die auch aufgrund ihrer Zurückhaltung beim Einsatz von Gewalt gegen innere Gegner nicht für illegal erklärt wurde, den Kampf mit anderen Mitteln fort, insbesondere durch symbolisch aufgeladene Demonstrationen wie die überwiegend gewaltfreien Heimwehrmärsche durch „Feindgebiet“, also vor allem durch die Arbeiterbezirke Wiens. Diese vergleichsweise gewaltfreien Drohgebärden, der symbolische Kampf um die Straße, waren integraler Bestandteil der Kommunikationsstrategie militanter Gruppen in den 20er Jahren, ging es doch darum, Präsenz und Stärke zu zeigen und kommunistisch „kontaminierte“ Straßenzüge in Wien nicht dem Gegner zu überlassen. Gleichzeitig waren die Heimwehrmärsche der 20er Jahre implizit auch eine permanente Drohung, dass sich das gewaltbereite Milieu der politischen Rechten im Falle eines kommunistischen Aufstands jederzeit mobilisieren ließe. Die politische Linke setzte den Aufmärschen der Rechten eine vergleichbare Kommunikationsstrategie entgegen und mobilisierte die eigene Anhängerschaft zu Gegendemonstrationen. Die symbolische Besetzung bestimmter umkämpfter Bezirke konnte auch durch politische Plakate durchgeführt werden, die an Häuserwände geklebt wurden, um das eigene Terrain zu markieren⁴⁵.

Trotz der augenscheinlich geringeren Intensität der politischen Gewalttätigkeit im Berlin, Budapest und Wien zwischen 1921 und 1929 sollte sich nach Beginn der Weltwirtschaftskrise rasch zeigen, dass sich ungeachtet der Scheinpazifizierung der urbanen Gewaltgemeinschaften ein Konsens über die Legitimität von Gewalt in Politik erhalten hatte, der sich bei veränderten politischen Rahmenbedingungen und bei einer Schwächung des staatlichen Gewaltmonopols jederzeit wieder in physischen Auseinandersetzungen entladen konnte.

⁴³ Bodo, Pál Prónay: Paramilitary Violence and Anti-Semitism in Hungary 9.

⁴⁴ Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Essen 2001).

⁴⁵ Siehe Alfred Krauss, Revolution 1918?, in: Krauss-Papiere, Kriegsarchiv Wien, B 60, 5e, S. 1.

Sozialstruktur und geographische Herkunft der Aktivisten

Bei der Mehrheit der paramilitärischen Aktivisten der politischen Rechten in Deutschland, Österreich und Ungarn, die in den drei genannten Nachkriegsphasen tragende Rollen spielten, handelte es sich um demobilisierte Offiziere, Kadetten und nationalistische Studenten, wobei die Führer nahezu aller paramilitärischen Verbände Ex-Offiziere der untergegangenen k.u.k. Armee und der deutschen Kriegsmarine oder des Heeres waren, mehrheitlich im Rang eines Leutnants oder Hauptmanns. Gerade die an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligten Männer standen fast immer unter dem Kommando von jüngeren Offizieren wie Hanns Albin Rauter, István Hejjas, Pál Prónay und Gyula Osztenburg, die in aller Regel Absolventen der späthabsburgischen Militärakademien waren⁴⁶. Auch in Deutschland dominierte dieser Typus in Gestalt von Figuren wie Rudolf von Sebottendorff (Freikorps Oberland) oder Hermann Ehrhardt. Dienstältere Offiziere wie Admiral Miklós Horthy, General Ludwig Hülgerth oder General Georg Maercker waren eher die Ausnahme, und sie waren selten direkt an Gewaltaktionen beteiligt. In Wien, in den militant antikommunistischen Organisationen wie Oberst Hermann Hiltls *Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs* oder der royalistischen Untergrundorganisation *Ostara*, dominierten Offiziere mit einem Anteil von etwa 75 Prozent. Auch die größte paramilitärische Organisation Österreichs, die Heimwehr, war fest in der Hand ehemaliger Offiziere, wie Ernst Rüdiger Starhemberg, Hanns Albin Rauter, Eduard Baar von Baarenfels und des deutschen Exilfreikorpsmanns Waldemar Pabst⁴⁷.

In Budapest waren es vor allem Gyula Gömbös' einflussreiches Komitee zur Nationalen Verteidigung, die Union des Erwachenden Ungarn, aber eben auch Horthys Ungarische Nationalarmee, die von Frontoffizieren dominiert wurden. Die in Szeged gegründete Nationalarmee verstand sich bewusst als eine gegen das „rote Budapest“ gerichtete parastaatliche Formation, die zwischen November 1919 und Sommer 1920 von 15 000 auf 100 000 Mann answoll. Unter den ersten 6568 Freiwilligen, die sich am 5. Juni 1919 der gegenrevolutionären Nationalarmee anschlossen, waren mehr als 3000 ehemalige Offiziere der Infanterie oder der stark überrepräsentierten Kavallerie, 800 weitere waren Offiziere der Grenzpolizei und der Gendarmerie. Im Hinblick auf die geographische Herkunft dominierten vor allem Flüchtlinge aus Transsylvanien⁴⁸.

Auch vom Altersprofil her unterschieden sich die paramilitärischen Verbände in den drei Städten kaum. Die große Mehrheit war zwischen 17 und 30, die we-

⁴⁶ Siehe beispielsweise die sehr detaillierte autobiographische Darstellung dieser Ausbildung in *Ernst Heydendorff*, *Kriegsschule 1912–1914*, in: *Heydendorff-Papiere*, in: Österreichisches Staatsarchiv, Wien, B 844/74.

⁴⁷ Zu Österreich siehe *Walter Wiltschegg*, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (München 1985) 274–280.

⁴⁸ Zu Ungarn siehe *Kelemen*, *Adatok 495 f.* *Béla Bodo*, *The White Terror in Hungary, 1919–1921: The Social Worlds of Paramilitary Groups*, in: *Austrian History Yearbook* 42 (2011) 133–163, hier 139.

nigsten über 35 Jahre alt. Zusätzlich zu den Kriegsveteranen haben wir es mit einem großen Anteil von paramilitärischen Aktivisten zu tun, die zu jung für den Kriegsdienst gewesen waren und für die die Gewalterfahrungen in den Freikorps, ungarischen Milizen oder den Heimwehren die ersten realen „Kampferfahrungen“ darstellten. Für Deutschland liegen mittlerweile eine ganze Reihe erstklassiger Studien zu dieser sogenannten „Kriegsjugendgeneration“ der zwischen 1900 und 1904 Geborenen vor, die durch den Weltkrieg mobilisiert wurden, ohne aktiv die brutale Realität des Krieges erlebt zu haben⁴⁹. Für Österreich und Ungarn liegen zur Kriegsjugendgeneration leider bislang keine detaillierten Studien vor, obwohl ihre Rolle in der Radikalisierung der politischen Kultur der Zwischenkriegszeit ähnlich wichtig gewesen sein dürfte wie in Deutschland. Der Anteil der Kriegsjugendgeneration in den paramilitärischen Verbänden Ungarns und Österreichs variierte je nach Einheit zwischen 25 und 50 Prozent. Da sich diese jüngeren Paramilitärs gegenüber den Kriegsteilnehmern erst noch beweisen mussten, waren sie in der Regel brutaler und weniger an militärische Disziplin gebunden als ihre älteren Kameraden⁵⁰.

Für viele führende Paramilitärs der politischen Rechten, die mehrheitlich aus ländlichen Gegenden stammten, verdichteten sich in den Hauptstädten all jene „Krankheiten der Moderne“, denen sie sich mit Gewalt entgegenzustemmen versuchten: die Vermassung und Proletarisierung der Politik, die „Verjudung“ der Gesellschaft, das Anwachsen emanzipatorischer Arbeiter- und Frauenrechtsbewegungen, die Individualisierung der Lebenswelten und der Bedeutungsverlust vorindustrieller Lebensformen. Der wohl bekannteste ungarische Konterrevolutionär, der in der Slowakei geborene Pál Prónay, betonte etwa in seinen Memoiren immer wieder seine tiefe Abneigung gegen die „roten Dirnen“ Budapest und Wien. Prónay hatte die Novemberrevolution in Wien erlebt bevor er in seine Heimat zurückkehrte, und die konkrete Erfahrung der Nachkriegswirren verstärkte seinen Eindruck von der Großstadt als Hort aller Schrecknisse des modernen Zeitalters. Im Frühjahr 1919 fantasierte er davon, eine Bauernarmee aufzustellen, um mit ihr gegen Budapest zu marschieren⁵¹. Auch die österreichische Heimwehr verstand sich bewusst als bewaffneter ländlicher Gegenpart zu der eher städtischen Volkswehr. In einer die Ursprünge der Bewegung beleuchtenden Broschüre der Heimwehr aus den frühen 30er Jahren heißt es dazu, die Organisation sei „in Tirol, Steiermark und Kärnten und späterhin auch in den anderen Ländern als Abwehr-Organisation gegen den Wiener Marxismus gegründet [worden]. Der Austro-Marxismus hatte damals durch seine Terror-Methoden die Macht im Staate an sich gerissen und bedrohte, gestützt auf die rote Volks- und die von ihm gegrün-

⁴⁹ Siehe vor allem *Michael Wildt*, *Generation des Unbedingten* (Hamburg 2000).

⁵⁰ Zu Ungarn siehe *Kelemen*, *Adatok* 495 f. Zu Österreich siehe *Walter Wiltschegg*, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* (München 1985) 274–280.

⁵¹ *Pál Prónay*, *A határban a halál kaszá: Fejezetek Prónay Pál feljegyzéseiből* [Der Tod lauert an den Grenzen: Auszüge aus Pál Prónays Tagebüchern], annotiert und hrsg. v. *Ágnes Szabó, Ervin Pamlényi* (Budapest 1963).

dete Arbeiter-Wehr, Österreich mit dem Bolschewismus.“⁵² Vergleichbare Einstellungen gegenüber der „roten Hauptstadt“ fanden sich auch in Deutschland zuhauf, nicht nur in den autobiographischen Romanen Ernst von Salomons (etwa in *Die Kadetten*⁵³ und *Die Stadt*⁵⁴), der die Revolution als junger, in Berlin-Lichterfelde stationierter Kadett erlebte, sondern auch in liberalen Zeitungen, die Berlin als bolschewistischen „Hexenkessel“ beschrieben, in dem die „täglich an Macht und Aktivität zunehmenden Anhänger des Spartakusbundes“ nur durch ein „Eingreifen von außerhalb zugeführter Truppen“ aufgehalten werden konnten⁵⁵.

Solche Wahrnehmungen verweisen auf ein interessantes Paradoxon: Wiewohl in allen drei Ländern Kommunisten von ihren Gegnern als „Gemeinschaftsfremde“ dargestellt wurden, als blutrünstige, von außen eindringende Agenten Moskaus, stammten sie – im Gegensatz zu den gegenrevolutionären „Ordnungskräften“, die in aller Regel *nicht* aus Berlin, Budapest oder Wien kamen, – mehrheitlich aus den Ballungsräumen, in denen die Kämpfe stattfanden.

Gerade weil die Mehrheit der rechten Gewaltakteure nicht aus Berlin, Wien oder Budapest stammte, waren sie vor Ort auf bestimmte Unterkünfte wie Kasernen, Krankenhäuser oder (im Falle der Anführer) auf Hotels angewiesen. Der bekannteste ungarische Freikorpsführer, Pál Prónay, hatte von 1919 bis 1920 sein Hauptquartier im noblen Budapester Hotel Gellért, danach im nicht minder feinen Hotel Pannónia, dessen Bar zu den bevorzugten Treffpunkten rechter Paramilitärs gehörte, die wie Prónay mehrheitlich Fremde in der Stadt waren. Der zweite wichtige ungarische Milizenführer jener Zeit, Istvan Héjjas, und seine Offiziere wohnten ihrerseits im Hotel Britannia, von wo aus sie nächtliche Attacken gegen jüdische Einrichtungen planten und ausführten. Dies war kein auf Ungarn beschränktes Phänomen. Die großteils aus ländlichen Regionen stammenden Heimwehrführer waren bei ihren Besuchen in Wien auf Hotels angewiesen, und das Führungspersonal der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, das im Januar 1919 die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts anordnete, logierte zu dieser Zeit im Berliner Hotel Eden.

Eine scheinbare Ausnahme stellten die beiden Budapester Studentenbataillone der Eötvös Loránd Universität und der Technischen Hochschule dar, die von anfangs 3000 Mann im August 1919 auf 10–12000 Mitglieder im Sommer 1920 answollen. Die Studentenbataillone waren in ihrer Funktion den aus lokalen Kräften zusammengesetzten deutschen Einwohnerwehren vergleichbar, die vor allem in Bayern und den mittel- und westdeutschen Industriegebieten erst dann aufgestellt wurden, als die eigentlichen Kämpfe bereits vorbei waren. Sie sollten als Streikbrecher agieren, und – im Falle eines Notstands – technische Funktionen übernehmen (etwa in Form der „Technischen Nothilfen“)⁵⁶. Die Budapester Stu-

⁵² Nachlass Waldemar Papst, Bundesarchiv (Berlin), NY4035/4, Bl. 279.

⁵³ *Ernst von Salomon*, *Die Kadetten* (Berlin 1933).

⁵⁴ *Ernst von Salomon*, *Die Stadt* (Berlin 1932).

⁵⁵ Frankfurter Zeitung, 8. Januar 1919, Abendausgabe.

⁵⁶ *Bodo*, *The Social Worlds of Paramilitary Groups* 146. Zu den Einwohnerwehren, siehe:

denen sahen sich aber auch als eine Art Hilfspolizei. Gedeckt durch die Regierung legten sie diese Rolle weit aus, indem sie Gewerkschafter und Vertreter der gestürzten Revolutionsregierung drangsalierten. Auf dem Campus der Universität, ebenso in anderen öffentlichen Räumen wie Schwimmbädern, Parks oder Cafes, fielen die Studenten in Behelfsuniformen vor allem dadurch auf, dass sie jüdische Kommilitonen und Lehrpersonal beschimpften und tätlich angriffen. Die vermeintlichen „Ordnungskräfte“ wurden somit zu Triebfedern der Unordnung im öffentlichen Raum.

Ein genauerer Blick auf die soziale und geographische Zusammensetzung der Studentenbataillone zeigt, dass deren Mitglieder mehrheitlich in das etablierte Schema des mitteleuropäischen Rechtsparamilitarismus passten. 90% von ihnen entstammten der Mittel- und Oberschicht; zumeist handelte es sich um Studenten der Medizin oder der Rechts- und Ingenieurwissenschaften, während Theologen und Geisteswissenschaftler tendenziell unterrepräsentiert waren. Wichtiger noch erscheint die Herkunft der beteiligten Studenten: 40 bis 50% der jungen Männer waren Flüchtlinge (die mit 37,5% unter der Budapester Studentenschaft stark vertreten waren), vornehmlich aus Transsylvanien, dem nun zur Slowakei gehörenden Oberungarn, und jenen südungarischen Territorien, die an das neu entstandene Jugoslawien gefallen waren⁵⁷.

Die Studentenbataillone waren nicht die einzigen paramilitärischen Gruppen, die im Sommer 1919 auf Budapests Straßen ihre eigenen Gewaltregime etablierten. Fünf weitere (und weitgehend unabhängig voneinander agierende) Gruppen wurden in den strategisch wichtigsten Budapester Bezirken aufgestellt. Nur die wenigsten der Beteiligten kamen aus der Stadt selbst, fast keiner von ihnen aus dem jüdisch-proletarisch geprägten 7. und 8. Bezirk. Statt dessen handelte es sich um eilig zusammengezogene Kadetten der Ludovika Militärakademie, Veteranen der (transsylvanischen) Szekely Division, Gendarmen aus ländlichen Regionen und Mitglieder von national gesinnten Sportverbänden, die, da sie keine Wohnungen in Budapest hatten, in Schulen und Kasernen untergebracht werden mussten.

Insgesamt ergibt sich somit folgendes Bild: Anders als im Fall des stark urban geprägten kommunistischen Milieus handelte es sich bei den gegenrevolutionären Milizen, die nach November 1918 in Berlin, Budapest und Wien operierten, mehrheitlich nicht um städtische, sondern ländliche Vertreter der Mittel- und Oberschicht. Ohnehin eher Verlierer des Modernisierungsprozesses seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und Großstädten tendenziell feindlich gegenüberstehend,

Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus. Geschichte der bayerischen Einwohnerwehren (München 1931); *Erwin Könnemann*, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920) (Berlin-Ost 1971). *Hannsjörg Zimmermann*, Die Einwohnerwehren. Selbstschutzorganisationen oder konterrevolutionäre Kampforgane?, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 128 (2003) 185–212. Zu den deutschen Nothilfen: *Andreas Linhardt*, Die Technische Nothilfe in der Weimarer Republik (Norderstedt 2006).

⁵⁷ *Bodo*, The Social Worlds of Paramilitary Groups, hier 147.

sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die überwiegend urbane Revolution von 1918 nicht nur ihre Karrieren (oder im Falle jüngerer Kadetten: Karriereperspektiven) als Offiziere bedroht, sondern ihre Existenz. Das Eindringen dieser durch Krieg, Niederlage und Revolution hoch mobilisierten und alarmierten Milieus in die als feindlich empfundene großstädtische Lebenswelt dürfte erheblich zur Eskalation von Gewalt beigetragen haben, in der nicht nur Revolutionäre, sondern auch zivile Beistehende zu Opfern werden konnten, wenn sie „proletarisch“ oder „jüdisch“ oder sonst „verdächtig“ aussahen. Dass die für Bürgerkriege charakteristische Gewaltlogik eines omnipräsenten, existentiellen Gegners, den es um jeden Preis zu vernichten galt, in Berlin, Budapest und Wien sehr viel weniger Opfer forderte als es zeitgleich in Städten wie Tampere, Kiev, Riga oder Sankt Petersburg der Fall war, lag erstens daran, dass die Verfechter einer bolschewistischen Revolution in Mitteleuropa kaum Unterstützer und ihren Gegnern wenig entgegenzusetzen hatten und zweitens daran, dass das staatliche Gewaltmonopol nach einem sehr kurzen Zusammenbruch rasch wiederhergestellt wurde.

Schlussbetrachtung

Im vorliegenden Aufsatz wurde versucht, das Phänomen urbaner Gewalt in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu beleuchten und sich dabei auf Gewalterfahrungen in Berlin, Budapest und Wien zu konzentrieren. Geprägt durch die unmittelbar aufeinander folgenden traumatisierenden Erfahrungen von Krieg, Niederlage, Revolution und territorialer Auflösung, entstanden in beiden Staaten sozial homogene, radikal antibolschewistische Milieus, die sich durch eine unbedingte Entschlossenheit auszeichneten, Gewalt anzuwenden, um eine (teils reale und teils imaginierte) revolutionäre Bedrohung abzuwenden und sich für ihre vermeintlichen Demütigungen von Seiten äußerer und innerer Feinde zu rächen.

Doch so ähnlich die Gewaltphantasien rechter Paramilitärs in den Nachfolgestaaten der Mittelmächte waren, so unterschiedlich war deren Fähigkeit, sie auszuleben. Während Gewaltphantasien im nachrevolutionären Budapest in großem Umfang Wirklichkeit wurden, bis die Regierung Horthy den ungezügelten Gewaltorgien ein Ende bereitete, blieben sie in Berlin und vor allem in Wien vergleichsweise begrenzt. Anders formuliert, blieb das *tatsächliche* Ausmaß physischer Gewalt in den drei Städten eine Variable, die weitgehend von den Umständen abhing, unter denen Gewalt verübt wurde. „Erfolg“ und „Misserfolg“ von Gewalt hing nicht zuletzt von dem Grad des staatlichen Zusammenbruchs ab. In den weitgehend „staatenlosen“ neuen multiethnischen Grenzgebieten Mitteleuropas ergaben sich schlicht und einfach mehr Gelegenheiten zur (und weniger Widerstände gegen) Gewaltanwendung als in den Städten. In Berlin, Wien und Budapest hingegen gewann der Staat schnell die Kontrolle über das Gewaltmonopol zurück, und die neuen Militanten der nationalistischen oder pangermanistischen Rechten mussten sich entweder auf die staatlich sanktionierte gewaltsame

Niederschlagung kurzlebiger kommunistischer Aufstände beschränken oder auf individuelle Terroranschläge gegen Stellvertreter ihrer Hauptgegnergruppen, vor allem gegen Juden, linksgerichtete Intellektuelle und Politiker.

Eben hierin, in der Logik der gewaltsamen „Säuberung“, der wahrgenommenen Notwendigkeit, gemeinschaftsfremde Elemente auszumerzen, bevor eine utopische neue Gesellschaft entstehen konnte, lag das wohl fatalste dauerhafte Erbe der unmittelbaren Nachkriegszeit – sowohl auf der radikalen Linken als auch auf der extremen Rechten. Die Überzeugung, es mit Gegnern zu tun zu haben, die vor nichts zurückschrecken würden, um ihre politischen Ziele einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung zu erreichen, und die Entschlossenheit, eben diese Ziele mit aller Gewalt zu verhindern, bildete eine der gängigsten Komponenten radikaler Politik in Europa zwischen 1917 und der zweiten Hälfte der vierziger Jahre und liefert einen wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Gewaltzyklen, die Europa bis in die späten 40er Jahre, dann erneut in den 90er Jahren heimsuchten. Ihren blutigsten Niederschlag fand die in der unmittelbaren Nachkriegszeit ihren Ursprung nehmende Logik der gereinigten Gemeinschaft stets in staatsfernen Regionen – vor allem in den ethnisch durchmischten Städten und ländlichen Grenzregionen Mittel- und Osteuropas in den Jahrzehnten zwischen dem Zusammenbruch der dynastischen Vielvölkerreiche von 1918 und der gewaltsamen Befriedung Europas in und unmittelbar nach 1945. Doch auch in den Hauptstädten Mitteleuropas, vor allem in Berlin und Wien nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten und in Budapest 1944, sollten Rechnungen beglichen werden, die in der Wahrnehmung rechter Gewaltakteure auf die Zeit um den November 1918 zurückgingen. Eine Analyse der Ursachen und Formen der „Brutalisierung“ urbaner Lebensräume in der unmittelbaren Nachkriegszeit kann insofern auch dazu beitragen, die Langzeitfolgen paramilitärischer Gewalt neu zu vermessen.

Summary

This essay explores the wave of post-war violence in three of the defeated states of the Great War: Austria, Hungary, and Germany. More specifically, it highlights the importance of capital cities in the imagination of right-wing activists post-1918. Although paramilitary violence post-1918 was much more prominent in the rural areas of all three countries, Berlin, Vienna and Budapest – the three “red” capitals of Central Europe – played a central role as symbols of political, moral and social decay against which the overwhelmingly rural activists of right-wing paramilitarism revolted. Viewed as centers of (corrupt) political power and parallel universes of decay and revolution, the capital cities and their allegedly revolutionary industrial proletariat provided a common enemy for the highly heterogeneous paramilitary forces of the right.

Martin Baumeister

Arenen des Bürgerkriegs?

Kollektive Gewalt in Turin und Barcelona 1890 bis 1923

Seit den Frühzeiten der Urbanisierung in Europa gelten Großstädte und insbesondere Industriestädte als Brutstätten der Gewalt. Konservative und linke Gesellschaftskritiker, Sozialreformer und Journalisten, Kirchenmänner und Politiker sahen die in schnellem Wandel begriffenen Städte als Orte von sozialer Desintegration und Verelendung, von Polarisierung und Kriminalität, von Mord und Revolution, kurz als gesellschaftliche Brennpunkte. Die Großstädte, Vorposten und Laboratorien gesamtgesellschaftlichen Wandels, wurden seit dem 19. Jahrhundert als Problem- und Gefahrenzonen, als Orte von Laster und Kriminalität und oft zugleich auch als Schauplätze und Ursprungsorte gewaltsamer Konflikte und Auseinandersetzungen erfahren und wahrgenommen, wo der „soziale Krieg, der Krieg Aller gegen Alle [...] offen erklärt“ sei¹. Zum Fanal urbaner Klassenkämpfe in Europa, von utopischen Hoffnungen und apokalyptisch gefärbter Revolutionsfurcht, wurde seinerzeit zweifellos die kurzlebige Pariser *Commune* von 1871 und ihre blutige Niederschlagung². Dergleichen Perspektiven der Zeitgenossen schlagen sich auch in der historischen Forschung nieder. Kulturgeschichtliche Studien thematisieren Bilder der Großstadt als Brutstätte von Laster und Gewaltkriminalität, während in sozial- und politikgeschichtlichen Untersuchungen dem latent bis offen gewalterfüllten Antagonismus sozialer Gruppen im Prozess der Formation urbaner Klassengesellschaften besondere Aufmerksamkeit zukommt, ohne dass freilich zwischen Kriminalität und Protest, zwischen „gewöhnlicher“ und

¹ So der klassische Text von *Friedrich Engels*, Die Lage der arbeitenden Klassen in England (1845), in: Marx Engels Werke 2 (Berlin 1972) 257; zur kritischen Großstadt Wahrnehmung bzw. Großstadtfeindschaft: *Klaus Bergmann*, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft (Meisenheim 1970); *Andrew Lees*, Cities perceived. Urban society in European and American thought, 1820–1940 (Manchester 1985), hier v. a. 168–188.

² Aus der Fülle der Literatur: *Donny Gluckstein*, The Paris Commune. A Revolution in Democracy (Chicago 2011); zur *Commune* als Topos konservativer Revolutionsfurcht: *Paul Lidsky*, Les écrivains contre la Commune (Paris 1970); *William Serman*, La Commune de Paris (1871) (Paris 1986) 541–553; sowie *Matthew Beaumont*, Cacotopianism, the Paris Commune, and England's Anti-Communist Imaginary, 1870–1900, in: *English Literary History* 73/2 (2006) 465–487.

politischer Gewalt immer hinreichend unterschieden bzw. diese verschiedenen Dimensionen von Gewaltaktionen reflektiert würden³.

Bis heute neigen Historiker dazu, Gewalt, d. h. die Ausübung von „Aktionsmacht“⁴, die physischen Zwang gegen Personen und Sachen beinhaltet, als Nebenprodukt oder gar Epiphänomen, als zwangsläufiges Ergebnis gesellschaftlicher Konflikte zu betrachten. In dieser Sicht sind Städte bloße Container oder eine mehr oder weniger abstrakte Bühne für Spektakel, die in dieser oder ähnlicher Form an vielen Orten aufgeführt werden. Allerdings kann man davon ausgehen, dass die urbane Topographie, die materielle und soziale Realität einer Stadt kollektives Konfliktverhalten und damit verbundene Gewaltaktionen beeinflussen und formten, dass aber auch der städtische Raum und die sich darin entfaltenden sozialen Beziehungen durch Gewalthandlungen mit definiert werden, die urbane Topographie somit auch durch Protest und Gewalt geprägt und bestimmt wird. Städte entfalten spezifische partikulare Protest- und Gewalttraditionen und bewahren diese über längere Zeiträume in einer Art lokalem Gedächtnis. Gewaltfreies wie gewaltsames kollektives Konfliktverhalten in der Stadt erwächst nicht zuletzt aus lokalen Bedürfnissen heraus vor lokalen Horizonten und manifestiert sich in lokalen Machtkonstellationen und Dynamiken.

„Red Cities“

Dies zeigt sich im Vergleich zweier trotz aller Unterschiede durchaus ähnlich gelagerter Fallbeispiele, der piemontesischen Metropole Turin und der katalanischen Kapitale Barcelona. Turin und Barcelona sind alteuropäische Städte, „second cities“ im europäischen Städtesystem⁵ mit einer Jahrhunderte übergreifenden Geschichte, Residenzstadt einer italienischen Dynastie die eine, Hafen-, Gewerbe- und Handelsstadt in exponierter Stellung im westlichen Mittelmeerraum die andere. Sie stiegen in vergleichbaren, wenn auch keineswegs identischen Dynamiken zu „Städten der Wunder“⁶, zu Motoren und Laboratorien der Industrialisierung in noch überwiegend agrarischen Ländern mit starken regionalen Unterschieden auf. Barcelona und sein Umland hatten bereits eine mehrere Jahrzehnte andau-

³ Vgl. aus kulturgeschichtlicher Perspektive u. a. *Judith R. Walkowitz*, *City of Dreadful Delight. Narratives of Sexual Danger in Late-Victorian London* (Chicago 1992); *Drew D. Gray*, *London's Shadows. The Dark Side of the Victorian City* (London 2010); zu urbanem Protest vgl. den Abriss bei *Andrew Lees*, *Lynn H. Lees*, *Cities and the Making of Modern Europe, 1750–1914* (Cambridge 2007) 70–98.

⁴ *Heinrich Popitz*, *Phänomene der Macht. Autorität, Herrschaft, Gewalt, Technik* (Tübingen 1986).

⁵ *Maiken Umbach*, *A Tale of Second Cities: Autonomy, Culture, and the Law in Hamburg and Barcelona in the Late Nineteenth Century*, in: *American Historical Review* 110/3 (2005) 659–692.

⁶ Vgl. den Titel des bekannten Barcelona-Romans von *Eduardo Mendoza*, *La ciudad de los prodigios* (Barcelona 1986), dessen Handlung sich im hier behandelten Zeitraum abspielt.

ernde, auf die Zeit vor die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückgehende Entwicklung zu einem vor allem auf die Textilherstellung hin orientierten industriellen Ballungsraum zurückgelegt, als Turin zu Beginn des 20. Jahrhunderts in nur wenigen Jahren dank Maschinen- und Fahrzeugbau zu einer Industriestadt wurde und sich infolge der Rüstungskonjunktur im Ersten Weltkrieg definitiv in eine moderne Industriemetropole verwandelte. Seit dem Krieg galten beide Städte auch international als notorisch „rot“, als Städte mit einem hoch militanten, wohl organisierten Proletariat. Barcelona hatte sich bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts noch vor Bilbao zur Hochburg der Arbeiterorganisationen in Spanien, vor allem in ihrer militant anarchistischen Ausrichtung, entwickelt, während Turin, parallel zur sozioökonomischen Entwicklung, den ersten großen Mobilisierungs- und Organisationsschub im Zeichen der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur erlebte⁷.

Die Sicht der Zeitgenossen auf die Industriestadt, die diese mit Konflikt und Konfrontation unterschiedlichster Art, auch in der Form unmittelbarer physischer Gewalt, assoziierten, spiegelt sich ebenfalls in sozial- und politikgeschichtlichen Studien zu den beiden Städten in den Jahrzehnten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wider, welche eine zentrale Phase in ihrer Entwicklung zu modernen Industriestädten darstellen⁸. Der vorliegende Beitrag behandelt diesen Zeitraum, der mit einer politischen Zäsur, der Etablierung autoritärer Regime in Italien und Spanien in den Jahren 1922/23, endet. Unter den Diktaturen Mussolinis sowie des Generals Miguel Primo de Rivera kam es zu einer massiven Verschärfung der Kontrolle der öffentlichen Ordnung und einer Abschnürung bzw. Liquidierung oppositioneller Bewegungen, womit sich die Rahmenbedingungen für die Dynamiken kollektiver urbaner Gewalt grundlegend veränderten. Ausgangspunkt der Untersuchung ist der Befund, dass kollektive Gewalt zu einem wesentlichen Teil, wenn auch keineswegs ausschließlich, eingebunden ist in Konflikte im öffentlichen städtischen Raum, d. h. in Machtkämpfe, die sich als Konflikte um die Ordnung auf der Straße abspielen. Im behandelten Zeitraum werden Straßen und Plätze in der Großstadt „zu einer Art ‚Massenmedium‘ vor allem für gesellschaftliche Erfahrungen, die auf Vermischungen, Berührungen und Konfrontationen zwischen Sphären beruhen, die sonst räumlich voneinander getrennt

⁷ Vgl. *Jaume Sobrequès i Callicó* (Hrsg.), *Història de Barcelona*, Bd. 5: El desplegament de la ciutat manufacturera (Barcelona 1993); Bd. 6: La ciutat industrial (Barcelona 2001/1995) sowie *Nicola Tranfaglia* (Hrsg.), *Storia di Torino 8: Dalla Grande Guerra alla Liberazione (1915–1945)* (Torino 1998).

⁸ Vgl. zu Barcelona *Chris Ealham*, *Class, Culture and Conflict in Barcelona, 1898–1937* (London 2005); *Temma Kaplan*, *Red City, Blue Period. Social Movements in Picasso's Barcelona* (Berkeley, Calif. 1992); *Angel Smith* (Hrsg.), *Red Barcelona. Social Protest and Labour Mobilization in the Twentieth Century* (London 2002); *ders.*, *Anarchism, Revolution and Reaction. Catalan Labour and the Crisis of the Spanish State, 1898–1923* (New York 2007). Zu Turin *Maurizio Gribaudo*, *Mondo operaio e mito operaio. Spazi e percorsi sociali a Torino nel primo Novecento* (Torino 1987); *Daniele Jalla, Stefano Musso, Luisa Passerini* (Hrsg.), *Territorio, fabbrica e cultura operaia a Torino* (Torino 1981); *Paolo Spriano*, *Storia di Torino operaia e socialista* (Torino 1972).

existieren“⁹. Thomas Lindenberger hat für solche Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum der Stadt den Begriff „Straßenpolitik“ geprägt. Ähnlich wie im spätwilhelminischen Berlin entwickelte sich in Barcelona und Turin in einer Zeit prekärer politischer und sozialer Integration und eingeschränkter Partizipation unter dem Vorzeichen der liberalen Monarchien Italiens und Spaniens der öffentliche Raum von Straßen und Plätzen zur heiß umkämpften Politik-Arena¹⁰. Und wie in Berlin stand in Barcelona und Turin einer von der Obrigkeit forcierten „Straßenpolitik von oben“ eine in vielfältigen Formen betriebene „Straßenpolitik von unten“ der aus institutionalisierten Kanälen und Verfahrensweisen weitgehend ausgeschlossenen Volksschichten gegenüber.

Die „Politik des Mauser-Gewehrs“

Seit der Jahrhundertwende sahen sich die Oligarchien in Spanien und Italien insbesondere in den urbanen Zentren mit den Herausforderungen wachsender Mobilisierung und verstärkten Forderungen nach Demokratisierung konfrontiert. Der Kampf um die Straße erfolgte in beiden Städten unter den Bedingungen eines rigoros militarisierten Regimes der öffentlichen Ordnung, die ein wesentliches Kennzeichen beider politischer Systeme darstellte¹¹. Die Kontrolle des öffentlichen Raumes oblag militarisierten Ordnungskräften, den *Carabinieri* und der *Guardia Civil*, sowie Einheiten des Heeres unter der geteilten Zuständigkeit von Präfekt, Quästor und lokalem militärischen Oberbefehlshaber in Italien, von Zivil- und Militärgouverneur in Spanien. Diese verfügten nicht nur über Waffengewalt und Aktionsmacht, sondern sie hatten auch die Definitionsmacht darüber inne, was als legitim bzw. illegitim angesehen werden konnte, und exekutierten diese Macht unmittelbar an Ort und Stelle. Die Ordnungskräfte verfuhrten in ihrer Interaktion mit dem Straßenpublikum gemäß einer militärischen Mustern folgenden „Festungspraxis“ und operierten im städtischen Raum nach den Prinzipien eines „spatial militarism“, der Verteidigung, Eroberung und Pazifizierung des öffentlichen Raums¹². Dabei ging es nicht nur um die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, das gegenüber Gewaltakteuren von rechts durchaus immer

⁹ Thomas Lindenberger, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914* (Bonn 1995) 11; für Italien grundlegend: Mario Isnenghi, *L'Italia in piazza. I luoghi della vita pubblica dal 1848 ai nostri giorni* (Bologna 2004).

¹⁰ Lindenberger, *Straßenpolitik* 12, der den Begriff „Politik-Arena“ von Alf Lütke übernimmt; dort zum Folgenden 11–31.

¹¹ Zu Spanien Manuel Ballbé, *Orden público y militarismo en la España constitucional, 1812–1983* (Madrid 1983); Eduardo González Calleja, *La razón de la fuerza. Orden público, subversión y violencia política en la España de la Restauración (1875–1917)* (Madrid 1998); ders., *El máuser y el sufragio. Orden público, subversión y violencia política en la crisis de la Restauración (1917–1931)* (Madrid 1999). Zu Italien John A. Davis, *Conflict and Control. Law and Order in Nineteenth-Century Italy* (Basingstoke 1988).

¹² Lindenberger, *Straßenpolitik* 15; *Ealham*, Class 16–22.

wieder preisgegeben wurde¹³, sondern um die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher und politischer Hierarchien. Entscheidender Bestandteil der Praxis der militarisierten Politik der öffentlichen Ordnung war das örtlich bzw. regional eingesetzte Instrument des Ausnahmezustands, mit dem verfassungsmäßige Grundrechte suspendiert und das Kriegsrecht in Kraft gesetzt wurden. In Barcelona wurde der Ausnahmezustand in den Jahren 1893 bis 1899 insgesamt für mehr als 36 Monate, d. h. gut die Hälfte dieses Zeitraums, dazu in den Jahren 1902, 1909, 1917 und schließlich für die Jahre 1918 bis 1923 ausgerufen¹⁴.

Die Militarisierung der öffentlichen Ordnung war letztlich Ausdruck einer grundlegenden strukturellen Schwäche der beiden Staaten¹⁵. Es fehlte an Institutionen und Verfahrensweisen einer friedlichen Konfliktlösung in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft, zugleich aber mangelte es an hinreichend ausgerüsteten und ausgebildeten Ordnungskräften. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs verfügte Barcelona bei einer Bevölkerungsgröße von mehr als 700 000 Einwohnern über nicht viel mehr als 1000 reguläre Polizisten für ein Einsatzgebiet von ca. 74 km². Nach Angaben des Zivilgouverneurs kam 1920 ein Polizist auf ca. 5000 Einwohner¹⁶. In diese weit aufklaffende Sicherheitslücke traten die militärisch organisierte, dem Kriegsministerium unterstellte *Guardia Civil*, die eigentlich für den Einsatz in ländlichen Gebieten bestimmt war, sowie das Heer. Diese mit Säbel und Feuerwaffen ausgerüsteten Einheiten setzten ihren – militärischen – Begriff der öffentlichen Ordnung mit militärischen Mitteln im städtischen Raum durch. Der Zugriff staatlicher bewaffneter Gewalt auf den öffentlichen Raum im „Steinzeitalter der Polizeitaktik“¹⁷ wirkte prinzipiell konfliktverschärfend. Dieser Umstand drückte sich in einem hohen Blutzoll unter Demonstranten aus, der stark kontrastierte mit den insgesamt geringen Zahlen von Toten und Verletzten aus den Reihen der Ordnungskräfte. In den Augen der Repräsentanten der Arbeiterbewegung, die, wie in Italien, die „Opfer des Bleis der Bourgeoisie“ beklagten und, so in Spanien, die „Politik des Mauser-Gewehrs“ anprangerten¹⁸, stellte die

¹³ Vgl. zu Spanien *Eduardo González Calleja, Fernando del Rey Reguillo*, La defensa armada contra la revolución. Una historia de las guardias cívicas en la España del siglo XX (Madrid 1995); sowie zu Italien *Fabio Fabbri*, Le origini della guerra civile. L'Italia dalla Grande Guerra al fascismo (1918–1921) (Torino 2009).

¹⁴ *Ángel Herrerín López*, Anarquía, dinamita y revolución social (Madrid 2011) 206 f.; *Ealham*, Class 18; eine chronologische Übersicht über die Verhängung des Ausnahmezustands in Spanien für die Jahre 1874 bis 1931 findet sich bei *González Calleja*, La razón 65–74.

¹⁵ Die liberalen Monarchien Spaniens und Italiens gelten als Exempel einer schwach ausgeprägten Staatlichkeit: vgl. *Ludger Mees*, Der spanische „Sonderweg“. Staat und Nation(en) im Spanien des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 40 (2000) 29–66; *Mary Vincent*, Spain, 1833–2002. People and State (Oxford 2007); *Raffaele Romanelli* (Hrsg.), Storia dello Stato italiano dall'Unità a oggi (Roma 1995); *John Foot*, Modern Italy (Houndmills 2003) 54–110.

¹⁶ *González Calleja, Del Rey Reguillo*, La defensa armada 75; Angaben zu Turin fehlen mangels historischer Studien zum Thema Polizei und öffentliche Sicherheit in der Stadt.

¹⁷ *Lindenberger*, Straßenpolitik 15.

¹⁸ So die besonders von den sozialistischen Bewegungen der beiden Länder verwendeten

militarisierte Polizeimacht ein zentrales Feindbild dar und war Ausdruck des unverhohlenen Klassencharakters des herrschenden Regimes. Strukturell gesehen war sie Folge einer schwachen Staatsgewalt, die in der Verfügung der Eliten in Politik und Militär stand und vor allem den Unterschichten gegenüber mit arbiträrer Repressionsmacht auftrat.

Städtischer Raum und Straßenpolitik

„Straßenpolitik von unten“ war in beiden Städten während des behandelten Zeitraums weitgehend eine Domäne der Unterschichten, d.h. vor allem der städtischen Arbeiterschaft. Die Straße wurde zum Zufluchtsort abgedrängter Interessen. Diese konnten sich dort mittels direkter Aktion, die meist mit physischer und symbolischer Gewalt verbunden war, artikulieren. Die Straße wurde so zum Ort des Klassenhandelns, wo „Straßen-Volk“ und „Polizei-Staat“, die „Un-Ordnung“ der städtischen Unterschichten und die auf die Aufrechterhaltung der etablierten Machtverhältnisse ausgerichtete öffentliche Ordnung der Obrigkeit aufeinandertrafen¹⁹. Die Straßenpolitik der Arbeiterschaft von Barcelona und Turin nahm im behandelten Zeitraum ähnliche Formen wie in dem von Thomas Lindenberger untersuchten wilhelminischen Berlin an²⁰. In Straßendemonstrationen zogen Arbeitermassen durch die Stadt. In „Streikexzessen“ – so die Terminologie der kaiserzeitlichen Ordnungskräfte – trafen Streikende und ein Arbeiterpublikum in gewaltsamer Form auf Streikbrecher und Ordnungskräfte. Die Arbeitskämpfe wurden so von den Betrieben auf die Straßen ausgeweitet. „Street politics“ waren unmittelbar verknüpft mit „labour politics“. Weiterhin waren Straßen und Plätze Bühne eines alltäglichen „Kleinkriegs“ zwischen Ordnungskräften und Publikum, insbesondere jungen Unterschichtenmännern, der sich in vielerlei „kleinen“ Formen von Unbotmäßigkeiten, von Widerspruch und Aufbegehren manifestierte.

Der Gang auf die Straßen erfüllte für die Unterschichtenangehörigen unterschiedliche Funktionen: Straßen und Plätze boten den Forderungen unterprivilegierter, zu weiten Teilen analphabetischer Gruppen eine lokale Massenöffentlichkeit, die über die Arbeiter-, aber auch die „bürgerliche“ Presse einen weiten Resonanzraum erhielt. Sie dienten der Selbstdarstellung und Selbstvergewisserung einer neuen sozialen Formation. Diese bildete sich um in schneller Folge entstehende Industriebetriebe in explosionsartig wachsenden Vorstädten und Vierteln an den Rändern der Städte. In den Turiner *barriere* und den Barceloneser *barris* vermischte sich die ortsansässige Arbeiterschaft mit Migranten, die in großer Zahl

Formeln: s. z. B. *Fabbri*, *Le origini* 615, 620; *Alvaro Soto Carmona*, *El trabajo industrial en la España contemporánea, 1874–1936* (Barcelona 1989) 480.

¹⁹ *Lindenberger*, *Straßenpolitik* 17, 385.

²⁰ *Lindenberger*, *Straßenpolitik* passim.

aus ländlichen Gebieten zuströmten²¹. In den neuen Siedlungen und Quartieren entstand ein dicht geflochtenes soziales Netz um Familien, Nachbarschaften und vielfältige Vereine und Orte der Soziabilität mit eigenen, für unterschiedliche Einflüsse und Richtungen der Arbeiterbewegung offenen proletarischen Subkulturen²². Die räumliche Absonderung von der Stadt, das alltägliche Leben auf der Straße und von den Zuwanderern aus ländlichen Regionen importierte überkommene Formen der Geselligkeit und Vergemeinschaftung beförderten Solidarität und die Artikulation kollektiver Interessen²³. Auch wenn in den überbevölkerten Zentren der Städte immer noch „respektable“ und weniger gut beleumdete Nachbarschaften in enger Nähe beieinanderlagen und die Vorstädte keineswegs ausschließlich von Arbeitern bewohnt waren, kam es im Laufe der Industrialisierung der Städte immer mehr zu einer räumlichen Segregation zwischen Ober- sowie bürgerlichen Schichten auf der einen und den Unterschichten auf der anderen Seite.

Straßenpolitik mobilisierte im neuen Jahrhundert Massen in ungekannten Dimensionen. In Presse- und Polizeiberichten ist oft von Aufmärschen und Demonstrationen mit mehreren Zehntausenden oder gar Hunderttausend Männern, Frauen, z.T. auch Kindern die Rede – in Barcelona spätestens seit den Mai-Feiern von 1890, in Turin seit Beginn des neuen Jahrhunderts²⁴. Auch wenn diese Angaben aufgrund der im Dunkeln liegenden Kriterien ihrer Erhebung und besonders auch ihrer politischen Implikationen mit großer Vorsicht zu bewerten sind, so verweisen sie doch auf einen insgesamt steigenden Trend der Inanspruchnahme der Straßen durch demonstrierende und protestierende Massen, der einherging mit einer Konjunktur akademischer und populärer Massendiskurse²⁵. Die Straßenpolitik der Unterschichten hatte stark ritualisierten Charakter. Dieser manifestierte sich im beschränkten und zugleich eindrücklichen Repertoire an Formen und Symbolen, die sich bei größeren Konflikten häufig mischten und miteinander verbanden – in friedlichen Aufmärschen, deren Teilnehmer sich in geord-

²¹ S. für Barcelona v. a. *Ealham*, *Class* 1–54; *José Luis Oyón*, *La quiebra de la ciudad popular. Espacio urbano, inmigración y anarquismo en la Barcelona de entreguerras, 1914–1936* (Barcelona 2008); *Smith*, *Anarchism* 51–61; für Turin insbesondere *Jalla* u. a., *Territorio*; sowie *Gribaundi*, *Mondo operaio*.

²² Neben der in Anm. 20 genannten Literatur s. zu Turin *Giovanni Levi*, *Associazionismo operaio a Torino (1890–1926)*, in: *Aldo Agosti, Gian Marco Bravo* (Hrsg.), *Storia del movimento operaio, del socialismo e delle lotte sociali in Piemonte 2: Dall'età preindustriale alla fine dell'ottocento* (Bari 1979) 481–550; *Daniele Jalla*, *Le quartier comme territoire et comme représentation: les „barrières“ ouvrières de Turin au début du XX^e siècle*, in: *Le Mouvement Social* 118 (1982) 79–97; *Carl Levy*, *Gramsci and the Anarchists* (Oxford 1999) 32–46; *Gribaundi*, *Mondo operaio* stellt die These einer konsistenten, über längere Zeit stabilen proletarischen Subkultur in Frage.

²³ *Levy*, *Gramsci* 34.

²⁴ Zu Barcelona u. a. *Kaplan*, *Red City* 25 (1. 5. 1890); zu Turin *Spriano*, *Storia di Torino operaia* 125–128 (Mai 1906), 198 f. (Oktober 1909), 307, 310 (Mai 1915).

²⁵ Vgl. u. a. *Susanna Barrows*, *Distorting Mirrors. Visions of the Crowd in 19th Century France* (New Haven 1981); *Serge Moscovici*, *L'âge des foules. Un traité historique de psychologie des masses* (Paris 1981).

neten Formationen, Fahnen und Banner vor sich hertragend, durch die Straßen bewegten, in der aufrührerartigen Inbesitznahme des öffentlichen Raums in traditionellen Subsistenzprotesten oder in der Ausweitung von Arbeitskämpfen auf die Straße durch die Aufstellung von Streikposten, die Lahmlegung des Verkehrs und der Alltagsgeschäfte, aber auch in einer festen Topographie, in der demonstrierende Züge von der Peripherie, aus den Fabriken und Siedlungen der Arbeitervorstädte, ins Zentrum vordrangen²⁶. In Barcelona bildete der größte städtische Boulevard, die Ramblas zwischen der Plaza de Cataluña und dem Hafen, die zentrale Achse der Züge. In Turin führten die Züge unweigerlich zum Gebäude der seit 1891 bestehenden *Camera di Lavoro*, dem repräsentativen Sitz der Arbeiterorganisationen mitten im Herzen der Stadt, und richteten sich in Folge auf die zentralen Straßen und Plätze²⁷.

In der äußeren Form des Auftretens der friedlichen Demonstrationenzüge wie in den zurückgelegten Routen wiesen diese eine gewisse Ähnlichkeit mit kirchlichen oder säkularen lokalen Prozessionen und Festzügen auf²⁸. Im Unterschied zu den überkommenen städtischen Ritualen gehorchten sie jedoch einer binären räumlichen Logik, die von der Spannung zwischen den „zwei Städten“²⁹, den peripheren Arbeiterquartieren und dem „repräsentativen“ Zentrum, bestimmt wurde und hinter der letztlich zwei unterschiedliche Ordnungsvorstellungen, der bürgerlichen Eliten auf der einen, der Arbeiterschaft auf der anderen Seite, standen³⁰. Man kann davon ausgehen, dass Protest und urbane Gewalt bei den Prozessen der städtischen Segregation, der sozialen „Entflechtung“ und Distanzierung eine wichtige, wenn auch keineswegs eindeutige Rolle spielten. Vielfältige Protestformen brachten die Arbeiterschaft ins Zentrum. Das Vordringen der Arbeiterschaft löste insbesondere in seinen gewaltsamen Formen auf Seiten der gesellschaftlichen Eliten „moral panics“³¹ sowie das Bedürfnis nach Abgrenzung und Kontrolle aus. Geradezu emblematisch war das Vorgehen der Bürgerwehren des *Sometent* bei ihren Einsätzen in Barcelona seit Januar 1919: Kleine, an strategisch wichtigen Punkten aufgestellte Gruppen riegelten die Altstadt in Form eines *Cordon sanitaire* ab, blockierten die Durchgänge zwischen den Stadtvierteln und sorgten dafür, dass sich das Heer um die Repression von Unruheherden und Aufstandsbewegungen in den Arbeitervororten kümmern konnte³². Die marginalisierten Mas-

²⁶ Z. B. Kaplan, *Red City* 13–36, 58–105, die die Überlagerung und Konkurrenz kommunaler und religiöser Rituale und Gebräuche mit Formen der Straßenpolitik von unten sowie die besondere Bedeutung von Unterschichtenfrauen im Straßenprotest hervorhebt.

²⁷ Zu Barcelona die Karte bei Kaplan, *Red City* 203; zu Turin vgl. die Karte bei Levy, Gramsci 26.

²⁸ Vgl. zur Überlagerung der Routen in Barcelona die Gegenüberstellung bei Kaplan, *Red City* 202 f.

²⁹ So die Formulierung von Oyon, *La quiebra* 497 zum „großen räumlichen Gegensatz“ zwischen Arbeitervierteln bzw. -vorstädten und bürgerlichen Vierteln Barcelonas.

³⁰ Vgl. die pointierte Gegenüberstellung einer „bourgeois urban utopia“ und eines „proletarian urbanism“ für den Fall Barcelona bei Ealham, *Class* 1–54.

³¹ Ealham, *Class* 11.

³² González Calleja, *Del Rey Reguillo* (Hrsg.), *La defensa armada* 77; González Calleja, *El*

sen konnten mit der Besetzung des Zentrums symbolisch-physisch – durch friedliche Demonstrationen oder im offenen Aufruhr – Ansprüche auf Sichtbarkeit, Respektabilität und Teilhabe an der bestehenden Ordnung artikulieren oder aber, auf einer qualitativ völlig anderen Ebene versuchen, den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung durch die Eroberung des städtischen Raums herbeizuführen. Diese beiden höchst unterschiedlichen Formen der „Raumpolitik“ weisen unterschiedliche Gewaltdynamiken auf, die sich in der Geschichte kollektiver Gewalt in Barcelona und Turin von der Jahrhundertwende bis zur Etablierung der Diktaturen in Spanien und Italien in eindrucklicher Weise niederschlugen.

„Stadt der Bomben“

In Barcelona waren soziale Konflikte seit dem Aufstieg von Arbeiterorganisationen unter dem dominierenden Einfluss des Anarchismus Bakuninscher Ausrichtung in besonderer Weise gewalterfüllt. In den Jahren 1883 bis 1889 begleitete eine Serie von Sprengstoffanschlägen heftige Arbeitsauseinandersetzungen. Sprengsätze detonierten vor bestreikten Fabriken, vor Untermervillen oder dem Sitz des katalanischen Arbeitgeberverbandes³³. Zweifelsohne sollten die Anschläge, die vergleichsweise unblutig abliefen, d. h. wenige, zufällige Opfer forderten, die Arbeitgeber einschüchtern, stellten jedoch keine systematischen Terrorakte dar, blieben anonym und müssen wohl einer kleinen Minderheit militanter Anarchisten zugerechnet werden. In den 1890er Jahren spitzte sich die Situation zu. Barcelona wurde nun, auch vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, zur „Stadt der Bomben“, die von drei spektakulären blutigen Anschlägen erschüttert wurde³⁴: im September 1893 gegen den Militärgouverneur Martínez Campos, im November desselben Jahres, kurz nach der Hinrichtung des Attentäters, im Barceloneser Theater *Liceo* während der Vorstellung zur Eröffnung der Opernsaison und schließlich im Juni 1896 auf die Fronleichnamsprozession im Zentrum der Stadt. Die Anschläge, die 34 Todesopfer und zahllose Verwundete forderten, schienen der in anarchistischen Zirkeln verfolgten Strategie der „Propaganda durch die Tat“³⁵ zu entsprechen, da sie sich gegen drei Säulen der bekämpften

máuser 86; neben der katalanischen Bezeichnung „sometent“ findet sich auch der kastilische Ausdruck „somatén“.

³³ *Herrerín López*, Anarquía 60–63.

³⁴ *Miguel Ángel Serrano*, La ciudad de las bombas. Barcelona y los años trágicos del movimiento obrero (Madrid 1997). Vgl u. a. *Herrerín López*, Anarquía 92–157; *Rafael Núñez Florencio*, El terrorismo anarquista (1888–1909) (Madrid 1983); *ders.*, El terrorismo, in: *Julián Casanova* (Hrsg.), Tierra y libertad. Cien años de anarquismo en España (Barcelona 2010) 61–88, hier 65–71.

³⁵ *S. Walther L. Bernecker*, Strategien der „direkten Aktion“ und der Gewaltanwendung im spanischen Anarchismus, in: *Wolfgang J. Mommsen, Gerhard Hirschfeld* (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror (Stuttgart 1982) 108–134; *Ulrich Linse*, „Propaganda der Tat“ und „Direkte Aktion“. Zwei Formen anarchistischer Gewaltanwendung, ebd. 237–269.

Ordnung, Militär, Bourgeoisie und Kirche, richteten. Eine solche Zuordnung ist allerdings umstritten³⁶. Während der Urheber des gescheiterten Attentats auf den Militärgouverneur – ein bekennender Anarchist – sich sofort der Polizei stellte und als „Märtyrer“ für die „Idee“ „im Dienst der Menschheit“³⁷ die Todesstrafe auf sich nahm, entsprach vor allem der Anschlag auf die Fronleichnamsprozession, dessen Opfer zum Großteil aus der „einfachen“ Bevölkerung stammten und der von allen politischen Lagern, auch den Anarchisten, entschieden verurteilt wurde, nicht unbedingt diesem Schema. Die Verantwortlichen konnten nie entdeckt werden, auch wenn zu ihrer Ahndung fünf Todesurteile und hohe Gefängnisstrafen verhängt wurden.

In der Forschung werden die Attentate der 1890er Jahre aus einer Spirale von Repression und Gewalt vor dem Hintergrund einer grundlegenden Reformblockade der liberalen Monarchie bei wachsenden Forderungen der Arbeiterschaft und der Zerschlagung anarchistischer Organisationen sowie des Abdrängens der Aktivisten in die Illegalität erklärt. In dieser Situation habe ein „individualistischer“ Anarchismus, der auf gewaltsame Systemveränderung durch kleine Gruppen von Aktivisten setzte, die Oberhand über einen mehr auf Organisation und Verhandlung ausgerichteten „kollektivistischen“ Anarchismus gewonnen³⁸. Mit der Serie von Gewaltakten wurde die Logik der Straßenpolitik, die Besetzung des öffentlichen urbanen Raums durch die Massen, „gesprengt“. Die Attentäter verfügten über keinen Rückhalt in der Masse des Volkes, auf das sie sich bei ihren Aktionen beriefen. Ihre zunehmend weniger zielgerichtete extreme Gewalt war nicht nur ein Zeichen ihrer Schwäche innerhalb eines repressiven staatlichen Systems, sondern insbesondere auch ihrer mangelnden Verankerung in der Arbeiterschaft. Die Bombenanschläge hatten in Barcelona lang anhaltende traumatisierende Folgen, nicht nur für die überlebenden Opfer und ihre Angehörigen. Furcht und Schrecken beherrschten die Stadt, das öffentliche Leben war für Wochen und Monate lahmgelegt. Die Behörden reagierten mit polizeistaatlichen Mitteln: mit Massenverhaftungen, Sippenhaft, Folter und Massenprozessen. Der „Prozess von Montjuïc“ in Folge des Fronleichnamattentats von 1896 gegen 131 Angeklagte vor einem Militärgericht unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde zum Gegenstand einer nationalen und internationalen Kampagne gegen die spanische Krone und ihre Polizei- und Justizorgane, die sich tief verankerter Stereotypen und Vorurteile der „schwarzen Legende“, der Stilisierung Spaniens als „Land der Inquisition“ und Gegenbild der westlichen Moderne, von Fortschritt und Zivilisation, bediente³⁹.

³⁶ *Núñez Florencio*, *El terrorismo* 71.

³⁷ So die Rechtfertigung des Attentäters Paulino Pallás in einem Brief an die Presse, zit. in *Herrerín López*, *Anarquía* 95.

³⁸ Vgl. z. B. *Julián Casanova*, *Terror and Violence: the Dark Face of Spanish Anarchism*, in: *International Labor and Working-Class History* 67 (2005) 79–99, hier 82; *Herrerín López*, *Anarquía* 92.

³⁹ *Joaquín Romero Maura*, *Terrorism in Barcelona and its Impact on Spanish Politics 1904–1909*, in: *Past & Present* 41 (1968) 130–183, hier 131; *Teresa Abelló Güell*, *El proceso de*

Die Attentatsserie der 1890er Jahre lässt sich in einer nationalen und internationalen Konjunktur anarchistischer Gewalt einordnen, die in Spanien mit der Ermordung des Regierungschefs Cánovas del Castillo durch einen italienischen Anarchisten im Sommer 1897 ein Ende nahm. Mit der Fortsetzung des Terrors im neuen Jahrhundert, freilich in anderer Form und Zielrichtung, geriet Barcelona jedoch auf einen Sonderweg unter den europäischen Städten⁴⁰. Allerdings war die Gewalt nur einer von vielen Aspekten des Aufstiegs der katalanischen Metropole zu einer Art Welthauptstadt der libertären Bewegung. Vom Sommer 1903 bis 1909 wurde Barcelona von der mittlerweile dritten Welle von Sprengstoffanschlägen erfasst. Nach offiziellen Angaben wurden in diesem Zeitraum mehr als 40 Bombenexplosionen, z.T. mit Todesopfern und Verwundeten, gezählt, in über 20 Fällen konnten nicht explodierte Sprengkörper geborgen werden⁴¹. Diese Form des „diffusen“, ziel- und namenlosen Terrors hatte sich weit entfernt von der klassischen Strategie der „Propaganda durch die Tat“. Gewalt, vor allem in Gestalt von Schießereien, wurde zu Jahrhundertbeginn auch zum Bestandteil der Parteidkämpfe zwischen Republikanern und katalanischen Regionalisten unter dem Vorzeichen eines sich mehr und mehr entfaltenden politischen Massenmarktes⁴². Allerdings kam der Kampf auf der ethnisch-nationalen Frontlinie zwischen Katalanisten und den Verfechtern der unverletzlichen Integrität der spanischen Nation, die seit der Jahrhundertwende in der politischen Arena an Bedeutung gewann, bis in die 1920er Jahre noch nicht auf die Agenda der Straßenpolitik. Vor allem eine Entwicklung heizte kollektive Gewaltaktionen im urbanen Raum an. Die revolutionäre Linke, die sich in den Jahren des Ersten Weltkriegs in der 1910 in Barcelona gegründeten *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT) eine in schwindelerregenden Ausmaßen wachsende Massenorganisation schuf, favorisierte nach der Jahrhundertwende zunehmend den Generalstreik als Mittel des Systemwechsels, eine Kampfform, die wiederholt in städtische Aufstandsbewegungen führte⁴³.

Montjuïc ante la opinión pública europea, in: *Estudios de historia social* 40/41 (1987) 275–289; *José Álvarez Junco*, *The Emergence of Mass Politics in Spain. Populist Demagoguery and Republican Culture, 1890–1910* (Brighton 2002) 50–66; *Herrerín López*, *Anarquía* 138–157. Der klassische Text zur „schwarzen Legende“: *Julián Juderías*, *La leyenda negra. Estudios acerca del concepto de España en el extranjero* (Salamanca 2003, Ndr. der Erstausgabe von 1914).

⁴⁰ Vgl. *David Miller*, *Anarchism* (London 1984) 109–113; *Romero Maura*, *Terrorism*; *Casanova*, *Terror* 80 setzt die Sonderentwicklung Spaniens resp. Barcelonas in der Geschichte des internationalen Anarchismus mit der Gründung der anarchosyndikalistischen *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT) in der katalanischen Metropole 1910 und ihrer Konsolidierung als Massenbewegung und stärkste Arbeiterorganisation auf der iberischen Halbinsel an.

⁴¹ *Herrerín López*, *Anarquía* 254.

⁴² *González Calleja*, *La razón* 381–390; *Herrerín López*, *Anarquía* 249–255.

⁴³ Zur Gründung und Expansion der CNT in Barcelona *Smith*, *Anarchism* 189–322. Zur Kampfform des Generalstreiks u. a. *Francesc Bonamusa Gaspá* (Hrsg.), *La huelga general*, in: *Themenheft Ayer* 4 (1991).

Arbeitskämpfe, Straßenpolitik und Gewalt

In dieser Dynamik zeichnen sich Gemeinsamkeiten, aber auch deutliche Unterschiede in den beiden Fallgeschichten von Barcelona und Turin ab. In der piemontesischen Metropole setzte die Geschichte kollektiver urbaner Gewalt in Verbindung mit sozialem Protest nicht nur später, sondern in deutlich enger eingegrenzten Formen ein als in der katalanischen Hafenstadt. Die örtliche Arbeiterschaft favorisierte zunächst weitgehend friedvolle Protestformen, die im Rahmen der militarisierten Politik der öffentlichen Ordnung freilich schnell an ihre Grenzen stießen⁴⁴. In Barcelona hatten die reformorientierten Kräfte der Arbeiterschaft, die sich auf Seiten der Sozialisten organisierten, auf dem heiß umkämpften Feld der Straßenpolitik schon früh die Initiative verloren. Bei der ersten Maifeier in Barcelona im Jahr 1890 waren die Sozialisten noch in einer geordneten Demonstration durch das Stadtzentrum zum Palast des Zivilgouverneurs gezogen, dem sie ihre Forderungen des Achtstundentags und des Schutzes von Frauen und Kindern überreichten, um dann friedlich auseinanderzugehen, während in den Arbeitervororten ein unbefristeter Generalstreik ausgerufen wurde, der die Stadt über eine Woche lang in Atem hielt und in wiederholten Zusammenstößen zwischen Steinwerfenden Arbeitern und Ordnungskräften mündete. Die folgende Repression gab den radikalen Kräften Aufwind⁴⁵. In Turin wurde im Mai 1906, viele Jahre nach Barcelona, zum ersten Mal die Schwelle zu tödlicher Gewalt, und zwar von Seiten der Polizeikräfte, überschritten. Diese richteten sich gegen in der Masse friedliche Demonstranten. Der Zusammenstoß, der ein Todesopfer und mehrere Verletzte kostete, wurde in der lokalen und nationalen Öffentlichkeit als traumatische Grenzüberschreitung wahrgenommen und zum Thema einer Parlamentsdebatte in Rom⁴⁶. Die Turiner Maievents von 1906 können als ein Beispiel für die Steigerungslogik und das Mobilisierungspotential friedlicher Straßenpolitik unter den Bedingungen einer militarisierten Politik der öffentlichen Ordnung gelten. Die polizeilichen Übergriffe fügten sich ein in eine Sequenz öffentlicher Aufmärsche lokaler Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich spontan aus einem Streik von Textilarbeiterinnen heraus entwickelten und deren Teilnehmerzahlen gemäß der Presseberichterstattung von Tag zu Tag anwuchsen: von zunächst 16 000 bis auf 40 000 bis 50 000 Menschen, die sich in einer Trauer- und Protestkundgebung nach den Schüssen vor der Turiner *Camera di Lavoro* versammelten⁴⁷.

In Barcelona hingegen liefen zu diesem Zeitpunkt kollektive Konflikte im urbanen Raum zwischen Arbeiterschaft und Ordnungskräften gemäß der Logik einer

⁴⁴ Aus der Perspektive der klassischen Arbeiterbewegungsgeschichte u. a. *Spriano*, *Storia di Torino operaia*. Eine konzise Verbindung von Ideologie-, Organisations- und Konfliktgeschichte bietet *Levy*, Gramsci 19–62.

⁴⁵ *Herrerín López*, *Anarquía* 71–76.

⁴⁶ S. *Spriano*, *Storia di Torino operaia* 125–129, dort auch die im Folgenden angeführten Zahlen.

⁴⁷ Turin hatte zu diesem Zeitpunkt die Marke von 400 000 Einwohnern noch nicht überschritten.

von beiden Konfliktparteien angestoßenen Gewaltspirale ab. Symptomatisch ist ein Generalstreik im Februar 1902, an dem sich ca. 80 000 Arbeiter beteiligten und der in Barrikadenkämpfen zwischen Arbeitern und berittenen Militärs, die Maschinengewehre gegen die Streikenden einsetzten, eskalierte⁴⁸. Die blutigen Kämpfe, die nach Angaben der Arbeitgeber zwölf Tote und 44 Verletzte, nach anderen Quellen ca. 100 Todesopfer und ca. 300 Verwundete kosteten und 500 Festnahmen nach sich zogen, erwuchsen aus der Dynamik des revolutionären Generalstreiks und der Repression durch die staatlichen Organe. Zu Beginn des Generalstreiks blockierten Streikposten, darunter zahlreiche Frauen, die Fabriken, legten das gesamte Geschäftsleben und den Verkehr der Stadt lahm, während andere Arbeiter versuchten, den zentralen Schlachthof der Stadt unter Kontrolle zu bekommen und den Dienstmädchen bürgerlicher Familien Einkäufe und Geld abnahmen. Nach Verhängung des Kriegsrechts wurde der Streik in mehrtätigen Kämpfen niedergedrungen, die Arbeitgeber reagierten mit einem „Hungerpakt“ – mehr als 1500 Arbeiter verloren wegen ihrer Beteiligung am Streik ihre Arbeit. Die Niederschlagung des Aufstands fand eine breite, auch internationale Resonanz. Fast ein Jahr lang blieben die von der Verfassung garantierten Grundrechte in der Stadt suspendiert.

Der Streik von 1902 stand am Anfang einer Welle gewalterfüllter Massenkongflikte im urbanen Raum in Barcelona. Einen Höhepunkt bildete die *Semana Trágica* im Juli 1909, in der Proteste gegen die Zwangsrekrutierung junger Arbeiter für den marokkanischen Kolonialkrieg in eine Welle antiklerikaler Gewalt mit bislang ungekannten Ausmaßen umschlugen⁴⁹. Die Parole „Nieder mit dem Krieg!“ hatte zur Ausrufung eines Generalstreiks geführt, der nicht nur wie 1902 in den Barrikadenbau und die versuchte Besetzung der Stadt durch die Arbeiterschaft, sondern in die Zerstörung religiöser Symbole und ca. 80 kirchlicher Gebäude, von Kirchen, Klöstern und katholischen Schulen, mündete. Auf Seiten der protestierenden Arbeiter waren ca. 80 Tote zu beklagen, die Ordnungskräfte hatten sieben Tote zu verzeichnen. Drei Priester und Mönche fielen der antiklerikalen Gewalt zum Opfer. Die Repression war noch härter als 1902: Es kam zu 2000 Verhaftungen, die Militärjustiz verhängte 200 Urteile, davon fünf Todes- und 59 lebenslängliche Haftstrafen. Zu einer internationalen Kampagne, die an die Empörung über die „Prozesse von Montjuïc“ anschloss, sie in ihrer Reichweite jedoch um ein Vielfaches übertraf, führte die Hinrichtung des weit über die Grenzen Spaniens bekannten Freidenkers und Pädagogen Francisco Ferrers, der trotz seiner Unschuld als geistiger Urheber des antiklerikalen Furors verurteilt worden war⁵⁰.

⁴⁸ Ángel Duarte, Entre el mito y la realidad: Barcelona 1902, in: Bonamusa Gaspá (Hrsg.), La huelga general, in: Ayer 4 (1991) 147–168; Smith, Anarchism 123; Herrerín López, Anarquía 206 f.

⁴⁹ S. Joan Conelly Ullman, The Tragic Week. A Study of Anticlericalism in Spain, 1875–1912 (Cambridge, Mass 1968); Alvarez Junco, The Emergence 143–161; Smith, Anarchism 174–182; Dolors Marín Silvestre, La Semana Trágica. Barcelona en llamas, la revuelta popular y la Escuela Moderna (Madrid 2009).

⁵⁰ Juan Avilés Farré, Francisco Ferrer y Guardia. Pedagogo, anarquista y mártir (Madrid

Der Vergleich zwischen Barcelona und Turin zeigt deutlich, wie Politisierung und Ideologisierung in enger Wechselwirkung mit materiellen Faktoren als Konfliktverstärker und potentielle Gewaltekatalysatoren wirkten. Dies betrifft die Bereitstellung und Vertiefung von Feindbildern bei den unterschiedlichen Konfliktparteien, die Legitimierung, aber auch die unterschiedlichen Praktiken der Gewalt, wie sich am Bombenterror, aber auch an den antiklerikalen Brandaktionen in Barcelona ablesen lässt. Die Unruhen im Sommer 1909, die weitere Teile Kataloniens erfassten, deren Zentrum jedoch in der Metropole lag, richteten sich gegen die Regierung. Die ad hoc zustande gekommene heterogene Koalition, die von Anarchosyndikalisten bis zu radikalen Republikanern reichte, fand in der Wut gegen die katholische Kirche, die als Verkörperung und Eckpfeiler des verhassten politischen Systems galt, eine gemeinsame Parole und Frontstellung. In sie ließ sich der Druck der Massen auf den Straßen lenken, wo Frauen und Jugendliche eine besonders aktive Rolle spielten⁵¹. Die Unruhen hatten nach Ausrufung des Generalstreiks als Reaktion auf die Zwangsrekrutierungen zunächst eine dem Streik von 1902 sehr ähnliche Dynamik mit Straßenbesetzungen und Barrikadenbau genommen. Mit der antiklerikalen Wendung geriet jedoch wie sonst nie im untersuchten Zeitraum die Zerstörung von Gebäuden und materieller Symbole, die Gewalt gegen Sachen, ins Zentrum der kollektiven Aktionen.

In Turin setzte der Prozess einer ideologischen Verschärfung der Konflikte im städtischen Raum erst in den Jahren unmittelbar vor Beginn des Ersten Weltkriegs ein. Zur neuen scharfen Frontlinie entwickelte sich dort im Umfeld des italienisch-türkischen Krieges um Libyen 1911/12 der Gegensatz zwischen Kriegsgegnern und -befürwortern, zwischen radikalen Nationalisten, vor allem aggressiv auftretende Studenten, und Antimilitaristen, die vor dem Ersten Weltkrieg in Schlägereien auf der Straße und in Kaffeehäusern gegeneinander antraten⁵². Die Klassenkämpfe wurden durch die Überlagerung und Verschränkung mit dem Antagonismus von „Nation“ und „Antination“ unerbittlicher und gewaltsamer. Zugleich erhielten die sozialen Kämpfe neuen Impetus durch den revolutionären Furor einer kleinen Gruppe von Anarchosyndikalisten sowie einer „zweiten sozialistischen Generation“ junger Radikaler, die die reformistisch-gemäßigten Kräfte der ersten Stunde zu verdrängen begannen, sich als revolutionäre Avantgarde und Turin, wie es Gramsci wenige Jahre später formulierte, als „città futura“, als Labor der sozialen Umwälzung in ganz Italien, betrachteten⁵³. Dies zeigte sich in den ersten Protesten der Stadt, die in Straßenschlachten mündeten, in der *settimana*

2006) 247–269; *Fernando García Sanz*, El caso Ferrer: imagen y relaciones internacionales de España, in: *Actes de les jornades sobre la Setmana Tràgica (1909)* (Barcelona 2009) 425–469.

⁵¹ *Smith*, *Anarchism* 178 ff. bietet eine ausgewogene Diskussion unterschiedlicher Erklärungsansätze.

⁵² *Spriano*, *Storia di Torino operaia* 269.

⁵³ *Levy*, *Gramsci* 32–34, 192; die zeitgenössischen Schriften Gramscis zu Turin und der städtischen Arbeiterschaft finden sich in: *Antonio Gramsci*, *La nostra città futura. Scritti torinesi (1911–1922)*, hrsg. v. *Angelo D’Orsi* (Roma 2004).

rossa, der sog. roten Woche, im Juni 1914⁵⁴. Mit Prügeln und Steinen bewaffnete Arbeiter lieferten sich auf den Straßen und Plätzen des Zentrums Schlachten mit Polizeikräften, errichteten Barrikaden und zerstörten Cafés, die als Treffpunkte der Turiner Nationalisten bekannt waren, mussten jedoch gegenüber den berittenen, mit Gewehren bewaffneten Polizeikräften den Kürzeren ziehen. Die Arbeiter hatten zwei Todesopfer und zahlreiche Verwundete zu beklagen. Die urbanen Kämpfe hatten in Turin somit eine neuartige Qualität erreicht, bewegten sich jedoch im Vergleich zu den Streikbewegungen und Straßenkämpfen in Barcelona hinsichtlich ihrer Gewaltintensität und der Schärfe der Repression immer noch auf einem „gemäßigten“ Niveau.

Einen Höhepunkt erreichte der gewaltsame Massenprotest in Turin unter den Bedingungen von Kriegseintritt und Krieg. Die von Gabriele D'Annunzio und anderen Interventionisten zum „strahlenden Mai“ 1915 verkündeten Wochen unmittelbar vor dem italienischen Kriegseintritt brachten in Turin viele zehntausend Kriegsgegner auf die Straße⁵⁵. Die Kriegsbefürworter beantworteten die Massendemonstrationen der Kriegsgegner ebenfalls mit dem Gang auf die Straße. Ein am 16. Mai erklärter Generalstreik gegen den Krieg wurde mit einem Zug von 80000 bis 100000 Arbeiterinnen und Arbeitern von den Vorstädten in das von Ordnungskräften abgeriegelte Zentrum in den öffentlichen Raum getragen und eskalierte in Barrikadenbau und dem Einsatz von Kavallerieeinheiten gegen die Streikenden. In einem Manifest des Präfekten war die Rede vom „Zündfunken eines Bürgerkriegs“⁵⁶. Im dritten italienischen Kriegssommer 1917 bildeten Subsistenzunruhen den Auftakt für eine fast einwöchige Aufstandsbewegung, die sich in antiklerikalen Aktionen, der Zerstörung von Kirchen in den Arbeitervororten, in einem Generalstreik und in erbitterten Straßenschlachten entlud und in einer für die Stadt bislang ungekannten Brutalität nach Verhängung des Ausnahmezustands durch den kriegsmäßigen Einsatz von Militär mit Panzerwagen und Maschinengewehren unterdrückt wurde⁵⁷. Dieses Vorgehen war für die blutige Bilanz der Ereignisse mit 41 Toten, darunter drei *Carabinieri* bzw. Soldaten, verantwortlich. Nachdem die Ordnungskräfte gewaltsam das Zentrum geräumt hatten, benötigten sie drei Tage, um den Widerstand in den *barriere* zu brechen, den junge anarchistische Aktivisten zu koordinieren suchten. Hintergrund des Aufstands, dem eine mehrere Monate anhaltende Welle von Arbeitskonflikten in den Fabriken der Stadt vorausgegangen war, stellten nicht nur Ärger und Verzweiflung über den bedrohlichen Mangel an Grundnahrungsmitteln, sondern Unzufriedenheit über

⁵⁴ *Spriano*, Storia di Torino operaia 273–278. *Levy*, Gramsci 50–52.

⁵⁵ Zur Bedeutung des öffentlichen Raums als Medium von Nationalisten und Interventionisten im Vorfeld des italienischen Kriegseintritts s. *Isnenghi*, L'Italia in piazza 241–260.

⁵⁶ *Spriano*, Storia di Torino operaia 303–317, das Zitat 310 („la scintilla infiammatrice di una guerra civile“).

⁵⁷ *Alberto Monticone*, Gli italiani in uniforme, 1915/1918. Intellettuali, borghesi e disertori (Bari 1972) 89–144. *Spriano*, Storia di Torino operaia 416–431; *Giancarlo Carcano*, Cronaca di una rivolta. I moti torinesi del '17 (Torino 1977); *Renzo Del Carria*, Proletari senza rivoluzione. Storia delle classi subalterne italiane dal 1860 al 1950, Bd. 3: 1914–1922. Dalla prima guerra rivoluzionaria alle giornate di Parma (Roma 1977) 38–53. *Levy*, Gramsci 85–94.

die Arbeitsbedingungen in den militarisierten Fabriken und eine tiefe Kriegsmüdigkeit dar. Als politische Impulse wirkten Nachrichten von der russischen Februarrevolution und die verstärkte revolutionäre Agitation insbesondere anarchistischer Aktivisten in den Fabriken und Vorstädten. In den *fatti di Torino* vom August 1917 manifestierte sich die Kriegsgegnerschaft der Arbeitermassen, die eng verbunden war mit der Hoffnung auf den revolutionären Sturz der herrschenden Ordnung in einer gewaltsamen Erhebung wie nirgendwo sonst in Italien und in keinem anderen kriegführenden westlichen Land.

Entgrenzungen

Die Kriegs- und Nachkriegsjahre markieren eine weitere, extreme Phase der Entgrenzung kollektiver Gewalt in Barcelona und Turin. Ein wichtiger Faktor wurde der zunehmende Verfall der Staatsgewalt im Zuge einer tief greifenden Krise der liberalen Monarchien Spaniens und Italiens⁵⁸. Unter dem Vorzeichen der Kriegskonjunktur, die auch Barcelona im neutralen Spanien massiv erfasste, vertieften und verschärfen sich die sozialen und politischen Frontstellungen in den beiden Industriestädten. Diese Radikalisierung trug dazu bei, dass der Kampf im und um den öffentlichen Raum in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den eingespielten Formen der Straßenpolitik an Bedeutung verlor. In der Fiat-Metropole verlagerten sich die Auseinandersetzungen mit der spektakulären Besetzung von fast 200 Fabriken im September 1920, die ihrer Dynamik und ihrem Ausmaß nach das Vorbild der Mailänder Arbeiterbewegung weit übertrafen, in die Betriebe⁵⁹. In Barcelona nahm die Entwicklung einen anderen Weg: Im Zuge der fortschreitenden Erosion staatlicher Gewalt kam es zu einer von Unternehmerseite betriebenen weitgehenden Privatisierung der Politik der öffentlichen Ordnung im Einvernehmen mit den Ordnungskräften, insbesondere durch die Aufstellung der rasch anwachsenden *Sometent* Anfang 1919 im Gegenzug zur Radikalisierung der Arbeiter. Diese Bürgerwehren konnten aus dem Stand 8000 Männer rekrutieren und zählten 1923, zum Zeitpunkt ihrer größten Stärke, 9300 Mitglieder in der Stadt, ein Vielfaches der regulären Polizeikräfte. Sie operierten auf der Ebene von Stadtvierteln und kamen bei Straßenkämpfen und Streiks, auch als Streikbrecher, zum Einsatz⁶⁰. Die Jahre 1918/19 brachten eine nie zuvor gekannte, vor allem von den Anarchosyndikalisten vorangetriebene Mobilisierung der Arbeiterschaft. Die Mitgliederzahlen der CNT, die bald nach ihrer Gründung in den Untergrund ab-

⁵⁸ Zum jeweiligen nationalen Kontext s. *Roberto Vivarelli*, *Storia delle origini del fascismo. L'Italia dalla grande guerra alla marcia su Roma*, 2 Bde. (Bologna 1991) und *Francisco J. Romero Salvadó*, *Spain 1914–1918. Between War and Revolution* (London 2002); *ders.*, *The Agony of Spanish Liberalism. From Revolution to Dictatorship 1913–23* (Houndmills 2010).

⁵⁹ *Paolo Spriano*, *L'occupazione delle fabbriche* (Torino 1968); *Giuseppe Maione*, *Il biennio rosso* (Bologna 1975); sowie *Vivarelli*, *Storia delle origini*, Bd. 2, 592–645.

⁶⁰ Die Zahlenangabe bei *González Calleja, del Rey Reguillo*, *La defensa armada* 303.

gedrängt worden war, schollen auf eine Viertelmillion an. Barcelona wurde damit zu einer der europäischen Städte, wenn nicht gar zu *der* Stadt in Europa mit dem höchsten Grad gewerkschaftlicher Organisierung⁶¹. Die erste spektakuläre Aktion der Gewerkschaftsoffensive stellte die Bestreikung des anglo-amerikanischen Energieunternehmens Ebro Irrigation and Power Company, im Volksmund La Canadiense oder katalanisch La Canadenca, ab Februar 1919 dar, auf die die staatlichen Organe im Verbund mit den Arbeitgebern mit harten Repressionsmaßnahmen antworteten⁶². Im Sommer 1919 saßen 6000 Arbeiter der Stadt in Gefängnissen, mehr noch hatten sich dem Zugriff der Polizei durch Flucht entzogen. Im November waren fast 50 000 Arbeiter infolge eines Lockouts ohne Arbeit, Anfang Dezember betrug deren Zahl mehr als 63 000⁶³. Begleitet wurde dieser Prozess der Verschärfung der Arbeitskämpfe von einer Fragmentierung und „Pulverisierung“ der Gewalt in einem „schmutzigen Krieg“ vom Militär unterstützter parapolizeilicher Trupps gegen Arbeiter im Allgemeinen und Gewerkschafter im Besonderen, während in einer sich immer schneller drehenden Spirale von Aktion und Gegenaktion, von Schlag und rächendem Gegenschlag bewaffnete Aktionsgruppen der CNT ihrerseits zu Terrorakten gegen Staatsorgane und den „Klassenfeind“ ansetzte (Abb. 1). Auf beiden Seiten waren die Übergänge zur „gewöhnlichen“ Kriminalität durch die Kooperation mit kriminellen Banden und den Einsatz krimineller Praktiken, wie Raubüberfällen, fließend. Ergebnis war eine Serie von Attentaten und Morden in der Zeit des sog. *pistolero*. Zwischen 1918 und 1923 waren infolge dieser Gewaltakte 464 Todesopfer, zumeist niedergestreckt von Pistolenschüssen, in der Stadt zu verzeichnen, davon 40 Arbeitgeber, 29 Vorarbeiter und leitende Angestellte und 30 Angehörige der Ordnungskräfte. Die Mehrzahl der Opfer stellten jedoch mit 292 Toten Arbeiter und einige Arbeiterinnen dar. 168 von ihnen ließen sich den Reihen der Anarchosyndikalisten zurechnen. Der Höhepunkt der Gewalteskalation wurde in den Jahren 1920/21 erreicht, als jeweils 98 bzw. 140 Tote in den sozialen Kämpfen zu verzeichnen waren⁶⁴.

Italien erlebte zur selben Zeit eine Gewaltoffensive von rechts, an deren Spitze sich die im März 1919 gegründeten *fasci di combattimento* stellten und die im Herbst 1922 zur Eroberung der Regierungsgewalt durch Mussolinis Schwarzhemden mündete⁶⁵. Turin, Stadt der selbstbewusstesten und avanciertesten Arbeiterorganisationen Italiens, blieb von dieser Offensive im Vergleich zu anderen

⁶¹ *Ealham*, Class 40.

⁶² *Smith*, Anarchism 290–322.

⁶³ *Smith*, Anarchism 299, 310f.

⁶⁴ Die genauesten Angaben finden sich bei *Maria A. Pradas Baena*, *L'anarquisme i les lluites socials a Barcelona 1918–1923. La prepressió obrera i la violència* (Barcelona 2003) 255–269, hier 268; deutlich niedrigerer und auf einer beschränkteren Quellenbasis berechnet sind die Zahlen bei *Albert Balcells*, *Violència y terrorismo en la lucha de clases en Barcelona de 1913 a 1923*, in: *Estudios de historia social* 40/41 (1987) 37–79 sowie *ders.*, *El pistolero*. Barcelona (1917–1923) (Barcelona 2009) 55–83, hier v. a. 80.

⁶⁵ Aus der Fülle der Literatur vgl. *Adrian Lyttelton*, *The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919–1929* (New York 1973); *Emilio Gentile*, *Storia del partito fascista*, Bd. 1: 1919–1922. *Movimento e milizia* (Bari 1989) und *Giulia Albanese*, *La marcia su Roma* (Roma 2006).



Abbildung 1: Cover der satirischen Zeitschrift *L'Esquella de la Torratxa* vom 17. 9. 1920: „Wen trifft es heute?“

nord- und mittelitalienischen Städten weitgehend verschont. In der piemontesischen Metropole hatten zum ersten Mal junge Nationalisten eine offensive Straßenpolitik von rechts betrieben, die in der Agitation um den italienischen Kriegseintritt im Frühjahr 1915 Fahrt aufnahm. Die aggressive Wendung gegen die Arbeiterschaft fand offene Unterstützung durch die Ordnungskräfte, wie in besonders drastischer Weise in der Verwüstung der *Camera di Lavoro* durch Soldaten als Reaktion auf Antikriegsdemonstrationen Mitte Mai 1915 zum Ausdruck kam⁶⁶. Unmittelbar bei Kriegsende fand die Offensive von rechts gegen die organisierte Arbeiterschaft eine Fortsetzung, als eine Gruppe von Angehörigen der *Arditi* am Tag nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands eine Friedensdemonstration mit Tausenden Teilnehmern angriff und wiederum das Gebäude der *Camera di Lavoro* verwüstete. In der Sicht eines faschistischen Chronisten stellte dies „wohl die erste Aktion des faschistischen *squadrisimo*“ dar – ein Vierteljahr vor Gründung der *fasci di combattimento*⁶⁷. Der im Frühjahr 1919 von interven-

⁶⁶ Spriano, *Storia di Torino operaia* 311 f.

⁶⁷ Fabbri, *Le origini* 11, der G. A. Chiurco, *Storia della rivoluzione fascista III* (Firenze 1929) 393 zitiert. Angehörige der *arditi*, einer Elitetruppe des italienischen Heeres, gehörten zum Kern der frühen faschistischen Bewegung; vgl. zu diesen „Sturmtruppen“ Ferdinando Cordova, *Arditi e legionari dannunziani* (Roma 2007), Giorgio Rochat, *Gli arditi della grande guerra. Origini, battaglie, miti* (Gorizia 2006).

tionistischen Kreisen gegründete örtliche *Fascio*, dessen Exponenten, der Ex-Anarchist und Mussolini-Vertraute Mario Gioda und der Monarchist Cesare Maria de Vecchi, die ideologische Heterogenität der Bewegung repräsentierten, verharrte in der Defensive und arbeitete sich im scharmützelmäßigen Kampf mit proletarischen Wehrgruppen auf, der Todesopfer auf beiden Seiten forderte⁶⁸. Erst mit dem „Marsch auf Rom“ ging er zur Offensive über. Nach der Ernennung Mussolinis zum Regierungschef paradierten 20000, vor allem von außerhalb, aus der piemontesischen Provinz und aus Ligurien, zusammengezogene Schwarzhemden durch die Stadt und verwüsteten die *Camera di Lavoro* und andere Institutionen der Arbeiterbewegung⁶⁹. Zwei Monate nach der Regierungsübernahme durch Mussolini überzogen 3000 *squadristi* in einer sich über drei Tage hinziehenden Strafexpedition gegen die proletarischen *barriere* die Stadt mit Terror, dem 11 Arbeiter und Angestellte zum Opfer fielen⁷⁰. Diese Aktion zeigte in ihrer Brutalität die Ressentiments, aber auch die genuine Schwäche des lokalen Faschismus gegenüber der Arbeiterschaft.

Zuschreibungen von Gewalt

Entscheidend für die urbanen Konfliktgeschichten sind nicht nur deren Hintergründe und Abläufe, sondern besonders auch die Frage der Wahrnehmungen und Zuschreibungen von Gewalt, die umkämpften Definitionen von Gewalt im Allgemeinen sowie ihrer Legitimität bzw. Illegitimität und die Bestimmung von Tätern und Opfern im Besonderen. Diese Problematik lässt sich besonders gut am Turiner Beispiel illustrieren. Zuschreibungen der Gewalt waren wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Debatte. Sie betrafen vornehmlich auch Formen und Institutionen der Repression, die Justizorgane mit inbegriffen, wobei im Kontext der militarisierten Politik der öffentlichen Ordnung häufig die Militärjustiz in Aktion trat. Während unter den Repräsentanten der Arbeiterbewegung die Bewertung von Gewaltaktionen sehr unterschiedlich ausfiel, die revolutionären Kräfte jedoch insgesamt ein affirmatives Verhältnis zu unterschiedlichen Formen der „direkten Aktion“ einnahmen, bewerteten die bürgerlichen Eliten bereits den Gang der Un-

⁶⁸ Zur Frühgeschichte des Turiner Faschismus s. *Emma Mana*, *Origini del fascismo a Torino*, in: *Umberto Levrà, Nicola Tranfaglia* (Hrsg.), *Torino tra liberalismo e fascismo* (Milano 1987) 237–374 und *dies.*, *Dalla crisi del dopoguerra alla stabilizzazione del regime*, in: *Tranfaglia* (Hrsg.), *Storia di Torino*, Bd. 8, 109–178, hier 127–135; zu den proletarischen Wehrorganisationen in Turin s. *Antonio Sonnessa*, *Working Class Defence Organization, Anti-Fascist Resistance and the Arditi Del Popolo in Turin, 1919–1921*, in: *European History Quarterly* 33 (2003) 183–218.

⁶⁹ *Renzo de Felice*, *I fatti di Torino del dicembre 1922*, in: *Studi Storici* IV (1963) 51–122, hier 61; *Albanese*, *La marcia* 120.

⁷⁰ *De Felice*, *I fatti di Torino*; *Giancarlo Carcano*, *Strage a Torino. Una storia italiana dal 1922 al 1971* (Milano 1973); *Antonio Sonnessa*, *The 1922 Turin Massacre (strage di Torino): Working Class Resistance and Conflicts within Fascism*, in: *Modern Italy* 10 (2005) 189–205.

terschichten in die Straßenöffentlichkeit als gewaltsame Verletzung der öffentlichen Ordnung, der man mit Waffengewalt, ggf. auch um den Preis von Menschenleben, zu begegnen hatte. In den Zusammenstößen zwischen Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern im Vorfeld des italienischen Kriegseintritts tauchte die Formel des „Bürgerkriegs“ auf. Unter dem Vorzeichen des Kriegsnationalismus der Jahre 1915–1918 rückte die Kategorie des „inneren Feindes“ immer mehr ins Zentrum der politischen und sozialen Sprache⁷¹. In den Konflikten der Nachkriegszeit wurde die Rede von der „guerra civile“ vom Standpunkt höchst unterschiedlicher Interessen inflationär gebraucht – aus Sorge über die Erosion institutionell verfasster Politik, oft aber zur Denunziation des Gegners oder zur Rechtfertigung eigener Gewaltanwendung, so bei den Faschisten⁷².

Vor diesem Hintergrund lässt sich auch die Wahrnehmung und Bewertung zunehmender kollektiver Gewalt im Turin der Kriegs- und Nachkriegsjahre verstehen. Tiefe Nachwirkungen für die Wertung des populären Protestes in der Stadt hatte die Aufarbeitung der Ereignisse vom August 1917 und vor allem der Fabrikbesetzungen vom September 1920. Bereits im Umfeld der Augusterhebung von 1917 wurden Dolchstoßvorwürfe laut⁷³. Im letzten Kriegssommer, Monate nach der traumatischen italienischen Niederlage von Caporetto, wurden die Proteste in einem viel beachteten Prozess vor einem Militärtribunal gegen führende Exponenten des radikalen Flügels der Sozialisten als Ergebnis revolutionärer Agitation und Steuerung gedeutet⁷⁴. Die Fabrikbesetzungen waren dank der deeskalierenden, wenn auch hoch umstrittenen Politik des Regierungschefs Giolitti und des auf Disziplin und „Respektabilität“ bedachten Vorgehens der Fabrikräte weitgehend in friedlichen Bahnen abgelaufen. Erst in einer letzten Phase, als eine Räumung der Fabriken absehbar wurde, waren sie in der Konfrontation einiger von den Räten zur Sicherung der Fabriken aufgestellten „Roten Garden“ mit Ordnungskräften partiell gewaltsam geworden⁷⁵. Insgesamt kann man lediglich vom spontanen „episodischen Charakter“ der Gewalt der Arbeiter bei den Besetzungen sprechen⁷⁶. In der öffentlichen Auseinandersetzung wurde jedoch der völlige

⁷¹ *Angelo Ventrone*, *La seduzione totalitaria; guerra, modernità, violenza politica, 1914–1918* (Roma 2003); *ders.*, *Il nemico interno. Immagini, parole e simboli della politica nell'Italia del Novecento* (Roma 2005) 84–113.

⁷² Zahlreiche Belege bei *Fabbri*, *Le origini* XIII, XIX, und passim; eine Deutung des Zeitalters der Weltkriege als „europäischer Bürgerkrieg“ in kritischer Auseinandersetzung mit Ernst Nolte, Eric J. Hobsbawm und François Furet liefert *Enzo Traverso*, *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945* (München 2008).

⁷³ Vgl. das Zitat aus der Turiner „Gazzetta del Popolo“ vom 26. 8. 1917 bei *Spriano*, *Storia di Torino operaia* 443 sowie die Hinweise zur Parlamentsdebatte vom Oktober 1917 über die Turiner Ereignisse bei *Monticone*, *Gli italiani* 135.

⁷⁴ S. den Abdruck des Urteils bei *Domenico Zucaro*, *La rivolta di Torino nel 1917 nella sentenza del Tribunale Militare Territoriale*, in: *Rivista storica del socialismo* 3 (1960) 442–469 (469 mit einer falschen Datierung auf den 19. 11. 1958 statt 2. 8. 1918!).

⁷⁵ S. *Maione*, *Il biennio rosso* 276f.; *Fabbri*, *Le origini* 286f., der 30 Verletzte und jeweils 5 Todesopfer unter den Ordnungskräften und Arbeitern sowie 2 Wachleute und 2 unbeteiligte Opfer von Querschlägern, ein Jugendlicher und ein Mädchen, anführt.

⁷⁶ *Yannick Beaulieu*, *Il biennio rosso torinese: I Consigli di fabbrica nelle carte processuali*



Abbildung 2: Guardia Rosse bei einer Fabrikbesetzung in Turin, September 1920 (Foto aus dem Archiv der Fondazione Istituto Piemontese Antonio Gramsci, Turin)

Verfall der staatlichen Autorität, die Verletzung der „nationalen Ehre“ und das Heraufziehen „russischer Zustände“ beklagt⁷⁷. Die Strafverfolgungsbehörden machten sich die These vom „ausdrücklich revolutionären Charakter“ der Ereignisse, die sich durch „unerhörte Gewaltepisoden“ ausgezeichnet habe, zu eigen und richteten ihr Augenmerk auf die Fabrikräte, deren auf einem Foto festgehaltene Besetzung des Büros des Fiat-Chefs Agnelli hohe Symbolkraft erhielt, auf die *Guardie Rosse*, die sich gerne in martialischen Gruppenbildern, gleich Soldaten und den *squadristi*, ablichten ließen (Abb. 2), sowie auf die vorgebliche Aufrüstung der Arbeiter in den Fabriken mit Maschinengewehren, Handgranaten und anderem Kriegsgerät⁷⁸. Die „große Angst“, die um die Besetzungen geschürt wurde⁷⁹, manifestierte sich in einer Serie von mindestens 13 Prozessen, in denen

della Corte d'Assise, in: *I due bienni rossi del Novecento 1919–20 e 1968–69. Studi e interpretazioni a confronto* (Roma 2006) 147–160, hier 155.

⁷⁷ *Maione*, *Il biennio* 254.

⁷⁸ *Fabbri*, *Le origini* 287; Fotos vom besetzten Agnelli-Büro sowie von bewaffneten *Guardie rosse* in: *Eva P. Amendola*, *Storia fotografica del Partito Comunista Italiano I* (Roma 1981) Nr. 118 sowie Nr. 115–116.

⁷⁹ So bereits die Formulierung des antifaschistischen Intellektuellen Angelo Tasca im Pariser Exil (zit. von *Vivarelli*, *Le origini*, Bd. 2, 644), der dem „choc psicologico“ der italienischen

diese als „Kollektivstrafat“ verhandelt wurden und sich mehr als 150 Angeklagte wegen „Anstiftung zum Klassenhass und Aufstachelung zu Bürgerkrieg und Zerstörung“ – so die Tatbestände der angewandten Paragraphen des italienischen Strafgesetzbuches – verantworten mussten⁸⁰. Dabei erregte der Prozess um die als revolutionäre Gräueltat perhorreszierte Ermordung zweier von einem „Volksgericht“ verurteilten Wachmänner besonders hohe öffentliche Aufmerksamkeit⁸¹.

Aspekte des Vergleichs

Die Geschichte urbaner kollektiver Gewalt in Turin und Barcelona weist im behandelten Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Etablierung diktatorischer Regime in Italien und Spanien Anfang der 1920er Jahre beachtliche Parallelen, aber auch deutliche Unterschiede auf. In beiden Städten waren starke Arbeiterorganisationen Protagonisten dieser Entwicklung, die durch den institutionellen Rahmen der militarisierten Politik der öffentlichen Ordnung in der italienischen und spanischen Monarchie wesentlich bestimmt wurde. Das auf Deeskalation ausgerichtete Krisenmanagement der Regierung Giolitti in der überaus prekären Situation der Turiner Fabrikbesetzungen 1920 ist ein seltenes Beispiel für die Gewaltminderung durch einen zurückhaltenden Einsatz der Ordnungskräfte. Andererseits verweist die seit den 1880er Jahren aufgebaute Gewalttradition der Barceloneser Arbeiterschaft mit ihren vielfältigen Praktiken direkter Aktion auf die von Teilen der Arbeiterbewegung vorangetriebene Logik der Eskalation. Militarisierte Ordnungskräfte und radikalisierte Aktivisten insbesondere der anarchistischen bzw. anarchosyndikalistischen Arbeiterorganisationen traten auf als „Gewaltspezialisten“⁸², während die auf Straßen und Plätzen zusammenströmenden Massen die Schwelle zur Gewalt in der Regel situativ überschritten. In überkommenen Protestformen wie Subsistenzprotesten, die besonders unter dem Vorzeichen der Kriegskonjunktur aufflammten, z.T. auch in antiklerikalen Aktionen, in denen Frauen und Jugendliche eine exponierte Rolle spielten, gehörte ritualisierte symbolische Gewalt gegen Sachen zum üblichen Handlungsrepertoire, das sich in den hier untersuchten Konstellationen meist eng verband mit anderen Protestanliegen und -formen wie in der Barceloneser *Semana Trágica* 1909 oder den Turiner Antikriegsprotesten vom August 1917. In beiden Städten wurde schließlich der Generalstreik zur Kampfform, in der Arbeitskonflikte in gewaltsame Formen der Besetzung des städtischen Raumes mündeten. Allerdings prägte auch hier die ka-

Bourgeoisie infolge der Fabrikbesetzungen eine wesentliche Rolle für den Aufstieg des Faschismus zuschreibt (*Angelo Tasca*, *Nascita e avvento del fascismo. L'Italia dal 1918 al 1922* [Firenze 31963, frz. Orig. 1938] 123).

⁸⁰ *Beaulieu*, *Il biennio*.

⁸¹ *Floriana Colao*, *Il processo „Scimula Sinzini“*. *Politica e diritto penale alle origini del fascismo*, in: *dies.* u. a. (Hrsg.), *Processo penale e opinione pubblica in Italia tra Otto e Novecento* (Bologna 2008) 439–470.

⁸² *Charles Tilly*, *The Politics of Collective Violence* (Cambridge 2003) 34–41.

talanische Metropole seit Beginn des 20. Jahrhunderts eine ungleich virulentere Konflikt- und Gewaltgeschichte aus. Diese schloss unmittelbar an die Erfolge der Anarchosyndikalisten an, denen es gelang, Barcelona in ihre internationale Hochburg zu verwandeln.

Kollektive Gewalt in den beiden „roten Städten“ ist im hier behandelten Zeitraum zu verstehen im Kontext eines Strukturwandels des Politischen: der Ausbildung einer industriellen urbanen Massengesellschaft mit ihren Medien und Formen der Massenpolitik im Zuge einer grundlegenden krisenhaften Umstrukturierung des städtischen Raums und der städtischen Gesellschaften. Im Falle Turins entwickelte sich dieser Prozess weitgehend in den Bahnen einer ritualisierten proletarischen Straßenpolitik, die erst unter den Vorzeichen der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur verlassen wurden. In Barcelona artikuliert er sich jedoch in besonderem Maße in Gestalt terroristischer Gewalt, sei es in der Form des Bombenterrors oder des *pistolerismo*, sowie vielfachen, vor allem von den anarchosyndikalistischen Kräften der Stadt vorangetriebenen Versuchen der revolutionären Inbesitznahme des städtischen Raums, der Arbeitervororte wie des historischen Zentrums. Weit mehr als in Barcelona entdeckte die radikalnationalistische Rechte in Turin die „Straßenpolitik von unten“ in ihrer gewaltsamen Variante als Medium der öffentlichen Auseinandersetzung, auch wenn gerade der frühe Faschismus der Übermacht der Arbeiterschaft erst nach der Erringung der Regierungsmacht durch Mussolini mit aggressiver zerstörerischer Gewalt entgegenzutreten wagte. Die faschistische Diktatur Mussolinis führte dann jedoch, in deutlichem Unterschied zur Militärdiktatur Primo de Riveras, die „geordnete“ symbolisch-rituelle Inanspruchnahme des urbanen Raumes mit freilich anderen Valenzen, als dies die Arbeiterorganisationen getan hatten, fort und steigerte sie⁸³.

In den hier behandelten Aktionen lassen sich vielerlei Funktionen von Gewalt ablesen: die symbolische Inanspruchnahme des Raumes durch Demonstrationen, Barrikadenbau und die Aufstellung von Streikposten; die symbolischen Qualitäten terroristischer Gewalt, der von den Aposteln der „Propaganda durch die Tat“ eine reinigende regenerierende Funktion zugeschrieben wurde, eine Dimension, die sich auch in der squadristischen Gewalt wiederfindet. Der Terror der 1890er Jahre, aber auch die Gewalt der *squadre* wie die im Barceloneser *pistolerismo*, gingen bis zur physischen Eliminierung des Feindes. Bei den „Gewaltspezialisten“, sei es auf Seiten radikaler Vertreter der Arbeiterbewegung, sei es bei den Mitgliedern der faschistischen Kampfbünde, besaß Gewalt identitätsstiftende Funktionen⁸⁴.

⁸³ Klassisch hierzu *Emilio Gentile*, *The Sacralization of Politics in Fascist Italy* (Cambridge, Mass. 1996).

⁸⁴ Für die faschistischen Kampfbünde s. *Sven Reichardt*, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA* (Köln 2002). Zur italienischen und spanischen Linken fehlen entsprechende Studien. Anregungen böten u.a. die Hinweise zu einem milieuübergreifenden jugendlichen Paramilitarismus in der Weimarer Republik bei *Sven Reichardt*, *Gewalt, Körper, Politik. Paradoxien in der deutschen Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit*, in: *Wolfgang Hardtwig*, *Politische Kulturgeschichte der*

Der identitätsstiftende Aspekt der Gewalt impliziert darüber hinaus jedoch noch weitere Dimensionen: Es ging nicht nur um Gruppen in der Stadt, um territoriale Grenzziehungen und Hegemonieansprüche, sondern auch um die Festlegung und Instrumentalisierung von Identitätsbildern der in ständigem konflikthaften Wandel befindlichen Städte als Ganzes: Etwa das von Unternehmern, Militärs oder Kirchenleuten gepflegte Feindbild des „roten Barcelona“ und „neuen Babylon“ oder das von den Faschisten bis aufs Messer bekämpfte Feindbild Turins als „Stadt der Sowjets“ oder das von Gramsci propagierte Bild des „italienischen Petersburg“, des Projekts der „città futura“, deren Essenz die Arbeiterviertel mit ihren Schornsteinen und ihrem Maschinenlärm, nicht das historische Zentrum mit dem „Karneval der alten Adelspaläste, der großen Kaffeehäuser, Theater und Banken“ repräsentiere⁸⁵.

In der Geschichte der beiden südeuropäischen Metropolen lässt sich der Erste Weltkrieg nur bedingt als Zäsur der urbanen Gewaltgeschichte sehen. Der Krieg wirkte kaum unmittelbar im Sinn einer Brutalisierung der städtischen Gesellschaften⁸⁶. Akteure der Gewalt, ihr Formrepertoire, die ideologische Überformung sowie die Feindbilder standen bereits in der Vorkriegszeit fest. Allerdings wirkte der Krieg in Turin als Katalysator und Konfliktverschärfer und brachte mit dem Faschismus einen neuen, wenn auch auf der lokalen Ebene zunächst wenig einflussreichen Gewaltakteur hervor. Entscheidend für die bemerkenswerte Entgrenzung der Gewalt in beiden Städten in der unmittelbaren Nachkriegszeit war

Zwischenkriegszeit 1918–1939 (Göttingen 2005) 205–239, hier 218–229, der allerdings auf wichtige Unterschiede zwischen Rechts und Links in der Bezugnahme auf Krieg und Heldentum verweist.

⁸⁵ Vgl. zu Barcelona z. B. *Ealham*, Class 10–16 zur „bourgeois dystopia“. Barcelona wird bezeichnet als „moderna Babilonia“ in einem Memorandum eines Generalstaatsanwalts im September 1923, zit. bei *Balcells*, *Violencia y terrorismo* 48. Zu Turin z. B. *Angelo D’Orsi*, *Introduzione. Antonio Gramsci e la sua Torino*, in: *Gramsci, La nostra città futura* 73–79; die Gramsci-Zitat (*Due assedi*, 7. 5. 1916, in: *Il Grido del Popolo*) nach *Levy*, *Gramsci* 97; die Bezeichnung Turins als „città sovietica“ 1919 aus faschistischer Sicht bei *Guerrando Bianchi di Vigny*, *Storia del fascismo torinese 1919–1922* (Torino 1939) 91.

⁸⁶ Zur Diskussion der insbesondere von *George L. Mosse*, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the Great War* (Oxford 1990) mit Bezug auf Deutschland formulierten „Brutalisierungsthese“ vgl. z. B. die Beiträge im Themenheft „Violence and Society after the First World War“ des *Journal of Modern European History* 1/1 (2003), hrsg. v. *Dirk Schumann*, *Andreas Wirsching*. Im Unterschied zu Studien, die im Anschluss an Mosse eine unmittelbar brutalisierende Wirkung der Kriegserfahrungen auf die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit behaupten wie *Stéphane Audouin-Rouzeau*, *Annette Becker*, *Understanding the Great War* (New York 2002) 14–18, verweisen andere Untersuchungen auf die Überformung und Neudeutung des „Kriegserlebnisses“ nach 1918, die Kontinuitäten zur Vorkriegszeit und die Eigendynamiken gewaltsamer Konflikte, mithin auf die Bedeutung der politischen Kultur für die Geschichte politischer Gewalt in den europäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg: vgl. die Beiträge von *Adrian Gregory* zu Großbritannien und *Benjamin Ziemann* zur Weimarer Republik in *Journal of Modern European History* 1/1 (2003) 44–59, 80–95 sowie *Dirk Schumann*, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg* (Essen 2001) und *Jon Lawrence*, *Forging a Peaceable Kingdom. War, Violence and Fear of Brutalization in Post-First World War Britain*, in: *Journal of Modern History* 75 (2003) 557–589.

die durch den Krieg beförderte Krise der politischen Systeme und die damit verbundene Erosion staatlicher Gewalt. Bemerkenswert scheint im Vergleich aber vor allem, dass Barcelona, das zwar massive Auswirkungen der Kriegskonjunktur erfuhr, dem aber doch das unmittelbare „Erlebnis“ des Großen Krieges erspart blieb, eine ungleich heftigere, radikalere Gewaltgeschichte schrieb als sein italienischer Widerpart. Die Wurzeln liegen hier in der frühen gewalthaften Imprägnierung des urbanen Raums und der städtischen Gesellschaft und der damit verbundenen hohen Gewaltaffinität der Konfliktparteien, die vom Bombenterror der 1880er und 90er Jahre bis zum *pistolerismo* der Nachkriegszeit wirkte.

Summary

This article deals with collective urban violence in a comparative perspective. It presents two case studies of Southern European ‘second cities’, from the 1880s to the early 1920s, during a process of profound transformation caused by industrialization and rapid demographic growth. In this period, both Turin and Barcelona turned into ‘Red cities’, with a new working-class urban periphery and strong, combative labour organizations. It is argued here that the mounting incidence of violent actions in the urban public space has to be situated in the context of a transformation of the public sphere in an era of increasing claims for visibility and participation of the lower classes. In the Italian as well as the Spanish case, ‘spatial militarism’ – the militarized regime of public order by the semi-authoritarian liberal monarchies – was an important factor contributing to the violent escalation of collective action. The decay of state power during and after World War I provoked a further radicalization of violence in the two cities, but there were considerable differences concerning the impact and intensity of violent action in the urban arena. It was Barcelona, with a long-lasting tradition of terrorist attacks by small groups of radical activists, where violent clashes between labour, entrepreneurs and the forces of order developed into a scenario with some of the characteristics of a civil war, while in Turin quite moderate working-class organizations were denounced as instigators of civil war by the ruling elites and judicial authorities. Thus, the example of Turin in particular provides evidence which can assist in understanding in the way in which violence is defined and ascribed to certain actors and social groups.

Christoph Mick

Kollektive Gewalt in Lemberg 1918–1939

Einleitung

Kollektive Gewalt ist ein Instrument sozialer Kontrolle. Sie richtet sich gegen Individuen oder Gruppen, welche die von den Gewaltakteuren als gerecht empfundene Ordnung verletzen. Dies schließt auch Gewalt gegen den Staat ein. Roberta Senechal de la Roche unterscheidet vier Typen nicht-staatlicher kollektiver Gewalt: 1. Lynchen (*lynching*) – richtet sich gegen Einzelne, die Gewaltakteure zerstreuen sich bald nach der Tat; 2. Aufruhr (*riots*) – richtet sich gegen Kollektive (auch den Staat), der Zusammenhalt der Gewaltakteure hat ebenfalls keinen Bestand; 3. Vigilantismus – die Existenz von Bürgerwehren (*vigilantism*) – richtet sich gegen Einzelne, die Organisation der Gewaltakteure besteht über einen längeren Zeitraum; 4. Terrorismus – richtet sich gegen Kollektive einschließlich des Staates, Gewaltakteure sind Gruppen mit hohem Organisationsgrad und langem Bestand¹.

Relationale und kulturelle Distanz sowie die soziale Ungleichheit von Gewaltakteuren und Opfern wirken – nach Senechal de la Roche – gewaltverschärfend, während eine funktionale Abhängigkeit den Grad der Gewalt eher reduziert. Ich werde im Folgenden die Konfliktstrukturen in Lemberg untersuchen und danach fragen, inwieweit kulturelle und relationale Distanz, soziale Ungleichheit und funktionale Abhängigkeit die kollektive Gewalt beeinflusst haben. Darüber hinaus werde ich auch nach der Rolle des Staates in diesen Konflikten fragen.

Gewalterfahrungen vor 1920

Lemberg war vor dem Ersten Weltkrieg die Hauptstadt des Königreichs Galizien und Lodomerien. Dieses österreichische Kronland war aus den Gebieten gebildet

¹ *Roberta Senechal de la Roche*, *Collective Violence as Social Control*, in: *Sociological Forum* 11/1 (1996) 97–128. Siehe auch *Charles Tilly*, *From Mobilization to Revolution* (Reading, Mass. 1978) und die Beiträge von *Donald Black*, *Crime as Social Control*, in: *American Sociological Review* 48 (1983) 34–45; *ders.*, *The Behavior of Law* (New York 1976); *ders.*, *Social Control as a Dependent Variable*, in: *ders.* (Hrsg.), *Toward a General Theory of Social Control*, Bd. 1: *Fundamentals* (Orlando, Fla. 1984) 1–36.

worden, die nach der ersten Teilung Polens im Jahre 1772 an das Habsburgerreich gefallen waren. Im westlichen Teil des Kronlandes mit dem städtischen Zentrum Krakau waren über 88% der Bevölkerung römisch-katholisch – meist Polen –, in Ostgalizien, und dort liegt Lemberg, nur ein Viertel. Der Anteil der griechisch-katholischen Ruthenen oder Ukrainer betrug hier über 61,7%. 12,4% der Bevölkerung war jüdisch².

Die meisten ostgalizischen Städte hatten eine polnische oder jüdische Bevölkerungsmehrheit. Auf dem Land lebten vorwiegend ruthenische/ukrainische Bauern, die es mit polnischen oder jüdischen Gutsbesitzern und Gutspächtern zu tun hatten. Die polnischen Eliten dominierten das Kronland politisch, sozial und kulturell. Lemberg wuchs von 87100 Einwohnern 1869 auf 212000 im Jahre 1912 und – nach der Eingemeindung der Vororte – auf 312000 im Jahre 1931. Etwa die Hälfte der Einwohner war römisch-katholisch – meist Polen –, etwas weniger als ein Drittel jüdisch und etwa 19% (1931 15,6%) griechisch-katholisch, wovon 1910 etwa zwei Drittel Ukrainisch als Hauptspracheangaben³.

In Lemberg kreuzten sich imperiale und nationale Interessen. Eines der wichtigsten russischen Kriegsziele war der Erwerb Ostgaliziens mit seiner ukrainischen, aus russischer Sicht kleinrussischen Bevölkerungsmehrheit. Polen und Ukrainer wiederum konnten sich ihre künftigen Nationalstaaten nicht ohne Lemberg vorstellen. Zunächst forderten sie einen Ausbau der Autonomie des Kronlandes (Polen) oder seine Teilung in einen polnischen und einen ukrainischen Teil (Ukrainer)⁴.

Während Agrarproteste zu blutigen Zusammenstößen führen konnten, blieben die Konflikte zwischen polnischen und ukrainischen Studenten und Arbeitern und Unternehmern vor 1914 in der Regel ohne schwere Folgen. Seit den Reichsreformen der 1860er Jahre konnten sich alle Gruppen politisch betätigen und darauf hoffen, mit legalen Mitteln ihre Position zu verbessern. Ausnahmen waren der Mord eines ukrainischen Studenten an Statthalter Graf Andrzej Potocki und der Tod eines ukrainischen Studenten bei einem Zusammenstoß mit polnischen Studenten.

Der Krieg zerstörte die zivilgesellschaftlichen Traditionen nicht sofort. Sie erodierte über vier lange Kriegsjahre. Die österreichischen Behörden selbst führten den ersten Schlag. Ukrainer wurden kollektiv der Russophilie verdächtigt, des Verrats oder der Spionage beschuldigt; mehrere Tausend wurden gehängt oder von Feldgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, mehrere Zehntausend interniert und in österreichischen Lagern eingesperrt⁵. Bereits am 2. September

² Rudolf A. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung (Marburg 1994) 80–85.

³ Stepan Makarčuk, Naselennja ‚stolyci‘ u druhij polovyni XIX – peršij tretyni XX st., in: L'viv. Istoryčni narysy (L'viv 1996) 207–224, hier: 218ff.

⁴ Hierzu und zum Folgenden Christoph Mick, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1947 (Wiesbaden 2010).

⁵ Aufzeichnungen des unierten Priesters Kyryl Levyc'kyj (1914); Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukraïny, miasto L'viv (Zentrales Historisches Staatsarchiv der Ukraine in

1914 wurde die Stadt von russischen Truppen besetzt. Unter der Militärverwaltung wurde die ukrainische Nationalbewegung unterdrückt, und Stadt und Region wurden für die Eingliederung ins Russische Reich vorbereitet. Die Besatzer witterten ebenfalls überall Verrat, für den sie aber nicht die ukrainische, sondern die jüdische Bevölkerung verantwortlich machten, die unter zahlreichen Diskriminierungen zu leiden hatte⁶. Am 27. September 1914 kam es in Lemberg zu anti-jüdischen Ausschreitungen. Täter waren Kosaken, die raubend und mordend durch die jüdischen Viertel zogen. Der Pogrom kostete über 40 Todesopfer⁷.

Nach Rückkehr der österreichischen Truppen am 22. Juni 1915 wurde das Land mit Prozessen gegen echte und vermeintliche Kollaborateure überzogen⁸. Anders als zu Kriegsbeginn waren jetzt auch viele Polen betroffen. Für die polnischen Eliten, die seit nunmehr 50 Jahren das Kronland beherrschten, war dies eine neue und unerwartete Erfahrung, die die Loyalität zum Habsburgerreich untergrub und die interethnischen Beziehungen vergiftete⁹.

Am 1. November 1918 brach die österreichische Herrschaft in Lemberg zusammen. Polnische und ukrainische Eliten leisteten sich nun einen Wettlauf um die Stadt. Bevor eine Delegation des Polnischen Liquidationskomitees Lemberg für Polen reklamieren konnte, handelte die ukrainische Nationalbewegung. Das Ukrainische Nationalkomitee proklamierte die Westukrainische Volksrepublik, und ukrainische Soldaten der k. und k. Armee übernahmen die Macht in der Stadt. Der Zufall wollte es, dass zu diesem Zeitpunkt nur wenige Soldaten polnischer Nationalität in Lemberg stationiert waren. Sie wurden entwaffnet und wie die Soldaten anderer Nationalität nach Hause geschickt. Der erste Tag des Staatsstreiks verlief relativ unblutig, aber im Geheimen hatten sich polnische Militärkomitees auf diesen Fall vorbereitet und leisteten bewaffneten Widerstand. Die jüdische Gemeindevertretung erklärte sich für neutral und bildete eine Miliz aus ehemaligen jüdischen Soldaten der k. und k. Armee, die die jüdischen Viertel vor Bandenüberfällen schützen sollten. Die polnische Gesellschaft legte jedoch die Neutralität als Verrat aus und beschuldigte die jüdische Bevölkerung, objektiv die ukrainische Seite zu unterstützen¹⁰.

Lemberg, abgekürzt CDIAL), fond (Bestand, abgekürzt f.) 408, opis (Findbuch, abgekürzt op.) 1, sprawa (Akte, abgekürzt spr.) 112; *Anna Veronika Wendland*, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915 (Wien 2001) 540–547.

⁶ *Jakób Schall*, Żydostwo Galicyjskie w czasie inwazji rosyjskiej [w latach 1914–1916] (Lwów 1936) 10.

⁷ *Henryka Kramarz*, Samorząd Lwowa w czasie pierwszej wojny światowej i jego rola w życiu miasta (Krakow 1994) 43f.; *Bohdan Janusz*, 293 dni rządów rosyjskich we Lwowie [3. IX. 1914–22. VI. 1915] (Lwów 1915) 166; *Zygmunt Zielінki*, Lwów po inwazji rosyjskiej. Wrzesień–Grudzień 1914 (Wien 1914) 12.

⁸ Der Gendarmeriestabsoffizier in Lemberg an die K.-Stelle des k.u.k. 2. Armee-Etappenkommandos, 19. 10. 1915; Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (abgekürzt HHStA), P.A.I., 931.

⁹ *Józef Białynia-Chołodecki*, Wspomnienia z lat niedoli i niewoli 1914–1918 (Lwów 1919) 27f.

¹⁰ Dazu *Mick*, Kriegserfahrungen 232–255.

Aus polnischer Sicht war die ukrainische Machtübernahme illegitim. Sie war gegen den Willen der Lemberger Bevölkerungsmehrheit erfolgt und verletzte die historischen Rechte Polens. Aus Sicht der ukrainischen Eliten hatten die Ukrainer dagegen nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker wahrgenommen. Als sich polnische Entsatztruppen näherten, verließen die ukrainischen Einheiten die Stadt. 194 Polen waren in diesen drei Wochen getötet worden, die Zahl der ukrainischen Gefallenen ist nicht bekannt. Die Stadt wurde noch mehrere Monate von der Ukrainischen Galizischen Armee belagert, bevor der polnisch-ukrainische (Bürger-)krieg mit einem polnischen Sieg endete.

Nach Abzug der ukrainischen Soldaten ließ sich die jüdische Miliz widerstandslos entwaffnen. Doch nun plünderten marodierende Soldaten und Offiziere, freigelassene Banditen sowie einige Einwohner drei Tage lang die jüdischen Viertel, erpressten, beraubten, misshandelten und töteten Juden. Die kollektive Gewalt traf die jüdische und nicht die ukrainische Bevölkerung, die zwar auch Übergriffen ausgesetzt war, aber keinen systematischen Raubzügen und Morden. Der Pogrom forderte nach vorsichtigen Schätzungen 74 Todesopfer, viele Häuser waren angezündet, tausende Geschäfte geplündert worden. Das zur Hilfe für die Pogromopfer gegründete Jüdische Rettungskomitee registrierte 2815 Übergriffe. Die meisten Angriffe wurden von Soldatenpatrouillen verübt, die in 494 Fälle von einem Offizier angeführt wurden. In 391 Fällen waren auch Zivilisten beteiligt. Diese Zahlen zeigen, dass sich nur ein kleiner Teil der Einwohner aktiv am Pogrom beteiligte. Viele Bürger fanden sich aber als Schaulustige ein und sahen den Gewaltakten zu. Diese Gleichgültigkeit, ja bisweilen Freude ihrer christlichen Nachbarn schockierte die jüdische Bevölkerung. Die jüdische Elite war Teil der städtischen Honoratiorenschaft, und gerade die assimilierten Juden waren von dem Pogrom und der Haltung der polnischen Gesellschaft völlig überrascht worden. Pogrome waren etwas, das in Russland oder allenfalls auf dem galizischen Land erwartet wurde, aber nicht in einer solch modernen und zivilisierten Stadt wie Lemberg. Die Opfer erkannten namentlich 54 Soldaten, 18 Offiziere und 31 Zivilisten, 173mal wurden zwar die Gesichter, aber nicht die Namen erkannt. Daraus folgt, dass in der Mehrzahl der Fälle die Opfer die Gewaltakteure nicht persönlich kannten¹¹.

Die kulturelle Distanz war in diesem Fall relativ groß. Die Täter waren in der Regel römisch-katholische Polen, die Opfer gehörten ausnahmslos zur jüdischen Bevölkerung. Auch die relationale Distanz trug zum Ausmaß der Gewalt bei. Es bestand nur selten eine direkte Beziehung zwischen Tätern und Opfern und keine funktionale Abhängigkeit, die die Konfliktaustragung hätte mildern können. Viele Gewaltakteure stammten nicht aus Lemberg, sondern gehörten zu den Entsatztruppen. Generelle Angaben über den Grad sozialer Ungleichheit zwischen Gewaltakteuren und Gewaltopfern lassen sich nicht machen, da Juden ungeachtet ihrer sozialen Stellung zu Opfern wurden. Da Bereicherung einer der wichtigsten Motive des Pogroms war, ist jedoch davon auszugehen, dass in vielen Fällen ein

¹¹ Ebd.

Wohlstandsgefälle zwischen Gewaltopfern und Gewaltakteuren bestand. Vor allem Juden in den jüdischen Wohnbezirken wurden attackiert. Assimilierte Juden, die nicht dort wohnten, wurden zwar auch heimgesucht, sie hatten allerdings eine bessere Chance, Hilfe bei christlichen Nachbarn zu finden oder gar nicht erst angegriffen zu werden.

Der Pogrom war erst durch den Kollaps der österreichischen Verwaltung und den Zerfall der öffentlichen Ordnung möglich geworden. Es gibt Hinweise, aber keinen schlüssigen Beweis dafür, dass die polnischen Befehlshaber diesen Pogrom erlaubt hatten. Aber es lag in ihrer Verantwortung, die Gewalt zu verhindern. Anlass für den Pogrom war das Verhalten der jüdischen Bevölkerung während der polnisch-ukrainischen Straßenkämpfe. Die polnische Militärzeitung *Pobudka* verbreitete das Gerücht, dass die jüdische Miliz auf polnische Soldaten geschossen hatte. Während der Straßenkämpfe operierten in Lemberg auch kriminelle Banden, die die unübersichtliche Situation für Raubzüge nutzten. Das Problem war noch dadurch verschärft worden, dass die ukrainischen Truppen vor ihrem Abzug die Tore der Gefängnisse geöffnet hatten. Einige Gangster hatten sich zuvor schon den polnischen Kämpfern angeschlossen und verfolgten auch kriminelle Ziele. Die Verbindung des Kampfes für das polnische Lemberg mit individueller Bereicherung muss nicht aus reinem Zynismus heraus geschehen sein, auch Angehörige der Unterwelt können patriotisch sein.

Die Beziehungen der polnischen Gesellschaft zur jüdischen Bevölkerung waren inzwischen so vergiftet, dass Hilfe für die Gewaltopfer eher selten war. Vor allem Teile der polnischen Nationaldemokratie sahen in der jüdischen Bevölkerung einen Fremdkörper, der der Entwicklung eines römisch-katholischen und – wie unterstellt wurde – höchst patriotischen polnischen Mittelstands im Wege stand. Neutralität im polnisch-ukrainischen Konflikt reichte der polnischen Gesellschaft nicht. Sie hatte die bedingungslose Unterstützung der Staatsgründung – für Polen die Wiederherstellung ihrer „gerechten Ordnung“ – erwartet, während die ukrainische Nationalbewegung nicht mehr als Neutralität erwartete hatte. Dies war aber nicht der einzige Grund für den Pogrom. Die Kriegserfahrungen hatten die antisemitische Stimmung verstärkt. Juden wurden bereits während des Weltkrieges als Kriegsprofiteure und Denunzianten wahrgenommen. Ihre Ausraubung und Bestrafung waren damit auch Ausdruck einer „moral economy“ im Sinne E. P. Thompsons¹².

Die polnische Regierung nahm trotz aller Kritik an der jüdischen Neutralitätserklärung diese Herausforderung ihrer Autorität und die gravierende Verletzung der öffentlichen Ordnung nicht tatenlos hin. Allerdings identifizierte die Polizei nur einen Teil der Täter. Im Zusammenhang mit den antisemitischen Ausschreitungen 1918 und 1919 wurden über 200 Zivilisten festgenommen und bis 1920 insgesamt 84 Strafverfahren angestrengt, von denen die meisten auch zu Verurteilungen führten. Mitte Dezember 1918 befanden sich zudem 40 Soldaten, die des

¹² William H. Hagen, *The Moral Economy of Ethnic Violence: The Pogrom in Lwów, November 1918*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 31 (2005) 203–226.

Mordes oder Raubes beschuldigt wurden, im Gefängnis und warteten auf das Urteil des Feldgerichts¹³.

Kollektive Gewalt in der Zwischenkriegszeit

Politisch und ökonomisch brachte die Eingliederung in Polen Lemberg einen Bedeutungsrückgang. Die Stadt hatte während der Kriegsjahre große materielle Verluste erlitten und war auf Staatshilfe angewiesen. Administrativ war Lemberg jetzt nur noch die Hauptstadt einer von sechzehn Wojewodschaften. Warschau zog die Kompetenzen an sich, die im Habsburger Reich der Kronlandhauptstadt zugefallen waren. Auch hinter der alten Konkurrentin Krakau trat Lemberg nun mehr und mehr zurück. Es kam zu keinem industriellen *take off*. Keine Fabrik hatte mehr als 600 Arbeiter, und nur 28 Fabriken hatten über 100 Arbeitskräfte. Die Stadt wuchs rapide, doch lebten viele Zuwanderer in überfüllten Wohnungen der Vorstädte; manche übernachteten am Arbeitsplatz oder unter freiem Himmel. 1931 betrug die Arbeitslosenquote offiziell 10,35%. Die Dunkelziffer lag aber bei einem Drittel der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter¹⁴.

Zwischen den Weltkriegen brach kollektive Gewalt vor allem im Zusammenhang mit ethnisch-nationalen und religiösen Konflikten aus. Der ukrainisch-polnische Konflikt war durch den polnischen Sieg nicht beendet worden. Die ukrainische Minderheit – in den drei südöstlichen Wojewodschaften eine Mehrheit – fand sich mit dem Ende ihres Staates nicht ab. Alfred Döblin stellte bei einem Besuch im Jahre 1924 fest: „Sie, die Ukrainer, haben starke Sympathien für Deutsches und Deutschland. Aber schrecklicher, blinder dumpfer Haß, ein ganz animalischer Haß auf die Polen spritzt aus vielen ... Eine lebhaft westlich-moderne Mittelstadt ist Lemberg, Geschäftigkeit und Frieden ist in ihren Straßen. Und da ist ein sonderbares Ding, auf das ich plötzlich gestoßen werde. Diese Stadt liegt in den Armen zweier Gegner, die sich darum reißen. Im Hintergrund und unterirdisch wühlen Feindschaft und Gewalt.“¹⁵

Die polnische Mehrheit hatte zum einen mit dem Bedeutungsverlust ihrer Stadt zu kämpfen, zum anderen verstärkte sich die Grenzlandmentalität, das Gefühl, eine polnische Insel im ukrainischen Meer zu sein und einen Abwehrkampf gegen die „östlichen Fluten“ führen zu müssen. Die Polnischkeit (*polskość*) Polens und der *Kresy* (Grenzgebiete) war demnach bedroht. Dies führte dazu, dass die polnischen Nationaldemokraten in den dreißiger Jahren zur stärksten politischen Kraft in Lemberg wurden.

Die ukrainischen politischen Eliten hielten die Eingliederung Ostgaliziens in den polnischen Staat für illegitim und für eine Verletzung ihrer „gerechten Ord-

¹³ Mick, Kriegserfahrungen 254 f.

¹⁴ Andrzej Bonusiak, Lwów w latach 1918–1939 [Galicja i jej dziedzictwo 13] (Rzeszów 2000) 207.

¹⁵ Alfred Döblin, Reise in Polen 1924 (München ²1993) 191 f.

nung“, des ukrainischen Selbstbestimmungsrechts. 1921 boykottierte die Mehrheit der Ukrainer die Wahlen zum *Sejm*, dem polnischen Parlament, um der Regierung nicht das Argument in die Hand zu geben, dass die Ukrainer sich mit der Zugehörigkeit zu Polen abgefunden hätten. Dies war jedoch vergebens. Der alliierte Botschafterrat bestätigte 1924, dass Ostgalizien zum polnischen Staat gehörte, allerdings musste die Regierung versprechen, die Minderheitenrechte zu achten und dem Gebiet Selbstverwaltung einzuräumen. Das erste Versprechen wurde aber nur teilweise, das zweite gar nicht gehalten. Das ukrainische Schulwesen wurde diskriminiert, und Versuche wurden unternommen, die *Kresy* zu polonisieren, nicht zuletzt durch die Ansiedlung von demobilisierten Soldaten der polnischen Armee¹⁶.

Mehr als 50 000 Ukrainer durchliefen in den ersten Jahren Lager oder Gefängnisse. Ehemalige Offiziere der Ukrainischen Galizischen Armee und der *Sič-Schützen* riefen eine Ukrainische Militärorganisation (UVO) ins Leben, die Überfälle auf staatliche Einrichtungen verübte¹⁷. Die Terroranschläge zielten darauf, die Dominanz der Polen im öffentlichen Raum herauszufordern, die Zugehörigkeit des früheren Ostgaliziens zu Polen in Frage zu stellen und die Chancen auf einen friedlichen Ausgleich zu untergraben. Zwischen 1921 und 1939 verübten die UVO und ihre Nachfolgerin, die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), 63 Attentate, einige davon in Lemberg, denen 25 Polen, ein Sowjetbürger, ein Jude und 36 Ukrainer zum Opfer fielen. Bei der feierlichen Eröffnung der Ostmesse am 25. September 1921 schoss ein ukrainischer Student auf Staatschef Józef Piłsudski und verletzte den Lemberger Wojewoden. Er wollte zeigen, dass die Ukrainer die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen nie akzeptieren würden¹⁸.

1931 ermordeten ukrainische Nationalisten den – einen Ausgleich mit Polen anstrebenden – stellvertretenden Vorsitzenden des Regierungsblocks Tadeusz Hołowko und 1934 Innenminister Bronisław Pieracki. Zwischen Juli und November 1930 verübten Anhänger der OUN mehr als 2000 Sabotageakte und Anschläge auf Gutsbesitzer, Militärkolonisten und Beamte. Zahlreiche Scheunen und Höfe polnischer Siedler wurden angezündet. Die Regierung reagierte mit Massenverhaftungen und kollektiver Vergeltung. Mitte September 1930 zerstörten Polizei- und Militäreinheiten Gemeindezentren und Lesehallen und beschlagnahmten ukrainisches Eigentum. Dabei gingen sie gewaltsam gegen jeden Widerstand vor.

¹⁶ Mick, Kriegserfahrungen 295–309.

¹⁷ John A. Armstrong, *Ukrainian Nationalism* (Littleton, Colo. 21980) 21. *Mychajlo Švabuljak*, *L'viv: vid stolyci zachidnoukraïns'koï deržavy do polityčnoho centru Ukraïnciv Halyčyny (1918–1939 rr.)*, in: *Marian Mudryj* (Hrsg.), *L'viv. Misto – Suspil'stvo – Kul'tura* 3 (L'viv 1999) 469–492, hier: 481.

¹⁸ Aufzeichnung des Staatsanwalts beim Appellationsgericht Lemberg für den Innenminister mit vielen Dokumenten, 3. 10. 1921; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 889. Das Kollegium der Verteidiger Fedaks (des Attentäters) an die „Kulturvölker der Welt“, 13. 4. 1922; CDIAL, f. 462, od. 1, spr. 91, ark. 1–2. Der Staatsanwalt an das Bezirksgericht in Lemberg, 25. 6. 1922; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 889, ark. 58–63.

Über 2000 Ukrainer wurden verhaftet, und etwa ein Drittel wurde zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt¹⁹.

In Lemberg selbst fanden Akte kollektiver Gewalt häufig im Umfeld der jährlichen Feiern in Erinnerung an den Kampf im November 1918 statt, ein Datum, das für Ukrainer wie Polen gleichermaßen wichtig war. Es ging dabei um die Deutungshoheit und um die Herausforderung der polnischen Dominanz im öffentlichen Raum. Im folgenden Beispiel begann die kollektive Gewalt als ukrainischer Terrorakt, schlug dann aber in einen Aufruhr polnischer Studenten um.

1928 jährte sich der Kampf um Lemberg zum zehnten Mal. Ukrainische Nationalisten versuchten, die offiziellen Erinnerungsfeiern zu durchkreuzen. Aktionen richteten sich gegen Repräsentationen des polnischen Sieges, gegen Denkmäler. Am Vorabend des 1. November legten zwei Mitglieder der UVO eine Sprengladung an ein polnisches Denkmal. Ein Wachmann wurde durch einen Revolverschuss am Bein verletzt. Ein anderes Denkmal wurde mit Tinte beschmiert. Die ukrainischen Aktivisten beließen es aber nicht bei der Beschädigung polnischer Symbole, sondern platzierten eigene Symbole, ukrainische Flaggen, an exponierten Stellen, um ihren konkurrierenden Anspruch auf Lemberg deutlich zu machen. Nachmittags liefen kleine ukrainische Gruppen mit gelb-blauen Armbinden durch die Stadt²⁰.

Am Abend des 1. November versammelten sich nach einem Festgottesdienst 10000 Ukrainer auf dem Vorplatz der griechisch-katholischen Georgskathedrale. Dies war die größte Menge, die bis dahin je an den ukrainischen Novemberfeiern teilgenommen hatte. Viele waren aus der Umgebung speziell für die Feiern nach Lemberg gekommen. Laut polnischen Zeitungen zog die ukrainische Jugend zu einer ungenehmigten Demonstration Richtung Innenstadt²¹. Laut ukrainischen Berichten wollte sich die Prozession dagegen auf den Weg zu den Gräbern gefallener ukrainischer Soldaten auf dem Janowski-Friedhof machen. Die Aktivisten versuchten durch die Anschläge und Märsche, die Stadt symbolisch in Besitz zu nehmen und die ukrainische „gerechte Ordnung“ vorübergehend wieder herzustellen. Entsprechend scharf reagierten der Staat und polnische Nationalisten auf diese Herausforderung der polnischen „gerechten Ordnung“.

Berittene Polizeieinheiten trieben die Menge auseinander. Die Polizei begründete das gewaltsame Vorgehen damit, dass Schüsse aus der Menge abgegeben und einige polnische Studenten und Polizisten verletzt worden waren. Die ukrainische Presse leugnete dies später. Während die Polizei sich mit der Prozession beschäftigte, versammelten sich polnische Studenten am Denkmal ihres Nationaldichters

¹⁹ *Orest Subtelny*, *Ukraine. A History* (Toronto, Buffalo, London ³2000) 428 ff., 445 ff. *Frank Golczewski*, *Shades of Grey: Reflections on Jewish-Ukrainian and German-Ukrainian Relations in Galicia*, in: *Ray Brandon, Wendy Lower* (Hrsg.), *The Shoah in Ukraine: History, Testimony and Memorialization* (Bloomington, Ind. 2008) 148.

²⁰ *Nieudałe prowokacje*; *Gazeta Lwowska*, 2. 11. 1928. *Demonstracje ukraińskie*; *Chwila*, 3. 11. 1928. Siehe auch *Grzegorz Mazur*, *Życie polityczne Polskiego Lwowa, 1918–1939* (Kraków 2007) 123 f.

²¹ *Słowo Polskie*, 3. 11. 1928. *Dziennik Lwowski*, 3. 11. 1928.

Adam Mickiewicz, um die Stadt symbolisch zurückzuerobern und damit ihre „gerechte Ordnung“ wiederherzustellen. Was sich in den folgenden Tagen abspielte, war ein Nachspielen der Kämpfe um Lemberg 1918, das über die übliche Vergegenwärtigung im Fest hinausging.

Laut der nationaldemokratischen Zeitung *Slowo Polskie* beteiligten sich 4600 Studenten an den Ausschreitungen. Die jüdische Zeitung *Chwila* zählte nur 1000 Teilnehmer. Sie marschierten zur ukrainischen Burse, in der sich Studenten verbarrikadiert hatten. Die polnischen Studenten drangen ins Haus ein und verwüsteten das Erdgeschoss²². Die spät hinzukommende Polizei besetzte das Haus und hielt die ukrainischen Studenten fest. Sie machte aber keine Anstalten, die polnischen Randalierer zu verhaften. Danach zogen die polnischen Studenten zu ukrainischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, schlugen Scheiben ein und verwüsteten die Einrichtung. Die Polizei hatte die Lage erst gegen Mitternacht wieder unter Kontrolle. Insgesamt wurden bei den Vorfällen 50 Personen verletzt. Die Angriffe gingen in geringerem Ausmaß in den folgenden Tagen weiter, als die Schaufenster ukrainischer Einrichtungen eingeworfen wurden²³.

Zwar hatte die Polizei von Anfang an versucht, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, doch richteten sich ihre Aktionen stärker gegen ukrainische als gegen polnische Delinquenten. 80 ukrainische Studenten wurden verhaftet, allerdings wurden nur wenige vor Gericht gestellt und verurteilt. Die Polizei führte Hausdurchsuchungen bei ukrainischen Organisationen und Privatpersonen, aber nicht bei Polen durch. In der ukrainischen Burse fanden sie Sprengstoff und anderswo einen Revolver, der zu allem Überfluss auch noch deutscher Herkunft war und damit eine Verbindung zwischen den ukrainischen Demonstranten und dem Erzfeind Deutschland herstellte²⁴.

Die Zeitungen und Organisationen der oppositionellen polnischen Nationaldemokraten solidarisierten sich mit den Studenten. Die Reaktion der akademischen Jugend sei eine „moralische und tatkräftige Unterstützung der Regierung“ und ihrer Sicherheitsorgane, „die von bewaffneten Separatisten“ angegriffen worden waren²⁵. Regierungsnahе und liberale Zeitungen kritisierten jedoch das Verhalten der Studenten. Sie machten klar, dass sich der Erfahrungsraum seit November 1918 grundlegend geändert hatte. Was damals eine Heldentat war, galt nun als unreife Randalie. Die Studenten spielten den Ukrainern in die Hände und schaden dem internationalen Ansehen Polens. Die Polen besäßen jetzt einen eigenen Staat, und es sei Aufgabe seiner Sicherheitsorgane, Anschläge zu ahnden und gegen staatsgefährdende Aktionen vorzugehen. Man müsse die Gewohnheiten aus

²² Dziennik Lwowski, 3. 11. 1928, 4. 11. 1928.

²³ Strzały na pl. Jura i ul. Supińskiego; Chwila, 3. 11. 1928, S. 3. Der Präsident des Ukrainischen Nationalrats Petruševyč an den Präsidenten des Völkerbundesrates (in frz. Sprache); CDIAL, f. 355, od. 1, spr. 85, ark. 1–9.

²⁴ Dziennik Lwowski, 3. 11. 1928, 4. 11. 1928, 23. 11. 1928.

²⁵ Słowo Polskie, 4. 11. 1928.

der Teilungszeit ablegen. Es sei politischer Unsinn, Selbstjustiz im eigenen Staat zu üben²⁶.

Die Lemberger Ereignisse wurden auch im polnischen Parlament diskutiert. Ukrainische Abgeordnete beschuldigten die Polizei, eine unbewaffnete und friedliche Prozession angegriffen zu haben. Innenminister Felicjan Składkowski unterschied in seiner Antwort zwischen der Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, die loyal zu Polen sei, und den Nationalisten, die er für die Anschläge verantwortlich machte. Laut Składkowski waren nur neun Ukrainer leicht verwundet worden, wogegen acht Polen Kugelschüsse abbekommen hätten und 30 übel zuge richtet worden seien. Fast alle Opfer waren Polizisten²⁷.

Im ukrainisch-polnischen Konflikt konnte kollektive Gewalt von beiden Seiten ausgehen. Ukrainische Gewaltakteure griffen meist zum Mittel des Terrorismus, in der Regel gesteuert von der Ukrainischen Militärorganisation, respektive ihrer Nachfolgerin, der Organisation Ukrainischer Nationalisten. Es ist angesichts der Bevölkerungsverhältnisse in Lemberg nicht verwunderlich, dass Aufruhr nur selten von Ukrainern begonnen wurde. In der Regel ging dieser Typus kollektiver Gewalt von polnischen Studenten und Gymnasiasten aus. Soziale Ungleichheit zwischen den Konfliktparteien spielte hier keine Rolle. Die kulturelle Distanz der Konfliktgruppen war größer als die relationale Distanz, aber die kulturelle Distanz war geringer als zwischen Juden und Polen. Polnisch-ukrainische Ehen wurden häufig geschlossen, während Ehen zwischen Juden und Griechisch- oder Römisch-Katholiken selten waren. Eine, den Grad der Gewalt eventuell mindernde, funktionale Interdependenz gab es zwischen den Konfliktparteien nicht. Der polnische Staat reagierte stärker gegen die Herausforderung des staatlichen Gewaltmonopols durch Ukrainer als durch die polnischen Studenten. Die Gewalt der polnischen Studenten bedrohte nicht den Staat selbst, sondern strebte danach, die polnische „gerechte Ordnung“, die Polnischheit des öffentlichen Raums wieder herzustellen. Dagegen forderte der ukrainische Terror den Staat direkt heraus und stellte die politische Ordnung grundsätzlich in Frage. Der Ermordung von Repräsentanten des Staates oder (auf dem Land) dem Anzünden polnischer Höfe und Getreidespeicher begegnete der Staat mit massiver Gegengewalt, die sich nicht nur gegen schuldige Individuen, sondern kollektiv (besonders auf dem Land) gegen die ukrainische Bevölkerung wandte. Der Konflikt hatte eine lange Vorgeschichte, die bis weit in die Vorkriegszeit hineinreichte und durch den polnischen Sieg 1919 nicht gelöst worden war. Die ukrainischen Nationalisten waren mit keinem Kompromiss einverstanden, der Ostgalizien im polnischen Staatsverband belassen hätte, während weder der polnische Staat noch die Gesellschaft freiwillig auf Lemberg zu verzichten bereit waren. Gewalt war diesem Konflikt immanent.

Neben dem polnisch-ukrainischen Konflikt was es vor allem der Antisemitismus der polnischen Nationaldemokraten, der zu kollektiver Gewalt führte. Im folgenden Beispiel ging es wieder um die polnische Herrschaft über den öffent-

²⁶ Dziennik Lwowski, 3. 11. 1928.

²⁷ Dziennik Lwowski, 23. 11. 1928.

lichen Raum. Am 2. Juni 1929 bewegte sich eine katholische Fronleichnamsprozession von der Annen-Kirche am jüdischen Gymnasium in der Zygmuntowska-Straße vorbei. Die Schülerinnen hatten gerade Pause und lärmten, pffiften und sangen. Besonders geräuschvoll ging es in einem Raum im obersten Stockwerk zu. Aus ihm flogen Papierfetzen, möglicherweise auch Brotstücke und Dreck nach unten. Die Teilnehmer/innen der Prozession fühlten sich dadurch gestört und beschwerten sich bei der Direktorin der Schule. Die Mädchen meinten später im Verhör, dass sie der Prozession zwar zugeschaut, sich aber auch gegenseitig geneckt hätten, deswegen war es so laut zugegangen und deswegen war auch Papier aus dem Fenster geflogen. In der Zwischenzeit verbreitete sich unter den Gläubigen das Gerücht, die jüdischen Mädchen hätten sich über die Prozession lustig gemacht, den römisch-katholischen Glauben verhöhnt, ja sie hätten Gegenstände und Steine auf die Prozession geworfen und sogar die Monstranz getroffen. Diese Gerüchte gelangten in die Stadt. Die Repräsentanten der Lemberger Juden versuchten, kein Aufhebens von dem Vorfall zu machen und auf den offiziellen Polizeibericht zu warten. Es gelang ihnen, die Regierungspresse und linke Tageszeitungen davon zu überzeugen, nichts über die angebliche Profanierung zu berichten. Doch am Montag erschien die nationaldemokratische Tageszeitung *Lwowski Kurier Poranny* mit der Meldung, die Gymnasiastinnen hätten Brot und Abfall auf die Prozession geworfen. Die Nationaldemokraten sahen die Chance, ihre durch die Wahlniederlage 1928 geschwächte Position zu verbessern und sich an die Spitze der katholisch-polnischen Bewegung gegen diese „Profanierung des katholischen Glaubens durch die Juden“ zu stellen. Ob die nationaldemokratische Parteiführung die Studenten zum folgenden Aufruhr direkt anstiftete, ist nicht bekannt. Die allpolnischen Studenten brauchten für Angriffe auf Juden nicht besonders motiviert zu werden. Für ihre Racheaktion ließen sie sich Zeit bis Montagabend. Die Studenten lieferten sich in den folgenden Stunden ein Katz und Maus Spiel mit der Polizei. Um 20:40 Uhr versuchten 500 Studenten, in das Gymnasium einzubrechen und warfen Scheiben ein. Die Polizei hatte dies antizipiert und den Haupteingang abgeriegelt. 28 Studenten brachen aber in das Gebäude ein und verwüsteten das Erdgeschoß. Kurz darauf überfielen 200 andere Studenten die Druckerei der jüdischen Tageszeitung *Chwila* und zerschlugen dort Maschinen und Bürogegenstände. Ein in der Nähe stationierter Polizist war nicht imstande, die Randalierer zu stoppen. Eine andere Gruppe formierte sich in der Kopernikus-Straße und am Mickiewicz-Denkmal und zog anschließend durch die Stadt. Einige hundert weitere Studenten griffen um 21 Uhr die jüdische Bursa an, die von zwei Polizisten bewacht wurde, die aber nichts gegen die Übermacht ausrichten konnten. Innerhalb weniger Minuten hatten die Studenten den Speisesaal demoliert. Die Polizei nahm an diesem Abend insgesamt 32 Randalierer fest. Die Festnahmen führten zu einem weiteren Aufruhr unter der polnischen akademischen Jugend. Sie richtete Aufrufe an die Öffentlichkeit, dass sie sich nur gegen die „jüdische Provokation“ gewehrt hätten²⁸. Als die Verhafteten nicht umgehend

²⁸ Der Polizeikommandant Lembergs an die Bezirksstaatsanwaltschaft, 4. 6. 1929; Derzav-

freigelassen wurden, rief das akademische Komitee alle polnischen Studenten zum Streik auf. Denn die „Ehre des polnischen Akademikers“ sei verletzt worden. Die Wirkungskraft von Deutungsmustern aus der *Obrona Lwowa* wird in der Argumentation der Studenten deutlich. Sie begründeten ihre Aktionen mit Erfahrungen des November 1918:

„Die polnische akademische Jugend meint, dass für die ziellose Provokation der zionistischen Jüdinnen (...) die ganze jüdische Gesellschaft verantwortlich ist, die seit langem durchdrungen ist von feindlichen Gefühlen gegen unseren Staat, ihre Brut in reptilienartigem Hass auf alles erzieht, was polnisch und katholisch ist und deren verbrecherisches Verhalten in der Zeit der Verteidigung Lembergs im Jahre 1918 der polnischen Gesellschaft lebhaft im Gedächtnis ist.“

Das Komitee forderte, alle polnischen Universitäten vor einem unbegrenzten Zufluss „dieser jüdischen Jugend“ abzuschließen und das Mädchengymnasium als „Nest verbrecherischer Instinkte, welches die religiösen Gefühle der polnischen Bevölkerung verletzt, zu schließen“²⁹. In Posen, Warschau, Wilna und Krakau kam es zu studentischen Solidaritätsstreiks und zu Angriffen auf Juden

In den folgenden Tagen kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen polnischen und jüdischen Studenten. Auf nationaldemokratischen Studentenversammlungen wurden wüste Drohungen gegen Juden, Staatsanwaltschaft und Polizei ausgestoßen. Die Regierung richtete am 5. Juni eine Sonderkommission ein und ließ Streifen zu Fuß und zu Pferde durch Lemberg patrouillieren. Jüdische Einrichtungen wurden von Polizisten mit aufgezogenen Bajonetten bewacht. Am 7. Juni flog der Innenminister persönlich nach Lemberg, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Das Durchgreifen der Regierung machte schließlich Eindruck, und die Stimmung beruhigte sich. Die Staatsanwaltschaft machte 32 Randalierern den Prozess wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung. Vierzehn prominente nationaldemokratische Rechtsanwälte verteidigten die Angeklagten kostenlos³⁰.

Die kollektive Gewalt gegen die jüdische Bevölkerung war kein Einzelfall, sondern wurde in den 30er Jahren chronisch. Als Gewaltakteure taten sich vor allem polnische nationaldemokratische Studenten und Gymnasiasten hervor.

Seit spätestens 1930 war es Tradition geworden, dass nationaldemokratische Studenten zu Beginn eines akademischen Jahres jüdische Passanten verprügelten. Besonders gewalttätig verliefen diese Übergriffe 1932. Bereits seit Ende Oktober

nyj Archiv L'vivs'koï Oblasti (Staatsarchiv des Gebiets Lemberg, ukr. Abkürzung DALO), f. 126sc, od. 3, spr. 453, ark. 1. Der Polizeikommandant an die Bezirksstaatsanwaltschaft, 4. 6. 1929; ebd., ark. 2. Der Polizeikommandant an den Stadthauptmann, 4. 6. 1929; ebd., ark. 3. Aufruf polnischer Studenten an die polnische Jugend, 5. 6. 1929; ebd., ark. 4. Zum Kontext des Pogroms vgl. *Antony Polonsky, A Failed Pogrom: The Demonstrations in Lwów, June 1929*, in: *Yisrael Gutman u. a. (Hrsg.), The Jews of Poland Between Two World Wars* (Brandeis University 1989) 109–125.

²⁹ Aufruf des Lemberger akademischen Komitees an die polnische akademische Jugend in Lemberg, 5. 6. 1929; DALO, f. 121, od. 3, spr. 453, ark. 5.

³⁰ Anklageschrift der Bezirksstaatsanwaltschaft Lemberg, 15. 7. 1929; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 1123, ark. 14–27.

agitierte die polnische akademische Jugend gegen den jüdischen Handel. Am 12. November warfen die Studenten nach der Enthüllung einer Gedenktafel die Scheiben von 59 jüdischen Geschäften ein. Es gelang der Polizei zunächst, diese Angriffe einzudämmen, doch am 26. November 1932 eskalierte die Gewalt. Ein polnischer Student der Veterinärmedizin wurde bei einem nächtlichen Zusammenstoß zwischen polnischen und jüdischen Studenten von Messerstichen tödlich verletzt. Am nächsten Tag waren kein Platz und keine Straße der Stadt mehr sicher, und die antisemitische Grundhaltung der Studenten schlug in offene Gewalt um. Die Studenten teilten sich in mehrere, einige Dutzend Köpfe starke Gruppen auf und griffen an verschiedenen Stellen der Stadt jüdische Passanten und jüdische Einrichtungen und Geschäfte an. Am Morgen des 27. November rief der Polizeikommandant den Ausnahmezustand aus. Tag und Nacht patrouillierte die Polizei durch besonders gefährdete Gegenden. Am 28. und 29. November nahm die Zahl der Exzesse weiter zu. Gruppen von einer Handvoll bis einigen Dutzend Leuten attackierten Juden, sobald die Polizei nicht in der Nähe war. Sie zerstreuten sich, sobald Polizisten auftauchten. Die Passanten solidarisierten sich lautstark mit den Angreifern. Es gab Fälle, in denen das Publikum die Polizei anschrill, wenn diese die Demonstration aufzulösen versuchte. Das Chaos wurde durch Fehlalarme vermehrt. Die Polizei musste die Gewalt kleiner Gruppen im Stadtzentrum eindämmen und an vielen Orten gleichzeitig auf Provokationen reagieren. Vor einem Gebäude hatten sich 100 bis 150 Menschen versammelt, die versuchten, das Tor aufzubrechen. Sie teilten der eintreffenden Polizei mit, dort hätten sich Juden versammelt und mit Steinen auf Passanten geworfen. Die Polizei ging nicht gegen diese Demonstranten vor, brachte aber 18 Juden, darunter 16 Studenten zum Verhör auf die Wache. Insgesamt nahm die Polizei in Zusammenhang mit den Exzessen 256 Personen fest, darunter 150 Römisch-Katholiken, 56 Griechisch-Katholiken und 47 Juden. Erst nachdem die Polizei mit 220 Mann verstärkt worden war, gelang es, den Aufruhr am Abend des 29. November unter Kontrolle zu bekommen. Weitere 300 Polizisten und elf Offiziere wurden nach Lemberg kommandiert und als Polizeipatrouillen eingesetzt³¹.

Auch dieser Konflikt kam im polnischen Parlament zur Sprache. Der jüdische Klub warf der Polizei vor, nicht energisch genug eingegriffen und sogar unschuldige Juden verhaftet zu haben. Die Polizei wies die Vorwürfe zurück und meinte, häufige Fehlalarme hätten die Stoßkraft der Polizei vermindert und zum anfänglichen Chaos beigetragen. Die Strafverfolgung erwies sich als schwierig. Die studentischen Täter waren meist Angehörige der allpolnischen (nationaldemokratischen) Jugend und deckten sich untereinander. Nur wenige konnten vor Gericht gestellt werden³². Anscheinend hatten sich aber auch Ukrainer an den Krawallen beteiligt, und die Zahl der jüdischen Verhafteten legt nahe, dass sich die jüdische Bevölkerung diese Angriffe nicht widerstandslos gefallen ließ.

³¹ Mick, *Kriegserfahrungen* 399 f.

³² Polizeikommando Lemberg an den Stadthauptmann (Starost) Lembergs, 20. Dezember 1932; DALO, f. 110, od. 4, spr. 372, ark. 2–15. Chwila, 8. Dezember 1932.

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die Universität zum wichtigsten Schauplatz antijüdischer Gewalt. Die allpolnischen Organisationen forderten einen *Numerus Clausus* oder gar *Numerus Nullus* für Juden. Sie proklamierten „judenfreie Tage“ und fingen am Eingangstor jüdische Studenten ab³³. Polnische Studenten, die sich auf die Seite ihrer jüdischen Kommilitonen stellten, wurden verprügelt. Einen *Numerus Clausus* für Juden gab es im Fach Medizin und in allen Fächern des Polytechnikums. Allgemeiner Grundsatz der Jan-Kazimierz-Universität war, dass in einem Fachbereich nicht mehr als 10% Juden aufgenommen werden sollten. Ein wichtiges Ziel der Antisemiten war die Einrichtung so genannter „Ghettobänke“. Rektor Stanisław Kulczyński widersetzte sich der Forderung, der sich auch einige Professoren angeschlossen hatten und wurde deswegen von antisemitischen Studenten heftig angefeindet. Nach seinem Rücktritt wurden unter dem neuen Rektor, dem Archäologieprofessor Edmund Bulanda, 1938 „Ghettobänke“ eingeführt. Die jüdischen Studenten durften sich von nun an nur noch in die beiden letzten Reihen auf der linken Seite der Vorlesungssäle setzen. Jüdische Studenten besuchten zur eigenen Sicherheit nur noch in Gruppen Vorlesungen und erhielten separate Prüfungstermine³⁴.

Drei Mal endeten die Angriffe auf jüdische Studenten tödlich. Im Frühjahr 1939 wurde als letztes Opfer antijüdischer Gewalt vor Kriegsbeginn der Student des Polytechnikums Markus Landesberg auf dem Universitätsgelände erschlagen³⁵. Die Beerdigung entwickelte sich zu einer großen Trauerkundgebung, an der 12 000 Menschen teilnahmen, darunter auch viele römisch-katholische Polen, die ihre Solidarität mit dem Opfer ausdrücken wollten. Dies war nicht der einzige Fall, in dem es zum Schulterschluss zwischen demokratisch oder sozialistisch orientierten polnischen und jüdischen Studenten kam. Am Abend des 9. Februar 1939 fand z. B. im Skarbek-Theater eine öffentliche Versammlung der Demokratischen Jugend und der Unabhängigen Sozialistischen Jugend statt, zu der 700 Männer und Frauen kamen, je etwa zur Hälfte Polen und Juden. Die Redner kritisierten die Universitätsleitung, welche die Universität der Allpolnischen Jugend überlassen habe, und protestierten in einer Resolution gegen den „allpolnischen Terror“³⁶. Eine Woche später zogen abends fünfzehn Jugendliche durch die Straßen und skandierten Parolen gegen die nationaldemokratische Partei. Die Polizei nahm einen jüdischen und einen römisch-katholischen Jugendlichen fest³⁷. Das Klima an der Universität bestimmten jedoch die nationalistischen Gruppen, die auch den öffentlichen Raum beherrschten. Ihre Gewaltbereitschaft und ihr hoher Organisationsgrad verschafften ihnen auch auf der Straße einen entscheidenden

³³ Zum Beispiel im Oktober 1938: Tagesbericht der Polizei vom 17. 10.1938; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 494, ark. 59–63.

³⁴ *Elesar J. Feuerman*, *Moi Lwowscy profesorowie*, in: *Zeszyty Historyczne* 117 (1996) 55–72, hier: 56 ff.

³⁵ *Feuerman*, *Moi lwowscy profesorowie* 59 ff.

³⁶ Tagesbericht der Polizei vom 10. Februar 1939; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 498, ark. 152–154.

³⁷ Tagesbericht vom 17. Februar 1939; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 500, ark. 72–75.

Vorteil, dem allenfalls die organisierte Arbeiterbewegung etwas entgegenzusetzen hatte. Die Staatsmacht behandelte die nationalistische Jugend milde, solange sich deren Aggression gegen Juden, Sozialisten oder Ukrainer richtete³⁸.

Die kulturelle Distanz zwischen Gewaltakteuren und Gewaltopfern war relativ groß, während die relationale Distanz unterschiedlich war. Sie war gering, wenn jüdische Studenten angegriffen wurden, und sie war groß, wenn traditionell gekleidete Juden attackiert wurden. Soziale Ungleichheit spielte keine Rolle, eine funktionale Abhängigkeit bestand nicht. Die Gewaltakteure akzeptierten die jüdische Bevölkerung nicht als Mitbürger, sondern setzten die andere Religion mit der Zugehörigkeit zu einer anderen Nation gleich. Für sie bildeten die Juden einen Fremdkörper, der mit ihrem Ideal eines ethnisch homogenen Polen nicht vereinbar war. Der Antisemitismus war ein Dauerproblem in der Gesellschaft der Zweiten Polnischen Republik. Für die prügelnden Studenten wäre die Ausgrenzung der Juden aus der Gesellschaft und aus der Universität die Herstellung der „gerechten Ordnung“ gewesen. Doch der polnische Staat schützte die jüdische Bevölkerung besser als die Ukrainer, aus deren Reihen der Staat ja direkt herausgefordert wurde. Staatliche Institutionen wie die Universitäten gaben jedoch dem gesellschaftlichen Druck nach und sanktionierten die Diskriminierung und Ausgrenzung von Juden bis zu einem gewissen Grad. Doch die Antisemiten hatten keineswegs freie Hand. Jüdisches Eigentum wurde geschützt, und Übergriffe auf Juden wurden verfolgt, wenngleich nicht so konsequent wie kollektive Gewalt, welche die politische Ordnung in Frage stellte. Die lange Dauer des Konflikts trug auch hier zu einer Eskalation der Gewalt bei.

Ausgangspunkt kollektiver Gewalt waren jedoch nicht immer nationale oder ethnische Konflikte, in einigen Fällen führten auch genuin soziale Konflikte zu kollektiver Gewalt.

Die chronische Wirtschaftskrise und eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit ließen in den dreißiger Jahren soziale Konflikte an Brisanz gewinnen. Die neuen Industrieviertel konnten den agrarischen Bevölkerungsüberschuss nicht absorbieren. In den Großstädten entstand eine akute soziale Notsituation. Gemeinsame politische und soziale Interessen ließen phasenweise ethnische Gegensätze in den Hintergrund treten. In Lemberg kam es wiederholt zu Prügeleien zwischen Nationaldemokraten und Arbeitern. Doch letztlich konzentrierten sich die Arbeiterparteien auf die Verteidigung sozialer Interessen und den Kampf gegen die autoritäre Regierung. Die Diskriminierung von Juden und Ukrainern und die antisemitische Gewalt der nationaldemokratischen Jugend hatten für die Arbeiterbewegung nur eine untergeordnete Bedeutung.

Polnische, ukrainische und jüdische Arbeitslose demonstrierten Mitte der dreißiger Jahre gemeinsam vor dem Lemberger Rathaus für mehr Arbeitsplätze. Im Frühjahr 1936 kam es in mehreren Städten, darunter auch in Lemberg, zu Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern, demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei. Am 21. April demonstrierten 3000 Arbeitslose vor dem Sitz der Wo-

³⁸ Tagesbericht vom 14. 5. 1939; CDIAL, f. 205, od. 1, spr. 500, ark. 72–75.

jewodschaft. Als berittene Polizei auftauchte, bewarfen die Demonstranten sie mit Steinen. Die Polizisten schossen auf die Demonstranten, töteten einen Arbeitslosen und verletzten einen anderen tödlich. Am nächsten Morgen demonstrierten wieder 5000 Arbeitslose, die von einem großen Polizeiaufgebot beobachtet wurden. Es kam jedoch zu keinen Zusammenstößen. Der Stadthauptmann wollte die beiden toten Arbeiter am Nachmittag auf dem Łyczaków-Friedhof beerdigen lassen und hatte für die Trauergemeinde einen Weg festgelegt, der nicht durch das Stadtzentrum führte. Das überparteiliche Arbeiterkomitee, das sich am Vorabend gebildet hatte, wollte die beiden Opfer jedoch auf dem Janowski-Friedhof beerdigen und den Trauerzug durch die ganze Stadt führen. Als sich der Trauerzug mit 45 000 bis 50 000 Teilnehmern Richtung Janowski-Friedhof auf den Weg machte, trieb die Polizei die Menge mit Maschinengewehrfeuer auseinander. Einige Arbeiter wurden erschossen, viele verletzt. Die Arbeiter antworteten mit Steinwürfen. Das gewalttätige Vorgehen der Polizei ließ die Situation eskalieren. In der Innenstadt errichteten die Streikenden Barrikaden, und Straßenkämpfe begannen. 31 Arbeiter und Arbeiterinnen starben während der Kämpfe, 18 weitere erlagen später ihren Verletzungen. Mehr als 3000 Arbeiter wurden verhaftet³⁹. Die Arbeiterschaft aller drei ethnischen Gruppen rückte in der Auseinandersetzung mit der Obrigkeit näher zusammen. Die Führer besuchten gegenseitig ihre Versammlungen und erklärten ihre Solidarität mit den Opfern. Am 17. März protestierten 3000 polnische und ukrainische Arbeiter sogar gemeinsam gegen die Angriffe auf Juden und die nationale Unterdrückung der Ukrainer. Im Frühjahr 1936 kam es immer wieder zu Streiks und Kundgebungen, an denen bis zu 20 000, am 1. Mai 60 000 Menschen teilnahmen⁴⁰.

Die relationale und kulturelle Distanz war bei diesen sozialen Konflikten gering. Hier spielte soziale Ungleichheit eine größere Rolle. Die Gewalt richtete sich gegen Arbeitgeber und die Arbeitsmarktpolitik des Staates. Die gewaltsame Auflösung der Arbeiterdemonstration kostete mehr Menschen das Leben als durch antisemitische Gewalt oder durch Gewalt gegen Ukrainer ums Leben kamen. Ähnlich wie im Falle des ukrainischen Terrorismus griff die Polizei hart durch, da hier Staat und das gesellschaftliche und politische System selbst herausgefordert wurden.

³⁹ Berichte aus der polnischen Arbeiterpresse sind in russischer Übersetzung abgedruckt in: *Istorija L'vova v dokumentach i materialach* (Kyiv 1986) 199 ff. Die sowjetische Version dieser Ereignisse findet sich beschrieben in: *Istorija L'vova. Korotkyj narys* (L'viv 1956) 105 ff. Auch die britische Tageszeitung *The Times* berichtete über diese Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizei. *Many casualties in Polish riots*, *The Times*, 17. 4. 1936. *Polish riots*, *The Times*, 18. 4. 1936.

⁴⁰ Augenzeugenbericht eines polnischen Arbeiters, nach dem 21. 4. 1936; abgedruckt in: *Istorija L'vova v dokumentach i materialach* 196 ff.

Zusammenfassung

Kollektive Gewalt in Form von Lynchenden und Vigilantismus war in Lemberg nicht vorhanden. Aufruhr und Terrorismus waren die vorherrschenden Typen kollektiver Gewalt. Soziale Ungleichheit, relationale und kulturelle Distanz beförderten kollektive Gewalt, während in keinem Fall eine funktionale Abhängigkeit zwischen Gewaltakteuren und Gewaltopfern bestand.

Kollektive Gewalt wurde zwischen 1918 und 1939 zumeist im Kontext nationaler und ethnischer Konflikte ausgeübt. Im polnisch-jüdischen Konflikt waren die Gewaltakteure meist polnische nationaldemokratische Studenten und Gymnasiasten. Opfer waren jüdische Bürger, Studenten und Schüler. Diese kollektive Gewalt gehörte zum Typus Aufruhr (*riot*), zu der auch Pogrome generell gehören.

Im polnisch-ukrainischen Konflikt wurde Gewalt von beiden Seiten ausgeübt. Auf polnischer Seite sind wieder in erster Linie nationaldemokratische Studenten und Schüler die Gewaltakteure. Die Gewalt richtete sich gegen ukrainische Studenten, Schüler und ukrainische Einrichtungen. Diese Gewalt gehörte zum Typus Aufruhr. Angesichts der hoffnungslosen numerischen Unterlegenheit ging kollektive Gewalt gegen polnische Gruppen in der Regel nicht von Ukrainern aus. Die Studenten in beiden Lagern waren aber bis zu einem gewissen Grad organisiert, so dass hier ein fließender Übergang zu Terrorismus zu erkennen ist. Terrorismus dominierte in kollektiver Gewalt, die von Ukrainern ausging. Ihre Gewalt richtete sich gegen Repräsentanten des polnischen Staats und „ukrainische Kollaborateure“ und wurde in der Regel von der Ukrainischen Militärorganisation respektive der Organisation Ukrainischer Nationalisten angeleitet. Das Anzünden polnischer Getreidespeicher und Höfe zählt zu den ersten Beispielen für eine gegen die polnische Anwesenheit in der Region *per se* gerichtete kollektive Gewalt.

Die ukrainisch-jüdischen Beziehungen waren in der Zwischenkriegszeit gespannt, es kam aber zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen. Stadt und Region wurden beherrscht vom polnisch-ukrainischen Konflikt und der antisemitischen Haltung der Nationaldemokraten. Dies änderte sich erst im Zweiten Weltkrieg.

Als Folge der Weltwirtschaftskrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit kam es auch zu kollektiver Gewalt, die ihren Ursprung in sozialen Konflikten hatte und in der soziale Ungleichheit eine größere Rolle spielte als relationale oder kulturelle Distanz. Diese Arbeiter- und Arbeitslosendemonstrationen wurden von der Polizei bisweilen gewaltsam aufgelöst, was zu einer Eskalation der Gewalt führen konnte.

Während die relationale Distanz mit Ausnahme des Pogroms von 1918 eher gering war, war die Größe der kulturellen Distanz in allen ethnischen Konflikten ein Faktor, der den Grad der Gewalttätigkeit beeinflusste. Der Staat war daran interessiert, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und ging gegen kollektive Gewalt vor. Das Ausmaß an Gewalt, das zur Wiederherstellung der Ordnung hergestellt wurde, hing einerseits von der Art der Herausforderung ab. Wurden der polnische

Staat oder die existierende Gesellschaftsordnung direkt herausgefordert, wie im Falle des ukrainischen Terrorismus oder der Massendemonstrationen in den dreißiger Jahren, wurde mehr Gewalt eingesetzt als im Falle von Herausforderungen, die von „staatstragenden“ Gruppen, wie den polnischen Studenten, ausgingen und sich gegen „marginale“ Gruppen, wie Ukrainer und Juden, richtete.

Summary

Riots and terrorism were the two dominant types of collective violence in inter-war Lviv. Collective violence erupted in the context of national and ethnic conflicts, usually taking the form of rioting. The perpetrators were mostly Polish national-democratic students and secondary school pupils. The victims were often Jewish citizens, students and pupils. In conflicts between Poles and Ukrainians both sides resorted to violence. On the Polish side national-democratic students and pupils played a key role in the riots. The violence was directed against Ukrainian students, pupils and Ukrainian institutions. Ukrainian collective violence usually took the form of terrorist acts against representatives and symbols of the Polish state and attacks on Ukrainians who were perceived as collaborators. The terrorist acts were organised and executed by members of the illegal Ukrainian Military Organisation and (after 1929) of the Organisation of Ukrainian Nationalists. Ukrainian-Jewish relations were strained but these tensions did not result in outbreaks of collective violence. The world economic crisis and the growing unemployment in the 1930s exacerbated the social conflicts. Workers' protests were suppressed by the police but erupted several times in collective acts of violence. The relational distance between perpetrators and victims and between the two opposing groups was – with the exception of the pogrom in November 1918 – small, but the large cultural distance between perpetrators and victims was a factor which also influenced the degree of violence. The Polish state tried to prevent collective violence from below. The degree of violence used by the state to establish law and order depended on the type of conflict. The level of state violence in cases where the Polish state or the existing order itself was challenged – for example, by Ukrainian terrorist acts or workers' protests in the 1930s – was higher than in cases where the violence was carried out by Polish students and was directed against “marginal” groups such as Ukrainians and Jews.

Heinz-Gerhard Haupt

Gewalt in Teuerungsunruhen in europäischen Großstädten zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Ein Überblick

„Die Geschichte ist voll von diesen Verbrechen ... Der offizielle Historiker wird von seinem vergoldeten Palast aus skeptisch und abfällig lachen, sich seinen dicken Bauch halten – bis die neue historische Wahrheit seine Sicht der alten Welt erschüttert. Fünf Jahre blutiger Geschichte liegen hinter uns ... Von Kreuzungen, Plätzen, Straßen und dem Untergrund breitet sich diese unaufhaltsame Kloake aus, die die Grundlagen einer schwachen und blutrünstigen Gesellschaft erschüttert. Die Verbrechen der vielfarbigen und vielfältigen Menge treten über die Ufer und dehnen sich wie ein schlammiger Fluss aus. Meine Herren der alten Gesellschaftsschicht, Philosophen der politischen Aristokratie, Mumien der Diplomatie, treten Sie zurück und verbeugen sie sich. Gavroche geht vorüber.“¹ Mit dieser Figur aus Victor Hugos Roman „Les Misérables“ vergleicht eine Zeitung aus Livorno am 27. Juli 1919 die Teilnehmer an den in ganz Italien stattfindenden Teuerungsunruhen. Mit dem Tribut an Gavroche, der als typischer Pariser Straßensjunge an den Kämpfen nach der Julirevolution 1830 teilnahm, krönte die Zeitung ihre katastrophische Sicht der italienischen Nachkriegsgesellschaft und betonte, dass die Aktionen gegen steigende Preise und die fehlenden staatlichen Maßnahmen dagegen zwar von den Herrschenden als Ausdruck des Abhubs der Gesellschaft gesehen werden, in Wirklichkeit aber gerechtfertigte Protestaktionen einer aufgebrauchten Menge seien.

Die von der Zeitung angesprochene Überraschung, die diese Proteste gegen zu teure Lebensmittel hervorriefen, wird die heutige Geschichtswissenschaft nicht mehr teilen, zu sehr ist doch in den letzten zwanzig Jahren die These erschüttert worden, Lebensmittelkrawalle – um die behördliche Lesart zu benutzen – seien mit der Mitte des 19. Jahrhunderts zu Ende gegangen. Dies hatte die historische Protestforschung lange Zeit angenommen², und auch die sozialwissenschaftliche

¹ „Crimini“ in: *La Parola dei Socialisti* (Livorno 27. Juli 1919).

² S. *Manfred Gailus, Heinrich Volkmann* (Hrsg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990* (Opladen 1994); *Manfred Gailus*, Was macht eigentlich die historische Protestforschung? Rückblicke, Resümee, Perspektive, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 34 (2005) 127–154; s. auch die jün-

soziale Bewegungsforschung um Charles Tilly hat diese These vertreten. Dafür sprachen nach Tilly zwei allgemeine und sozialökonomische Entwicklungen. Mit der Herstellung eines nationalen Marktes für Agrarprodukte werde die ungleiche Verteilung von Lebensmitteln zwischen Städten und Landesteilen beendet und damit ein zentraler ökonomischer Grund für Mangel und Mangelserfahrungen benannt. Daneben macht Tilly auch die fortschreitende Staatsbildung und die zunehmende Verpolizeilichung der Gesellschaft für das Ende der „food riots“ verantwortlich³. Sowohl für die Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges als auch während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit versammelten sich jedoch Frauen und Männer in der Öffentlichkeit von großen und kleinen Städten in Deutschland und Frankreich, Italien und Spanien, Russland und Großbritannien, um gegen steigende Lebensmittelpreise zu demonstrieren⁴. Es ist zu vermuten, dass auch in anderen europäischen Ländern und Großstädten ähnliche Bewegungen stattfanden, diese aber bislang von der internationalen Geschichtsschreibung nicht beachtet wurden. Die folgenden Bemerkungen können mithin nicht Ursachen der geographischen Verbreitung der Revolten erörtern, sondern auf der Basis der Sekundärliteratur und unter Berücksichtigung meiner limitierten Sprachkenntnisse Hinweise auf Charakteristika der Protestbewegungen geben. Diese Quellenbasis begrenzt auch die Breite und Tiefe der folgenden Übersicht. Einblicke in Rituale und Symbole, Parolen und Aktionsformen der an Teuerungsunruhen Teilnehmenden bleiben oft deshalb verwehrt, weil die vorliegenden Forschungen diese nicht nachgefragt und detailliert untersucht haben. In vielen Fällen wären intensive Archivstudien notwendig⁵. Deshalb bleiben wichtige Fragen unbeantwortet. Die protestgeschichtlich relevante Unterscheidung zwischen ritualisierten Teuerungsposten, die festen Regeln und Konventionen folgen, und den Hungerunruhen, die sich auf Selbsthilfe und schnelle Aneignung von Lebensmitteln konzentrieren, dabei aber auch die Grenze zur Eigentumskriminalität durchaus überschreiten, kann nicht immer empirisch vorgenommen werden. Auch Erosionen von Ritualen und Ergebnissen von Subsistenzprotesten seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts bleiben ebenso unbehandelt wie nationale oder lokale Unter-

geren Fallstudien zum 19. Jahrhundert: *Martina Engels*, Bierpreis, Brauer und Behörden. Teuerungsposten 1844 bis 1866 in München, in: *Neithart Bulst* u. a. (Hrsg.), *Gewalt im politischen Raum. Fallanalysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert* (Frankfurt a. M. 2008) 164–193; *Marcel Streng*, „Gewalt“ als Argument in der Marktkommunikation. Marktpolizei, Kornhandel und Versorgungssicherheit im französischen Departement Finistère 1846–1867, in: *Neithart Bulst* u. a. (Hrsg.), *Gewalt im politischen Raum. Fallanalysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert* (Frankfurt a. M. 2008) 194–228.

³ *Charles Tilly* u. a., *The Rebellious Century, 1830–1930* (London 1975); *ders.*, *The Politics of Collective Violence* (Cambridge 2003).

⁴ Immer noch lesenswert: *Lynne Taylor*, *Food Riots Revisited*, in: *Journal of Social History* 30/2 (1996) 484–496; *Paul R. Brass* (Hrsg.), *Riots and Pogroms* (New York 1996); interessant über Plünderungen *Javier Auyero*, *Routine Politics and Violence in Argentina. The Grey Zone of State Power* (Cambridge 2007).

⁵ S. exemplarisch dazu: *Marcel Streng*, „Vie chère“, Violent Protest, and Visions of Protection. The „VIE CHERE“-Controversy on the Eve of WWI in France (1905–1914), in: *Willibald Steinmetz* u. a. (Hrsg.), *Writing Political History Today* (im Erscheinen).

schiede in den Formen und Ergebnissen der Aktionen. Die stadthistorisch wichtige symbolische Besetzung und Verteidigung von Räumen in Protesten steht nicht im Mittelpunkt der vorliegenden Literatur und kann deshalb auch nur am Rande erwähnt werden.

1. Konjunkturen der Teuerungsproteste

Im europäischen Kontext zeichnen sich drei Konjunkturen ab, in denen Teuerungsunruhen ausbrachen: die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, die Kriegszeit und die unmittelbare Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Vor 1914 stiegen in zahlreichen europäischen Gesellschaften und oft in der Folge von Zöllen zum Schutz der einheimischen Agrarier die Preise⁶. Dies war sowohl in Frankreich und Spanien als auch im Deutschen Reich der Fall. Gewaltsame Proteste gegen die Preissteigerungen fanden aber nicht überall statt. Für Berlin hat etwa Thomas Lindenberger unter den rund 400 städtischen Unruhen seit 1900 mit dem Konflikt um den Fleischverkauf im Wedding lediglich einen Konsumentenprotest vor Ausbruch des Krieges ausgemacht⁷. Wenn diese Proteste auch an anderen Orten zahlreicher gewesen sein mögen, so prägten sie nicht die deutsche Politik und Protestkultur vor dem Ersten Weltkrieg. Die günstige Entwicklung der Reallöhne, aufmerksame Stadtverwaltungen, das nicht bedrohte staatliche Gewaltmonopol und eine um ihre Respektabilität bemühte Sozialdemokratie mögen dazu beigetragen haben, dass kollektive Proteste über hohe Preise in friedlichen Formen angemeldet wurden⁸. In Frankreich und in Spanien nahmen diese aber gewaltsame Formen an, die entweder traditionelle Muster trugen oder aber mit modernen Arbeitskämpfen in Verbindung standen. Von der nordfranzösischen Hafenstadt Le Havre ausgehend, in der auch die Metall- und Textilindustrie vertreten war, und in der Folge von Gewerkschaftsaktionen gegen steigende Brotpreise im Jahre 1910 breiteten sich traditionelle Praktiken der Preisfestsetzung durch Konsumentinnen, aber auch Plünderungen von Läden vor allem in der nördlichen Hälfte Frankreichs aus. In Le Havre zogen 1911 z. B. 400 Frauen von Geschäft zu Geschäft und forderten dro-

⁶ *Avner Offer*, *The First World War. An agrarian interpretation* (Oxford 1989).

⁷ *Thomas Lindenberger*, *Die Fleischrevolte am Wedding. Lebensmittelversorgung und Politik in Berlin am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, in: *Gailus, Volkmann* (Hrsg.), 282–315. *Christoph Nomm*, *Fleischteuerungsprotest und Parteipolitik im Rheinland und im Reich 1905–1914*, in: *Gailus, Volkmann* (Hrsg.), 305–315. *Thomas Lindenberger*, *Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914* (Politik und Gesellschaftsgeschichte 39, Bonn 1995); *Belinda Davis*, *Home Fire Burning. Food, Politics, and Everyday Life in World War I* (Berlin, Chapel Hill, London 2000).

⁸ *Christoph Nomm*, *Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland* (Düsseldorf 1996); in Roger Chickering's Studie über Freiburg im Breisgau wird deutlich, wie diese Bedingungen auch den Alltag während des Krieges prägten. *Roger Chickering*, *Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag 1914–1918* (Paderborn u. a. 2009).

hend Preissenkungen vor allem von Milch und Butter. Den drei Kaufleuten, die diesen Preisnachlass ablehnten, wurden die Läden angesteckt⁹. Auch in der südspanischen Stadt Badajoz waren Teuerungspraktiken verbreitet. In den Jahren 1912 und 1913 forderte die lokale Bevölkerung, einem traditionellen Skript der Proteste folgend, einen niedrigen Brotpreis und das Verbot, das lokal geerntete Getreide in andere Landesteile zu transportieren¹⁰. Einen anderen Charakter nahmen indes die Konsumentenproteste in der katalanischen Hauptstadt Barcelona an, in der soziale Gegensätze und Interessenkonflikte seit den 1880er Jahren militant ausgetragen wurden. Die Generalstreiks der Jahre 1902 und 1909 endeten dort mit Angriffen auf Bäckereien und Märkte und mischten Preisfestsetzungsaktionen mit Plünderungen¹¹.

Im Ersten Weltkrieg verschlechterte sich in ganz Europa die Versorgung der Konsumenten. An die Stelle von Protesten gegen zu hohe Preise traten dabei in einzelnen Gesellschaften auch Hungerrevolten. Unzureichende Vorbereitungen für einen Krieg, der länger als geplant dauerte, Folgen der Blockade des deutschen Marktes, Torpedierungen von Versorgungsschiffen aus Übersee, Mobilisierung vor allem der bäuerlichen Bevölkerung für den Kriegsdienst verbunden mit teilweise schlechten Ernten und der Priorität, die der Versorgung der Frontsoldaten eingeräumt wurde, schufen eine angespannte Situation vor allem auf dem städtischen Nahrungsmittelmarkt. Diese war katastrophaler in Berlin als in Paris und London und verschlechterte sich seit 1916 zunehmend. Im internationalen Vergleich brachen in deutschen Großstädten aber sehr viel häufiger und gewaltsamer Hungerunruhen und Teuerungsproteste aus als in französischen oder britischen¹². Diese folgten nicht mehr einem „protocol of riot“ der Teuerungsproteste, das durch symbolische Akte wie Drohungen und massiver Präsenz auf dem Markt oder in Läden eine Anpassung der Warenpreise an die Einkommenssituation anstrebte. Vielmehr griffen sowohl im Krieg wie danach die Unterschichtenmitglieder, deren materielle Existenz bedroht war, in Hungerrevolten selbst auf gewalt-

⁹ Diese bislang unbekannt Episode berichtet John Barzman gestützt auf Presseberichte und Archivalien: *John Barzman*, *Entre l'émeute, la manifestation et la concertation*. La „crise de la vie chère“ de l'été 1919 au Havre, in: *Le Mouvement social* 170 (1995) 61–84, hier 71 f.; *Jean-Marie Flonneau*, *Crise de vie chère et mouvement syndical 1910–1914*, in: *Le Mouvement social* 72 (1970) 49–81; *Paul R. Hanson*, *The „Vie chère“ Riots of 1911*. Traditional Protests in Modern Garb, in: *Journal of Social History* 21 (1988) 463–481; *Alain Chatriot*, *Marion Fontaine*, *Contre la vie chère*, in: *Cahiers Jaurès* 187–188 (2008) 97–116.

¹⁰ *Martin Baumeister*, *Am Rande Europas*. Subsistenzproteste in Süd-West Spanien 1880–1923, in: *Gailus, Volkmann* (Hrsg.), 65–82; s. auch *Carlos Gil Andrés*, *Protesta popular y movimientos sociales en la Restauración*. Los Frutos de la ruptura, in: *Historia Social* 23 (1995) 121–135; *Francisco Sanchez Pérez*, *La protesta de un pueblo*. Acción colectiva y organización obrera. Madrid 1901–1923 (Madrid 2005).

¹¹ *Chris Ealham*, *Anarchism and the City*. Revolution and Counter-Revolution in Barcelona, 1898–1933 (Oakland 2010) 36 f.

¹² *Thierry Bozon*, *Belinda Davis*, *Feeding the Cities*, in: *Jay Winter*, *Jean-Louis Robert* (Hrsg.), *Capital Cities at War*. Paris, London, Berlin 1914–1919 (Cambridge 1997) 305–341, hier 308.

same Mittel zurück, um ihre Notlage zu beheben und die vermeintlichen Urheber ihrer Situation in einem Akt der Selbsthilfe zu bestrafen¹³.

Schon seit 1915 protestierten im Deutschen Reich Teile der Stadtbevölkerung gegen Preissteigerungen oder ein mangelhaftes Angebot. In Berlin und Stuttgart fanden erste Teuerungsunruhen statt, an denen vor allem Frauen teilnahmen, ebenso wie in der mittelfranzösischen Stadt St. Etienne¹⁴. Vor allem seit der zweiten Hälfte des Jahres 1916 wurden in Hamburg Hungermärsche und Angriffe auf Bäckereien organisiert, die nur durch den Einsatz von Militär niedergeschlagen werden konnten. Bergarbeiterstreiks waren in Deutschland seit 1916 – wie Petra Weber formuliert – „häufig nur eine andere, bewusstere Form der Lebensmittelproteste und gaben nicht selten wie in Hamborn oder Barmen den Anstoß zu Plünderungen und Lebensmittelkrawallen“¹⁵. Selbst im englischen West Cumberland gingen Arbeiterfrauen und Bergarbeiter auf die Straße, um gegen die hohen Brotpreise zu demonstrieren. Im März 1916 versammelten sich die Hausfrauen in der spanischen Stadt Badajoz Nächte hindurch, um Druck auf die Stadtverwaltung auszuüben und einen niedrigen Brotpreis durchzusetzen¹⁶. Besonders gewaltsamen Charakter nahmen die Teuerungsproteste in Russland an. Dies stellte bereits Trotzky fest: „From criticism the masses pass over to action. Their indignation finds expression first of all in food disturbances, sometimes rising to the height of local riots.“¹⁷ Preissteigerungen und die unzureichende Versorgung der Städte trotz vorhandener Lebensmittel auf dem Lande waren dort die Ursachen der zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen, wie das folgende Beispiel zeigt: „A nasty example occurred in Pereiaslavl’ in October 1917. A long line of people was standing outside a shop, waiting to buy galoshes. On being told that the shop had sold out, the queue started to disperse. Then a cart, laden with boxes, was spotted coming out of the building. Some of those who had been waiting stopped the driver and, to their fury, discovered that the boxes contained galoshes. The crowd stormed the shop, killing the owner, and then turned on adjacent shops and stalls, leaving eight proprietors dead and 20 wounded.“¹⁸

¹³ *Martin H. Geyer*, Teuerungsprotest und Teuerungsunruhen 1914–1923. Selbsthilfegesellschaft und Geldentwertung, in: *Gailus, Volkmann* (Hrsg.), 319–345.

¹⁴ *Ute Daniel*, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg (Göttingen 1989) 246ff.; *Michelle Zancarini-Fournel*, Saint-Etienne pendant la Première Guerre mondiale, in: *Pietro Causarano* u. a. (Hrsg.), *Le XXe siècle des guerres* (Paris 2004) 213f.

¹⁵ *Petra Weber*, Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918–1933/39) (München 2010) 165; zu Hamburg *Volker Ullrich*, Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg (Bremen 1999).

¹⁶ *A. J. Coles*, The Moral Economy of the Crowd: Some Twentieth-Century Food Riots, in: *Journal of British Studies* 17/1 (1978) 157–176; *Baumeister*, 73.

¹⁷ Zit. in: *Barbara Alpern Engel*, Not by Bread Alone. Subsistence Riots in Russia during World War 1, in: *The Journal of Modern History* 69 (1997) 696–721, hier 698.

¹⁸ *Steve A. Smith*, Popular Culture and Market Development in late imperial Russia, in: *Geoffrey Hosking, Robert Service* (Hrsg.), *Reinterpreting Russia* (London u. a. 1999) 149f.

Die Proteste blieben in der Regel nicht auf den Versorgungsbereich begrenzt, sondern politisierten sich zunehmend, wenn auch stärker im Deutschen Reich und in Russland als in Frankreich. Eine Verständigung über die Ursachen der Mangelsituation konnte umso leichter stattfinden, als Frauen, Kinder und Alte in Städten oft stundenlang Schlange standen, um begrenzt verfügbare Waren auf Marken zu erwerben. Dies war eine international verbreitete Praxis, die Kommunikationsmöglichkeiten schuf. Am letzten Sonnabend im Januar 1918 vermutete etwa die lokale Polizei, dass in London eine halbe Million Konsumenten Schlange stünden¹⁹. Dabei konnten Lageeinschätzungen ausgetauscht und über Schuldige diskutiert werden. Die Frontstellung zwischen den hungernden Städten und den Bauern, denen man Hortung von Getreide und Preistreiberi vorwarf, wurde schnell zu einem Gegensatz zwischen Schiebern, Kriegsgewinnlern und Reichen auf der einen Seite, der hungernden Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen ausgeweitet. Tyler Stovall spricht selbst für Paris, wo keine gewaltsamen Hungerunruhen stattfanden, von „consumers wars“²⁰.

Diese Feindbilder verbanden sich mit politischen Forderungen vor allem gegen den Krieg und nach dessen Ende. So riefen bereits im Dezember 1915 die Teilnehmer an einer Gewerkschaftsversammlung zu Konsumfragen in Paris aus: „It’s the war that has caused the rise of the price of sugar and wheat! Therefore, let’s make peace!“²¹ Schärfer gegen die Regierung gerichtet war die Interpretation, die der Gouverneur im Jahre 1915 aus der Moskauer Bevölkerung berichtete. Dort sei folgende Meinung verbreitet: „They are slaughtering our husbands and sons at the front, while at home they want to do us with hunger.“²²

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges normalisierte sich die Ernährungslage keineswegs sofort. Während der Demobilisierung traten immer wieder Versorgungsengpässe auf, die unter anderem auf die Fortsetzung der britischen Blockade Deutschlands im Jahre 1919 zurückzuführen waren, aber auch mit Reallohnseinbußen, inflationären Entwicklungen, wirtschaftlicher Rezession und dem Ende der staatlichen Zwangsbewirtschaftung zusammenhingen. Im Krieg ausgebildete Feindbilder lebten fort, der Gegensatz zwischen Stadt und Land gewann neue Bedeutung, und soziale Gegensätze wurden in der Agitation gegen Wucherer, Schieber und Kriegsgewinnler von einer Arbeiterbevölkerung formuliert, die sich von ihrer Teilnahme am Krieg soziale und politische Reformen erwartet hatte. Dabei konnten sich mit der Wucherrhetorik leicht antisemitische Parolen verbreiten. Unter den von Manfred Gailus ermittelten 200 Subsistenzunruhen in Deutschland, die zwischen 1914 und 1923 stattfanden, hatte „ein Sechstel ... antijüdische Färbungen und Untertöne“²³. Seit Juni 1919 erfasste eine breite und gewaltsame

¹⁹ *Bozon, Davis*, 330.

²⁰ *Tyler Stovall*, *The Consumers’ War: Paris, 1914–1918*, in: *French Historical Studies* 31 (2008) 293–324.

²¹ Ebd. Zitat 294.

²² Zit. in: *Engel*, 717.

²³ S. v. a. *Martin H. Geyer*, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924* (Göttingen 1998) und *Dirk Schumann*, *Politische Gewalt in der Weimarer Repu-*

Mittel benutzende Protestbewegung Italien, die von der Hafenstadt La Spezia ausging, bald sowohl die norditalienischen Großstädte als auch Süditalien und Sizilien erreichte. „Jamais dans l'Italie unifiée on n'avait assisté à une mobilisation de cette grandeur“, konstatiert der Historiker der Bewegung Roberto Bianchi. Auch in Malaga und in Barcelona forderten Frauen 1918 in gewaltsamen Aktionen die Kontrolle der Preise von Lebensmitteln und Kohle²⁴.

Die gewaltsamen Proteste blieben nicht auf den Süden Europas begrenzt. Sie brachen sowohl in Bulgarien aus, wo die Häuser von Reichen erobert und geplündert wurden, als auch im Sommer 1919 in London und Liverpool²⁵. In Frankreich führte das Ende der Preiskontrolle zu steigenden Preisen und gewaltsamen Protesten dagegen. In den Monaten Juli und August 1919 ging erneut eine Protestwelle von Le Havre aus, erreichte die Pariser Gegend und erstreckte sich bis Lyon und Grenoble. In ihr wurden vor allem Preissenkungen gefordert, die – wie das Beispiel der Bauarbeiter aus Rouen zeigt – durchaus substantiell sein konnten. Diese erreichten im Juli 1919 eine Senkung der Preise um 50%²⁶! In Hamburg weckten die Proteste im Juni 1919 sogar die Befürchtung, eine zweite Revolution stünde bevor²⁷.

Während die Bewegungen in Italien, Frankreich und Großbritannien aber ab 1920 abebbten, dauerten sie in Deutschland bis 1923 an. Die neue Regierung hatte bereits im Juni 1919 auf Lebensmittelproteste in Gotha, Eisenach, Hamburg und anderen Städten mit dem Ausnahmezustand reagiert. Besonders ab 1920, als mit der Inflation fluktuierende und tendenziell sinkende Lohneinkommen verbunden waren, kam es in Großstädten zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei. Diese waren seltener in München, aber verbreiteter in Zentren der Arbeiterbewegung. Bis Ende 1923 setzte sich dort „die Praxis der Preissenkungen nach dem Ermessen des ‚Publikums‘, die sogenannten Zwangsverkäufe, fort“²⁸. Zunehmend stärker wurden aber auch Hungerrevolten, da mit sinkenden Arbeitereinkommen steigende Preise verbunden waren, die das schiere Überleben vor allem von Kurzarbeitern, Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen sowie Rentnern zu einem täglichen Problem machten. In den Jahren 1920 und 1921 konnten in Berlin Arbeits-

blik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg (Essen 2001) 64 ff., 171 ff.; *Gailus*, Protestforschung 138.

²⁴ *Temma Kaplan*, Female Consciousness and Collective Action: The Case of Barcelona 1910–1918, in: *Signs* 7/3 (1982) 545–566.

²⁵ S. Überblick in: *Roberto Bianchi*, Les mouvements contre la vie chère en Europe au lendemain de la Grande Guerre, in: *Pietro Causarano* u. a. (Hrsg.), 238 ff.

²⁶ *John Barzman*, Entre l'émeute, la manifestation et la concertation; la „crise de la vie chère“ de l'été 1919 au Havre, in: *Le Mouvement social* 170 (1995) 61–84, hier 75; *Tyler Stovall*, *Colette Friedlander*, Du vieux et du neuf: économie morale et militantisme ouvrier dans les luttes contre la vie chère à Paris en 1919, in: *Le Mouvement Social* 170 (1995) 85–113.

²⁷ *Uwe Schulte-Varendorff*, Die Hungerunruhe in Hamburg im Juni 1919 – eine zweite Revolution? (Hamburg 2010).

²⁸ *Karen Hartewig*, „Eine sogenannte Neutralität der Beamten gibt es nicht“. Sozialer Protest, bürgerliche Gesellschaft und Polizei im Ruhrgebiet (1918–1924), in: *Alf Lüdtke*, „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“. Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt a. M. 1992) 310.

lose mit der Erwerbslosenfürsorge nicht einmal die Hälfte ihrer Lebenshaltungskosten decken²⁹. Angesichts der Unfähigkeit staatlicher und kommunaler Stellen und der Wirkungslosigkeit von traditionellen Arbeitsniederlegungen nahmen ihre Proteste oft gewaltsame und radikale Formen an³⁰. Auch in der Sowjetunion führte der Bürgerkrieg zur Kumulation von Gewalt. Der „instrumental use of state violence“, um die Versorgungslage zu verbessern, traf auf Bauernaufstände gegen diese Praxis und auf Hungerrevolten³¹.

Fragt man nach den Ursachen für diese Proteste, so bietet die sozialwissenschaftliche Protestforschung einen nützlichen und systematischen Zugang. Betrachtet man ihre Ansätze aus der Vogelflugperspektive, so unterscheidet sie zwischen Konflikten, die aus Interaktionen von Akteuren resultieren und denen, die ihre Ursachen in Strukturen haben³².

2. Frauen als Protestierende

In allen drei Konjunkturen bildeten Frauen den Kern der Protestierenden. Sie forderten niedrige Preise für Butter und Milch und lieferten sich zu Tausenden in den größeren Städten gewaltsame Kämpfe mit der Polizei und der Armee. Sie gehörten in West Cumberland zu jenen, die für niedrige Brotpreise eintraten und Bauern und Händler wegen ihrer Preispolitik angriffen. Zwischen Juni 1917 und März 1919 protestierten sie in Barcelona und anderen spanischen Städten gegen Preiserhöhungen und erreichten substantielle Preissenkungen³³. Sie standen in der ersten Reihe bei den Marktkrawallen, die in der Inflationszeit in Deutschland versuchten, niedrigere Preise festzusetzen³⁴. In diesen Aktionen brachten sie ihre Verantwortung für den Haushalt und für das Budget der Arbeiterfamilien zum Ausdruck, das, angesichts knapper Margen, bei Preiserhöhungen besonders dann aus dem prekären Gleichgewicht geriet, wenn Arbeitslosigkeit oder Lohnsenkungen drohten. Dann war es nicht mehr möglich, ökonomisch über die Runden zu

²⁹ Weber, 506.

³⁰ Klaus Tenfelde, La riscoperta dell'autodifesa collettiva: protesta sociale in Germania durante l'inflazione del 1923, in: Peter Hertner, Giorgio Mori (Hrsg.), La transizione dall'economia di guerra all'economia di pace in Italia e in Germania dopo la prima guerra mondiale (Bologna 1983) 379–422.

³¹ Peter Holquist, Violent Russia, deadly Marxism? Russia in the Epoch of Violence, 1905–21, in: Kritika 4 (2003) 627–652, hier 646; Sarah Badcock, Politics and the people in revolutionary Russia (Cambridge 2007) 211 ff.

³² S. z. B. Sidney Tarrow, Power in Movement. Social Movements and Contentious Politics, (Cambridge, Mass. 1998).

³³ A. J. Coles, Food Riots; Kaplan, Case of Barcelona; Dolores Ramos, Crisis de subsistencias y conflictividad social en Malaga: los sucesos de enero de 1918, in: Baetica. Estudios de Arte, Geografía e Historia 6 (1983) 441–466, hier 450 ff.

³⁴ Karen Hagemann, Men's Demonstrations and Women's Protest. Gender in Collective Action in the Urban Working-Class Milieu during the Weimar Republic, in: Gender and History 5 (1993) 101–119.

kommen. In der zeitgenössischen Ratgeberliteratur, aber auch in offiziellen Verlautbarungen wurde – wie Gunilla Budde betont hat – die „Hausfrau als Konsumexpertin“ bezeichnet, und in dieser Funktion intervenierte sie auf den Märkten und in der Diskussion um Preise, Qualität der Waren und Versorgung mit Produkten³⁵. Sie setzte dabei auch eine Protesttradition fort, die in der frühen Neuzeit begonnen hatte.

Verbunden mit den Aktionen für Preissenkungen waren in den Gesellschaften, in denen indirekte Steuern vorherrschten, auch Proteste gegen diese die Nahrungs- und Kleidungsmitel verteuernenden Steuerpraktiken. Unter den 200 Unruhen, die Martin Baumeister für Badajoz zwischen 1880 und 1923 festgestellt hat, standen zwar die Konflikte um den Brotpreis in Zweidrittel aller Fälle im Zentrum, aber ihnen folgten Mobilisierungen gegen indirekte Steuern und Arbeitslosigkeit³⁶. Auch die Sorge um den Preis der Wohnung, die sich in Paris, in München und in Barcelona mit den Nahrungsmittelprotesten verband, gehörte zu den traditionellen Obliegenheiten der Hausfrauen. Sie setzten sich für Mietmoratorien während des Ersten Weltkrieges ebenso ein wie in Kämpfen gegen den sog. „Mietwucher“. In Paris wie in Barcelona engagierten sich Frauen für Senkungen der Mieten, die sie ihren verfügbaren Einkommen anpassen wollten³⁷.

Aber Hausfrauen agierten nicht allein. Sie verbanden sich in russischen Städten und in Barcelona 1918 mit den Textilarbeiterinnen, um gemeinsame Belange zu verteidigen und organisierten sich vor allem in Frankreich im Zuge der Proteste gegen die Nahrungsmittelknappheit im Ersten Weltkrieg auch mit streikenden Arbeiterinnen. Dies war in Paris ebenso der Fall wie in Berlin, wo während des Krieges die meisten Arbeitskämpfe stattfanden³⁸. Diese Protestaktivitäten der Frauen waren nicht der staatlichen Repressionspraxis ausgesetzt, durch Einberufungen an die Front die Streikenden und Protestler zu bestrafen. Junge Männer, Arbeitslose, aber auch Arbeiter gehörten an verschiedenen Orten gleichwohl zu den sozialen Gruppen, die die Hausfrauen unterstützten. Die Aktionen, mit denen in der Berliner „Straßenpolitik“ Hauswirte, Kneipenwirte, Dienstherrn und Ladenbesitzer angegriffen wurden, konnten Hausfrauen und Arbeiter vereinigen³⁹. Die Präsenz politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen musste nicht notwendig die Selbsthilfeaktionen der Frauen beschneiden. In Barcelona

³⁵ *Gunilla-Friederike Budde*, Des Haushalts „schönster Schmuck“. Die Hausfrau als Konsumexpertin des deutschen und englischen Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Hannes Siegrist* u. a. (Hrsg.), *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)* (Frankfurt a.M., New York 1997) 411–440. S. auch für das 19. Jahrhundert: *Victoria E. Thompson*, *The Virtuous Marketplace. Women and Men, Money and Politics in Paris 1830–1870* (Baltimore 2001) 86–130.

³⁶ *Baumeister*, 68f.

³⁷ *Martin H. Geyer*, Teuerungsprotest, Konsumentenpolitik und soziale Gerechtigkeit während der Inflation: München 1920–1923, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 30 (1990) 181–215, hier 209; s. *Stovall*, Paris 305; *Ealham*, Barcelona 39ff. Für die Analyse sozialer Konflikte ist der Artikel von *Susanna Magri*, Housing, in: *Winter, Robert* (Hrsg.), 374–418 enttäuschend.

³⁸ *Kaplan*, Barcelona; *Weber*, 148ff.

³⁹ *Lindenberger*, Fleischrevolte 291.

waren radikal republikanische Frauen und weibliche Anarchosyndikalisten zentrale Teilnehmerinnen der Aktionen, bei denen sich nach Temma Kaplan sogar die Männer ausschlossen. Die Auswertung von Gerichtsurteilen aus der Toskana und aus Dortmund aus dem Jahr 1919 zeigt, dass zwar Frauen zu den wegen Gewaltaktionen festgenommenen Personen gehörten, sie neben jugendlichen Arbeitern, Soldaten und Handwerksgesellen aber in der Minderheit blieben⁴⁰.

Durch die Teilnahme am öffentlichen Diskurs über die Teuerung und an Selbsthilfeaktionen entwickelten Frauen Selbstbewusstsein und politische Ansprüche. So hat Belinda Davies für den Ersten Weltkrieg in Berlin nachgewiesen, wie entschieden Frauen die staatliche Interpretation der Versorgungskrise zurückwiesen⁴¹. Nach dieser sollten es die Hausfrauen sein, die durch maßloses und ungeschicktes Einkaufen die Versorgungsengpässe produziert hätten. In Reaktion auf den weiblichen Protest gerieten in der offiziellen Lesart der Krise Ladenbesitzer und Bauern stärker in die öffentliche Kritik. Für die Frauen, die sich 1918 in Barcelona für niedrige Preise einsetzten und deren Aktionen blutig von der Polizei niedergeschlagen wurden, hat Temma Kaplan gezeigt, dass ihre Rolle als „defenders of community rights“ sie zu militanten Aktionen motivierte⁴². Auch in den vorrevolutionären Lebensmittelunruhen in Russland findet man ähnliche Motive: „Women of the lower classes demonstrated their capacity to recreate collective ties in order to defend their perception of justice, not only in small rural towns but even in the setting of a major city such as Moscow.“⁴³ Auf einer anderen Ebene versuchten bürgerliche Frauen, die an der Organisation der Berliner Lebensmittelrationierung teilnahmen, aus dieser Mitwirkung politische Rechte für die Frauen zu begründen, allerdings vergeblich⁴⁴.

Im Zuge ihrer Aktionen eroberten sich die Frauen auch städtische Räume, die sie vorher nicht kannten. Sie zogen aus den Außenbezirken von Barcelona und Badajoz in die Stadtmitte, um vor dem Rathaus zu demonstrieren oder den lokalen Autoritäten Protesterkklärungen zu überreichen. Dabei hatten sie zwar ihre Bastionen in den einzelnen Stadtvierteln, in denen sie sich organisierten und Petitionen verfassten. Chris Ealham spricht für Barcelona von einer „expansion of a specifically anarchist counter-culture“ und Temma Kaplan von „grèves communales“⁴⁵. Aber mit dem Verlassen der „barrios“ gewannen die Demonstrationen einen stärker politischen Charakter. Die jeweiligen Stadtverwaltungen reagierten mit Polizeieinsätzen auf diese symbolischen Besetzungen der Stadtmitte. Diese führten im Sommer 1920 in Würzburg, Ulm und Ravensburg zum Tod von De-

⁴⁰ *Roberto Bianchi*, Bocci-Bocci. I tumulti annonari nella Toscana nel 1919 (Florenz 2001); *Hartewig*, 305.

⁴¹ *Belinda Davis*, Food Scarcity and the Empowerment of the Female Consumer in World War I Germany, in: *Victoria de Grazia* (Hrsg.), *The Sex of Things: Gender and Consumption in Historical Perspective* (Berkeley 1996) 287–310.

⁴² *Kaplan*, Barcelona 562 f.

⁴³ *Engel*, 703.

⁴⁴ *Keith Allen*, Sharing Scarcity: Bread Rationing and the First World War in Berlin, 1914–1923, in: *Journal of Social History* 32 (1998) 371–398.

⁴⁵ *Ealham*, 39; *Baumeister*, 63.

monstranten, die Rathäuser oder Oberamtmanngebäude stürmen wollten. In Bajoz waren diese Aktionen indes erfolgreich⁴⁶.

Die historische Forschung hat vor allem die Rationalität der Protestformen betont. Dies ist seit George Rudé ein Standardargument⁴⁷. Das „repertoire of action“ war seit der frühen Neuzeit etabliert. In der Tat sollte durch massive Präsenz Druck auf die Händler oder verkaufenden Bauern ausgeübt und die Preise der Waren gesenkt werden. Wo dies nicht gelang, wurden ausgestellte Waren gestohlen oder in einem Handgemenge Verkaufsstände umgeworfen, wie etwa in Dortmund, wo Kirschen und Erdbeeren entweder zertreten oder mitgenommen wurden. In Le Havre zogen kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges etwa 400 Personen von Geschäft zu Geschäft und forderten die Inhaber auf, ihre Preise zu reduzieren⁴⁸. Diese Aktionen sollten die normalen Bedingungen der Distribution von Waren wiederherstellen. Sie sollten die durch Knappheit oder Verknappungsstrategien beeinträchtigte, bisweilen „gerecht“ genannte Verteilung der Waren wiederherstellen. Sofern sie aber punitive Züge annahmen und der Bestrafung von Kriegsgewinnlern oder Schwarzmarktbetreibern galten, hatten sie auch zerstörerischen Charakter. So wurden Wein-, Zigarren- und Hutläden im Ruhrgebiet nach dem Ersten Weltkrieg geplündert und zerstört, Bauernhöfe ausgeraubt und angesteckt⁴⁹. Die von Arlette Farge und Jacques Revel für Paris herausgearbeitete „logique des foules“ fand in derartigen, Plünderungen und Brandschatzung umfassenden Strafaktionen ihre Grenzen⁵⁰. Es macht Sinn, in zukünftigen Forschungen stärker zwischen den ritualisierten Subsistenzprotesten und den diese Rituale in Frage stellenden, zumeist gewaltsamen Hungerprotesten zu unterscheiden. Diese waren zu Beginn der 1920er Jahre in Berlin vor allem in den Arbeiterbezirken Neukölln, Wedding und Prenzlauer Berg in der Mehrheit, erfassten 1923 aber die ganze Stadt. Glaubt man Zeitungsberichten, wurden am 5. November 1923 mehr als tausend Geschäfte angegriffen und geplündert⁵¹. Leider wissen wir nur wenig über die Parolen und Rechtfertigungen der Akteure, wenn man von den Diskursen über Wucher und manche antisemitischen Anklänge in Deutschland einmal absieht⁵².

⁴⁶ *Baumeister*, 78 ff.; *Weber*, 561 f.

⁴⁷ *George Rudé*, *The Crowd in History. France and England* (New York 1964).

⁴⁸ *Barzman*, 72; *Hartewig*, 301 ff.

⁴⁹ *Hartewig*, 307. *Andrea Lefèvre*, *Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923*, in: *Gailus, Volkemann* (Hrsg.), 446–460; *Gerald D. Feldman*, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation* (New York u. a. 1993) 63 f., 701 f., 705 ff.

⁵⁰ *Arlette Farge, Jacques Revel*, *La logique des foules*, Paris; vgl. *Dominique Julia*, *La violence des foules: peut-on élucider l'inhumain?*, in: *Philippe Boutier, Dominique Julia* (Hrsg.), *Passés recomposés. Champs et chantiers de l'histoire* (Paris 1995) 208–223.

⁵¹ *Andrea Lefèvre*, *Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923*, in: *Gailus, Volkemann* (Hrsg.), 346–360, hier 353.

⁵² Dazu die Studie von *Martin H. Geyer*, *Verkehrte Welt*.

3. Interaktionen der Protestierenden

In allen drei Phasen erwuchs in Großstädten der Konflikt aus der Beziehung zwischen dem Konsumenten oder der Konsumentin und den Händlern. Diesen wurde vorgeworfen, die Waren zu teuer zu verkaufen bzw. nicht genügend Waren anzubieten. Damit wird ein traditionelles Muster der Konflikte um Marktpreise wiederbelebt. Kaufleute und Händler wurden seit der frühen Neuzeit in Krisenzeiten wegen egoistischer Praktiken der Warenverknappung, der Günstlingswirtschaft und der Preistreiberei angeklagt⁵³. Im Ersten Weltkrieg ist dieses Feindbild von den Behörden zumindest im Deutschen Reich wieder belebt worden. Als Klagen und Proteste über das geringe Angebot an Waren in den Jahren 1914 und 1915 laut wurden, versuchten die staatlichen Instanzen, zunächst die Hausfrauen für ihren nicht ökonomischen Umgang mit den Ressourcen verantwortlich zu machen, um dann aber als Verursacher Waren hortende Bauern und wucherische Kaufleute zu benennen. In dem mit Dekreten und Gesetzen nach 1918 eingeleiteten und an mehreren Orten verbreiteten Kampf gegen den Wucher, der insgesamt wenig erfolgreich war, wurden diese Schuldzuschreibungen aufgenommen. Sie gehörten aber auch zu dem Standardrepertoire von protestierenden Frauen in Paris, West Cumberland, Barcelona oder in russischen Städten⁵⁴. In Russland gehörte das Misstrauen gegenüber den Händlern zu der bäuerlichen Kultur und war mit Antisemitismus verbunden: „Commercial intermediaries of all types tended to be seen as *spekulianty*, and attitudes towards them were coloured by antisemitism.“⁵⁵

Die Konflikte brachten auch zum Ausdruck, wie wenig ökonomisch belastungsfähig der Detailhandel und die kleinen Werkstätten der Lebensmittelherstellung in den Städten waren. In der Regel waren die Kleinbetriebe unterkapitalisiert, funktionierten nur dank extensiver Selbstaussbeutung der Detaillisten und bestanden lediglich einige Jahre lang⁵⁶. Herbe Verluste bei Preisnachsüssen oder bei ausstehenden Konsumentenkrediten nach Streiks erschütterten die Existenzbasis der kleinen Läden. Wenn in Duisburg nach 1918 Bäcker Polizeischutz verlangten, um ihre Existenz zu verteidigen, so war das Argument, das sie anführten, durchaus plausibel. Man hatte ihnen tags zuvor 300 bis 400 Brote entwendet und damit einen massiven Einkommensverlust zugefügt⁵⁷.

⁵³ Julius R. Ruff, *Violence in early Modern Europe 1500–1800* (Cambridge 2001); Markus Eriksson, Barbara Krug-Richter (Hrsg.), *Streitkulturen. Gewalt, Konflikt und Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft (16.–19. Jahrhundert)* (Köln u. a. 2003). Über ländliche Zwischenhändler: Thierry Nadau, *Itinéraires marchands du gout moderne. Produits alimentaires et modernisation rurale en France et en Allemagne (1870–1914)* (Paris 2005).

⁵⁴ Davis, *Empowerment*; Stovall, *passim*; Engel, *passim*; Kaplan, *passim*.

⁵⁵ Steve A. Smith, *Popular culture and market development in late-Imperial Russia*, in: Geoffrey Hosking, Robert Service (Hrsg.), *Reinterpreting Russia* 145.

⁵⁶ S. Geoffrey Crossick, Heinz-Gerhard Haupt, *The petite bourgeoisie in Europe 1780–1914* 64 ff., 112 ff.

⁵⁷ Hartewig, 311.

Der Austragungsort dieses gewaltsamen Konfliktes ist häufiger der Markt als der Laden. Dies lässt vermuten, dass die Konflikte weniger bei den im Stadtviertel ansässigen Nachbarschaftshändlern ausbrachen, die wegen der Gewährung von Konsumentencredit in Krisenzeiten und der Verbreitung von Informationen eine zentrale Rolle für das Funktionieren von Arbeiterhaushalten und Stadtvierteln spielten und eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung genossen. Sie können auch unter jenen Kaufleuten gewesen sein, die auf Forderungen positiv reagierten, die Preise senkten und bei Plünderungen keinen Widerstand leisteten. Denn bei nahezu allen Unruhen gibt es Hinweise auf jene Händler, die, um Gewalt abzuwenden, den Protestierenden nachgaben und deren Preisvorstellungen annahmen. Unter ihnen fanden sich wahrscheinlich auch jene Detailhändler, die bei Arbeitskämpfen die Streikenden materiell unterstützten⁵⁸. Markt- oder Innenstadthändler waren weniger eng mit den Lebensverhältnissen der Vorstadt- oder Stadtviertelbewohner verbunden und verflochten und hatten weniger Gründe, diesen bei Forderungen nach Preissenkungen entgegenzukommen. Unter ihnen sind wahrscheinlich diejenigen Kaufleute zu suchen, die bei Preissenkungsaktionen die Polizei alarmierten – oder aber sich für eine gewisse Zeit vom Handel zurückzogen. Auf diese Rückzugspraxis deutet folgender Befund hin: „Auf dem Sterkrader Markt fanden sich am 13. 10. 1923, einem Samstag, aus Angst vor Plünderungen ganze zwei Gemüsehändler und vier Fleischverkäufer ein, denen (im Urtext falsch) etwa 1000 Marktbesucher gegenüberstanden. In dieser Situation verließen die Metzger den Marktplatz in Panik ...“⁵⁹ Da die Detaillisten in den meisten Gesellschaften unterorganisiert waren, konnten sie nicht auf Repräsentativorgane zurückgreifen, die in England vor 1850 nach John Bohstedt die Diskussion von Preisen mit der lokalen Bevölkerung moderiert hatten⁶⁰. Deshalb appellierten sie in Konfliktfällen an die lokalen Behörden und vor allem an die Polizei.

Neben der Beziehung zwischen Lebensmittelhändlern und Kleinproduzenten bestimmte auch das Verhältnis zwischen lokalen Behörden, Polizei und Protestierenden den Verlauf der Aktionen und ihren Charakter. Die Polizei griff ein, um die Regeln des freien Marktes und der Gewerbefreiheit durchzusetzen. Nach herrschender offizieller Meinung waren alle Behinderungen des freien Austauschs nicht nur illegal, sondern auch schädlich, da sie Zulieferer davon abhalten konnten, in die Großstädte Waren zu liefern. In der Regel waren die Aktionen der Ordnungskräfte bei länger andauernden Hungerunruhen oder gut organisierten Teuerungsprotesten gewaltsamer als bei Blitzaktionen, in denen Brot gestohlen oder Preise gesenkt wurden. Die Interventionen der Polizei differierten, je nachdem ob sie nach dem Legalitätsprinzip oder dem Opportunitätsprinzip handelten. Im ersten Fall schützten sie die Händler und sorgten dafür, dass das Marktgeschehen ungehindert verlief. Konnten sie dies nicht gewährleisten, so appellierten sie an

⁵⁸ *Madeleine Rébérioux*, *Les socialistes français et le petit commerce au tournant du siècle*, in: *Le Mouvement social* 114 (1981) 57–70.

⁵⁹ *Hartewig*, 311.

⁶⁰ Zum Organisationsgrad s. auch *Crossick*, *Haupt*, 133 ff.

Gendarmerie oder Armee. Diese Interventionen fanden unter dem Druck lokaler Behörden oder Regierungen statt. Der Oberpräsident aus Münster rechtfertigte diese mit folgenden Worten: „Die Wahrung der Staatsautorität und der Schutz des Eigentums muss unter allen Umständen gesichert sein, wenn nicht in den folgenden Monaten Teuerungskrawalle zur Tagesordnung werden sollen.“⁶¹ Diese Konstellation führte zu zahlreichen blutigen Zusammenstößen zwischen Protestierenden und Ordnungskräften. Im Juli 1919 schoss die Sicherheitspolizei in die Menge der Protestierenden in Dortmund. Der Konflikt endete mit dem Tod von drei Protestlern, vier Schwer- und etlichen Leichtverletzten und der Festnahme von 155 Personen. Im Inflationsjahr 1923 kulminierten die gewaltsamen Auseinandersetzungen. Bei dem Versuch, wegen Lebensmittelplünderereien in Aachen Inhaftierte zu befreien, wurden mehr als zehn Demonstrierende erschossen. Bei Protesten kamen auch in Essen, Zeitz oder Krefeld mehrere Personen ums Leben⁶². Auch in Saint-Quentin in der Picardie führte die Teuerung zu gewaltsamen Protesten. Nach dem Angriff von Frauen auf die Markthallen, bei dem niedrige Preise gefordert wurden, dauerte die Konfrontation zwischen Polizei und Protestlern drei Tage lang sowohl tagsüber als auch nachts an und endete mit zahllosen Verletzten und Verhafteten. Fünfzig Läden wurden dabei verwüstet⁶³.

Wandten die Polizisten hingegen das Opportunitätsprinzip an, so suchten sie Absprachen mit den Protestlern zu treffen. Eine Polizei, die wie die Gendarmerie in Frankreich vor Ort wohnte und seit den 1890er Jahren versuchte, eher gute Beziehungen zu der lokalen Bevölkerung herzustellen, probierte eher zu diskutieren und zu vermitteln als rein repressiv vorzugehen. Auch im Ruhrgebiet hatte sich nach Ralph Jessen diese Haltung am Ende des 19. Jahrhunderts eingebürgert⁶⁴. Nach 1918 und den im Frühjahr 1919 stattfindenden blutigen Zusammenstößen in Berlin und anderen deutschen Großstädten zwischen linken Arbeitern, Reichswehr, Sicherheitspolizei und Freikorps hatte sich allerdings die politische Lage so zugespitzt, dass eine derartige Kompromisshaltung nur schwer durchzuhalten war⁶⁵. Auch in Frankreich hatten die zahlreichen blutigen Zusammenstöße zwischen Ordnungskräften und streikenden Arbeitern dazu geführt, dass bei den Hungerunruhen im Jahre 1911 Polizei und Gendarmerie äußerst gewaltsam einschritten⁶⁶. Aber nicht nur der Platz der Ereignisse innerhalb einer breiteren Gewaltkonjunktur spielte eine Rolle, um das Ausmaß der blutigen Repression zu er-

⁶¹ Zit. in *Hartewig*, 310.

⁶² *Hartewig*, 301 ff.

⁶³ *Barzun*, 471.

⁶⁴ *Ralph Jessen*, *Polizei im Industrieviertel. Modernisierung und Herrschaftspraxis im westfälischen Ruhrgebiet 1848–1914* (Göttingen 1991); *Anja Johansen*, *Violent Repression or Modern Strategies of Crowd Management: Soldiers as Riot Police in France and Germany, 1890–1914*, in: *French History* 15 (2001) 400–420.

⁶⁵ *Mark William Jones*, *Violence and Politics in the German Revolution 1918–19* (Diss. EHI, Florenz 2011).

⁶⁶ *Jean-Marc Berlière*, *L'Institution policière en France sous la Troisième République (1875–1914)*, 3 Bde. (Lille 1991).

klären, sondern auch der gesamtgesellschaftliche Kontext, in dem die Teuerungsunruhen stattfanden.

Sie wurden von den Behörden nach 1918 als Teil jener Umstürzbewegungen in Deutschland gesehen, die von der rechten, vor allem aber von der linken Seite versuchten, die staatliche Ordnung zu erschüttern und Aufstände vorzubereiten. In Barcelona waren sie Teil jener blutig geführten Kämpfe zwischen Arbeitern und Ordnungskräften, die sich massiv auf die Seite der Unternehmer stellten⁶⁷. In Italien gehörten sie zu jener breiten sozialen Protestbewegung, die auf dem Lande mit Landbesetzungen die Einlösung von politischen Versprechen einforderte, in Betrieben zu Lohnbewegungen führte und sich symbolisch in einem internationalen Generalstreik ausdrückte. Dieser war grenzüberschreitend für den 21. Juli 1919 geplant, fand aber nur in Italien, Rumänien und anderen Ländern des ehemaligen Habsburger Reiches tatsächlich statt, um die Solidarität mit der Oktoberrevolution auszudrücken. Die Bedrohung, die für die jeweilige Gesellschaft von den Teuerungsposten als Teil einer breiten Protestbewegung ausging, ist in Italien mit der negativen Bezeichnung „Bocci-Bocci“ ausgedrückt worden. In ihr zog man zwei vermeintliche Charakteristika der Aktionen zusammen: die Referenz auf die Bolschewiki und den Florentiner Ausdruck „fare i cocchi“, d. h. alles zerschlagen⁶⁸. Mit diesen Feindbildern ließ sich der Einsatz von staatlicher Gewalt gegen die unbewaffneten Protestierer, die angesichts gravierender Mangelsituationen zur Selbsthilfe griffen, leicht legitimieren. Vor allem in der Nachkriegszeit wurden diese Rechtfertigungen benutzt. Während des Ersten Weltkriegs konnte aus der Bedrohung der nationalen Unabhängigkeit und aus der Bedeutung, die die sog. Heimatfront für die kämpfenden Truppen hatte, die auch gewaltsam herzustellende Ruhe und Ordnung begründet werden⁶⁹.

Wenn jedoch die Hungersnot in breiten Kreisen erfahren wurde, war es schwer, die Ordnungskräfte zu gewaltsamen und brutalen Interventionen zu motivieren. Aber auch das Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bevölkerung hinderte die Behörden nicht daran, gewaltsame Protestaktionen unnachgiebig niederzuschlagen. So hatte im Mai 1923 der sächsische Innenminister im Landtag gedroht, er werde gegen jeden Polizeibefehlshaber vorgehen, der Gewalt gegen Erwerbslose befehle. Die sächsische Regierung erließ sogar eine Amnestie für Notdelikte. Trotzdem wurden zwei Teilnehmer einer Hungerdemonstration in Bautzen getötet, fünf schwer verletzt, und bei einem Protest gegen zu hohe Preise in Leipzig wurden im Juni 1923 sechs Teilnehmer erschossen und 22 verletzt⁷⁰. Sobald sie das

⁶⁷ *Temma Kaplan*, *Female Consciousness and Community Struggle, 1910–1918*, in: *Red City, Blue Period, Social Movements in Picasso's Barcelona* (Berkeley 1992) 106–125; *Chris Ealbam*, *Anarchism and the City, Revolution and Counter-Revolution in Barcelona, 1898–1937* (Oakland 2010) 16 ff.; *Pere Gabriel*, *Red Barcelona in the Europe of War and Revolution, 1914–1930*, in: *Angel Smith* (Hrsg.), *Red Barcelona. Social Protest and Labour Mobilization in the Twentieth Century* (London, New York 2002) 44–65.

⁶⁸ *Bianchi*, *Bocci-Bocci; ders.*, *Pace, Pane, Terra. Il 1919 in Italia* (Rom 2006).

⁶⁹ *Chickering*, Freiburg 347 ff.

⁷⁰ *Weber*, 587 ff.

staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt fühlten, griffen die Regierenden zu gewaltsamen Mitteln gegen Protestierende⁷¹.

Die Beziehung zwischen den Teilnehmern an Teuerungsprotesten und Hungerrevolten einerseits und den Arbeiterparteien andererseits prägte auch den Verlauf und den Ausgang der Proteste. Sieht man von der anarchistischen CNT in Spanien ab, so unterstützten in anderen europäischen Gesellschaften lediglich lokale Niederlassungen der Arbeiterparteien oder kleine syndikalistische Gruppen die Revolten, während die Zentralen der Gewerkschaften und Parteien in Westeuropa sich davon distanzieren⁷². Sowohl die weibliche Mehrheit unter den Akteuren als auch deren präsentistisches Politikverständnis machten sie den Parteien suspekt, die auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse und die Vorbereitung einer zukünftigen Revolution setzten⁷³. Innerhalb der SFIO bewertete Compère Morel am 30. September 1912 die gewaltsamen Proteste als negativ, mit denen Frauen auf hohe Butter- und Eierpreise in Nordfrankreich reagierten. Er verglich sie abwertend mit Bauernaufständen: „La doctrine socialiste est empreinte d'un caractère philosophique trop élevé pour pouvoir inspirer des scènes de jacquerie ... Nous avons été les premiers à pointer le problème, nous avons été les premiers à lancer un manifeste tiré à des milliers et des milliers d'exemplaires où nous exposons les causes de la crise et les remèdes à y apporter afin de soulager les millions d'êtres humains qui en étaient victimes. Mais de là à nous faire les champions de la guerre des œufs, et à conseiller aux braves ouvriers de descendre dans la rue afin de saboter les étalages des marchands et de lapider les paysans producteurs il y a tout un abîme.“⁷⁴ Parallel zu dieser Distanzierung findet im Deutschen Reich eine an Konsuminteressen orientierte Politik der SPD statt, die in Petitionen und Wahlkämpfen gegen die proagrarisches Politik der jeweiligen Reichsregierung protestierte und damit versuchte, die durch die Teuerung von Lebensmitteln empörten Bürger zu mobilisieren⁷⁵. Neben der Distanzierung von gewaltsamen Manifestationen waren die Arbeiterorganisationen aber auch in der Organisation von Konsuminteressen präsent. Dazu gehörte nicht nur ihre Unterstützung von Konsumgenossenschaften, sondern auch ihre Teilnahme an der staatlichen Versorgungspolitik im Ersten Weltkrieg⁷⁶. Dabei gerieten vor allem in Deutschland die in lokalen und nationalen Versorgungsinstitutionen mitarbeitenden Gewerkschaftler oder Sozialdemokraten in eine schwierige Lage, da sie auch für die katastrophale Ver-

⁷¹ Heinz-Gerhard Haupt, *Gewalt und Politik im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts* (Göttingen 2012).

⁷² S. zu Deutschland Christoph Nomm, *Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland* (Düsseldorf 1996).

⁷³ In ihrer frühneuzeitlichen Studie haben Arlette Farge und Jacques Revel implizit die divergierenden Zukunftsvorstellungen zwischen Revolutionären und Protestlern folgendermaßen angesprochen: „l'émeute ne regarde pas vers l'avenir“, in: *Logiques de la foule* 137.

⁷⁴ Zit. in: Chatriot, *Fontaine*, 106.

⁷⁵ Dies ist das zentrale Argument von Christoph Nomm, *Fleischteuerungsprotest*.

⁷⁶ Stovall, Paris; Anne Roerkohl, *Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkriegs* (Stuttgart 1991).

sorgungslage im Land mitverantwortlich gemacht wurden. Auch die Kommunisten distanzierten sich ihrerseits von den gewaltsamen Protesten der Inflationszeit und sahen in ihnen Provokateure oder Faschisten am Werk. Sie versuchten im Herbst 1923 gleichwohl, in lokalen Kontrollausschüssen und mithin auf friedlichem Wege Preise zu senken und verbindlich zu machen⁷⁷. In dem Maße, in dem Arbeiterorganisationen in Proteste und Konflikte eingriffen, ging der Anteil der Frauen zurück oder diese spielten nur noch eine nachgeordnete Rolle. Die Erfahrungen der Gewerkschaftler und Sozialisten waren dann wichtig, wenn es darum ging, durch kontrollierte gemeinsame Aktionen wie Boykotte Druck auf Ladeninhaber auszuüben oder Proteste so zu organisieren, dass sie – wie in Frankreich im Jahre 1919 – nicht zu blutigen Konflikten mit der Polizei führten⁷⁸.

4. Strukturen der Lebensmittelproteste

Neben den Interaktionen sind die Strukturen zu nennen, die in den gewaltsamen Konflikten zum Ausdruck kamen. Hier sollen drei diskutiert werden: die Versorgungspolitik, die moral economy und die community-These.

Vor allem im und nach dem Ersten Weltkrieg führten die Protestierenden die Mangelsituation auf gescheiterte oder eine einseitig die Besitzenden fördernde Regierungspolitik zurück. Während des Krieges hatte vor allem in Deutschland die mangelnde Vorsorge für eine Blockadesituation zur dramatischen Verschlechterung der Ernährungssituation vor allem in Großstädten geführt. Aber auch in England und Frankreich waren Rationierungen an der Tagesordnung. Die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft nach 1919 schuf immer wieder Engpässe in der Versorgung, und die Wiedereingliederung der demobilisierten Soldaten verlief nach 1918 nicht ohne Arbeitslosigkeit. Die jeweiligen nationalen Regierungen gerieten deshalb wegen ihrer fehlenden Vorsorge und politischen Unfähigkeit in die Kritik, die Gesamtbevölkerung ausreichend zu versorgen. Immer weniger überzeugte offensichtlich das Argument der Gewerbefreiheit und des freien Marktes, da sich nicht alle Marktteilnehmer danach verhielten. Die Attacken gegen Wucherer und Spekulanten, Schwarzhändler und Preistreiber drückten diese Protestrichtung aus. Mit Gesetzentwürfen und Kontrollinstitutionen, die indes wenig effektiv waren, versuchten die Nationalstaaten dieser Kritik zu begegnen⁷⁹. Allein in Italien geht die Forschung von einem Fehlen derartiger Initiativen offizieller Stellen und staatlicher Untätigkeit aus. Deshalb versuchten

⁷⁷ Konzise Zusammenfassung in: *Weber*, 586 ff.

⁷⁸ S. Beispiel in Berlin: *Thomas Lindenberger*, Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914 (Bonn 1995) 225–233; *Barzun*, passim; aber auch vor 1914 intervenierten Gewerkschaftler während der Subsistenzproteste, die von Frauen getragen wurden, um diese gegen Verfolgungen und Polizeieingriffe zu schützen. Vgl. *Flonneau*, passim.

⁷⁹ *Claudius Torp*, Konsum und Politik in der Weimarer Republik (Göttingen 2011) 169 ff.

die Protestierer, an ihre Stelle lokale sogenannte „Versorgungssowjets“, Requisitionskomitees oder Wohlfahrtsausschüsse zu setzen und verwiesen dafür nicht nur auf das Beispiel der russischen Oktoberrevolution, sondern auch der Französischen Revolution⁸⁰. Eine Versorgungspolitik, wie sie in England im 18. Jahrhundert unter den beteiligten Akteuren lokal ausgehandelt wurde, kam dabei selten zustande. Erfahrungen mit schwachen, unfähigen oder parteiisch handelnden Beamten und Behörden führten nicht nur zu gewaltsamen Selbsthilfeaktionen, sondern auch zur Herausbildung von regierungs- oder systemkritischen Positionen. „Eine Regierung, die das staatliche Monopol legitimer Gewaltsamkeit nicht mehr verteidigen und Rechtssicherheit nicht mehr garantieren konnte, die sich als unfähig erwies, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse herzustellen, die der Masse der Bevölkerung zumindest das Existenzminimum sicherte, die auf Hungerdemonstrationen und Lebensmittelkrawalle mit dem Einsatz der Polizei antwortete, verlor jedes Vertrauen und raubte dem Staat die Autorität und der Demokratie die Legitimität.“⁸¹

Der Begriff der „moralischen Ökonomie“ ist häufig benutzt worden, um die Ziele von gewaltsamen Protesten zu charakterisieren. Er wurde bekanntlich von E. P. Thompson in die Diskussion eingeführt, um gegen die Vorstellungen der liberalen politischen Ökonomie lokal wirksame traditionelle Austausch- und Solidarisierungsstrukturen zu setzen⁸². Im Begriff des „gerechten Preises“ schweben im England des 18. Jahrhunderts Vorstellungen der Gerechtigkeit mit, die nicht nur von den gesellschaftlichen Unterschichten, sondern auch von den anderen Teilen der Gesellschaft geteilt wurden. Bei dessen Umsetzung kam es zu einem gesellschaftlichen Konsens.

Der Vorstellungshorizont, aus dem heraus die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Hungerunruhen im 20. Jahrhundert handelten, ist uns nur selten bekannt. Es scheint aber, als habe eher die Höhe als die Gerechtigkeit der Preise, ihr Vorkriegs- statt ihr Nachkriegsniveau im Mittelpunkt der Diskurse gestanden. Die Vorstellung von einem gerechten und gleichen Zugang zu Waren und ihres Verzehr spielte zweifellos eine Rolle, wurde aber nicht durch alle gesellschaftlichen Gruppen gleich definiert. Ebenso wie im Paris des Ersten Weltkrieges der Bezug auf die „union sacrée“ reiche Bürger aus der Gesellschaft ausschloss, richteten sich die Vorstellungen eines gerechten Austausches zwischen Konsumenten und Kaufleuten gegen die letzteren⁸³. Anstelle des gemeinsamen Bezugs auf Werte und Vorbilder entwickelten sich Konfrontationen zwischen beiden Gruppen. Der Bezug auf die „moralische Ökonomie“ entfaltete in den städtischen Teuerungsprozessen

⁸⁰ *Bianchi*, Bocci-Bocci.

⁸¹ *Weber*, 586.

⁸² *Edward P. Thompson*, *The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century*, in: *Past and Present* 50 (1971) 76–136; *ders.*, *The Moral Economy Reviewed*, in: *ders.*, *Customs in Common* (New York 1991) 259–351; *Didier Fassin*, *Les économies morales revisitées*, in: *Annales HSS* (nov.–dec. 2009) 1237–1266.

⁸³ *Stovall*, Paris passim.

des 20. Jahrhunderts stärker eine sozial exklusive Bedeutung als die von Thompson betonte inklusive.

In der Absetzung von Thompsons Ansatz hat John Bohstedt auf die Bedeutung von Aushandlungsmechanismen in den jeweiligen lokalen „communities“ hingewiesen⁸⁴. Diese waren horizontal durch geteilte Werte geeint, vertikal durch bestehende Klientelbeziehungen. Im England des 18. Jahrhunderts funktionierten diese Mechanismen besonders in mittelgroßen Städten wie Oxford und Nottingham, in denen soziale Netzwerke intakt und Klientelbeziehungen lebendig blieben. In ihnen konnten die Auswirkungen der zwischen 1740 und 1801 stattfindenden 700 „food riots“ begrenzt und ihre Austragung in einem „protocol of riots“ ritualisiert werden. In den größeren Manufakturstädten bestanden diese „community“-Strukturen jedoch nicht mehr, und Lebensmittelunruhen wurden gewaltsam ausgetragen.

Wendet man dieses Erklärungsmuster auf die Hungerunruhen in Großstädten des 20. Jahrhunderts an, so lenkt es die Aufmerksamkeit auf die Rolle der lokalen Behörden und Bürgermeister bei der Behebung des Mangels und der Reaktion auf gewaltsame Proteste. Sie konnten ebenso wie Gewerkschaften oder linke Parteien in Konfliktfällen intervenieren und Kompromissangebote unterbreiten. Freilich war ihr Handlungsspielraum zwischen staatlichen Weisungen zur Ordnungserhaltung und Druck der Protestierer nicht sehr groß. Er war größer für die meist aus der Arbeiterbewegung stammenden Organisationen, die in der Regel die gewaltsamen Formen des Protestes bekämpften. Gleichwohl sind unterschiedliche Gesellschaften den Herausforderungen des Mangels im Ersten Weltkrieg unterschiedlich gut begegnet. Besonders in Paris wurde durch Kommissionen, an denen Arbeiterführer und die Stadtverwaltung teilnahmen, wirksame städtische Strukturen zur Bekämpfung der Hungersnot geschaffen. Städtische Bäckereien waren eines der Mittel. Im Vergleich dazu waren die Berliner Institutionen und Maßnahmen weniger wirkungsvoll⁸⁵. Strukturen der „community“ kamen auch in den Aktionen und Aktionsformen der Protestierenden zum Ausdruck. Sie kannten sich oft entweder von ihrem Arbeitsplatz oder vom Wohnort. Besonders dann, wenn sie darauf abzielten, Aktionen der Preisfestsetzung so schnell durchzuführen, dass die Polizei nicht eingreifen konnte, waren Absprachen zwischen ihnen notwendig. Und diese fanden in der Regel bei den Selbsthilfemaßnahmen im Stadtviertel oder an der Arbeitsstelle statt. Ging es um Boykottmaßnahmen, so war die Koordinierung ebenso wichtig wie die Festlegung von Sanktionen gegen Boykottbrecher, denen – wie während des Weddingener Fleischkrawalls des Jahres 1912 – auf der Straße die gekauften Waren abgenommen wurden. Achtung und Ansehen im Stadtviertel hingen – wie Thomas Lindenberger betont hat – maßgeblich auch von der Haltung zu Selbsthilfemaßnahmen gegen Kaufleute und zu Po-

⁸⁴ John Bohstedt, *Riots and Community Politics in England and Wales 1790–1810* (Cambridge, Mass. 1983); *ders.*, *The Politics of Provision. Food Riots, Moral Economy, and Market Transition in England, c. 1550–1850* (Farnham 2010) 238 ff.

⁸⁵ Stovall, Paris; Bozon, Davis, *Feeding the Cities* 330 ff.

lizeieinsätzen im Stadtviertel ab. „Gegenüber dem Rest der im Stadtviertel Wohnenden war der Entzug von ‚Achtung und Ansehen‘ das entscheidende Druckmittel, um die prekäre Geschlossenheit der Nachbarschaft aufrechtzuerhalten.“⁸⁶

Summary

Food riots are not only a form of popular protestation in early modern history. They expressed fears and experiences of hunger also during the 20th century. During the period before 1914 those riots were less wide spread in European towns as during the First World War and its aftermath. The insufficient preparation for the war time as well as too liberal politics of provisions created speculation and scarcity of bread and other goods in bigger towns. This led to a vague of often violent protestations against the unequal distribution of goods and money and the insufficient policy of the different governments. The demobilization as well as the end of the war regulation of the markets of daily goods were the context in which violent protest movements took place after 1918, especially in the German Weimar Republic. Women and young men were the main actors of these riots which were normally suppressed by the governments using repressive and violent means. The parties of the left generally did not support these actions which were part of a traditional repertoire of popular unrest.

⁸⁶ *Lindenberger*, *Straßenpolitik* 231.

Wolfgang Knöbl

Überlegungen zum Phänomen kollektiver Gewalt in europäischen Großstädten während des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts

Titel und Ausrichtung des vorliegenden Bandes sind für eine stark von bestimmten soziologischen Theoremen geprägte und schon seit einiger Zeit durchaus routinisiert verfahrenende historische Forschung zu *langfristigen* Gewalttendenzen nicht selbstverständlich. Denn der dort übliche makroskopische Blick auf die Entwicklung individueller wie kollektiver Gewalt vermag nicht so ohne weiteres zu erkennen, dass die gewählte Thematik – eben die kollektive Gewalt in europäischen Großstädten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts – ein besonders lohnenswerter Untersuchungsgegenstand sein könnte. Dies deshalb nicht, weil man doch auf sicherem Boden zu stehen scheint, wenn man behauptet, dass es in weiten Teilen Europas (und zum Teil auch in den USA) einen einigermaßen kontinuierlichen Rückgang interpersoneller Gewalt gegeben habe, der sich von der frühen Neuzeit bis hinein in die 1960er Jahre zwar nicht als ein linearer, aber doch als ein eindeutig gerichteter Trend beschreiben lasse. Insofern ist es also durchaus begründungsbedürftig, wenn ein offensichtlich gut beforschtes Phänomen erneut (?) analysiert und dabei zudem ein ungewöhnlich ‚heterogener‘ Zeitraum gewählt werden soll, der ja die Jahre vor *und* nach dem Ersten Weltkrieg umfasst. Wie sich zeigen wird, fällt aber eine solche Begründung nicht allzu schwer, weil die bisherige historische wie soziologische Gewaltforschung erhebliche Einseitigkeiten aufweist, die eine nochmalige und – so möchte man hinzufügen – sehr viel genauere Betrachtung des Gegenstandes rechtfertigen.

*

Zunächst zu Forschungen zu *individueller* Gewalt und zur dortigen These eines säkularen Gewaltrückgangs. Howard Zehr hat diese These in der ersten Hochphase einer mit Massendaten arbeitenden historischen Forschungspraxis mit der Formulierung einer „Modernization of Crime“¹ auf den Punkt gebracht und da-

¹ *Howard Zehr*, The Modernization of Crime in Germany and France, 1830–1913, in: *Journal of Social History* 8/4 (1975) 117–141.

mit ausgedrückt, dass das Gewaltniveau gerade in den im 19. Jahrhundert rasch wachsenden Städten und Großstädten sehr viel stärker zurückging als auf dem Lande. Durch Urbanisierung und Modernisierung habe es eine Verschiebung des Verhältnisses von Eigentums- und Gewaltkriminalität dahingehend gegeben, dass aufgrund anderer Gelegenheitsstrukturen zwar Eigentumsdelikten in Städten eine vielfach größere Bedeutung zukam als auf dem flachen Land, dass sich aber die Städte im Hinblick auf das Auftreten von Gewalt sehr viel zivilisierter zeigten als der ländliche Raum. Der Modernisierungsprozess ganz allgemein hätte also klar erkennbare gewaltreduzierende Effekte, so dass Gewaltanwendung als eine Form traditionellen devianten Verhaltens zu bezeichnen sei. Das Absinken des Gewaltniveaus müsse dabei nicht notwendig linear und kontinuierlich erfolgen. Aber – so Zehr – eine zeitweilige Zunahme der Gewalt ist in diesem Fall eben nur als ein vorübergehendes Phänomen zu werten. Gewalt sei somit lediglich Ausdruck einer (noch) anhaltenden Dominanz traditioneller Werte und eben nicht Zeichen für deren Verlust oder Niedergang. Aus der Sicht Zehrs ist Gewalt also nichts weiter als ein ‚primitiver, unrealistischer‘² Protest gegen gesellschaftliche Modernisierung, ein vergeblicher Protest freilich, woraus folgt, dass letztendlich das Gewaltniveau im Rahmen fortschreitender Modernisierung immer weiter sinken werde.

Zehrs Befunde waren in theoretischer Hinsicht insofern bedeutsam, als sie nochmals die Fruchtbarkeit des – so könnte man vereinfacht sagen – US-amerikanischen Zugangs zur Stadtgeschichte und -soziologie bestätigten. Denn dieser war seit den Arbeiten von Robert Park und der Chicago School of Sociology³ gerade *nicht* von der Prämisse der Stadt als eines Hortes des Lasters und der Gewalt geprägt. Vielmehr betonte man dort im Anschluss an Georg Simmel die komplexe, aber durchaus stabile Strukturiertheit städtischer Verhältnisse und setzte damit einen Kontrapunkt zu kulturkritischen, soziologischen Zeitdiagnosen, wie sie oft aus Deutschland kamen, wo man besonders liebevoll den Gegensatz zwischen (harmonischer ländlicher) Gemeinschaft und (anomischer städtischer) Gesellschaft pflegte. Zehrs Analysen zeigten nochmals deutlich, dass dieser Gegensatz so nicht haltbar ist.

Freilich sind die von Zehr und anderen⁴ vorangetriebenen und zumeist modernisierungstheoretisch angeleiteten Beschreibungen der Entwicklung individueller Gewalt in der Folgezeit auch deutlich relativiert, sind einige seiner theoretischen Annahmen mit guten Gründen heftig kritisiert worden. Eric A. Johnson etwa hat in den 1980er und frühen 1990er Jahren in mehreren Untersuchungen zu Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert gezeigt⁵, dass der Zusammenhang

² *Howard Zehr*, *Crime and the Development of Modern Society. Patterns of Criminality in Nineteenth Century Germany and France* (London 1976).

³ *Rolf Lindner*, *Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage* (Frankfurt a.M. 1990); *ders.*, *Walks on the Wild Side. Eine Geschichte der Stadtforschung* (Frankfurt a.M., New York 2005) 113–146.

⁴ Siehe etwa *Louise I. Shelley*, *Crime and Modernization. The Impact of Industrialization and Urbanization on Crime* (Carbondale, Edwardsville 1981).

⁵ *Eric A. Johnson*, *Socioeconomic Aspects of the Delinquency Rate in Imperial Germany*,

zwischen Kriminalitätsentwicklung einerseits und Urbanisierung bzw. Industrialisierung andererseits keineswegs so eindeutig ist, wie von Zehr unterstellt, dass im Hinblick auf das Kriminalitäts- und Gewaltniveau noch ganz andere sozio-ökonomische Faktoren eine Rolle spielen, und dass gerade im und nach dem Ersten Weltkrieg die Zahlen zu Mordraten erheblich gestiegen sind⁶. Johnsons Hinweis auf die Gewaltzunahme in der Weimarer Republik war natürlich wenig überraschend, waren in der Geschichtswissenschaft doch schon lange zuvor die Krisenanfälligkeit der ersten deutschen Demokratie und deren gewaltfördernde Auswirkungen breit und intensiv untersucht worden. Auf die historische und im weiteren Sinne sozialwissenschaftliche Gewaltforschung hatte all dies freilich keine große Wirkung. Die ‚Anomalie‘ Weimar – um hier beim Beispiel Johnsons zu bleiben – konnte auch deshalb eingeklammert werden, weil „normal science“ (Thomas S. Kuhn) weiterhin durchaus erhebliche Erkenntnisfortschritte brachte: Die von Zehr und eben auch Johnson vorgelegten Analysen zu Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert wurden nämlich nicht nur dahingehend ausgeweitet, dass man nun auch auf andere Länder und Regionen blickte, wobei hier die USA, England und später dann die Niederlande⁷ besonders intensiv beforcht wurden: Ergebnis war, dass man auch dort – natürlich mit erheblichen Variationen – die These eines säkularen Gewaltrückgangs bestätigt fand. Wichtiger noch als die räumliche Ausweitung der These war aber vermutlich die zeitliche, insofern man jene Rückläufigkeit der Gewalt sogar bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen konnte⁸, so dass sich mit zunehmender Dringlichkeit die Frage der sozialwissenschaftlichen *Erklärung* jenes doch so überraschenden Befundes stellte, wobei offensichtlich gerade die Größe des Erklärungsproblems (eben ein über Jahrhunderte anhaltender und damit sehr stabiler Trend!) besonders faszinierte, eine Fas-

1882–1914, in: *Journal of Social History* 13/3 (1980) 384–402; *ders.*, The Crime Rate: Longitudinal and Periodic Trends in Nineteenth- and Twentieth-Century German Criminality, from Vormärz to Late Weimar, in: *Richard J. Evans* (Hrsg.), *The German Underworld. Deviants and Outcasts in German History* (London, New York 1988) 159–188; *ders.*, Cities Don't Cause Crime: Urban-Rural Differences in Late Nineteenth- and Early Twentieth-Century German Criminality, in: *Social Science History* 16/1 (1992) 129–176.

⁶ *Johnson*, *The Crime Rate* 172.

⁷ *Eric H. Monkkenen*, *The Dangerous Class. Crime and Poverty in Columbus, Ohio, 1860–1885* (Cambridge, Mass., London 1975); *Roger Lane*, *Violent Death in the City. Suicide, Accident, and Murder in Nineteenth-Century Philadelphia* (Cambridge, Mass., London 1979); *ders.*, Crime and the Industrial Revolution: British and American Views, in: *Journal of Social History* 7/3 (1973–74) 287–303; *Pieter Spierenburg*, Faces of Violence: Homicide Trends and Cultural Meanings: Amsterdam, 1431–1816, in: *Journal of Social History* 27/4 (1994) 701–716; *ders.*, Long-Term Trends in Homicide: Theoretical Reflections and Dutch Evidence, Fifteenth to Twentieth Centuries, in: *E. A. Johnson, Eric H. Monkkenen* (Hrsg.), *The Civilization of Crime. Violence in Town and Country since the Middle Ages* (Urbana, Chicago 1996) 63–105.

⁸ *Lawrence Stone*, Interpersonal Violence in English Society 1300–1980, in: *Past and Present* 101 (1983) 22–33; *J. M. Beattie*, *Crime and the Courts in England, 1660–1800* (Oxford 1986); *J. A. Sharpe*, Quantification and the History of Crime in Early Modern England: Problems and Results, in: *Historical Research/Historische Sozialforschung* 15/4 (1990) 17–32.

zination, die auch durch die von manchen Historikern vorgetragenen Einwände bezüglich der Unsicherheit der Daten nicht geschmälert werden konnte⁹.

Im Prinzip wurden und werden zur Erklärung des Gewaltrückgangs die höchst unterschiedlichen Thesen zweier soziologischer Klassiker (allerdings aus unterschiedlichen Generationen) herangezogen¹⁰. Der eine ist Norbert Elias mit seiner These einer durch die Staatsbildung vorangetriebenen Disziplinierung der Bevölkerung. In seiner berühmten Arbeit „Über den Prozeß der Zivilisation“ hatte Elias argumentiert, dass mit der Entstehung des absolutistischen Staates in Frankreich und mit der dortigen Zusammenziehung des französischen Adels am königlichen Hof zunächst die adeligen Schichten einem Disziplinierungsprozess unterworfen worden waren, insofern sie sich – auf vergleichsweise engem Raum – in ein zivilisiertes und das heißt eben auch: gewaltfreies Zusammenleben fügen mussten. Bestimmte Umgangsformen wurden internalisiert, die über Nachahmungsprozesse dann mit der Zeit auch bürgerliche Schichten erreichen sollten¹¹. Das Ergebnis war also eine umfassende Disziplinierung der Bevölkerung, die zwar am königlichen Hofe ihren Ausgang genommen hatte, die dann aber in die weitere (im Wortsinn) bürgerliche „Gesellschaft“ hinein diffundierte und schließlich nochmals mit der Industrialisierung verstärkt wurde: Auch wenn Elias dies nicht mehr selbst erforschte, so ließ sich doch auch in Bezug auf die entstehende Industriegesellschaft plausibel argumentieren, dass dort Disziplin nicht nur in den Großfabriken und in den entstehenden Arbeiterbewegungen gelehrt wurde, sondern dass ab dem Ende des 19. Jahrhunderts auch wohlfahrtsstaatliche Arrangements entstanden, die Erwartungs- bzw. Zukunftssicherheit tatsächlich zu einem relativ selbstverständlichen Gut machten und damit ein kontrolliert-rationales Handeln – und eben nicht spontanes Verhalten und damit vielleicht Gewalt – prämierten. Die um die gleiche Zeit beobachtbare Teildemokratisierung und später dann vollständige Demokratisierung des politischen Gemeinwesens – so weiterführende Thesen –

⁹ Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass gerade für das ausgehende Mittelalter und die Frühe Neuzeit etwa Daten zu Mord und Totschlag extrem unsicher seien, weil sich die Art der juristischen Delikttaufnahme historisch ständig verändert habe, so dass man nicht von einem sinkenden Gewalttrend, sondern allenfalls von einem sinkenden Anzeigeverhalten oder einer sinkenden Bereitschaft zur Strafverfolgung von Gewaltdelikten sprechen könne. Dieses Argument überzeugt nicht! Natürlich ist es richtig, dass die Dunkelziffern groß waren und sind, dass das Anzeigeverhalten ebenso variiert wie die Effizienz der Strafverfolgungsbehörden und dass all dies die ‚wahre‘ Zahl der Taten irgendwie verfälscht. Aber diejenigen, die diese Argumente vorbringen und damit offensichtlich Forschung zu „long-term-trends“ unmöglich machen wollen, müssten schon belegen, warum die ‚Verfälschung‘ der Daten systematisch immer nur in eine Richtung erfolgt sein soll, nämlich dahingehend, dass man immer nur einen *Gewalt rückgang* feststellen kann. Wird dies nicht plausibel gezeigt – und meines Wissens hat dies bislang niemand versucht –, so dürften die zitierten Trendausagen erst mal nicht zu bezweifeln sein.

¹⁰ Einen guten Überblick hierzu liefert *Manuel Eisner*, Langfristige Gewaltentwicklung: Empirische Befunde und theoretische Erklärungsansätze, in: *W. Heitmeyer, J. Hagan* (Hrsg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung* (Opladen 2002) 58–80.

¹¹ *Norbert Elias*, *Über den Prozeß der Zivilisation*. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bde. (Frankfurt a. M. 1976 [1939]).

brachten es zudem mit sich, dass das staatliche Gewaltmonopol zunehmend akzeptiert und der gewalttätige Konfliktaustrag immer weiter delegitimiert wurde. All dies könne eben den säkularen Trend eines immer weiter absinkenden Gewaltniveaus erklären¹².

Der andere soziologische Klassiker, auf den man zurückgreift und -griff, ist Emile Durkheim, was sich auch deshalb anbietet, weil dieser selbst sich stets intensiv mit Fragen abweichenden Verhaltens auseinandergesetzt hatte¹³. Dabei war es vor allem seine These einer im ‚Modernisierungsprozess‘ erkennbar werdenden Veränderung des Kollektivbewusstseins, die man als Schlüssel für das genannte Erklärungsproblem des sinkenden Gewaltniveaus nutzen konnte. Durkheim hatte auf die Tatsache der allmählich sichtbar werdenden Freisetzung des Individuums aus kollektiven Zwängen aufmerksam gemacht, woraus sich zum einen ableiten ließ, dass – vereinfacht gesagt – mit der Individualisierung die Intensität der Gruppengefühle schwächer und damit diesbezügliche Konflikte etwa um die Wahrung der Gruppen Ehre seltener werden würden¹⁴. Zum anderen konnte man aus Durkheims Schriften aber auch herauslesen, dass es mit dieser Veränderung des Kollektivbewusstseins zu einer Um- und Aufwertung menschlichen Lebens kommen werde, zu dem, was man mit dem Ausdruck einer „Sakralisierung der Person“¹⁵ bezeichnet: „Individualismus“ – dies hat Durkheim betont – bedeutet eben nicht nur eine zunehmende Verfolgung höchst egoistischer Interessen, sondern eben auch eine wachsende Achtung für das eigene wie das fremde Leben, was zur Folge hat, dass Konflikte immer weniger mit gewaltsamen Mitteln ausgetragen werden können und dürfen¹⁶, wobei sich – das sei hier angefügt – genau diese normative Ächtung der Gewalt etwa auch im Phänomen einer zunehmenden Kodifizierung und inhaltlichen Ausweitung von Menschenrechten niederschlägt¹⁷.

Die vorgelegten Analysen und konkurrierenden theoretischen Erklärungen zur Entwicklung individueller Gewalt lieferten durchaus wichtige Einsichten im Hinblick auf Stadt-Land-Differenzen, was für die stadtbezogene Thematik des vorliegenden Bandes bedeutsam ist. Was freilich zu kurz kam, was aber auch von einer derart ausgerichteten Gewaltforschung nicht ernsthaft erwartet werden konnte, war ein genauer Blick auf das tatsächliche Gewaltgeschehen. Die Untersuchungs-

¹² Vergleiche zu diesen Thesen die theoretisch wie methodisch Maßstäbe setzende Studie von *Helmut Thome, Christoph Birkele*, Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, 1950 bis 2000 (Wiesbaden 2007).

¹³ Siehe etwa *Emile Durkheim*, Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral, hrsg. v. *Hans-Peter Müller* (Frankfurt a. M. 1991).

¹⁴ *Helmut Thome*, Explaining Long Term Trends in Violent Crime. Revised version of a paper prepared for the Third European Social Science History Conference, Amsterdam, 12–15 April 2000.

¹⁵ Hierzu nun *Hans Joas*, Die Sakralität der Person. Eine neue Genealogie der Menschenrechte (Frankfurt a. M. 2011).

¹⁶ Vgl. *Thome, Birkele*, Sozialer Wandel 26 ff., die betonen, dass zur Erklärung des Gewaltrückgangs nur Durkheims „kooperativer Individualismus“ und eben nicht jeder beliebige Individualismus fruchtbar gemacht werden könne.

¹⁷ Siehe wieder *Joas*, Sakralität.

frage war ja immer diejenige nach den Ursachen der Gewalt*reduktion* gewesen, nicht nach der Gewalt als solcher. Und diese Frage wurde zudem auf höchstem Aggregatsniveau angegangen, insofern ein Makrotrend – der säkulare Rückgang der Gewalt – mit anderen Makrotrends erklärt wurde, entweder mit Verweis auf Disziplinierungsprozesse in der Tradition von Elias oder mit Verweis auf Individualisierungsprozesse in der Tradition von Durkheim. Dabei ist dann eine solche Herangehensweise natürlich von vornherein nicht besonders sensibel für Zeiträume, die dem großen Trend entgegenstehen. Zwar ziehen selbstverständlich „Ausreißerperioden“ durchaus das Interesse auf sich¹⁸, aber klar ist, dass es bei deren Untersuchung nicht in erster Linie um die Periode an sich und das darin sich findende ‚eigentümliche‘ Gewaltgeschehen geht, sondern darum, die großen Linien der vorhandenen Erklärungsmodelle zu verfeinern oder zu modifizieren.

Bemerkenswert ist nun, dass auch die Forscher zu sozialen Bewegungen und *kollektiver* Gewalt eine ähnliche Perspektive einnahmen, die ebenfalls nur sehr wenig auf das Mikrogesehen der Gewalt oder auf die Gewalttätigkeit ganz spezifischer Epochen gerichtet war. Dies hatte damit zu tun, dass die in den 1960er und frühen 70er Jahren einflussreich werdenden Bewegungsforscher zunächst darauf bedacht waren, soziale Bewegungen vom Verdacht der Irrationalität zu befreien, die diesen etwa seit den Traktaten eines Gustave Le Bon mit den dortigen Verweisen auf die Verantwortungslosigkeit und eruptive Gewalttätigkeit der Massen immer zugeschrieben worden war. Da die akademische Soziologie der 1950er und frühen 60er Jahre mit flüssigen und unstrukturierten, d. h. kaum organisierten Phänomenen (mit *Bewegungen* eben!), wenig anzufangen wusste und bis auf einige Ausnahmen sich mit diesen somit auch nicht beschäftigt hatte, war die aufkommende Bewegungsforschung mit ihrem Analysefokus hier zunächst eine willkommene Neuerung, die nicht nur auf das zeitgenössische US-amerikanische Civil-Rights-Movement, sondern auch auf historisch weit zurückliegende Bewegungen einen neuen Blick zu werfen vermochte. Allerdings – und dies klang schon an – ging es zunächst eben schwerpunktmäßig darum, die Rationalität der (sich wandelnden) Protestziele herauszuarbeiten und klarzumachen, dass die Anwendung von Gewalt im Rahmen von sozialen Bewegungen a) weder von vornherein als irrational zu bezeichnen noch b) immer nur den Bewegungen selbst zuzuschreiben sei, weil etwa die repressiven Reaktionen der Behörden zu diesem Gewaltgeschehen noch stets ganz entscheidend beigetragen hätten¹⁹. Die theoretische wie empirische Auseinandersetzung mit dem Gewaltgeschehen als solchem blieb dabei fast notwendigerweise einigermaßen oberflächlich, weil man in erster Linie die Organisationsformen des Protests im Blick hatte (Wer waren die Protestteilnehmer? Welche Ziele verfolgten sie?) und die Gewalt nicht in ihrer phänomenologisch zu beschreibenden Präsenz, sondern allenfalls als Begleiterscheinung

¹⁸ Siehe nochmals den Band von *Thome, Birkel*, Sozialer Wandel, mit seinem Blick auf den vergleichsweise kurzen Zeitabschnitt zwischen 1950 und 2000.

¹⁹ *Charles Tilly, Louise Tilly, Richard Tilly*, *The Rebellious Century, 1830–1930* (Cambridge 1975).

oder als ein von den Akteuren rational gerechtfertigtes Mittel zum Thema machte. Wie sich gerade am Werk von Charles Tilly zeigte, erwuchs dabei die Faszination einer Beschäftigung mit sozialen Bewegungen vor allem aus Beobachtung des Formwandels des Protests, was von Tilly mit der Rede von den sich ändernden ‚Protestrepertoires‘ auf den Punkt gebracht wurde²⁰. Obwohl nun Tilly der Modernisierungstheorie höchst kritisch gegenüberstand, korrespondierten seine Arbeiten überraschenderweise mit den oben angesprochenen und ursprünglich von Modernisierungstheoretikern vertretenen Befunden zur *individuellen* Gewaltentwicklung durchaus, insofern auch Tilly zu zeigen versuchte, dass die Zunahme von (kollektiver) Gewalt mitnichten eine notwendige Begleiterscheinung eines rapiden und damit anomischen Modernisierungsprozesses war. Denn im 18. und 19. Jahrhundert waren es eben gerade nicht die kürzlich eingewanderten und ärmeren Bewohner der neuen Großstädte, aus denen sich die Aktivsten rekrutierten, welche Aufstände und Riots organisierten und dann auch trugen. Diese vielleicht als ‚entwurzelt‘ zu bezeichnenden Bevölkerungsschichten waren nämlich zumindest zu Beginn der industriellen Revolution weit weniger gewalttätig als die alteingesessenen Handwerker in traditionellen Städten, die für ihre Ziele höchst effektiv Gewalt einzusetzen wussten. Laut Tilly konnte der Migrationsprozess in die großen Städte das Niveau kollektiver Gewalt also vor allem aus zwei Gründen absenken, weil, erstens, den neuen (Groß-)Städtern mit der Migration zunächst einmal die selbstverständliche lokale Identität abhanden gekommen war, aus der sich ihr früherer dörflicher oder kleinstädtischer Protest gespeist hatte, und weil, zweitens, den Neankömmlingen zumindest zu Beginn schlicht die Mittel fehlten zur Beschaffung von Protestressourcen²¹. Zentralessage von Tilly und anderen war deshalb, dass der Prozess rapiden sozialen Wandels nicht notwendigerweise zu erhöhter kollektiver Gewalt führe, sondern dass hierfür noch ganz andere Zusatzbedingungen nötig seien.

Innerhalb dieses Paradigmas drohte sich nun freilich eine ähnliche Blickverengung einzustellen, wie dies bei der Erforschung individueller Gewaltentwicklung der Fall gewesen war²². Denn auffällig war *zum einen*, wie sehr man sich von der Idee der ‚Evolution‘ von Bewegungsformen leiten ließ: Man analysierte in erster Linie den vor- und frühindustriellen Widerstand mit seinen gewalttätigen Nebenerscheinungen, dann die entstehende Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts und schließlich die „neuen“ sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre. Was diesem Schema nicht entsprach, wurde selten zum Thema, wodurch beispielsweise Formen ethnischer und religiöser Gewalt allenfalls am Rande analysiert wurden. Auffällig war *zum anderen* aber auch, dass genau wie in Forschungen zu individueller Gewalt der mikroskopische Blick auf das kollektive Geschehen lange Zeit ausgeklammert blieb, bevor

²⁰ Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution* (New York u. a. 1978); *ders.*, *The Contentious French. Four Centuries of Popular Struggle* (Cambridge, Mass., London 1986).

²¹ Charles Tilly, *Sidney Tarrow*, *Contentious politics* (Boulder 2006).

²² Hierzu brillant: Andreas Pettenkofer, *Radikaler Protest. Zur soziologischen Theorie politischer Bewegungen* (Frankfurt a. M., New York 2010).

dann diesbezüglich unter anderem die Alltagsgeschichte einen Perspektivenwechsel herbeiführte²³.

*

Sind die obigen Ausführungen einigermaßen plausibel, so kann man mit guten Gründen für einen neuerlichen Anlauf zur Analyse von Gewalt plädieren, der Aussagen zu Makrotrends zwar nicht vernachlässigt, der sich aber aus guten Gründen weigert, sich durch diese die Forschungsfragen vorgeben zu lassen. Eine solche, Makrotrends eben nur vorsichtig einbeziehende Zugangsweise zum Phänomen kollektiver Gewalt scheint deshalb vielversprechend, weil mittlerweile eben nicht nur die *Alltagsgeschichte* und *Mikrohistorie* mit ihrem sehr viel genaueren Blick neue Methoden und Werkzeuge zu Verfügung gestellt hat, die es erlauben, das tatsächliche Gewaltgeschehen zum Thema zu machen; eine ähnliche Tendenz zeichnet sich ja auch in der „neueren“ *soziologischen* Gewaltforschung ab, wo etwa Autoren wie Heinrich Popitz, Wolfgang Sofsky, Trutz von Trotha oder Jan Philipp Reemtsma jene schon angesprochene Detailanalyse der Gewalt vorangetrieben haben²⁴. Alltags- und Mikrogeschichte ebenso wie die neuere, entweder phänomenologisch oder anthropologisch argumentierende soziologische Gewaltforschung tendieren freilich gelegentlich dazu, die größeren Zusammenhänge und Wandlungsprozesse aus dem Blick zu verlieren, weshalb man bei der Lektüre der jeweiligen Arbeiten nicht selten den Wunsch nach einer stärkeren Kontextualisierung der dargebotenen Gewaltbeschreibungen verspürt. Mikrohistorie und -soziologie lassen sich also ohne eine angemessene Berücksichtigung von Makrokontexten nicht sinnvoll betreiben, weshalb eine neuerliche Aufnahme der historischen Gewaltforschung gut daran tut, sich kleinere Zeiträume näher anzuschauen und hierbei den Vergleich nicht zu scheuen. Der im Band gewählte Fokus auf europäische Großstädte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts scheint hier vielversprechend zu sein, weil dieser Zeitraum höchst unterschiedliche Ereignisse und Phasen zusammenspannt, die in der Regel eben nicht in ihrer Verwobenheit gesehen, sondern normalerweise gesondert betrachtet werden: Der Fokus auf die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg, also auf die Zeit des Endes des vergleichsweise ruhigen und langen 19. Jahrhunderts und des Beginns des „Zeitalters der Extreme“ (Hobsbawm), sucht hier nach möglichen Kontinuitäten, wo oft nur

²³ Vgl. etwa hierzu als einen der ersten Versuche *Alf Lüdtke*, ‚Gemeinwohl‘, Polizei und ‚Festungspraxis‘. Staatliche Gewaltsamkeit und innere Verwaltung in Preußen 1815–1850 (Göttingen 1982).

²⁴ *Heinrich Popitz*, Phänomene der Macht (Tübingen 1992); *Wolfgang Sofsky*, Traktat über die Gewalt (Frankfurt a.M. 2005); *Jan P. Reemtsma*, Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne (Hamburg 2008). Vgl. hierzu auch *Trutz von Trotha* (Hrsg.), Soziologie der Gewalt (Sonderheft 37 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, Wiesbaden 1997).

Brüche wahrgenommen werden²⁵; der Blick darauf ist gleichzeitig einer auf die Zeit der Imperien in Europa und ihrer (teilweisen) Auflösung durch den Versailler Vertrag, wodurch sich auch hier in aller Schärfe die Frage nach Zäsuren stellt; der Fokus auf die Imperien und ihre Nachfolgestaaten ist ein solcher insbesondere auf ethnische und religiöse Spannungen und verspricht somit die allzu lange eher auf politische Konflikte fixierte Bewegungs- und Gewaltforschung in ein etwas anderes Fahrwasser leiten zu können; und schließlich ist der entschlossene Blick auf die Großstädte in West-, Mittel- und Osteuropa, die ja vor wie nach dem Ersten Weltkrieg zumeist noch immer weiter wuchsen, wieder einer, der nicht nur mögliche Kontinuitäten in Betracht zieht, sondern der auch Anschluss an den sogenannten „spatial turn“ verspricht, was in der herkömmlichen Gewaltforschung bislang kaum erkennbar war und ist. Nimmt man dies zum Ausgangspunkt, so lassen sich für die Analyse kollektiver Gewalt in Großstädten mindestens sieben mehr oder weniger als systematisch zu bezeichnende Punkte festhalten:

1. Ein Fokus auf die Großstädte erzwingt fast unweigerlich sofort die naheliegende Frage nach dem Zusammenhang von Stadt und *Staat*, zumal der Untersuchungszeitraum derjenige einer intensivierten und umfassenden Staatsbildung ist, entweder in der Form, dass sich Reiche/Imperien mehr oder weniger erfolgreich zu konsolidieren versuchten, oder dergestalt, dass sich – wie vor allem nach dem Ersten Weltkrieg – erst neue Staaten herausformten. Hier dürfte schnell deutlich werden, dass für die Analyse von (kollektiver) Gewalt selbst eine sehr locker gehandhabte Elias-These, wonach Staatsbildungsprozesse Disziplinierungseffekte hätten und dementsprechend auch das Gewaltniveau beeinflussen müssten, allenfalls als ein erster Ausgangspunkt dienen kann. Denn es ist ja zu analysieren, was Staatsbildung konkret hieß. Wie sehr gelang es etwa einer Zentralregierung nach ‚unten‘ durchzuregieren, also auch die Großstädte tatsächlich in den Griff zu bekommen, d. h. wie groß war die ‚infrastrukturelle Macht‘ (Michael Mann) der Imperien oder (neu gegründeten) Staaten? Hier gab es wohl innerhalb Europas erhebliche, zum Teil auch verfassungsrechtlich festgeschriebene Differenzen, insofern beispielsweise die Sicherheitskräfte (vor allem die Polizei) je unterschiedlich organisiert waren und – vereinfacht gesagt – in einem Fall in den Großstädten staatliche Polizei (oder gar das Militär) zum Einsatz kam, im anderen aber eine Polizei, die auf lokaler Ebene geleitet und/oder auch rekrutiert wurde. Für die Erscheinungsform kollektiver Gewalt war es selbstverständlich ein Unterschied, ob sich etwa lokal agierende Demonstranten oder Streikende einer als fremd wahrgenommenen *staatlichen* Sicherheitsmacht gegenübersehen oder nicht. – Allerdings,

²⁵ Dies trifft sich wohl durchaus mit derzeit zu beobachtenden Bemühungen alte bzw. gewohnte Periodisierungen und Epochenzuschreibungen zu hinterfragen, weil sich mit diesen kaum mehr Neues erblicken lässt. Vgl. etwa eine der Zentralthesen von Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts* (München 2009), wonach das 19. Jahrhundert eben nicht eines der Nationalstaaten, sondern der Imperien war; siehe auch entsprechende Bemerkungen Lutz Raphaels, der den Durchbruch zur Nation in Europa ebenfalls erst in der Zeit zwischen 1910 und 1945 diagnostiziert (vgl. *Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945* [München 2011] 17).

und dies sei sogleich betont, sollte damit nicht einem romantisierenden Lokalismus das Wort geredet und unterstellt werden, dass etwa städtische Sicherheitskräfte an sich schon zur Deeskalation der Gewalt beitragen. Gerade in durch ethnische Cleavages gekennzeichneten urbanen Milieus ist es durchaus denkbar, dass lokale Polizeien, deren Personal wohl nur selten paritätisch zusammengesetzt war, die Konflikte sogar noch verschärft haben mochten. Hier in diesem Zusammenhang soll nur behauptet werden, dass für die Analyse kollektiver Gewalt die jeweiligen Spezifika des Sicherheitsapparates und seiner Handlungsformen ins Zentrum zu rücken sind.

2. Der Blick auf das Verhältnis von Stadt und Staat sollte aber nun gerade nicht dazu verführen, Disziplinierungswirkungen ausschließlich von Seiten staatlicher oder städtischer Sicherheitskräfte zu erwarten. Ein solcher staats- oder obrigkeitsfixierter Blick auf das Gewaltgeschehen ist zu vermeiden, weil man darüber allzu leicht vergisst, dass sich Gruppen auch selbst zu disziplinieren vermögen, dass es Führern bzw. Eliten in ethnischen, politischen, religiösen Gemeinschaften gelingen kann, die Gewalt der eigenen Anhängerschaft zu kanalisieren. Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und hier vor allem der Sozialdemokratie mit ihrem „revolutionären Attentismus“, ist dieses Phänomen ja gut bekannt. Aber der angesprochene Punkt geht über die prinzipielle Gewaltvermeidung einer organisierten politischen Bewegung weit hinaus. Denn gerade im Zusammenhang etwa mit ethnischen Gruppen und insbesondere im Kontext imperialer Herrschaft gilt es zu fragen, wie homogen und in sich organisiert Bevölkerungssegmente waren und ob und wie dort Gewalt eingehegt oder freigesetzt wurde. Und hier sind empirisch mehrere Szenarien denkbar: So kann es sein, dass sich ein bestimmter, von seinen Eliten disziplinierter Bevölkerungsteil prinzipiell der Gewalt enthält, wie dies im gerade angesprochenen Beispiel der Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich der Fall war. Möglich ist aber auch, dass eine (ethnisch, religiös) homogene und gut organisierte Gemeinschaft nach außen höchst gewaltbereit ist, aber im Gruppeninnern deshalb umso stärker Gewalt negativ sanktioniert; in diesem Fall wird die Unterscheidung etwa zwischen inter- und intraethnischer bzw. inter- und intrareligiöser Gewalt entscheidend, wobei man eben dann mit einer komplexen Gemengelage zwischen Gewalteinhegung und -eskalation rechnen muss, wie sich dies etwa lange Zeit im Bürgerkrieg in Nordirland beobachten ließ²⁶. Möglich ist schließlich aber auch, dass jegliche Einhegung versagt, weil sich klare Ordnungsmuster auflösen und die Gewalt in alle Richtungen hin eskaliert – ein Phänomen, das man derzeit wohl am besten am Beispiel des mexikanischen Drogenkrieges studieren kann, dessen Auswüchse wohl keiner beteiligten Gruppe nützen, die aber auch keine Gruppe mehr unter Kontrolle zu bringen vermag. Diese Hinweise sollen lediglich darauf aufmerksam machen, dass Gewalt und Gewaltkontrolle nicht notwendig mit Staatlichkeit zu tun haben müssen. Die Einhegung individueller wie kollektiver Gewalt ist auch in vergleichsweise staats-

²⁶ Vgl. hierzu etwa *John D. Brewer, C. Wright Mills and the Ending of Violence* (Houndmills, Basingstoke, New York 2003).

fernen Räumen zu beobachten – und zwar dann, wenn entsprechende Akteurskonstellationen vorhanden sind. Damit ist natürlich kein normatives Urteil im Sinne eines Plädoyers gegen geordnete Staatlichkeit impliziert; es ist nur ein Hinweis darauf, dass die Analyse kollektiver Gewalt zwar insbesondere die staatlichen oder städtischen Sicherheitsorgane zum Thema zu machen hat, dass sich friedfertiges oder gewaltsames Handeln aber nicht aus dem Vorhandensein/Nichtvorhandensein der Kontrolltätigkeit staatlich-obrigkeitlicher Organe allein ableiten lässt.

3. Wenn man sich unter einer solchen Perspektive gerade die Großstädte ansieht, die vor 1918 an den Rändern von Imperien lagen und in denen eine ganze Reihe von Minderheiten, aber eben wie etwa in Osteuropa auch unterdrückte Bevölkerungsmehrheiten, lebten, so waren hier ethnische, religiöse und soziale Grenzen oft deckungsgleich, so dass diese sich mitunter wechselseitig enorm verstärkten. Allerdings sollte vom Vorhandensein solcher Spaltungen nicht vorschnell auf Gewalt geschlossen, sollte kollektive Gewalt umgekehrt nicht vorschnell aus Cleavages hergeleitet werden. Denn für das tatsächliche Gewaltgeschehen waren andere Faktoren ganz gewiss auch wichtig, insofern etwa die Mobilisierungsfähigkeit und der Ressourcenreichtum der jeweiligen Gruppen doch sehr unterschiedlich sein konnten, gleichzeitig aber die Konfliktbereitschaft etwa durch Demokratisierungsprozesse und durch die Zuerkennung von Staatsbürgerrechten (je unterschiedlicher Qualität) beeinflusst war²⁷. Man wird sich all dies also im Einzelnen ansehen müssen und sollte im Hinblick auf die Anwendung vermeintlich naheliegender soziologischer Theoreme eher vorsichtig sein. Dies auch deshalb, weil sich die Kontaktzonen zwischen den verfeindeten Gruppen lokal sehr stark unterscheiden konnten, womit man dann auch schon beim nächsten Punkt wäre, der die schon angesprochene Anbindung der Gewaltforschung an den „spatial turn“ zum Gegenstand hat.

4. Der vermeintlich enge Fokus der Forschung auf Großstädte bietet den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass man hier Vergleiche auf unterschiedlichster Ebene ziehen kann. So liegt es nahe, sich Typen von Großstädten anzusehen, die hinsichtlich der Funktion im jeweiligen Staat oder Imperium verschiedene räumliche Strukturen hatten: Es ließe sich also eine Art *Makrotypologie* von Städten bilden, die, je nachdem, ob etwa große Industrien angesiedelt und/oder ob dort der königliche oder kaiserliche Hof oder die parlamentarische Regierung ihre ‚Sitze‘ hatten, je spezifische Rahmenbedingungen für kollektive Gewaltdynamiken boten. Man muss sich freilich bei einer solchen Makrotypologie nicht bescheiden, sondern kann durchaus – soweit dies der Quellenbestand erlaubt – noch stärker in den *Mikrobereich* gehen und fragen, an welchen konkreten Orten Ge-

²⁷ Mit dem letzten Halbsatz soll nur angedeutet sein, dass man nicht auf das alte, in der Bewegungsforschung allzu gut bekannte, aber letztlich hochproblematische Rationalmodell des Handelns zurückfallen sollte: Akteure, auch kollektive Akteure, handeln eben nicht nur entsprechend einer rationalen Abwägung von Interessen, wie das die obige Rede von „Gelegenheitsstrukturen“ nahelegen könnte, sondern auf der Basis einer Interpretation höchst unterschiedlicher situativer Umstände (vgl. hierzu wieder *Pettenkofer*, Radikaler Protest).

waltzusammenstöße stattfanden, wo die üblichen Aufmarschplätze kollektiver Akteure waren, wo es enge Gasse und unübersichtliches Gelände gab etc., weil vielleicht gerade dadurch spezifische Konfrontationsformen möglich oder gar unabweichlich wurden. Diese Verweise auf die Topographie von Städten sollen selbstverständlich nicht einem räumlichen oder stadttarchitektonischen Determinismus das Wort reden; sie haben vielmehr zum Hintergrund die Einsicht, dass es höchst problematisch ist, Gewalt überwiegend aus Motiven erklären zu wollen²⁸. Gewalt ist – und darauf hat jüngst Randall Collins²⁹ so eindrücklich hingewiesen – ein situatives Interaktionsgeschehen, und in dieser Interaktion spielt der Raum eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Wenn nun darüber hinaus Collins' Behauptung richtig ist, dass Gewalt kein übliches Phänomen ist, weil Menschen Gewalt und Orte potentieller Gewalt normalerweise meiden, dann stellt sich schlicht die empirische Frage, wie die von ihm so genannten „confrontational zones“³⁰ überhaupt entstehen und in welcher Form diese „zones“ dann betreten oder verlassen werden (können). Collins selbst hat auf das Phänomen der „Forward Panic“ hingewiesen, um zu zeigen, dass sich der Abbau von Spannungen paradoxerweise gelegentlich nur noch dadurch bewerkstelligen lässt, dass einige Akteure sich nicht zurückziehen, sondern sich gerade mitten hinein in die „confrontational zone“ begeben und zu exzessiver Gewalt greifen: „In forward panic, the pathway is a rapid emotional flow during a discrete local episode, beginning with the tension of the fight itself, transformed into a sudden rush of frenzied overkill in an atmosphere of hysterical entrainment. It is like an altered state of consciousness, from which the perpetrators often emerge at the end as if returning from an alien self.“³¹ Man muss die Begrifflichkeit nicht so wählen, wie Collins das hier tut, sollte aber den dahinter steckenden Punkt bei der Analyse kollektiver Gewalt beachten: Wenn man die Mikroperspektive sucht, dann sind gerade die räumlich-situativen Gegebenheiten des Gewalthandelns in den Mittelpunkt zu rücken, insofern diese die Entfernung aus der Konfrontationszone erleichtern oder eben auch erschweren können. Für die Analyse kollektiver Gewalt ist diese Perspektive vielleicht eine der aufregendsten überhaupt, weil sich genau hier unter anderem die Frage nach ihrem spezifisch *großstädtischen* Aspekt stellt.

Diese Perspektive ist auch deshalb so besonders wichtig, weil sie nochmals zu einem Punkt zurückführt, der schon bei der obigen Auseinandersetzung mit den Forschungen zur kollektiven Gewalt in der Tradition Charles Tillys angesprochen wurde. Nicht selten wird ja das hohe Gewaltniveau in bestimmten Städten mit

²⁸ Ebenso problematisch ist es, wenn nicht genau zwischen den Ursachen etwa einer bürgerkriegsähnlichen Situation und den Ursachen der Gewalt in diesem Bürgerkrieg unterschieden wird. Wie jüngst Stathis Kalyvas nochmals eindrücklich vorgeführt hat, sind aus dem Vorliegen eines (politischen) Großkonflikts noch nicht die Strukturen der einzelnen Gewalttaten in diesem Konflikt abzuleiten, vgl. *ders.*, *The Logic of Violence in Civil War* (Cambridge 2006) 20 ff.

²⁹ *Randall Collins*, *Violence. A Micro-Sociological Theory* (Princeton, Oxford 2008).

³⁰ *Collins*, *Violence* 82.

³¹ *Collins*, *Violence* 100.

Verweis auf die Zuwanderung von bäuerlichen oder ländlichen Gruppen erklärt, die bestimmte Gewalkulturen gewissermaßen in die Stadt mitgebracht hätten. Dieser Hinweis auf ‚einwandernde‘ Gewalkulturen ist zwar auf den ersten Blick plausibel, aber gleichzeitig gilt es doch zu bedenken, dass Belege für die Existenz solcher Gewalkulturen oft lediglich auf anekdotischen Evidenzen³² beruhen und das Gesamtargument zudem nur allzu leicht die in manchen Ländern übliche stereotype Gegenüberstellung von „Zivilisation und Barbarei“³³ bedient. Tilly hatte hingegen betont, dass es neu zugewanderten städtischen Gruppen oft an (Gewalt-) Ressourcen gerade fehlte. Wenn dem so ist, dann erscheint es in der Tat sehr viel fruchtbarer, nach dem spezifisch (Groß-)Städtischen der Gewalt zu fragen, als sofort wieder das Problem zu exotisieren und es (noch immer) ‚ländlichen‘ Gruppen zuzuschreiben. Man muss hier nicht weiter hinzufügen, dass ein solcher Zugang zur kollektiven Gewalt über die Frage ihres räumlichen Aspektes nochmals eine ganz neue und anders gelagerte Auseinandersetzung mit der in der Gewaltforschung beheimateten These vom zivilen Charakter der Stadt erlauben, wenn nicht gar notwendig machen würde.

5. Wenn oben davon die Rede war, dass sich die Analyse der Gewalt nicht in erster Linie auf die Untersuchung von Motiven, sondern auf diejenige situativer Interaktionen konzentrieren sollte, dann war damit nicht gemeint, dass man Motive vollständig vernachlässigen könne. Gerade der hier gewählte Untersuchungszeitraum legt ja die Frage nahe, ob es nicht – etwa ausgelöst durch den ‚Großen Krieg‘ – auch Phasen der Entgrenzung des Gewaltdiskurses gab, Phasen, in denen die Anwendung von Gewalt in einem Ausmaß legitimiert wurde, wie dies zuvor möglicherweise nicht denkbar war. Hier wird man natürlich sofort an die vor allem nach 1917/18 beginnende, auf linker wie rechter politischer Seite zu beobachtende Radikalisierung der politischen Sprache erinnert. Aber es lässt sich natürlich ebenso fragen, ob nicht auch schon in der Periode zuvor, in der Hochphase des sog. „Zeitalters des Imperialismus“, vergleichbare Radikalisierungen zu erkennen sind, eben etwa in kolonialen Diskursen. Freilich gilt es hier festzuhalten, dass sich (kollektives) Gewalthandeln aus Diskursen allein nicht ableiten lässt und dass man sich deshalb vor vorschnellen Zuschreibungen und Erklärungen hüten sollte. Zu berücksichtigen ist dabei auch die wiederum bei Collins zu findende Einsicht, dass es bei der Analyse von Gewaltsituationen sinnvoll ist, eine scharfe Unterscheidung zwischen Gewalteliten und Nicht-Gewaltbereiten zu treffen³⁴, weil

³² So gab es etwa seit den 1960er und 70er Jahren in den USA eine hitzige und immer wieder aufflackernde wissenschaftliche Debatte über die sog. Gewalkultur im US-amerikanischen Süden, wobei sich freilich schnell zeigte, dass diesbezügliche Behauptungen der Existenz einer solchen Kultur relativ schwer zu belegen sind, vgl. etwa *Sheldon Hackney*, Southern Violence, in: *American Sociological Review* 74 (1968/69) 906–925; *Raymond D. Gastil*, Homicide and a Regional Culture of Violence, in: *American Sociological Review* 36/3 (1971) 412–427; *Keith D. Harries*, Serious Violence. Patterns of Homicide and Assault in America (Springfield, Ill. 1990) Kap. 4.

³³ *Domingo Faustino Sarmiento*, Barbarei und Zivilisation. Das Leben des Facundo Quiroga (Frankfurt a. M. 2007 [1845]).

³⁴ *Collins*, Violence 231.

eben nicht alle Geschehensbeteiligten tatsächlich auch Gewalt ausüben, sondern zumeist nur eine Minderheit. Ob man diese Minderheit über die Zuschreibung von Motiven und einer Internalisierung von *Gewaltdiskursen* besonders gut fassen kann, ist doch eher zweifelhaft; etwas plausibler erscheint es dann schon, nach *konkreten Erfahrungen* bestimmter Akteure zu fragen, nach solchen in den Kolonien oder im Krieg, die dazu geführt haben könnten, dass der Rückgriff auf Gewalt zu einem selbstverständlichen Mittel der Auseinandersetzung wurden.

6. Weil der gewählte Untersuchungszeitraum vom Ersten Weltkrieg durchschnitten wird, lässt sich fragen, ob mit Bezug auf kollektive Gewalt der Krieg eine tatsächliche Zäsur herbeigeführt haben könnte, weil gerade durch ihn neuartige Gewalterfahrungen und -praktiken ins Spiel kamen, insofern diese aus dem Krieg mit ‚hinübergenommen‘ worden sein könnten in die Friedenszeit, was dann zu gewalttätigen Handlungsmustern geführt hätte, mithin zum hohen Gewaltpotential in der Nachkriegszeit. Wie angeklungen sein sollte, kann dieses Erklärungsmodell größere Plausibilität beanspruchen als der explanatorische Rückgriff auf ‚Diskurse‘. Aber auch die Rede von ‚Erfahrungen‘ sollte nicht zu voreiligen Schlüssen verführen. Dass der Krieg zu einer Verrohung der Menschen führt, und dass sich dies empirisch auch problemlos bestätigen lässt, ist nämlich alles andere als eindeutig geklärt, weil sich – überraschenderweise – etwa die Gesellschaft der USA nach der Zeit des Civil War der 1860er Jahre jedenfalls *vergleichsweise* friedlich gezeigt hat. Eine Gewaltexplosion nach dem Krieg war dort nicht erkennbar und dies trotz der Tatsache, dass dieser Krieg – wie viele bewaffnete Konflikte vor und nach ihm – für eine erhebliche Verbreitung von Waffen in der Bevölkerung gesorgt und damit eine zentrale Vorbedingung für den Anstieg des Gewaltniveaus geschaffen hat³⁵. Aber eine Gewalteskalation ist nach 1865 eben nicht erfolgt! Insofern tut man gut daran, die These einer Gewaltzäsur durch den Ersten Weltkrieg auch mit Blick auf ganz andere Phänomene zu analysieren. So wäre zu fragen, ob die großstädtische Gesellschaft hinsichtlich ihrer Sozial- und Siedlungsstruktur insbesondere durch die ökonomischen Verwerfungen des Krieges nicht auch massiv verändert worden ist, was möglicherweise zu plausibleren Erklärungen des geänderten Gewaltniveaus führt als eine sich auf ‚Kriegserfahrungen‘ stützende Verrohungsthese. Und man könnte auch untersuchen, wie sehr beispielsweise die Legitimität der Ordnungskräfte durch die revolutionären Umbrüche gelitten hat, die sich ja als Organisationen nicht selten unverändert gehalten haben: Wie muss man sich die Gewährung von ‚Sicherheit und Ordnung‘ in einem (postrevolutionären) Kontext vorstellen, in dem die Polizeiapparate oftmals erhebliche Kontinuitäten aufwiesen, obwohl sich viele der Regimes in Europa zum Teil völlig verändert, obwohl sich nicht wenige Monarchien zu parlamentarischen Demokratien oder gar eben zu sozialistischen Republiken entwickelt hatten? Zu fragen wäre also, ob das Vorhandensein der „alten“ Polizei, des „alten“ Militärs, soweit nach dem Regimeumbruch noch vorhanden, nicht auch die Konflikte verschärft hat,

³⁵ *Ted R. Gurr*, Historical Trends in Violent Crime. Europe and America, in: *ders.* (Hrsg.), *Violence in America I: The History of Crime* (Newbury Park 1989) 21–54, hier 37.

weil diesen möglicherweise Autorität und damit die Fähigkeit zur Kontrolle von Konflikten fehlten, wenn sie nicht gar selbst direktes Ziel von Angriffen wurden.

7. Damit ist man beim Punkt der Legitimität von Herrschaft als solcher angelangt, die in dieser Epoche aus vielen Gründen herausgefordert worden war. In Frage gestellt wurde Herrschaft vor dem ‚Großen Krieg‘ unter anderem deshalb, weil etwa das allgemeine Wahlrecht und andere damit zusammenhängende demokratische Verfahren fehlten; herausgefordert wurde imperiale Herrschaft von bestimmten Völkern und ethnischen Gruppen, insofern man das in Anspruch genommene Selbstbestimmungsrecht verletzt sah. Attackiert wurde Herrschaft aber eben auch, weil in dieser Zeit alte Legitimitätsgrundlagen unerhört schnell zusammenbrachen, war die Zeit doch auch diejenige einer ersten Entkolonialisierung, insofern 1898 Spanien fast alle seine Kolonien eingebüßt hatte und das Gleiche den Verlierermächten des Ersten Weltkriegs zwei Jahrzehnte später ebenfalls passieren sollte. Die kollektive Gewalt in den Großstädten des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts – und dies gilt es zu bedenken – ist oft im Zusammenhang des Auflösungsprozesses von Imperien zu sehen, der nicht nur für die entkolonialisierten und somit befreiten ‚Gesellschaften‘ problematisch war, sondern der auch auf die ehemals imperialen Mächte schmerzhaft zurückwirkte, weil sich aufgrund veränderter Legitimitätsmuster Konflikte ergaben, die noch während der imperialen Konstellation unsichtbar geblieben waren.

Die genannten Punkte sind lediglich als ein Hinweis darauf zu verstehen, dass trotz einer gut etablierten historischen wie soziologischen Forschungspraxis zu langfristigen Tendenzen individueller und kollektiver Gewalt in diesem Bereich nach wie vor viele offene Fragen existieren, dass es also vielleicht genau deshalb nötig ist, ganz entschieden die Perspektive zu wechseln und einen Neuanfang zu versuchen. Der Blick auf großstädtische Gewaltphänomene in jenem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ist hierbei ganz gewiss ein guter Anfang.

Summary

This essay starts with an overview on the results of historical and sociological research on *individual* violence in Europe and the US that mostly show a secular decline of the relative number of violent acts particular in urban spaces beginning at the end of the Middle Ages and lasting until the 1960s. Interestingly, research on *collective* violence presented and still presents a similar picture insofar as it is claimed that protest increasingly took a more rational character even if that didn't mean less violence per se. Both research traditions, however, had their blind spots since they either preferred a macroscopic perspective on violence thus neglecting the dynamics of violent interactions or lost out of sight those violent phenomena which seemed to contradict the developmental path of forms of protest.

It is the main argument of this paper that these theoretical and empirical deficiencies strongly legitimize a new look on violence in European cities in the first

third of the 20th Century. Seven short arguments are made in order to systematize this particular research topic and to link it to broader historical and historical-sociological questions.

Kurzbiografien der Autoren

Martin Baumeister, geboren 1958, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (Schwerpunkt Südeuropa) an der Ludwig-Maximilians-Universität München; seit Oktober 2012 Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom. Zuletzt erschien: Mussolini, Hitler y Franco: La construcción del liderazgo carismático, in: L. Mees, X. M. Núñez Seixas (Hrsg.), Nacidos para mandar. Liderazgo, política y poder. Perspectivas comparadas (Madrid 2012) 233–254.

Robert Gerwarth, geboren 1976, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am University College Dublin und Direktor des Dubliner Centre of War Studies. Zuletzt erschien: Reinhard Heydrich: Biographie (München 2011) und hrsg. zus. mit John Horne, War in Peace: Paramilitary Violence in Europe after the Great War (Oxford 2012).

Wolfgang Hardtwig, geboren 1944, em. Professor für Europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts an der Humboldt Universität zu Berlin. Stipendiat des Historischen Kollegs 2000/2001. Jüngst erschien: Deutsche Geschichtskultur im 19. und 20. Jahrhundert (München 2013).

Heinz-Gerhard Haupt, geboren 1943, bis 2012 Professor of Comparative History of Europe am European University Institute in Florenz. Zuletzt erschien: Gewalt und Politik im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts (Göttingen 2012).

Wolfgang Knöbl, geboren 1963, Professor für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen. Fellow am Freiburg Institute for Advanced Studies (FRIAS) 2011/12. Zuletzt erschien: State-Building in Western-Europe and the Americas before and in the long 19th century: Some preliminary considerations, in: Miguel Centeno, Agustín Ferraro (Hrsg.), Republics of the Possible: State-Building in Latin America and Spain (Cambridge 2013) 56–75.

Friedrich Lenger, geboren 1957, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Gießen; Stipendiat des Historischen Kollegs 2011/2012. Jüngst erschienen: European Cities in the Modern Era, 1850–1914 (Leiden 2012) und in der dritten Auflage: Werner Sombart 1863–1941. Eine Biographie (München 2012) sowie: Metropolen der Moderne. Eine europäische Stadtgeschichte seit 1850 (München 2013).

Christoph Mick, geboren 1961, Associate Professor am Department of History der University of Warwick. Zuletzt erschienen: Kriegserfahrungen in einer multi-ethnischen Stadt: Lemberg 1914–1947 (Wiesbaden 2010); Incompatible Experiences: Poles, Ukrainians and Jews in Lviv, 1939–44, in: *Journal of Contemporary History* 46 (2011) 336–363.

Pierre Purseigle, geboren 1975, Senior Lecturer in History an der University of Birmingham; Marie Curie Research Fellow an der Yale University 2013/14 und Fellow am Trinity College, Dublin 2015. Zuletzt erschien: Mobilisation, Sacrifice et Citoyenneté. Des communautés locales face à la guerre moderne. Angleterre – France, 1900–1918 (Paris 2013).

Malte Rolf, geboren 1970, Professor für Geschichte Mittel- und Osteuropas an der Universität Bamberg. Zuletzt erschienen: Soviet Mass Festivals (Pittsburgh 2013) und Imperiale Herrschaft im Weichselland. Das Königreich Polen und das Russische Imperium (1864–1915) (München voraussichtlich 2013).

Klaus Weinbauer, geboren 1958, apl. Professor an der Universität Bielefeld, Fellow am Netherlands Institute for Advanced Studies (NIAS) 2011. Zuletzt erschien: zus. mit Jörg Requate (Hrsg.), Gewalt ohne Ausweg? Terrorismus als Kommunikationsprozess in Europa seit dem 19. Jahrhundert (Frankfurt a.M., New York 2012).

Schriften des Historischen Kollegs:

Eine Übersicht über die Bände findet sich unter:

www.oldenbourg-wissenschaftsverlag.de/shk

Alle Publikationen des Historischen Kollegs sind verzeichnet unter:

www.historischeskolleg.de

- 63 *Anselm Doering-Manteuffel* (Hrsg.): Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, 2006, VIII, 273 S. ISBN 3-486-58057-4
- 64 *Jan-Dirk Müller* (Hrsg.): Text und Kontext: Fallstudien und theoretische Begründungen einer kulturwissenschaftlich angeleiteten Mediävistik, 2007, XIII, 272 S. ISBN 3-486-58106-5
- 65 *Peter Schäfer* (Hrsg.): Wege mystischer Gotteserfahrung. Judentum, Christentum und Islam/Mystical Approaches to God. Judaism, Christianity, and Islam, 2006, X, 164 S. ISBN 3-486-58006-X
- 66 *Friedrich Wilhelm Graf* (Hrsg.): Intellektuellen-Götter. Das religiöse Laboratorium der klassischen Moderne, 2009, XIII, 161 S. ISBN 978-3-486-58257-4
- 67 *Werner Busch* (Hrsg.): Verfeinertes Sehen. Optik und Farbe im 18. und frühen 19. Jahrhundert, 2008, X, 228 S. ISBN 978-3-486-58490-5
- 68 *Kaspar von Greyerz* (Hrsg.): Selbstzeugnisse in der Frühen Neuzeit. Individualisierungsweisen in interdisziplinärer Perspektive, 2007, VII, 201 S. ISBN 978-3-486-58236-9
- 69 *Wilfried Hartmann* (Hrsg.): Recht und Gericht in Kirche und Welt um 900, 2007, IX, 249 S. ISBN 978-3-486-58147-8
- 70 *Heinz Schilling* (Hrsg.): Konfessioneller Fundamentalismus. Religion als politischer Faktor im europäischen Mächtesystem um 1600, 2007, XI, 320 S. ISBN 978-3-486-58150-8
- 71 *Michael Toch* (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der mittelalterlichen Juden. Fragen und Einschätzungen, 2008, X, 218 S. ISBN 978-3-486-58670-1
- 72 *Tilman Nagel* (Hrsg.): Der Koran und sein religiöses und kulturelles Umfeld, 2010, XXIV, 250 S. ISBN 978-3-486-59052-4
- 73 *Karl-Joachim Hölkeskamp* (Hrsg.): Eine politische Kultur (in) der Krise? Die „letzte Generation“ der römischen Republik, 2009, XII, 222 S. ISBN 978-3-486-59053-1
- 74 *Karl Schlögel* (Hrsg.): Mastering Space. Raum und Raumbewältigung als Probleme der russischen Geschichte, 2011, VIII, 314 S. ISBN 978-3-486-70445-7
- 75 *Aloys Winterling* (Hrsg.): Zwischen Strukturgeschichte und Biographie. Probleme und Perspektiven einer römischen Kaisergeschichte (Augustus bis Commodus), 2011, X, 350 S. ISBN 978-3-486-70454-9

Schriften des Historischen Kollegs:

- 76 *Rüdiger vom Bruch* (Hrsg.): Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft nach 1800, um 1860 und um 1910, 2010, XVIII, 259 S. ISBN 978-3-486-59710-3
- 77 *Christoph Buchheim, Marcel Boldorf* (Hrsg.): Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, 2012, X, 270 S. ISBN 978-3-486-70950-6
- 78 *Klaus Schreiner* (Hrsg.): Heilige Kriege. Religiöse Begründungen militärischer Gewaltanwendung: Judentum, Christentum und Islam im Vergleich. Kolloquium der Mitglieder des Historischen Kollegs, 7.–9. November 2007. 2008, XIII, 223 S. ISBN 978-3-486-58490-5
- 79 *Jörg Fisch* (Hrsg.): Die Verteilung der Welt. Selbstbestimmung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. The World Divided. Self-Determination and the Right of Peoples to Self-Determination, 2011, XXII, 344 S. ISBN 978-3-486-70384-9
- 80 *Georg Schmidt* (Hrsg.): Die deutsche Nation im frühneuzeitlichen Europa. Politische Ordnung und kulturelle Identität? 2010, XIV, 344 S. ISBN 978-3-486-59740-0
- 81 *Albrecht Cordes, Serge Dauchy* (Hrsg.): Eine Grenze in Bewegung. Öffentliche und private Justiz im Handels- und Seerecht, 2013, XII, 366 S. ISBN 978-3-486-71799-0
- 82 *Lothar Gall, Dietmar Willoweit* (Hrsg.): Judaism, Christianity, and Islam in the Course of History: Exchange and Conflicts, 2011, XII, 470 S. ISBN 978-3-486-59707-3
- 83 *Thomas Welskopp, Alan Lessoff* (Hrsg.): Fractured Modernity. America Confronts Modern Times, 1890s to 1940s, 2012, X, 242 S. ISBN 978-3-486-71695-5
- 84 *Gian Luca Potestà* (Hrsg.): Autorität und Wahrheit. Kirchliche Vorstellungen, Normen und Verfahren (XIII.–XV. Jahrhundert), 2012, XII, 200 S. ISBN 978-3-486-70771-1
- 85 *Egon Flaig* (Hrsg.): Genesis und Dynamiken der Mehrheitsentscheidung, 2013, XXXIII, 230 S. ISBN 978-3-486-71860-7
- 86 *Heribert Müller* (Hrsg.): Das Ende des konziliaren Zeitalters (1440–1450): Versuch einer Bilanz, 2012, X 352 S. ISBN 978-3-486-71421-0
- 87 *Gangolf Hübinger* (Hrsg.): Europäische Wissenschaftskulturen und politische Ordnungen in der Moderne (1890–1970) 2013, ISBN 978-3-486-71859-1
- 88 *Werner Plumpe* (Hrsg.): Unternehmer – Fakten und Fiktionen. Wirtschafts- und unternehmenshistorische Perspektiven, 2013, ISBN 978-3-486-71352-7
- 89 *Friedrich Lenger* (Hrsg.): Kollektive Gewalt in der Stadt. Europa 1890–1939, 2013, XVI, 204 S. ISBN 978-3-486-71858-4

Oldenbourg